

F57.281

1986

Dezember

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 1. Dezember 1986

Blatt 2922

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)
- Nationalratswahl 1986 - Amtliches Endergebnis
Wien
Erneuerung von medizinischen Einrichtungen
Weihnachtsskikurs: Noch Plätze frei!
Förderungspreise der Stadt Wien 1986
Vier Millionen für Bezirksaktivitäten
- Kommunal:
(rosa)
- Nächste zentrale Selbstschutzberatung am
4. Dezember
Planung für U-Bahn-Rau im 15. Bezirk
Wiener Spitäler im Wandel der Zeiten
Zehn Jahre Krankenpflegeschule im Pulmologischen
Zentrum
- Lokal:
(orange)
- Amtliche Weinernteerhebung und Viehzählung
Japanische Redoute eröffnet Festival "Japan in
Wien"
öVP: Kritik am Umgang mit Chemie
Braun: Verstärkte Kontrolle der Chemiebetriebe
bereits angeordnet
- Nur
über FS:
- 28.11. Nach Brand: Feuerwehr mußte 16 Wohnungen
gewaltsam öffnen
1.12. Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

.....
 Bereits am 28. November 1986 über Fernschreiber ausgesendet

Nationalratswahl 1986 - Amtliches Endergebnis Wien

20 Wien, 28.11. (RK-KOMMUNAL) Die Kreiswahlbehörde für den Wahlkreis 9 - Wien nahm Freitag unter Vorsitz von Stadtrat Friederike SFIDL einstimmig das ermittelte Resultat für den Wahlkreis 9 zur Kenntnis:

	Stimmen	%	Mandate: 36	
abgegebene Stimmen	921.979	81,50		
ungültige Stimmen	9.767	1,06		
gültige Stimmen	912.212	98,94		

	Stimmen	%	Grundmandate	Reststimmen
SPÖ	477.557	52,35	18	21.437
ÖVP	303.109	33,23	11	24.369
FPÖ	52.525	5,76	2	1.845
KPÖ	9.345	1,02	-	9.345
GRÜNE	55.571	6,09	2	4.891
GAL	6.005	0,66	-	6.005
MIR	8.100	0,89	-	8.100

gesamt	912.212		33	75.992
Restmandate			3	

Die Grundmandate entfallen auf folgende Bewerber:

SPÖ: Dr. Franz Vranitzky, Mag. Leopold Gratz, Adolf Czettel, Erwin Lanc, Dr. Hilde Hawlicek, Alfred Dallinger, Dr. Heinz Fischer, Dr. Franz Löschnak, Dkfm. Ferdinand Jacina, Dr. Peter Jankowitsch, Johanna Dohnal, Stefan Schemer, Ing. Hans Hohl, Dr. Edgar Schranz, Hans Ludwig, Dr. Josef Rieder, Rudolf Nürnberger, Peter Schieder

ÖVP: Ing. Rudolf Sallinger, Dr. Marga Hubinek, Dr. Michael Graff, Dr. Herbert Kohlmaier, Ing. Karl Dittrich, Dkfm. DDr. Fritz König, Dr. Walter Schwimmer, Ingrid Tichy-Schreder, Dr. Heinrich Neisser, Dr. Wolfgang Schüssel, Heribert Steinbauer

FPÖ: Dkfm. Holger Bauer, Dr. Norbert Steger

GRÜNE: Freda Blau-Meissner, Dr. Peter Pilz

Die Zuteilung der Restmandate erfolgt durch die Verhandswahlbehörde für den Wahlkreisverband I (Burgenland, Niederösterreich und Wien) erst am Montag, dem 1. Dezember 1986. (Schluß) Jeli/gg

.....
Bereits am 29. November 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Erneuerung von medizinischen Einrichtungen

1 =Wien, 29.11. (RK-KOMMUNAL) Die Erneuerung von bereits überalterten und damit nicht mehr voll einsatzfähigen medizinischen Einrichtungen beschloß kürzlich der Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Spitalswesen.++++

So werden im Zentrallabor des Franz-Josef-Spitals die dort befindlichen chemischen Analysengeräte für spezielle Blutuntersuchungen erneuert. Die voraussichtlichen Kosten dafür werden sich auf 5,4 Millionen Schilling belaufen. In der Universitätskinderklinik des Allgemeinen Krankenhauses wird die Angiographieeinrichtung mit einem Kostenaufwand von 12 Millionen Schilling - 60 Prozent bezahlt die Stadt Wien, und 40 Prozent der Bund - durch eine neue Anlage ersetzt. Die neue Einrichtung wird vor allem wesentlich verbesserte Diagnostikmöglichkeiten bei kardiologischen Untersuchungen von Kindern bieten. (Schluß) zi/rr

NNNN

Montag, 1. Dezember 1986

"RATHALISKORRESPONDENZ"

Blatt 2925

.....
Bereits am 29. November 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Weihnachtsskikurs: Noch Plätze frei

2 =Wien, 29.11. (RK-LOKAL) Für den vom 28. Dezember 1986 bis
5. Jänner 1987 in Kärnten stattfindenden Skikurs des Wiener
Landesjugendreferates sind noch Restplätze frei. Mädchen und Buben
im Alter von 8 bis 15 Jahren können an dem Kurs, der rund 2.900,-
Schilling kostet, teilnehmen. Auskünfte erteilt das Landesjugend-
referat Wien unter der Telefonnummer 42 800/4137 DW.++++
(Schluß) jel/bs

NNNN

.....
Bereits am 29. November 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Förderungspreise der Stadt Wien 1986

3 Wien, 29.11. (RK-KULTUR) Die Stadt Wien vergibt 1986 insgesamt zwölf mit je 40.000 Schilling dotierte Förderungspreise an Künstler und Wissenschaftler. Weiters werden 14 Arbeits- und Wissenschaftsstipendien in der Höhe von je 20.000 Schilling vergeben.

Aufgrund der Empfehlungen einer vom amtsführenden Stadtrat für Kultur und Sport bestellten Jury magistratsunabhängiger Juroren wurden die Preise an folgende Künstler und Wissenschaftler vergeben:

Literatur:	Anselm GLÜCK F.A. RICHTER
Musik:	Maximilian KREUZ Wolfram WAGNER
Bildende Kunst:	Ernst FRIEDRICH Robert KABAS
Wissenschaft:	Univ.Doiz.Dr. Brigitte GREDLER Univ.Doiz.Dr. Gernot HFISS Dipl.Ing.Dr. Harald MARKUM Univ.Doiz.Dr. Alfred PFABIGAN
Volksbildung:	Dr. Johann DVORAK Akad.Maler Mag. Julius MENDE

Die Überreichung der Preise findet am Mittwoch, dem 3. Dezember, um 18.30 Uhr im Palais Palffy statt. (Schluß) gab/bs

NNNN

Montag, 1. Dezember 1986

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 2927

.....
Bereits am 30. November 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Vier Millionen für Bezirksaktivitäten

1 =Wien, 30.11. (RK-KULTUR/LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Sport bewilligte für das Jahr 1987 vier Millionen Schilling für die Durchführung kultureller Bezirksaktivitäten.++++

Durch die Förderung wird ein breites Spektrum von eigenständigen Veranstaltungen in den Bezirken ermöglicht, das Bezirkskulturtage, Theateraufführungen, Konzerte, Lesungen, Ausstellungen und Veranstaltungen für Kinder enthält. 1986 wurden insgesamt 130 Bezirksveranstaltungen durch das Kulturamt gefördert. (Schluß) gab/rr

NNNN

Nächste zentrale Selbstschutzberatung am 4. Dezember

Utl.: Im Rathaus, Schmidthalle

7 Wien, 1.12. (RK-KOMUNAL) Die nächste zentrale Selbstschutzberatung findet am Donnerstag, dem 4. Dezember, in der Schmidthalle des Rathauses statt. Experten des Zivilschutzlandesverbandes, der Feuerwehr, des Gesundheitsamtes, der Ärztekammer, der Polizei, der Stadtbaudirektion und der Magistratsdirektions-Verwaltungsorganisation stehen zwischen 15.30 und 18 Uhr als Gesprächspartner zur Verfügung. Allgemeine Auskünfte und Informationsmaterial bieten die Selbstschutz-Informationszentren in allen Bürgerdienst-Außenstellen. Sie sind Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr geöffnet.

Zwtl.: Selbstschutzkurs im Haus der Begegnung

Neben diesen Informations- und Beratungsmöglichkeiten läuft derzeit auch ein Selbstschutzkurs im Haus der Begegnung Rudolfshaus. Er hat mit einer Einführung in die Erste Hilfe begonnen und wird im nächsten Jahr mit den Themen Hauskrankenpflege, richtiges Retten und Bergen, Bekämpfen entstehender Brände, vorbeugender Brandschutz, Selbstschutzvorkehrungen im Haushalt, Schutzraumfragen, richtiges Verhalten in Katastrophensituationen, Eigentumsschutz (im Rahmen einer kriminalpolizeilichen Beratung), vorbeugender Gesundheitsschutz sowie Verhalten bei Massenerkrankungen fortgesetzt.

Zwtl.: Adresse bekanntgeben - auf dem Laufenden bleiben

Um sicher sein zu können, stets die aktuellsten Informationen über das Selbstschutzangebot der Stadt Wien zu erhalten, kann man seinen Namen, seine Anschrift und seine speziellen Interessen zu diesem Thema elektronisch speichern lassen. Die Stadtinformation unter der Telefonnummer 43 89 89 und alle Bürgerdienst-Außenstellen nehmen solche Wünsche entgegen. Entsprechende Postkarten liegen dort und in Kürze auch in allen Volkshochschulen auf. (Schluß) and/bs

NNNN

Amtliche Weinernteerhebung und Viehzählung

3 Wien, 1.12. (RK-LOKAL) Auf Grund von Verordnungen des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft sowie des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie wird Anfang Dezember 1986 in Wien eine allgemeine Viehzählung, eine Erhebung der Hausschlachtungen bei Stechvieh sowie eine Erhebung der Weinernte, der Weinvorräte und der Weinlagerkapazität durchgeführt. Die Vorgangsweise bei den Erhebungen wurde durch einen Erlaß des Magistratsdirektors geregelt. Die Betriebe sind verpflichtet, die erforderlichen Angaben rechtzeitig, vollständig und wahrheitsgetreu zu machen. (Schluß) lei/gg

NNNN

Planung für U-Bahn-Bau im 15. Bezirk

4 =Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Für die Ausschreibungsplanung des Bauabschnittes "Schweglerstraße" (U 3/14), den ersten Teil der Weiterführung der U 3 Richtung Ottakring im 15. Bezirk, hat der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie 30 Millionen Schilling genehmigt. Die U 3 soll 1993 in ihrer zweiten Betriebsstufe vom Volkstheater bis zur Johnstraße den Betrieb aufnehmen.++++

Der Bauabschnitt "Schweglerstraße", knapp einen Kilometer lang, erstreckt sich vom Westbahnhof (U 3/13) bis zum Kardinal-Rauscher-Platz, wo er an den Abschnitt "Johnstraße" (U 3/15) anschließt. Er umfaßt neben den beiden Streckengleisen die Station Schweglerstraße mit Aufgängen zur Stättermayergasse und zur Benedikt-Scheßlinger-Gasse. Sämtliche Strecken- und Stationsröhren werden in geschlossener Bauweise hergestellt. Der Rohbaubeginn für den Abschnitt "Schweglerstraße" wird im Jahr 1988 stattfinden. (Schluß)
roh/gg

NNNN

Japanische Redoute eröffnet Festival "Japan in Wien" 1987

lit): Erlös für St.-Anna-Kinderspital

5 Wien, 1.12. (RK-LOKAL) Mit einer Japanischen Redoute wird das vierte Festival "Japan in Wien" (19. bis 31. März 1987) eröffnet: Der Ball, für den Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und der Japanische Botschafter S.F. Ryohei MURATA den Ehrenschutz übernommen haben, wird eine "Neuinszenierung" eines vor genau 80 Jahren von der Fürstin Metternich initiierten Festes.

Die Sofiensäle - schon 1907 Schauplatz - werden japanisch dekoriert, der Blumenschmuck wird von Ikebana-Künstlern gefertigt. Das Saalpersonal wird in japanischen und alt-österreichischen Kostümen auftreten, und für Kostproben aus Japans Küche wird mit einer Sushi-Bar gesorgt. Ein Koto-Ensemble (die Koto ist ein altes Saiteninstrument) wird das traditionelle Japan repräsentieren, und eine Modeschau mit Modellen japanischer Top-Designer wird zeigen, was Nippon heute (und morgen) trägt.

Hauptgewinn der großen Tombola ist eine Reise nach Japan für zwei Personen. Die Ballkarten kosten im Vorverkauf 500 Schilling (inkl. Sitzplatz). Der Erlös des Balles wird - dem historischen Reispiel folgend - einem wohltätigen Zweck gespendet: der Krebsforschung des St.-Anna-Kinderspitals. Veranstalter sind die Sofiensäle (3, Marxergasse 17, Tel. 72 21 98). (Schluß) wfv/bs

NNNN

Wiener Spitäler im Wandel der Zeiten

6 =Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Der Geschichte und Entwicklung des Wiener Spitalswesens ist ein neben im Europa-Verlag erschienenenes Buch gewidmet, das Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Montag in einem Pressegespräch vorstellte. Unter dem Titel "Wiener Spitäler im Wandel der Zeiten" werden unter anderem die historische Entwicklung des Spitalswesens, der Wandel der Krankenhausstrukturen, die gegenwärtige Situation, Kosten und Finanzierung, Technologie und Architektur, aber auch die Zukunft der Wiener Spitäler dargestellt. Der zeitliche Bogen dieser Dokumentation spannt sich von der ältesten Hospitaleinrichtung auf Wiener Boden, einem römischen Valetudiarium, über mittelalterliche Hospitäler bis zu den modernen Krankenhäusern der Gegenwart. Die Geschichte der letzten Jahrzehnte und Jahre hat einen enormen Wandel in medizinischen Aufgaben und Möglichkeiten, in den technischen Bereichen, vor allem aber auch in der soziologischen Struktur des Krankenhauses als Teil unserer Gesellschaft erkennen lassen.++++

"Wiener Spitäler im Wandel der Zeiten" - Hauptautor ist Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher - ist sowohl eine sachliche Dokumentation, als auch eine sehr liebevoll zusammengestellte Bilddokumentation für in medizinischen Berufen Tätige, historisch Interessierte und natürlich für alle Wiener Bürger. Das großformatige Buch umfaßt 120 Seiten mit zahlreichen Farb- und Schwarzweiß-Fotos und ist zum Preis von 398 Schilling im Buchhandel erhältlich. (Schluß) zi/hs

NNNN

ÖVP: Kritik am Umgang mit Chemie

Titl.: Rauer für Sondermülldeponie in Wien

7 Wien, 1.12. (RK-LOKAL) Kritik am Umgang mit der Chemie übte die Wiener ÖVP-Stadträtin Dolores RAUER Montag in einem Pressegespräch. Wie Rauer sagte, sei dieser Umgang mit hochgiftigen Chemikalien immer noch recht sorglos. Als Wiener Beispiel nannte sie unter anderem Lagerräume im Bereich der Technischen Universität. Gegen die Auswirkungen von Chemieunfällen gehe es auch keine ausreichenden Sicherheitseinrichtungen, sagte Rauer weiter. Stoffe, die im Ausland bereits verboten sind, werden bei uns immer noch produziert, gelagert und frei gehandelt - Österreich laufe Gefahr, hier zum Dritte-Welt-Land zu werden, erklärte die ÖVP-Stadträtin, die auch die mangelnde Entsorgung der mit Chemikalien handelnden Betriebe, aber auch Universitätsinstitute usw. kritisierte.

Die Wiener Volkspartei fordert in diesem Zusammenhang einen Chemiekataster, die rasche Verabschiedung des Chemikaliengesetzes, eine Untersuchung sämtlicher gefährlicher Betriebe und Lagerhallen sowie die Überprüfung aller chemischen Institute und Labors - auch der Spitäler - und strenge Auflagen für die Entsorgung, ein Pfandsystem für entsorgungspflichtige Stoffe und eine Beschränkung der Chemikalien.

Auf die Frage, ob sich die ÖVP eine Sondermülldeponie in Wien vorstellen könne, meinte Rauer, daß die Volkspartei eine derartige Deponie unterstützen würde und derzeit ein entsprechender Antrag diskutiert wird. (Schluß) hrs/hs

NNNN

Zehn Jahre Krankenpflegeschule im Pulmologischen Zentrum

Ul]: Stacher: Mehr Männer in die Krankenpflege

8 =Wien, 1.12. (RK-KOMMUNAL) Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Krankenpflegeschule im Pulmologischen Zentrum auf der Baumgartner Höhe fand Montag ein Festakt statt. In dieser Krankenpflegeschule mit etwa 100 Ausbildungsplätzen wurden bisher 186 Schwestern und Pfleger ausgebildet. In den Wiener Krankenpflegeschulen absolvieren mit 2.160 Schülern heute um 75 Prozent mehr Schüler die Krankenpflege-Diplomausbildung als vor zehn Jahren. Die Zahl der Absolventen pro Jahrgang stieg in dieser Zeit um mehr als das Doppelte von 242 auf 503. Entsprechend konnte auch der Pflegepersonalstand insgesamt erhöht werden: Er liegt heute um 2.780 höher als vor einem Jahrzehnt und erreicht damit 10.190. Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER stellte dazu fest, daß in Zukunft verstärkt Männer für den Krankenpflegeberuf gewonnen werden sollen, um den Personalbedarf auf Dauer besser decken zu können.++++

Die Stadt Wien hat in den letzten Jahren eine Reihe von Maßnahmen gesetzt, um ausreichend Krankenpflegepersonal zur Verfügung zu haben. Dazu gehört der verstärkte Ausbau von bestehenden Krankenpflegeschulen und die Errichtung der neuen Krankenpflegeschule im Sozialmedizinischen Zentrum Ost. Die Zahl der Lehrschwestern und -pfleger wurde erhöht, die Schul- und Internatsordnung gelockert. Seit einigen Jahren werden auch Skripten und Lehrbücher kostenlos bereitgestellt. Die Zahl der Personalwohnungen wurde innerhalb der letzten zehn Jahre fast verdoppelt, ein weiteres Personalwohnhaus ist geplant. Seit 1984 gibt es eine Ombudsfrau für die Schülerinnen und Schüler der Krankenpflegeschulen und einen Schulpsychologischen Dienst. Mehr als jeder vierte Krankenpflegeschüler Österreichs - genau 26,3 Prozent - wird in einer Schule der Stadt Wien ausgebildet. Seit Bestehen der städtischen Krankenpflegeschulen haben hier über 10.000 Schülerinnen und Schüler ihr Diplom erhalten. An der Feier nahmen neben anderen Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS, Landtagsabgeordnete Ilse FORSTER und Bezirksvorsteher Otto RAUFER teil. (Schluß) and/gg

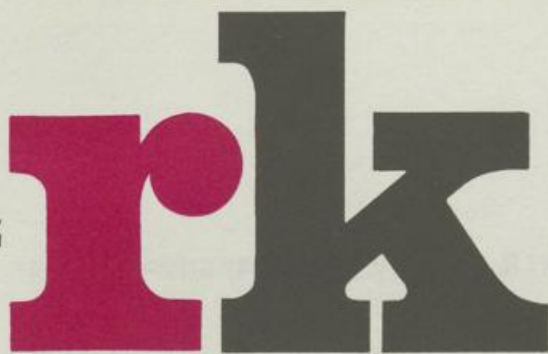
Braun: Verstärkte Kontrolle der Chemiebetriebe bereits angeordnet
9 Wien, 1.12. (RK-LOKAL) "Frau Stadtrat Rauer hat heute in ihrer Pressekonferenz auf eine Reihe von Problemen verwiesen, die von der Stadt sehr ernst genommen werden. Das ist auch der Grund dafür, warum wir bereits über die Magistratsdirektion alle Magistratischen Bezirksämter angewiesen haben, verstärkt alle Problembereiche - Betriebe, die Chemikalien produzieren oder damit arbeiten usw. - zu kontrollieren. Selbstverständlich verhandeln wir vom Umweltressort aus auch ständig mit der Industrie über verschiedene Bereiche des Umweltschutzes, von der Lagerung gefährlicher Güter bis zur Müllvermeidung". Das erklärte der Wiener Umweltstadtrat Helmut BRAUN Montag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" zur heutigen ÖVP-Pressekonferenz.

Braun wies darauf hin, daß die Stadt Wien bereits seit rund einem Jahr nicht nur die Universitäten, sondern auch die Oberstufen der AHS auffordert, Vorkehrungen zu treffen, um das unkontrollierte Entsorgen chemischer Stoffe zu vermeiden. Auch in der Frage des Gasflaschenlagers in der Technischen Universität hat die Stadt Wien die Probleme aufgezeigt und hilft mit, eine umweltkonforme Lösung zu finden. "Was aber die Feststellung eines Versicherungsdirektors betrifft, daß es jeden Tag in einem Chemiebetrieb brenne, so muß ich bedauernd sagen, daß sich keine Versicherung mit entsprechenden Gesprächswünschen an mich gewandt hat, obwohl wir immer wieder dazu auffordern, mit uns zusammenzuarbeiten, um Problemlösungen zu finden", sagte Braun abschließend. (Schluß) hrs/gg

NNNN

Rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 2. Dezember 1986

Blatt 2936

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Grippeimpfung: Gesundheitsämter teilweise
überlaufen

Kommunal:
(rosa)

Nationalratswahl - Restmandatsverteilung
Wiener Gesundheitsbericht erschienen
Vom Luftmeßnetz bis zum Ausbau von Kanal und
Wasserleitungen
VOR informiert
Doppelter Tunneldurchschlag bei der U 3

Lokal:
(orange)

Verbesserte Verkehrsampel bei der Kennedybrücke

Sport:
(grün)

Großer Rathausmann für Franz "Bimbo" Binder

Nur

über FS: 1.12. Blaustritt im Kraftwerk Simmering

.....
Bereits am 1. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Grippeimpfung: Gesundheitsämter teilweise überlaufen

lit): Zeitweilig auch hier Engpässe

11 Wien, 1.12. (RK-LOKAL) Die Nachricht, daß es in den Wiener Gesundheitsämtern noch genügend Impfstoff gegen die Singapur-Grippe gibt, hat viele Wiener veranlaßt, sich nicht vom praktischen Arzt, sondern in den Gesundheitsämtern impfen zu lassen. Innerhalb von nur zwei Tagen wurden in den Bezirksgesundheitsämtern 6.000 Grippe-Impfungen durchgeführt, im Bezirksgesundheitsamt Favoriten allein 495. Normalerweise werden innerhalb von sechs Wochen etwa 16.000 Personen geimpft. Deshalb und weil noch nicht alle Lieferanten der Stadt Wien ihren Impfstoff liefern konnten, kann es zeitweilig nun auch in den Gesundheitsämtern dazu kommen, daß Impfwillige weggeschickt werden müssen. Aus diesem Grund wird es wahrscheinlich am Dienstag Engpässe geben. Man rechnet aber damit, am Freitag wieder ausreichend Impfstoff zu haben, um dem Ansturm gerecht zu werden.

Das Wiener Gesundheitsamt hatte sich durch zeitgerechte Bestellungen mit einer ausreichenden Menge an Impfstoff eingedeckt, um dem nach langjähriger Erfahrung bekannten Bedarf nachkommen zu können. Die Versorgungsprobleme in den Apotheken haben jetzt aber viele Wiener bewogen, ins Gesundheitsamt zu kommen, das nun angesichts von zu knappen Lieferungen der Impfstoffproduzenten ebenfalls an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit kommt. (Schluß)
and/hs

Nationalratswahl - Restmandatsverteilung

1 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Die Verbandswahlbehörde für den Wahlkreisverband I (Burgenland, Niederösterreich und Wien) nahm Montag die Zuteilung der Restmandate vor. Aufgrund der Reststimmen (SPÖ 55.476, ÖVP 66.086, FPÖ 15.364, GRÜNE 16.442) wurden von den im Wahlkreisverband I zu vergebenden sieben Restmandaten drei der SPÖ und vier der ÖVP zugeteilt.

Der Reihenfolge des Verbandswahlvorschlages entsprechend entfallen diese Restmandate auf folgende Kandidaten:

SPÖ: DKfm. Dr. Franz VRANITZKY, Dr. Fred SINOWATZ,
Mag. Leopold GRATZ

ÖVP: Ingrid KOROSEC, Othmar KARAS, Kurt BERGMANN,
Josef ARTHOLD.

(Schluß) lei/gg

NNNN

Großer Rathausmann für Franz "Bimbo" Binder

2 Wien, 2.12. (RK-SPORT) Anlässlich des 75. Geburtstages von Franz "Bimbo" BINDER ist in den Räumen des Hanappi-Stadions eine Ausstellung des Hütteldorfer Kanoniers zu sehen, die Montag von Stadtrat Franz MRKVICKA eröffnet wurde und bis Freitag allgemein zugänglich ist.

In einem Festakt würdigten Nationalrats-Präsident Anton BENYA, Stadtrat Franz MRKVICKA, ÖFB-Präsident Beppo MAUHART, WFV-Präsident Dkfm. Othmar LUCZENSKY und BÖFL-Präsident Karl DECKER die großen Leistungen des Jubilars, der es in seiner Karriere auf insgesamt 1.006 Tore gebracht hat. Als Ehrengeschenke erhielt Franz Binder unter anderem den Großen Rathausmann der Stadt Wien und den Goldenen Ehrenring des österreichischen Fußball-Bundes. Stadtrat Franz Mrkvicka: "Für den großen Fußballer Franz Binder ist der Große Rathausmann die verdiente Auszeichnung".

Franz Binder dankte in bewegten Worten und regte zugleich an, daß der ÖFB wieder eine B-Nationalmannschaft nominieren sollte, in der sich vielversprechende Talente neben Routiniers bewähren können.

Unter den zahlreichen Ehrengästen befanden sich auch Landtagspräsident Fritz HAHN sowie zahlreiche Fußballer, die gemeinsam mit Binder aktiv waren. (Schluß) hof/gg

NNNN

Wiener Gesundheitsbericht erschienen (1)

Utl.: Mehr Ärzte, geringere Säuglingssterblichkeit

3 =Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Die Zahl der praktischen Ärzte in Wien hat aufgrund der Förderungsmaßnahmen weiter zugenommen. Säuglingssterblichkeit und Geschlechtskrankheiten sind rückläufig, während Herz- und Gefäßkrankheiten nach wie vor die Todesursache Nummer 1 sind. Dies gab Montag Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER im Rahmen eines Pressegespräches anlässlich der Präsentation des Wiener Gesundheitsberichtes für das Jahr 1985 bekannt.++++

Zwtl.: Weitere Bevölkerungsabnahme

Die Wohnbevölkerung Wiens, die zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung (1981) 1,531.346 Personen zählte, sank 1985 auf 1,508.394 Einwohner. Dies ist vor allem auf die negative Geburtenbilanz zurückzuführen. So standen im Vorjahr 14.353 Lebendgeborenen 23.727 Gestorbene gegenüber, was einen Gestorbenenüberschuß von 6,2 Promille bedeutet. So wie in Gesamtösterreich besteht auch in Wien mit 55,3 Prozent ein Frauenüberschuß. Was die Altersstruktur betrifft, so hat der Anteil der über 60jährigen und älteren Personen weiter zugenommen. Spitzenreiter sind dabei der 1. und 13. Bezirk mit 33,6 bzw. 33,1 Prozent. Der niedrigste Anteil wurde im 22. und im 11. Bezirk mit 16,6 bzw. 18,7 Prozent registriert.

Zwtl.: 11,5 Promille Säuglingssterblichkeit

Die Säuglingssterblichkeit ging 1985 in Wien weiter zurück und lag bei 11,5 Promille (1984: 13,8 und 1975: 21,7 Promille). Bei den unehelich Geborenen lag sie um 15 Promille, im Gegensatz zu 10,8 Promille bei den ehelich Geborenen.

Zwtl.: Seit 1975 um 1.271 Ärzte mehr

Im Vorjahr waren, wie Gesundheitsstadtrat Stacher erklärte, insgesamt 7.354 Ärzte beruflich tätig, dies bedeutet eine Zunahme um 1.271 gegenüber dem Jahr 1975. Die Zahl der praktischen Ärzte ist in der Bundeshauptstadt aufgrund verschiedener Maßnahmen zur Förderung der Niederlassung von praktischen Ärzten und Fachärzten weiter gestiegen. Im Rahmen der Kreditaktion der Gemeinde Wien wurden bis Anfang 1985 bereits 100,460.000 Schilling an neu niedergelassene Ärzte vergeben. (Forts.) z1/gg

Wiener Gesundheitsbericht erschienen (2)

Utl.: 1.349 Wiener pro Arzt

4 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Laut Stacher gab es im Vorjahr in Wien 1.135 niedergelassene praktische Ärzte (1975 waren es 1.046) und 2.660 Fachärzte (1975: 2.140). Auf 10.000 Wiener kamen somit 7,4 praktische Ärzte, 4,2 Zahnärzte und 13,1 Fachärzte in freier Praxis. Ein praktischer Arzt kommt im Durchschnitt auf 1.349 Wiener. Im Vergleich dazu: Vor 10 Jahren entfielen auf 10.000 Wiener 6,5 praktische Ärzte, 3,3 Zahnärzte und 10,2 sonstige Fachärzte. Ein praktischer Arzt kam damals auf durchschnittlich 1.544 Wiener. 814 praktische Ärzte hatten 1985 einen Vertrag mit der Gebietskrankenkasse, während es vor 10 Jahren 751 waren. 1985 haben sich insgesamt 55 praktische Ärzte neu mit einem Kassenvertrag niedergelassen. Da 46 praktische Ärzte aus Altersgründen ihren Vertrag zurücklegten, bedeutet dies eine Zunahme um 9 gegenüber 1984. Gesunken ist das Durchschnittsalter der praktischen Ärzte auf 51,2 Jahre (1975: 58,1) und bei den Fachärzten 51,1 Jahre (1975: 53,8). Gestiegen ist ferner, wie Stacher erklärte, in den letzten Jahren der Anteil der Frauen, der nunmehr bei 28 Prozent (Gesamtösterreich 16,9 Prozent) liegt.

Zwtl.: Herzkrankheiten und Krebs - häufigste Todesursachen

Die Zahl der Gestorbenen nahm in Wien von 23.457 (1984) auf 23.727 zu. Bei den Todesursachen halten nach wie vor, wie Stadtrat Stacher erklärte, die Herzkrankheiten mit 9.370 Sterbefällen (1984: 8.899) den Rekord, gefolgt von krebsartigen Geschwüren, die bei 5.083 (1984: 5.289) Verstorbenen festgestellt wurden, und Gefäßkrankheiten mit 4.429 (1984: 4.610) Fällen. Zugenommen haben auch Erkrankungen der Atmungsorgane, sie stehen mit 1.234 an vierter Stelle.

Zwtl.: Brust-, Lungen- und Darmkrebs

1984 wurden für Gesamtösterreich 26.425 Fälle von Neuerkrankungen an Krebs (1983: 25.504) gemeldet, wobei es sich um ca. 90 Prozent der tatsächlich aufgetretenen Fälle handeln dürfte. In Wien sind die häufigsten Krebsarten beim Mann der Lungenkrebs (17 Prozent), Darm- und Prostatakrebs (jeweils 14 Prozent). Bei der Frau steht mit 21 Prozent der Brustkrebs weit an der Spitze, gefolgt vom Darmkrebs (14 Prozent) und Gebärmutterhalskrebs (8 Prozent).
(Forts.) zi/gg

Wiener Gesundheitsbericht erschienen (3)

Utl.: Geschlechtskrankheiten nehmen ab

5 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Die Gesamtzahl der gemeldeten Geschlechtskrankheiten ist, wie Univ.-Prof. Dr. Stacher ausführte, gegenüber dem Vorjahr um 12 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der polizeilich gemeldeten Prostituierten nahm 1985 um 82 auf 861 ab.

Zwtl.: Gesundenuntersuchung: Übergewicht, Schwerhörigkeit

In den sieben städtischen Gesundenuntersuchungsstellen wurden im Vorjahr 6.335 (1984: 6.329) Personen - 2.617 Männer und 3.718 Frauen - untersucht. Bei 1.371 Untersuchten wurde Übergewicht, in 851 Fällen Schwerhörigkeit, bei 779 Personen Bluthochdruck, und bei 12 Untersuchten wurden bösartige Tumore festgestellt.

Zwtl.: Mobile Schwestern: 242.900 Hausbesuche

Die "Mobilen Krankenschwestern" wurden ebenfalls verstärkt in Anspruch genommen. So leisteten die 81 Diplomschwestern 242.911 Hausbesuche (1984: 229.248) bei 4.759 Patienten. Die Diplomschwestern wurden von 637 Ärzten als "verlängerter Arm" eingesetzt (1984 waren es 629).

Zwtl.: Tuberkulose weiter rückläufig

Die Tuberkulose zeigt, was die Neuerkrankungen betrifft, einen Rückgang um ca. 45 Prozent, die ansteckende Lungentuberkulose eine Abnahme um 40 Prozent. Der Anteil der Tuberkulose bei Gastarbeitern liegt bei 16 Prozent. Deutlich abgenommen hat auch die Kindertuberkulose: 1985 erkrankten nur mehr 7 Kinder an dieser Infektionskrankheit, während es 1975 noch 20 gewesen sind.

Zwtl.: Augen- und Hörfehler

Im Rahmen der ab dem dritten Lebensjahr durchgeführten kostenlosen Sehtests wurden 18.522 Kinder untersucht, wovon 16 Prozent einen Sehfehler aufzuweisen hatten. Bei den ab dem 5. Lebensjahr durchgeführten Hörtests wurden 16.558 Kinder untersucht, wobei 11 Prozent ein beeinträchtigtes Hörvermögen hatten. (Schluß) zi/gg

Verbesserte Verkehrsampel bei der Kennedybrücke

6 =Wien, 2.12. (RK-LOKAL) Dienstag vormittag wurde die erweiterte Verkehrslichtsignalanlage auf der Kreuzung Hadikgasse - Nisselgasse - Kennedybrücke im 14. Bezirk in Betrieb genommen. In Ergänzung zur bereits bestehenden Anlage sorgen nun eigene Verkehrssignale auf dem neuen Schutzweg über die Hadikgasse für die Sicherheit der Fußgänger.++++

Der neue, sichere Übergang ist vor allem für jene Fußgänger von Bedeutung, die von der Autobusstation in der Nisselgasse zur zentralen Umsteigstelle Kennedybrücke gelangen wollen. Der Umbau und die Erweiterung der Verkehrslichtsignalanlage kosteten rund 800.000 Schilling. (Schluß) sc/gg

NNNN

Vom Luftmeßnetz bis zum Ausbau von Kanal und Wasserleitungen (1)
8 =Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Das erweiterte Wiener Luftmeßnetz, das neben dem bisher schon erfaßten Schwefeldioxid, Stickoxide, Staub, Kohlenmonoxid und an einzelnen Meßstellen auch meteorologische Parameter registriert, wird 1987 in Betrieb genommen. Die Erweiterung der öffentlichen Wasserleitung und der Ausbau und die Sanierung der Kanalisation gehen zügig weiter. Neue Aktivitäten auf dem Müllsektor und zahlreiche Maßnahmen im Interesse der Naherholung gehören zu den weiteren wichtigen Schwerpunkten des Umweltressorts für 1987. Stadtrat Helmut BRAUN informierte darüber Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.+++

Bei der Umweltabteilung etwa zählen neben der Erweiterung des Luftmeßnetzes, das 1987 über 17 Meßstellen verfügt, auch die Vorarbeiten für die Erklärung der Lobau zum Teil eines Nationalparks Ost zu den wichtigen Arbeiten. Fortgeführt wird außerdem die Zustandserhebung des Wienerwaldes - erstmals eine umfassende Untersuchung von Boden und Vegetation in Zusammenhang mit Schadstoffimmissionen.

Im kommenden Jahr soll im Interesse des Umweltschutzes außerdem ein System zur einheitlichen Beurteilung in Betriebsanlagengenehmigungsverfahren erarbeitet werden. Was so kompliziert klingt, bedeutet eine wesentliche Verbesserung: Mit Computerunterstützung werden sämtliche Entscheidungen bzw. Vorschreibungen für Betriebe einer Branche oder andere einschlägige Fälle gespeichert und somit jederzeit abrufbar. Dadurch soll verhindert werden, daß die Vorschreibungen für gleichartige Anlagen zu unterschiedlich sind. Die Kontrolle und Registrierung gefährlicher Sonderabfälle gehört heute und in Zukunft zu den wesentlichen Agenden der Umweltabteilung, ebenso Maßnahmen auf dem Gebiet des Schallschutzes und natürlich des Naturschutzes: So wollen die Mitarbeiter der MA 22 nach der erfolgreichen Wiederansiedlung der Biber in der Lobau versuchen, auch die früher im Augebiet heimisch gewesene europäische Sumpfschildkröte wieder einzubürgern und die Wiederansiedlung von Fischottern vorbereiten. Außerdem wird eine Novelle zum Baumschutzgesetz ausgearbeitet.

Einen wesentlichen Beitrag zum Umweltschutz bringen auch die Programme der Kanalabteilung und der Wasserwerke: Das bereits heuer in Angriff genommene Zehnjahresprogramm für den Kanalausbau wird mit Schwerpunkten im Bereich Alte Donau sowie Stammersdorf und Aspern-Eßling um insgesamt 285 Millionen fortgesetzt. (Forts.)

Vom Luftmeßnetz bis zum Ausbau von Kanal und Wasserleitungen (2)

9 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) 125 Millionen stehen für Kanalumbauten zur Verfügung, außerdem wird der Weiterbau des Entlastungskanals zum Rechten Hauptsammelkanal ein Schwerpunkt sein. Im Bereich der Wienfluß-Sammelkanäle ist eine Studie über mögliche Varianten als Entscheidungsgrundlage für die Wasserrechtsbehörde und die Gürtelkommission vorgesehen. Bei den Wasserwerken zählen die weitere Aufschließung mit öffentlichem Wasserleitungsnetz im Rahmen des Fünfjahresprogramms (224 Millionen), die weiteren Arbeiten zur Einleitung der Pfannbauernquelle (176 Millionen), die Erneuerung alter Rohrstränge, die Sicherung und der Ausbau der Hochquellenleitungen und die Realisierung des Frühwarn- und Sicherheitssystems zu den wichtigsten Aufgaben, ebenso die Sanierung von Wasserbehältern.

Grundwasseruntersuchungen, das Projekt Dotation Lobau, Fortführung der Untersuchungen über Altlasten in Wien, Detailuntersuchungen über den Wiener Grundwasserhaushalt, aber auch die Erfassung der Einleitung von Schadstoffen aus Gewerbebetrieben etwa in den Liesingbach und die Sanierung der Deponie Im Gestockert gehören neben den Arbeiten an der Neuen Donau zu den Aufgaben der MA 45 im kommenden Jahr. Sanierungsarbeiten bei der Alten Donau (etwa Sanierung der Ufermauern, Schlingpflanzen- und Schlammabreinigung und Überlegungen zur zusätzlichen Dotierung), die Sanierung und naturnahe Ausgestaltung der Liesing und anderer Bäche stehen ebenfalls auf dem Programm.

Auf dem Sektor Müll wird die Abfallbehandlungsanlage im Rinter-Zelt heuer im Dezember von der MA 48 übernommen und damit ein Beitrag zur Rohstoffgewinnung, zur Entgiftung von Gewerbe-, Industrie- und Sperrmüll, aber auch zur Entlastung der Deponie Rautenweg geleistet. Die Sanierungsarbeiten an der Deponie selbst werden natürlich weitergeführt, ebenso wird gemeinsam mit der MA 45 die Altlast Im Gestockert saniert. Im Rahmen des Abfallwirtschaftskonzepts soll die getrennte Müllsammlung wieder erweitert werden, dabei sind für 1987 die Bezirke 2, 21 und 22 vorgesehen. In jedem Bezirk wird außerdem mindestens eine Problemstoffsammelstelle (derzeit nicht in allen Bezirken vorhanden) eingerichtet, wobei weniger frequentierte Standorte eventuell geändert werden. Ein umfassendes Kompostkonzept steht ebenfalls auf dem Programm.

(Forts.) hrs/bs

Vom Luftmeßnetz bis zum Ausbau von Kanal und Wasserleitungen (3)
cD Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Zahlreiche wichtige Aktivitäten ghen, es auch im Grünbereich. Beim Stadtgartenamt gehört die Erhaltung und Erweiterung des Baumbestandes zu den vordringlichen Aufgaben: Schutz der Bäume durch Baumbügel, Einbau von Bewässerungsanlagen, Alleensanierung, Bodenaustausch vor allem bei Hauptverkehrsstraßen, Bodenverbesserung durch Belüftung und Bodenlockerung, Verjüngung des Baumbestandes und Neupflanzungen stadtresistenter Bäume sowie Erfassung aller Alleebäume in einer Baumdatenbank und die Erprobung neuer Methoden und Produkte zur Verbesserung der Standortbedingungen gehören dazu. Die Fortführung des Beseerparkprogramms, die Umgestaltung von Kinderspielplätzen, die nicht der ÖNORM entsprechen aber natürlich auch die Innenhofbegrünungsaktion stehen ebenfalls auf dem Programm. Ringstraßensanierung, Ausgestaltung der Denzelgründe, neue Parks werden ebenfalls von der MA 42 realisiert.

Beim Forstamt wird die Erweiterung des Wald- und Wiesengürtels vor allem im 21. und 22. Bezirk verstärkt fortgeführt. Mit Unterstützung des Vereins Niederösterreich-Wien, gemeinsame Erholungsräume, erfolgt außerdem die weitere Ausgestaltung des künftigen Erholungsbereichs Wienerberggründe im Rahmen eines mehrjährigen Programms. Für die Schaffung des künftigen Nationalparks Ost wird das Forstamt mit Arbeiten zur Schaffung standortgemäßer Vegetationsformen in jenen Teilen der Lobau, in denen sich noch standortfremde Gehölze befinden, fortfahren. Beim Landwirtschaftsbetrieb werden Flächen in der Unteren Lobau, die bisher als Äcker bewirtschaftet wurden, in Wiesen umgewandelt. Ebenfalls wichtig: Um dem Getreideüberschuß entgegenzuwirken, sollen die Flächen für Ölsaaten und Eiweißfutterpflanzen erweitert werden. Erfreulich für alle Erholungssuchenden: Die Gestaltung der Donauinsel und der Neuen Donau soll 1987 im wesentlichen (abgesehen vom Wehr II) abgeschlossen sein; weitere Grünmaßnahmen und infrastrukturelle Maßnahmen werden hier getroffen.

Und bei den Bädern soll im Frühjahr 1987 der Baubeginn für das Sommerbad beim Simmeringer Hallenbad erfolgen; mit den Bauarbeiten für das Sommerbad beim Döblinger Hallenbad wurde bereits begonnen, die Inbetriebnahme ist für 1988 geplant. Im Frühjahr 1987 startet auch die Generalsanierung des Kongreßbades, im Herbst ist das Krapfenwaldl an der Reihe. Die Attraktivität der Wiener städtischen Sommerbäder - Wiens Bäder feiern bekanntlich 1987 das Jubiläum des hundertjährigen Bestehens - wird mit verschiedenen Zusatzeinrichtungen wie Kinderwasserrutschen, Wasserspiele usw. weiter gesteigert.

Bei der Feuerwehr wird vor allem die Erneuerung der Nachrichtenanlagen - 1984 begonnen - und die Sanierung von Feuerwachen zu den wichtigsten Aufgaben gehören, ebenso wird die Umrüstung des Fuhrparks fortgesetzt. (Forts.mgl.) hrs/bs

VOR informiert (1)

Utl.: Veranstaltung für Senioren

11 =Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Der Verkehrsverbund Ost-Region will seine Informationstätigkeit weiter verstärken, wie Wiens Verkehrsstadtrat Johann HATZL Dienstag ankündigte. Vor allem für ältere Fahrgäste ist dies notwendig, etwa im Hinblick auf den jeweils günstigsten Tarif. Diese Gruppe soll bevorzugt mit persönlichen Informationen bei Veranstaltungen versorgt werden.++++

Der Verkehrsverbund Ost-Region veranstaltet deshalb am Mittwoch, dem 10. Dezember, in der Zeit von 9 bis 16 Uhr, in der Informationsstelle der Wiener Verkehrsbetriebe am Stephansplatz unter dem Motto "VOR informiert Senioren" einen Seniorentag. Es werden alle Auskünfte erteilt, die für ältere Menschen für Fahrten im Bereich des Verkehrsverbundes Ost-Region von Bedeutung sind.

Das betrifft jene Fahrgäste, die sich entweder nur in Wien (in der Kernzone 100) oder auch in Außenzonen bewegen und nur die Ermäßigungen der österreichischen Bundesbahnen oder der Badner Bahn in Anspruch nehmen wollen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, sich den Seniorenausweis für die ÖBB zu besorgen beziehungsweise die Berechtigungsmarke für 1987 zu kaufen. Voraussetzung zum Erhalt eines Seniorenausweises ist, daß jeder Antragsteller ein Lichtbild mitbringt und aus einem Lichtbildausweis das erforderliche Alter (Männer 65 Jahre, Frauen 60 Jahre) ersichtlich ist.

Für Fragen zum Seniorentarif in Wien wird auch ein Mitarbeiter der Magistratsabteilung 12 (Sozialamt) zur Verfügung stehen, der Auskünfte über die Anspruchsberechtigung für den Sozialpaß erteilt.

Sollte diese Aktion bei der Bevölkerung Anklang finden, so ist seitens des Verkehrsverbundes Ost-Region an eine Ausweitung gedacht. Der VOR will mit den Fahrgästen näher in Kontakt treten und auch an anderen zentralen Verkehrspunkten Informationstage in Wien und in den Außenzonen veranstalten. Ähnliche Aktionen sind auch für Kinder, Lehrlinge und Studenten geplant. (Forts.) roh/bs

VOR informiert (2)

Utl.: Ergänzungen zum Fahrplanbuch

12 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Im Juni 1986 wurde vom VOR ein Fahrplanbuch für die gesamte Fahrplanperiode 1986/87 herausgegeben, nicht wie bisher für Sommer- beziehungsweise Winterabschnitt getrennt. Durch laufende Verbesserungen gibt es immer wieder Veränderungen im Streckennetz und bei den Fahrzeiten. Der VOR hat daher ein Ergänzungsheft aufgelegt, das bei den Informations- und Verkaufsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe, den Bahnhöfen der ÖBB im Verbundraum und den Bahnhöfen der Badner Bahn kostenlos abgegeben wird.

Zwtl.: Taschenfahrpläne des VOR

Viele berufstätige Fahrgäste im Verkehrsverbund Ost-Region benutzen zwar nur eine bestimmte VOR-Linie, fahren aber nicht immer zur selben Zeit. Für sie wurde in den Relationen ab St. Pölten, Wiener Neustadt, Hollabrunn, Stockerau, Korneuburg, Baden, Krems, Mistelbach, Tulln und Klosterneuburg nach Wien ein Taschenfahrplan aufgelegt. Er enthält alle Züge auf ihrer "Hauslinie" und wird kostenlos an der Bahnhofskasse des betreffenden Bahnhofes abgegeben.

Zwtl.: Postkartenserie

Anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Remise Floridsdorf wird vom Verkehrsverbund Ost-Region eine Serie von sechs Postkarten mit Straßenbahn-Oldtimern zum Verkauf angeboten. Die Karten gibt es in den Informationsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe und beim Verkehrsverbund Ost-Region, Wien 7, Neubaugasse 1. Preis: 25 Schilling für sechs Karten.

Zwtl.: Silvester-Fahrplan 1986 des VOR

Zum Jahreswechsel wird auch heuer wieder ein Fahrplanheft mit den Linien, die in der Silvesternacht verkehren, herausgegeben. Alle Verkehrsmittel können mit normalen Verbundfahrausweisen benutzt werden. Der Silvester-Fahrplan ist bei den Vorverkaufs- und Informationsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe sowie bei den Bahnhöfen der ÖBB in Wien (Kernzone 100) ab Mitte Dezember erhältlich. (Schluß) roh/bs

Doppelter Tunneldurchschlag bei der U 3

13 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Die Bauarbeiten an der U 3 im dritten Bezirk sind nun soweit fortgeschritten, daß Tunnel von drei Bauabschnitten miteinander verbunden werden können. Es sind dies die Bauabschnitte U 3/3 (Kardinal-Nagl-Platz), U 3/4 (Rochusgasse) und U 3/5 (Landstraße). Dadurch entsteht zwischen Messenhausergasse und Gigergasse der bisher längste zusammenhängende U 3-Tunnel mit einer Länge von 1.230 Metern. Die beiden Tunneldurchschläge werden im Rahmen eines Festaktes am Freitag, dem 5. Dezember, um 11 Uhr erfolgen. (Schluß) roh/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 3. Dezember 1986

Blatt 2950

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Edlinger: Stadterneuerungsfonds hat sich bewährt
Verdiente Ärzte wurden geehrt

Kommunal:
(rosa)

Neuer Flächenwidmungsplan in Stammersdorf
Ein Fünftel mehr Wiener kam zur Kinderlähmungs-
impfung
Wiederherstellung nach Kopfverletzungen und
Schlaganfällen
Braun: ÖVP bestätigt Wiener Weg der
Abfallwirtschaft
Würtzlerstraße: Brückeneinbau in drei Tagen

Lokal:
(orange)

Barbarafeier mit symbolischem Stollenanschlag
Verkehrsberuhigte Zone in Ottakring

Kultur:
(gelb)

Sonderausstellung im Bezirksmuseum Hietzing

.....
Bereits am 2. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Verdiente Ärzte wurden geehrt

15 Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL) Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien überreichte Dienstag Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER an vier verdiente Ärzte.

Die Ausgezeichneten sind:

Medizinalrat Dr. Karl-Heinz BOYSEN, ehemaliger Primarius im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe. Dr. Boyesen war unter anderem als Gerichtssachverständiger für Psychiatrie und im Rahmen der Volksbildung als Vortragender tätig und hat sich besonders um eine Humanisierung in der Psychiatrie bemüht. Er arbeitete fast 37 Jahre im Bereich des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe.

Obermedizinalrat Dr. Walter DORNAUS, langjähriger ärztlicher Leiter des Ambulatoriums der Wiener Gebietskrankenkasse in der Strohgasse. In den zwei Jahrzehnten seiner Tätigkeit hat er im Rahmen des Ambulatoriums verschiedene Spezialeinrichtungen, wie zum Beispiel Kardiologie mit Ergometrie, Gastroenterologie mit Endoskopie usw. geschaffen.

Dr. Walter DOSSI, Vorstand des Röntgeninstitutes im Krankenhaus Floridsdorf. Er hat sich besonders beim Ausbau dieses Institutes - vor allem in den Bereichen der Unfall-, Brust- und Bauchröntgenologie - besondere Verdienste erworben.

Medizinalrat Dr. Gerhard MERLITSCHKEK, ehemaliger Vorstand des Röntgeninstitutes im Elisabeth-Spital. Dr. Merlitschek, der auch Leiter der Krankenpflegeschule dieses Spitals war, hat die röntgenologischen Diagnosemöglichkeiten des Institutes wesentlich ausgeweitet. (Schluß) zi/gg

.....
Bereits am 2. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Edlinger: Stadterneuerungsfonds hat sich bewährt

Utl.: Trotz Wippel-Rücktritt ist breite Zusammenarbeit anzustreben
14 =Wien, 2.12. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Der Rücktritt des ÖVP-Direktors beim Wiener Stadterneuerungsfonds, Erwin WIPPEL, sei bedauerlich, doch solle weiterhin eine breite Zusammenarbeit in der Stadterneuerung, bei der es um die Zukunft Wiens gehe, angestrebt werden, erklärten Vizebürgermeister Hans MAYR und Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER Dienstag im Rahmen der Bürgermeister-Pressekonferenz.++++

Mayr und Edlinger, beide sind auch Präsidenten des Wiener Stadterneuerungsfonds, erklärten, daß es mit Direktor Wippel in der Frage der Totalsanierungen unterschiedliche Auffassungen gegeben habe. Wippel habe in den Diskussionen stets den Standpunkt vertreten, Stadterneuerung könne ökonomisch nur über Totalsanierungen und damit notwendige Absiedlungen der Bewohner erfolgen. Diese Vorgangsweise widerspreche aber den Grundsätzen der "sanften Stadterneuerung", die die Interessen der betroffenen Bürger in den Vordergrund stelle. Auch habe Wippel die beim Fonds eingerichtete "Kummernummer gegen unredliche Absiedlungsmethoden 43 59 19 DW 55" sowie die "Mobile Gebietsbetreuung" kritisiert.

Zum Vertrag Wippels mit dem Stadterneuerungsfonds erklärten Mayr und Edlinger, daß dieser nicht wie bei den beiden anderen Direktoren Windisch und Hofstetter dem Angestelltengesetz unterliege. Wippel habe seine Mitarbeit beim Stadterneuerungsfonds vom Abschluß dieses Vertrages abhängig gemacht, was im Interesse der gesamten Fondskonstruktion schließlich durchgeführt wurde. Edlinger fügte hinzu, daß es aber künftig derartige Sonderverträge nicht mehr geben werde.

Zu den Aussagen von FPÖ-Klubobmann Dr. HIRNSCHALL erklärte Stadtrat Edlinger, daß sich der Fonds bewährt habe. Hirnschall vertrete bewußt falsche Ansichten. Die Verfahren zur Abwicklung von Sanierungen seien auf 30 Wochen verkürzt worden und eine weitere Verkürzung sei nicht einmal mehr theoretisch möglich, betonte Edlinger. Rund 600 Sanierungsanträge habe der Stadterneuerungsfonds bereits zur Durchführung empfohlen. Damit werde ein Gesamtsanierungsvolumen von über 2,5 Milliarden Schilling ausgelöst und tausende Arbeitsplätze gesichert. (Schluß) ah/bs

Mittwoch, 3. Dezember 1986

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 2953

Sonderausstellung im Bezirksmuseum Hietzing

1 Wien, 3.12. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Hietzing ist bis 21. Dezember eine Ausstellung mit Bildern, Zeichnungen und Aquarellen von Prof. Walter HARNISCH zu sehen. Die Ausstellung ist Samstag von 14.30 bis 17 Uhr und Sonntag von 10 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt zugänglich. (Schluß) gab/gg

NNNN

Barbarafeier mit symbolischem Stollenanschlag

2 Wien, 3.12. (RK-LOKAL) Die traditionelle Barbarafeier der Wiener Wasserwerke in Gußwerk ist diesmal auch der Anlaß für einen weiteren Stollenanschlag zur Überleitung der Pfannbauernquelle in die I. Wiener Hochquellenleitung: Am Freitag, dem 5. Dezember, wird nachmittags in Gußwerk in der Steiermark dieser Stollenanschlag in Anwesenheit von Umweltstadtrat Helmut BRAUN durchgeführt. (Schluß)
hrs/bs

NNNN

Verkehrsberuhigte Zonen in Ottakring

3 =Wien, 3.12. (RK-LOKAL) In Ottakring werden derzeit zwei verkehrsberuhigte Zonen errichtet: Eine Wohnstraße auf dem Schuhmeierplatz zwischen der Possingergasse und der Arltgasse sowie eine verkehrsberuhigte Zone in der Speckbachergasse zwischen der Seeböckgasse und der Effingergasse. Gutes Bauwetter vorausgesetzt, werden die beiden Projekte, die zusammen rund 5 Millionen Schilling kosten, noch vor Ende des Jahres fertiggestellt werden.++++

Auf dem Schuhmeierplatz werden die Gehsteige an den beiden Enden der Wohnstraße durchgezogen und aufgepflastert. Es werden sechs erhöhte Grünflächen geschaffen und mit braunen Rasenkompaktsteinen eingefasst. Der vorhandene Baumbestand wird durch zwei Neupflanzungen ergänzt. Auf der Parkseite wird ein Radweg markiert, und es werden auch zehn Fahrradständer montiert. Für eine angenehme Beleuchtung werden sechs Kandelaber sorgen.

Auch in der verkehrsberuhigten Zone in der Speckbachergasse werden die Gehsteige am Anfang und am Ende durchgezogen und aufgepflastert, außerdem wird auch in der Mitte ein Teil der Straße aufgepflastert. In erhöhten Grünflächen werden sechs Bäume und ein Strauch gepflanzt. Es werden abwechselnd Längs- und Schräg-Parkspuren angelegt, um durch die Verschwenkung der Fahrbahn die Kraftfahrer zu zwingen, langsam zu fahren. (Schluß) sc/gg

NNNN

Neuer Flächenwidmungsplan in Stammersdorf

Utl.: öffentliche Auflage

4 =Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Für einen Teil von Stammersdorf und Großjedlersdorf wurde der Entwurf eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes ausgearbeitet. Das Areal ist derzeit ausschließlich landwirtschaftlich genutzt. Der neue Plan sieht einerseits die Vorsorge für den künftigen Marchfeldkanal und andererseits das Verbot der Schottergewinnung sowie der Errichtung von Gebäuden vor. Nördlich der Dr.-Nekowitsch-Straße wird ein Streifen als "Schutzgebiet/Wald- und Wiesengürtel" gewidmet. Der Planentwurf liegt vom 4. Dezember bis 9. Jänner (nicht jedoch am 24. und am 31. Dezember, sowie am 2. Jänner) während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.+++

Mit dem Verbot der Errichtung von Bauten soll die Freihaltung der Grünverbindung vom Bisamberg bis Groß-Jedlersdorf gesichert werden. Der Marchfeldkanal kreuzt das Plangebiet im Süden. Eine ursprünglich festgesetzte Trasse für die Bundesstraße S 2 wird im neuen Plan nicht mehr weiterverfolgt. (Schluß) and/bs

NNNN

Ein Fünftel mehr Wiener kam zur Kinderlähmungsimpfung

Utl.: Aber trotzdem noch viel weniger als 1984

5 =Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Um etwa ein Fünftel mehr Wiener als im vergangenen Jahr entschlossen sich heuer zur Kinderlähmungsimpfung. Innerhalb von drei Wochen ließen sich 12.112 das kostenlose Zuckerstückchen mit den drei Tropfen Impfflüssigkeit in einem der Bezirksgesundheitsämter geben. Damit wurde wohl das Ergebnis von 1985 übertroffen (zwei Wochen Impfung und zwei Nachzüglertermine) - damals waren es 10.552 gewesen. Der Vergleich mit 1984 bescheinigt den Wienern allerdings gefährliche Sorglosigkeit: Damals hatten sich 27.428 zu dieser unproblematischen Vorsorgemaßnahme entschlossen. Nach der nun abgeschlossenen ersten Teilimpfung folgt vom 12. bis 24. Jänner die zweite.++++

In Wien hat die Kinderlähmungsimpfung heuer ihren 25. "Geburts- tag" gefeiert. In diesem Vierteljahrhundert ist die Impfwilligkeit stets Schwankungen unterworfen gewesen. Aber obwohl die Kinderlähmung in unseren Breiten so gut wie ausgerottet ist und daher leicht unterschätzt wird, hat sie nichts von ihrer Gefährlichkeit verloren. Weltweit sind beispielsweise 1984 noch mehr als 24.000 Menschen daran erkrankt, und es kann nicht ausgeschlossen werden, daß die Infektion bei einer Auslandsreise wieder eingeschleppt wird.

Daher wäre es wichtig, daß sich jeder Wiener zeitgerecht um vorbeugenden Schutz kümmert. Drei schmerz- und komplikationslose Impfungen, die außerdem gratis sind, bieten Schutz für zehn Jahre, dann ist eine Auffrischungsimpfung notwendig. Derzeit ist nur jeder Zweite der 1980 Geborenen durch drei Teilimpfungen geschützt, bei den Jüngeren ist die Situation noch ungünstiger. (Schluß) and/gg

NNNN

Wiederherstellung nach Kopfverletzungen und Schlaganfällen (1)

Utl.: Stacher: Drei Stufen der Betreuung von neurologischen
Patienten, Geld von allen Kostenträgern gemeinsam

6 =Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Drei Betreuungsstufen je nach
Schwere der Erkrankung des neurologischen Patienten, die Erweiterung
geeigneter Rehabilitationseinrichtungen für diese Kranken und die
Finanzierung der Rehabilitation aus einem gemeinsamen Topf der
Kostenträger - das forderte Gesundheits- und Spitalsstadtrat
Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag nachmittag im Rahmen der
Jahrestagung der Österreichischen Gesellschaft für Neuro-
Rehabilitation. Das Thema, um das es ging, betrifft viele, denn etwa
jeder zweitausendste Wiener muß im Laufe eines Jahres damit rechnen,
einen Schlaganfall zu erleiden. Dazu kommen Auto-, Betriebs- und
Freizeitunfälle, bei denen Gehirn oder Rückenmark verletzt werden.
Nach Ansicht des Wiener Gesundheitsstadtrates sollten für spezielle
Fälle Teile der Rehabilitationszentren umgestaltet werden, während
das Gros der Patienten an eigens geschaffenen Rehabilitations-
abteilungen in Krankenhäusern behandelt werden könnte. Leichtere
Fälle sollten ambulant rehabilitiert werden. Unabhängig davon
forderte Stacher, daß schon auf der Universität bei der Ausbildung
der Ärzte der Rehabilitation ein höherer Stellenwert gegeben
wird.++++

Zwtl: Mehr als genug für Herzkranken, aber es fehlt an

Rehabilitationsmöglichkeiten für neurologisch Kranke

Heute gibt es kaum einen Mangel an Einrichtungen zur
Nachbetreuung nach einem Herzinfarkt, doch Patienten, die nach
Schlaganfällen und schweren Kopf- oder Rückenmarksverletzungen
wiederhergestellt werden müssen, sind noch nicht ausreichend
versorgt. Weil nach Meinung von Stadtrat Stacher nicht alle
Patienten nach Herzleiden in aufwendig ausgestatteten Zentren
behandelt werden müßten, soll die Rehabilitation Herzkranker in
solchen Einrichtungen auf das notwendige - und sinnvolle - Maß
beschränkt werden. Freiwerdende Kapazitäten könnten dann, so Stacher
weiter, für die Nachbetreuung von Patienten mit neurologischen
Erkrankungen dienen. (Forts.) and/gg

Wiederherstellung nach Kopfverletzungen und Schlaganfällen (2)
Utl.: Bestehende Spitalseinrichtungen kostengünstig mitbenützen
7 Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Man könnte sich den Bau
kostspieliger neuer Rehabilitationszentren für neurologische
Patienten weitgehend ersparen, wenn man in bestehenden Spitälern
Rehabilitationsabteilungen einrichtet, sagte Stadtrat Stacher. Sie
sollen 40 bis 60 Betten haben, mit entsprechender Kostenbeteiligung
des jeweiligen Versicherungsträgers die - ja bereits bestehenden -
apparativen Einrichtungen des Spitals mitbenützen und auch ambulante
Rehabilitation anbieten. Stacher kalkuliert, daß fünf bis sechs
solcher Abteilungen um den Preis eines neuen Rehabilitationszentrums
geschaffen werden können.

Zwtl.: "Chance für Rehabilitation auf breitester Basis"

Rehabilitation darf auf keine Frage des Versicherungsträgers
sein, verlangt Stadtrat Alois STACHER. Daher soll sich nach seinen
Vorstellungen ein Kuratorium zusammenschließen, dem die Pensions-
versicherungsanstalten ebenso angehören wie die Unfallversicherung,
aber auch die Krankenversicherung, soweit sie in die Rehabilitation
eingebunden ist. Dieses Kuratorium weist die Patienten dann jener
Einrichtung zu, die am besten für den Einzelfall geeignet ist, ohne
auf gegenwärtig bestehende Barrieren angesichts unterschiedlicher
Versicherungsbedingungen achten zu müssen. Selbstverständlich werden
sich die Kuratoriumsmitglieder auf einen entsprechenden
Kostenschlüssel einigen müssen. "Das ist die einzige Chance für eine
erstklassige Rehabilitation auf breitester Basis", sagte Stadtrat
Stacher und fand damit Zustimmung bei den Teilnehmern der
Veranstaltung, zu denen Vertreter des Gesundheitsministeriums und
der Ärzte ebenso gehörten wie solche der Sozialversicherung.
(Schluß) and/bs

Braun: ÖVP bestätigt Wiener Weg der Abfallwirtschaft

8 -Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) "Es freut mich, wenn die ÖVP die im von mir 1985 vorgelegten Wiener Abfallwirtschaftskonzept erhobenen Forderungen nun auch zu ihren Forderungen macht; es wird alle mit Umweltschutz Beschäftigten aber noch mehr freuen, würde die Volkspartei auch über ihr nahestehende Organisationen entsprechend auf Industrie und Gewerbe einwirken". Das erklärte Wiens Umweltstadtrat Helmut BRAUN Mittwoch gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" zu dem heute von ÖVP-Umweltsprecherin Dr. Marga HUBINEK vorgelegten Abfall-Konzept der Volkspartei. Wie Braun feststellte, könnten die im ÖVP-Konzept enthaltenen Schwerpunkte geradezu von dem bereits seit über einem Jahr schrittweise realisierten Wiener Abfallwirtschaftskonzept abgeschrieben sein: Etwa die Forderung nach rigorosen Anstrengungen zur Müllvermeidung - Abfallverringerung und Abfallvermeidung stehen an erster Stelle des Abfallwirtschaftskonzepts der Stadt Wien - oder die Gewinnung von Rohstoffen, einem weiteren wichtigen Punkt im Konzept der Stadt, oder auch die fachgerechte Endbehandlung von Abfällen, wobei besonders auf die umweltpolitischen Erfordernisse Rücksicht zu nehmen ist, wie es im Wiener Konzept steht.++++

Braun wies in diesem Zusammenhang auch neuerlich den Vorwurf zurück, daß in Simmering überdurchschnittlich viele Kinder an chronischen Atemwegserkrankungen leiden, was auch die sorgfältigen Untersuchungen des Gesundheitsressorts beweisen.

"Ich lade aber Frau Abgeordnete Hubinek gerne ein, sich die Wiener Müllbehandlungssysteme anzusehen", sagte Braun weiter und verwies dabei u. a. auf die getrennte Müllsammlung, die nun bereits in drei Bezirken praktiziert wird - drei weitere kommen 1987 an die Reihe -, auf die Einrichtung der Problemstoffsammelstellen, auf die Bio-Tonne, auf die Abfallbehandlungsanlage im Rihter-Zelt, auf die Sanierung der Deponie Rautenweg und den Filtereinbau bei den Müllverbrennungsanlagen sowie bei der EBS hin. "Wenn die Volkspartei nun mit ihrem Abfall-Konzept die Richtung bestätigt, die in Wien schon vor längerer Zeit eingeschlagen wurde, so beweist dies, daß der Wiener Weg der Abfallwirtschaft sich nun offensichtlich auch bei der ÖVP durchzusetzen beginnt. Gerade aus dem Bereich der Industrie und des Gewerbes sollte ja ein wesentlicher Beitrag zur Müllvermeidung und, etwa bei Sonderabfall, zur Vermeidung von Umweltschäden geleistet werden. Hier könnte zweifellos auch die Unterstützung der entsprechenden, der ÖVP nahestehenden Vereinigungen, viel weiterbringen - zusätzlich zu den bereits von uns geführten Gesprächen", schloß Braun. (Schluß) hrs/gg

Würtzlerstraße: Brückeneinbau in drei Tagen

9 =Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Auf Grund des Baufortschrittes im zweiten Abschnitt der U 3 ist, wie geplant, ab Anfang 1987 eine Sperre der Schlachthausgasse notwendig. Die Umleitungsstrecke wird über Barthgasse - Würtzlerstraße - Schnirchgasse führen. Dafür wurde der Einbau eines "D-Brückengerätes" in der Würtzlerstraße notwendig. Das in der Verwaltung der Magistratsabteilung 29 stehende Gerät wurde vom Heerespionierbataillon aus Melk in nur drei Tagen zusammengebaut.++++

Am 1. Dezember nachmittags erfolgte das Einrichten der Baustelle durch das Bundesheer. Am 2. Dezember wurde der Aufbau der "D-Brücke" neben dem Einbauort durchgeführt.

Termin- und plangemäß erfolgte am 3. Dezember vormittags das exakte Einheben des Brückentragwerkes durch zwei Autokräne auf die vorher hergestellten Brückenaufleger. Anschließend wurden die Fahrbahnplatten versetzt.

Die Brücke hat eine Stützweite von 21,35 Metern und ein Gesamtgewicht von 48,7 Tonnen. Das "D-Brückengerät" besteht aus zwei Richtungsfahrbahnen sowie einer einseitigen Gehwegkonsole, die an der Brücke befestigt ist.

Die ARGE U 3/2 wird anschließend die Straßenbeläge in den Anschlußbereichen der Brücke herstellen. Die Verkehrsfreigabe dieses Bereiches soll termingemäß am 15. Dezember erfolgen. Die Umleitungsstrecke wird dann in der Nacht vom 7. Jänner 1987 auf den 8. Jänner 1987 in Betrieb genommen und voraussichtlich bis Ende 1988 bestehen. (Schluß) roh/gg

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 4. Dezember 1986

Blatt 2962

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Augarten-Filiale auf dem Flughafen Schwechat
Auszeichnung für Autoren des Feuerwehrbuches
Ehrenzeichen für Dkfm. Walter Göbel und
Ing. Josef Löw

Kommunal:
(rosa)

Neue Verkehrsampel in der Troststraße in Favoriten
Auszeichnung für Blauensteiner und Reinprecht
Förderung für weitere 1.200 Wohnungen genehmigt
Energie im Krankenhaus

Lokal:
(orange)

Landesarchiv: Zwei Ausstellungen im Rathaus

Kultur:
(gelb)

Musikalische Neuerwerbungen der Wiener Stadt-
und Landesbibliothek

Nur
über FS:

Drei Hausgeburten in einer Nacht
Wieder Sprung vor die U-Bahn
Nächste Woche Budgetdebatte im Gemeinderat

.....
Bereits am 3. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Augarten-Filiale auf dem Flughafen Schwechat

10 Wien, 3.12. (RK-WIRTSCHAFT) Innerhalb kurzer Zeit hat die Wiener Porzellanmanufaktur Augarten die dritte neue Filiale, und zwar im Duty-Free-Bereich des Flughafens Wien-Schwechat, eröffnet. Angeboten wird nicht das gesamte Sortiment, angeboten werden in Schwechat vorwiegend Figuren und Ziergegenstände.

Die beiden anderen neuen Filialen befinden sich in Graz und im Wiener Donauzentrum. (Schluß) wh/gg

NNNN

.....
Bereits am 3. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Auszeichnung für Autoren des Feuerwehrbuches

11 Wien, 3.12. (RK-LOKAL) "Die Feuerwehr der Stadt Wien - ihre Geschichte - ihre Fahrzeuge", heißt das (derzeit vergriffene) Buch, das heuer zum Jubiläum des 300jährigen Bestehens der Wiener Berufsfeuerwehr im Verlag Jugend und Volk erschienen ist. Den beiden Autoren Erwin A. GRESTENBERGER und Friedrich MÜLLER, die nach sorgfältigen Recherchen dieses Buch schrieben, erhielten heute Mittwoch von Feuerwehrstadtrat Helmut BRAUN je einen Rathausmann überreicht. Im Namen des Bürgermeisters dankte Braun den beiden Autoren dabei auch für ihre Leistung, die Geschichte der Wiener Feuerwehr zu dokumentieren. (Schluß) hrs/bs

NNNN

.....
Bereits am 3. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Ehrenzeichen für Dkfm. Walter Göbel und Ing. Josef Löw

12 =Wien, 3.12. (RK-KOMMUNAL) Zwei Männer, die sich große Verdienste um die Modernisierung der Energieversorgung bzw. des öffentlichen Verkehrs Wiens erworben haben, wurden Mittwoch geehrt: Stadtrat Johann HATZL überreichte Dkfm. Walter GÖBEL, kaufmännischer Vizedirektor der E-Werke i.R., das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien und Ing. Josef LÖW, Direktor der ÖAF Gräf & Stift AG, das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.++++

Dkfm. Walter Göbel erreichte durch eine hervorragende Haushaltsführung der E-Werke, daß die Investitionen, die zur Modernisierung, zur Deckung des steigenden Strombedarfes und für Umweltschutzmaßnahmen notwendig sind, stets ohne Probleme durchgeführt werden konnten. Er war 15 Jahre Vizedirektor der E-Werke (1971-1986). Auf seine Konzeption geht unter anderem das 1984 eröffnete neue Kundendienstzentrum in der Spitalgasse zurück, das durch den Einsatz modernster Bürotechnologie eine entscheidende Verbesserung für die Energiebezieher brachte.

Ing. Josef LÖW ist es in seiner mehr als 20jährigen Tätigkeit gelungen, die Zusammenarbeit zwischen den Verkehrsbetrieben und der Herstellerfirma so gut zu gestalten, daß durch zahlreiche Entwicklungen auf technischem Gebiet die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien laufend erhöht werden konnte. Löws Initiative ist unter anderem die Beseitigung der Rußbelastung bei den Bussen durch den sogenannten "Zweistoffbetrieb" und schließlich in den letzten Jahren die Umstellung auf reinen Flüssiggasbetrieb zu verdanken. (Schluß) roh/bs

Neue Verkehrsampel in der Troststraße in Favoriten

2 =Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Auf der Kreuzung Troststraße -
Gußriegelstraße in Favoriten wurde Donnerstag vormittag eine neue
Verkehrslichtsignalanlage in Betrieb genommen. Die Ampel dient vor
allem der Sicherheit der Fußgänger auf dieser stark befahrenen
Kreuzung. Die vier Schutzwege wurden daher mit eigenen
Fußgängersignalen ausgestattet. Die Kosten für die Anlage betrugen
rund 1,8 Millionen Schilling.++++

(Schluß) sc/bs

NNNN

Landesarchiv: Zwei Ausstellungen im Rathaus

3 =Wien, 4.12. (RK-LOKAL) Zwei kleine, interessante Ausstellungen zeigt das Wiener Stadt- und Landesarchiv bis Ende Dezember Montag bis Freitag (Feiertage ausgenommen) von 8 bis 18 Uhr, im Rathaus:

- o "Der Linienwall. Von der Befestigungsanlage zum Gürtel" beschäftigt sich mit der Geschichte der Gürtelstraße, auf deren Areal 1704 auf Betreiben Prinz Eugens der Linienwall errichtet wurde. Die Verteidigungsanlage wurde in den Neunzigerjahren des vorigen Jahrhunderts eingeebnet. An ihre Stelle traten die Gürtelstraßen und die Stadtbahn; (Stiege 6, 1. Stock).
- o "Wohnhaft in Wien. Geschichte und Bedeutung des Meldewesens" zeigt anhand von Meldezetteln bekannter Persönlichkeiten - Schauspieler, Musiker, Dichter -, wie wichtig diese Dokumente sind. Ein Meldezettel ist zugleich biographisches und zeitgeschichtliches Dokument; (Schmidthalle).

Informationshefte für beide Ausstellungen werden kostenlos abgegeben.++++

(Schluß) am/gg

NNNN

Musikalische Neuerwerbungen der Wiener Stadt- und
Landesbibliothek (1)

4 =Wien, 4.12. (RK-KULTUR) Die Musiksammlung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek hat während des Jahres 1986 größere Sammlungen und wertvolle Einzelstücke erwerben können. Dazu zählen unter anderem die Sammlung der Familie Fahrbach, der Nachlaß von Othmar Steinbauer, Material zu Anton von Webern und das Partiturmanuskript zur Weinbergers "Schwanda, der Dudelsackpfeifer".++++

Unter den Sammlungen ist zunächst jene der FAMILIE FAHRBACH zu nennen. Schwerpunkt darin sind die Manuskripte von Philipp Fahrbach Senior, Zeitgenosse von Johann Strauß Vater (und mit diesem persönlich sehr verbunden), der neben Strauß und Lanner zu den wichtigsten Protagonisten im damaligen Wiener Musikleben zählte. Unter den Autographen befinden sich auch Partiturteile des berühmten Radetzky-Marsches in Fahrbachs Handschrift. Damit bestätigt sich erstmals die Vermutung, daß Fahrbach an der Komposition dieses Marsches, der lange Johann Strauß Vater allein zugeschrieben wurde, mitbeteiligt gewesen ist.

Eine andere - und geschlossene - Sammlung ist der gesamte kompositorische NACHLASS VON OTHMAR STEINBAUER. Steinbauer, ein Zeitgenosse Schönbergs und Hauers, wurde von letzterem zur Entwicklung der "Klangreihenlehre" angeregt. Der Nachlaß enthält zu jedem Werk Skizze und endgültige Niederschrift. Vieles aus diesem Werk wäre auch für das Konzertrepertoire noch zu entdecken.

Bedeutend ist das Material, das zu ANTON VON WEBERN erworben worden ist und das von der Forschung bisher noch nicht ausgewertet werden konnte. Es handelt sich um eine Serie von Erstdrucken mit Korrekturen von der Hand des Komponisten sowie die von Webern angewendete Kontrapunktlehre, die in der Niederschrift seines Schülers Zenk mit vielen eigenhändigen Zusätzen von Webern vorhanden ist.

Unter den namhaften Einzelstücken, die von der Bibliothek erworben werden konnten, ist das Partiturmanuskript zu einem der meist gespielten Opernwerke der Zwischenkriegszeit zu nennen: JAROMIR WEINBERGERS "SCHWANDA, DER DUDELSACKPFEIFER". (Forts.)
gab/bs

Musikalische Neuerwerbungen der Wiener Stadt- und
Landesbibliothek (2)

5 Wien, 4.12. (RK-KULTUR) Ferner gelangten in den Besitz der
Bibliothek die autographe Partitur von JOSEF MATTHIAS HAUERS
"WANDLUNGEN" op. 53, Teile der Operette "JABUKA" VON JOHANN STRAUSS
(SOHN), eine Donizetti-Bearbeitung von JOSEF LANNER, die Manuskripte
zu zwei Operetten und einer symphonischen Dichtung von OSCAR STRAUS,
dessen Nachlaß die Musiksammlung ja besitzt.

Selbst ROBERT STOLZ, dessen Manuskripte in Europa eine Rarität
geworden sind, befindet sich mit dem Manuskript zu einem Chanson von
Fritz Grünbaum auf der Ankaufsliste. Von JULIUS BITTNER'S "Veilchen"
kam der autographe Klavierauszug an die Bibliothek, und schließlich
wurde das KRENEK-ARCHIV durch mehrere Manuskripte des Komponisten
weiter aufgestockt. (Schluß) gab/bs

NNNN

Auszeichnungen für Blauensteiner und Reinprecht

7 Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Donnerstag im Rahmen einer Feier im Roten Salon des Wiener Rathauses an Kommerzialrat Franz BLAUENSTEINER, Bezirksvorsteher a. D. und Vorsteher der Fachgruppe Gastronomie in der Handelskammer, das Goldene Ehrenzeichen sowie an Kommerzialrat Ing. Hugo REINPRECHT das Silberne Ehrenzeichen des Landes Wien. Zilk würdigte in seiner Ansprache die Verdienste der beiden Geehrten um die Gastronomie und den Fremdenverkehr in der Bundeshauptstadt. (Schluß) red/gg

NNNN

Förderung für weitere 1.200 Wohnungen genehmigt

8 Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wohnbauförderungsbeirat für das Land Wien genehmigte in seiner Sitzung in dieser Woche die Förderung von weiteren 1.196 Neubauwohnungen sowie 7 Geschäftslokalen. Davon werden die Gemeinde Wien 752 und gemeinnützige Wohnbauvereinigungen 320 Wohnungen errichten. Für 1986 wird eine Gesamtzahl geförderter Neubauwohnungen von 5.200 angestrebt.

Der Wohnbauförderungsbeirat sicherte heuer bis Ende November darüberhinaus die Förderung von 157 Wohnhaussanierungsvorhaben sowie von 11.658 Einzelwohnungsverbesserungen zu. (Schluß) ah/bs

NNNN

Energie im Krankenhaus (1)

Utl.: Jährlich eine Milliarde Energiekosten

9 =Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Die Energiekosten in österreichs Spitälern belaufen sich gegenwärtig auf rund eine Milliarde Schilling. Der Anteil Wiens, das über 22 Prozent des österreichischen Spitalsbettenstandes verfügt, beträgt dabei 17 Prozent. Im Bereich der städtischen Spitäler wurde in den letzten Jahren damit begonnen, durch gezielte Maßnahmen die Energiekosten zu reduzieren. So konnten etwa in der Krankenanstalt Rudolfstiftung in den letzten fünf Jahren 8,2 Millionen Schilling an Energiekosten eingespart werden. Aufgrund der dabei gewonnenen Erfahrungen sollen energieeinsparende Maßnahmen auch in allen übrigen städtischen Spitälern durchgeführt werden. Dies kündigte Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend bei einer Diskussion über das Thema "Energie im Krankenhaus" im Rahmen seiner Gesundheitspolitischen Presserunde an.++++

Unmittelbarer Anlaß dafür war ein Mittwoch und Donnerstag im Rathaus stattfindendes internationales Symposium über dieses Thema, das vom Gesundheitsministerium, dem Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds, der Krankenhausberatungsagentur Wien und der Stadt Wien veranstaltet wurde. An der Diskussion nahmen Ministerialrat Mag. Erasmus PEER (Gesundheitsministerium bzw. KRAZAF), Dr. Helmut DRAXLER (KBA) und Univ.-Prof. Dr. H. U. WANNER (Institut für Hygiene und Arbeitsphysiologie, Zürich) teil.

Zwtl.: Strompreis: Ost-West-Gefälle

Stacher wies im Rahmen der Diskussion auf die in Österreich bestehende unbefriedigende Tarifsituation bzw. das enorme Ost-West-Gefälle bei den Stromtarifen hin. So haben in Vorarlberg die Krankenanstalten einen durchschnittlich um 50 Prozent niedrigeren Tarif als die Wiener Spitäler. Stacher forderte in diesem Zusammenhang einen einheitlichen Energiepreis für Österreich.

Zwtl.: SMZ-Ost - weltweites Modell

Dr. Draxler unterstrich, daß die größten Möglichkeiten für Energieeinsparungen im Krankenhausneubau liegen und nannte in diesem Zusammenhang den Bau des Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost, das in Form eines "Maßanzuges" eine "energiesparende Bauhülle" erhalten wird. Damit wird dieses Krankenhaus über die energiesparendsten Bettenpavillons weltweit verfügen. In diesem Zusammenhang kritisierte Dr. Draxler aber auch die derzeit geltenden für den Spitalsbau unzulänglichen und völlig ungeeigneten Normen in der geltenden Bauordnung. (Schluß) zi/gg

Energie im Krankenhaus (2)

Utl.: Abschalten von Klimaanlage

10 Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Sowohl Dr. Draxler als auch Univ.-Prof. Dr. Wanner vertraten die Meinung, daß man überlegen sollte, künftighin außerhalb des Betriebes die Klimaanlage in den OP-Bereichen abzuschalten bzw. mit geringerer Energie laufen zu lassen. Nach Meinung der Experten könnten damit jährlich rund 100 Millionen Schilling eingespart werden. Als "Energiefresser" nannte Prof. Wanner unter anderem auch Luftbefeuchter, die man gezielter einsetzen könnte. Er sprach sich für jede Form der Wärmerückgewinnung, gegen übertriebene Hygieneforderungen, gegen klimatisierte Patientenzimmer und für die Schaffung kleinerer, anstatt zentraler Energieanlagen in den Spitälern aus.

Zwtl.: Bausünden der 60er Jahre

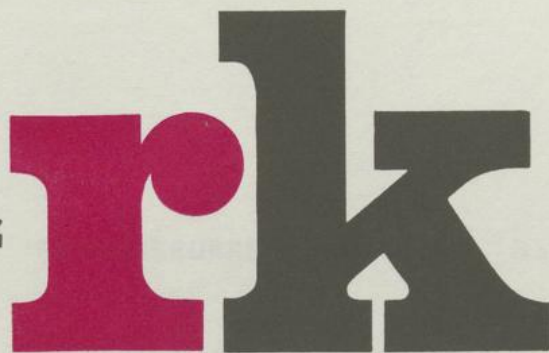
Ministerialrat Peer wies vor allem auf die in den 60er Jahren erfolgten Bausünden bezüglich der Energieeinsparung hin, kritisierte ebenfalls die geltenden Tarife, die die Spitäler derzeit genauso einstufen wie etwa Schulen, Kaufhäuser usw. Aufgrund der Abnahmestruktur sollten ein Großteil der Krankenanstalten Industrietarife erhalten.

Zwtl.: Energiesparmaßnahmen fortsetzen

Nach Meinung von Stadtrat Stacher sollte die bereits stattgefundene Bewußtseinsänderung bei den Spitalserhaltern, aber auch bei den Spitälern weiter gefördert werden, um damit "unnötige Kosten" künftighin zu vermeiden. Dies könnte, wie bereits bisher, mit Unterstützung des KRAZAF und der KBA geschehen. In den letzten fünf Jahren konnten im Rahmen der österreichischen Spitäler bereits beachtliche Energieeinsparungen erreicht werden. So gingen etwa der Wärmeverbrauch um mehr als 20 Prozent, die Kosten für Erdgas um 13 Prozent, für Wasser um 30 Prozent und speziell im Heiz- und Energiebereich um 20 bis 30 Prozent zurück. (Schluß) zi/bs

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 5. Dezember 1986

Blatt 2974

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet:
(grau)

Diplomaten informierten sich über Wiener U-Bahn-Bau
Fahrbahnenge in der Wagramer Straße wird beseitigt

Kommunal:
(rosa)

AKH: Einsparung von 3,4 Milliarden
Überreichung von Ehrenzeichen
Terminvorschau vom 9. bis 19. Dezember

Lokal:
(orange)

Einengung in der Leberstraße
Ausstellung über Kinderwettbewerb "Donauraum"

Nur
über FS:

Wieder brannte es am Muhrhoferweg
Wienerin feierte 102. Geburtstag

.....
Bereits am 4. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Diplomaten informierten sich über Wiener U-Bahn-Bau

12 =Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich des heutigen Barbaratages hatten Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Verkehrsstadtrat Johann HATZL Vertreter des Diplomatischen Corps zu einem Informationsprogramm über den Wiener U-Bahn-Bau eingeladen, an dem auch Altbundespräsident Dr. Rudolf KIRCHSCHLÄGER teilnahm. Seine Gattin ist "Stollenpatin" der Tunnel im Abschnitt Messepalast. Vertreter von 25 Wiener Botschaften nahmen an dem Programm, das den ganzen Vormittag dauerte, teil.++++

Nach einer Begrüßung im Rathaus besichtigten die Diplomaten die U 6-Baustelle am Schedifkaplatz und anschließend die U 3-Baustelle in der Siebensterngasse, wo die Tunnel mehr als 30 Meter unter der Erdoberfläche liegen. Sowohl von der Technik als auch der Architektur zählt die Wiener U-Bahn zu den modernsten der Welt und ist auch als "Exportartikel" in Länder, die selbst den Bau einer U-Bahn planen, ein großer Erfolg. Die heutige Veranstaltung sollte auch in dieser Hinsicht auf das Know-how der Wiener Firmen aufmerksam machen. Der vom Botschafter der Volksrepublik Polen namens aller Teilnehmer ausgesprochene Dank am Ende des Programmes und rege Diskussionen zeigten das Interesse, das der in dieser Form erstmals durchgeführten Veranstaltung entgegengebracht wurde.

(Schluß) roh/gg

NNNN

.....
Bereits am 4. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Fahrbahnenge in der Wagrainer Straße wird beseitigt

Utl.: Langer Rechtsstreit ist zu Ende

13 =Wien, 4.12. (RK-KOMMUNAL) Der jahrelange Rechtsstreit mit einem Grundbesitzer an der Wagrainer Straße wurde jetzt durch einen Vergleich beendet. Daher kann endlich die unfallträchtige Engstelle vor dem Haus Wagrainer Straße 206 beseitigt werden.++++

Die Bauarbeiten beginnen nächste Woche. Zuerst müssen die Versorgungsleitungen umgelegt werden, was etwa bis Jahresende dauern wird. Im Jänner wird dann der rechte Fahrstreifen gebaut - vorläufig wegen des Winterwetters wahrscheinlich nur als Provisorium.

Der Grundbesitzer, der als einziger Anrainer vor einigen Jahren das Angebot der Bundesstraßenverwaltung nicht angenommen hat, hat jedenfalls kein Geschäft gemacht. Der Großteil seiner Entschädigung wird jetzt wohl für die Rechtsanwaltskosten verwendet werden müssen.
(Schluß) sc/gg

NNNN

AKH: Einsparung von 3,4 Milliarden

Utl.: Neue Zentralküche geht planmäßig in Betrieb

4 =Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Vertreter des Bundes und des Landes Wien sowie der mit der Baudurchführung beim AKH beauftragten VOEST-Tochter VAMED präsentierten Freitag in einem Pressegespräch in Wien die jüngste Fortschreibung des Zeit- und Kostenplanes für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses. Dabei wurde eine Verbilligung des Baues von bisher 37,8 Milliarden um 3,4 Milliarden auf 34,4 Milliarden Schilling bekanntgegeben. Die Fristen werden planmäßig eingehalten: Nach der Übergabe der Neurochirurgie im Jahr 1984 und der nun fertiggestellten Zentralküche folgen 1987 die medizinisch-technischen Schulen und die Kernspintomographieanlage und 1988 das Feuerwehrgebäude. Ab 1989 beginnt die Besiedelung des neuen AKH: Zunächst zieht der Bereich Verwaltung und Betrieb ein, dann die Lehre und Forschung, und zuletzt erfolgt die Übersiedelung des Bereichs Krankenversorgung, die im Jahr 1992 abgeschlossen sein wird.

Als Ursachen für die doch beachtliche Ersparnis von 3,4 Milliarden wurden das geringere Ansteigen des Preisindizes, der Planungsfortschritt, der nun genauere Aussagen über die Kosten ermöglicht, und die gute kaufmännische Abwicklung durch die VAMED genannt.++++

Zweites Thema der Pressekonferenz war die Fertigstellung und Übergabe der neuen Zentralküche. In dieser Großküche - Kapazität 7.000 Portionen pro Mahlzeit - wird bis zur Aufnahme des Betriebes im neuen AKH derzeit das Essen für das bestehende AKH zubereitet. Die Versorgung geschieht derzeit noch nach dem sogenannten "Schöpfsystem", mit Inbetriebnahme der neuen Kliniken wird auf das bedienungs- und patientenfreundliche "Tablettsystem" umgestellt. (Forts. mgl.) sei/gg

NNNN

Einengung in der Leberstraße

5 =Wien, 5.12. (RK-LOKAL) Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Leberstraße in Simmering müssen nächste Woche die Fundamente der Eisenbahnbrücke, die bei der Swatoschgasse über die Leberstraße führt, unterfangen werden. Die Fahrbahn der Leberstraße wird dann abgesenkt, um die Durchfahrtshöhe auf 4,50 Meter zu vergrößern.++++

Die Bauarbeiten beginnen Dienstag nächster Woche und werden voraussichtlich bis Freitag dauern. Um den Verkehr während der Früh- und Abendspitze nicht zu behindern, wird nur zwischen 9 und 15 Uhr gearbeitet. In dieser Zeit steht allerdings auf eine Länge von etwa 30 Metern nur ein Fahrstreifen für beide Fahrtrichtungen zur Verfügung. Der Verkehr wird durch einen Sicherheitswachebeamten geregelt. (Schluß) sc/gg

NNNN

Überreichung von Ehrenzeichen

6 =Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien übergab Familienstadtrat Ingrid SMEJKAL an den Journalisten Dr. Lothar STRÄTER. Otis WHITE wurde mit der Prof. Dr. Julius Tandler-Medaille der Stadt Wien in Silber ausgezeichnet.++++

Dr. Lothar Sträter berichtete seit 1955 als Journalist bei zahlreichen Medien über kulturelle Ereignisse aus Wien. Seine Artikel beschäftigten sich mit Theater, Film, Musik, Bildender Kunst und Literatur sowie wissenschaftlichen Themen.

Otis White, 1909 in Ohio, USA geboren, richtete als Angehöriger der USA-Armee im Nachkriegswinter 1946/47 eine Suppenausspeisung für Wiener Kinder ein. Seit 1976 lebt Otis White in Österreich. (Schluß)
jel/bs

NNNN

Terminvorschau vom 9. bis 19. Dezember

7 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 9. bis 19. Dezember hat die "RATHAUSKORRESPONDENZ" folgende Termine vorgemerkt:

DIENSTAG, 9. DEZEMBER:

ab 9 Uhr, Wiener Gemeinderat

MITTWOCH, 10. DEZEMBER:

ab 9 Uhr, Wiener Landtag und Wiener Gemeinderat

10.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Mrkvicka "Festwochen 1987" (PID)

DONNERSTAG, 11. DEZEMBER:

8.00 Uhr, Gemeinsame Sitzung Finanzausschuß und Kontrollausschuß
ab 9 Uhr, Wiener Gemeinderat

17.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika S.E. Ronald S. Lauder (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)
(ZUTRITT AUSSCHLIESSLICH NUR MIT PRESSEAUSSWEIS!)

FREITAG, 12. DEZEMBER:

ab 9 Uhr, Wiener Landtag und Wiener Gemeinderat

MONTAG, 15. DEZEMBER:

8.30 Uhr, Krematorium Wien-Simmering wird seiner Bestimmung übergeben

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP

DIENSTAG, 16. DEZEMBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 17. DEZEMBER:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Prof. Franz Gerstacker (Arbeitszimmer, Bgm.)

10.45 Uhr, Pressekonferenz StR. Mrkvicka "Musiksommer 1987"

11.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds mit StR. Edlinger (PID)

11.00 Uhr, Vergabe der Förderungsmittel aus dem "Medizinisch-wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters", Bgm. Zilk (Wappensaal, Rathaus)

14.30 Uhr, Gemeinderatausschuß Planung und Stadtentwicklung

DONNERSTAG, 18. DEZEMBER:

9.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

11.00 Uhr, Pressekonf. StR. Stacher "Aufgabengebiet der MA 23" (PID)

(Schluß) red/gg

Ausstellung über Kinderwettbewerb "Donauraum"

8 Wien, 5.12. (RK-LOKAL) Im Wiener Messepalast ist derzeit eine Ausstellung über die Ergebnisse des Aufsatz- und Zeichenwettbewerbes "Chancen für den Donauraum" zu sehen.

Insgesamt hat es 1.122 Einsendungen gegeben. Die Ausstellung ist von Montag bis Freitag von 9 bis 16 Uhr und an Sonntagen von 9 bis 12 Uhr geöffnet. An Samstagen und Feiertagen bleibt sie geschlossen. Der Eingang zur Ausstellung befindet sich in der Burggasse gegenüber dem Volkstheater. (Schluß) red/gg

NNNN

AKH: Einsparung von 3,4 Milliarden (2)

9 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen des Pressegespräches am Freitag stellte Finanzminister Dkfm. Ferdinand LACINA fest, daß bei allen Entscheidungen die Priorität der Termineinhaltung und damit auch der Kostenbegrenzung gegolten habe und gelte. Gleichzeitig seien auch immer wieder neue Wünsche zu berücksichtigen, um sicher zu stellen, daß der modernste Stand erhalten bleibe. Diese Wünsche müssen sich jedoch am Terminplan orientieren. VOEST-Generaldirektor Dr. Herbert LEWINSKY verwies auf die bereits erzielten Kosteneinsparungen gegenüber dem Aufgabenrahmen und betonte, sein Unternehmen werde auch weiterhin alles daransetzen, beste Leistungen zu erbringen. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK sagte, bei seinem Amtsantritt sei er mit der Forderung konfrontiert gewesen, den Bau des Allgemeinen Krankenhauses einzustellen. Wie unqualifiziert diese Forderung gewesen sei, zeige sich an den Erfolgen in den letzten beiden Jahren. Vizebürgermeister Hans MAYR und Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER relativierten die Betriebskostenunterschiede zwischen dem alten und dem neuen AKH - etwa 15 Prozent - nicht nur mit höherem Komfort und vermehrter Humanität, sondern auch mit der Leistungsauswertung. Stacher verwies darauf, daß es hier um die größte medizinische Forschungsstelle Österreichs, vielleicht Mitteleuropas, mit etwa 4.500 Studenten gehe. Dieses Spital widmet sich nicht nur der Krankenbetreuung, sondern gleichermaßen auch der Ausbildung und der Forschung. Vizebürgermeister Mayr fügte hinzu, daß die "Viennamed" als gemeinsame Tochter von VAMED und Wiener Holding als internationale Spitalerrichtungsgesellschaft in Erscheinung treten werde und dabei auch die Unterstützung der Stadt Wien, etwa durch die Zurverfügungstellung von Ärzten für eine begrenzte Zeit, in Anspruch nehmen könne.

Hinsichtlich der Zukunft des Geländes des alten AKH kündigte Bürgermeister Dr. Zilk für Jänner den Beginn von Gesprächen über die zahlreichen bisher eingelangten Vorschläge und Wünsche an. Eine einzige Nutzung allein werde jedoch nicht verfolgt werden, unterstrich der Bürgermeister. (Schluß) and/bs

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 9. Dezember 1986

Blatt 2983

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS U-Bahn: Tunneldurchschläge auf der Landstraße
ausgesendet: Ehrenmedaille in Gold an fünf Wissenschaftler
(grau) Der Arbeitsmarkt im November
Chancen der Risikobabys steigen

Kommunal: Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
(rosa) Drei neue Flächenwidmungspläne, eine Bausperre
Enquete über Zukunft der Mariahilfer Straße
Braun: Selbstverständlich auch bei Stickoxiden
der MVA tätig

Nur
über FS: Vortrag: Wiens Konzertleben in älterer Zeit
Senioreninfo
Brand in Zentrallager der MA 54

.....
Bereits am 5. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

U-Bahn: Tunneldurchschläge auf der Landstraße

10 =Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Verkehrsstadtrat Johann HATZL gab Freitag vormittag in Anwesenheit von Bezirksvorsteher Rudolf BERGEN das Signal für die Tunneldurchschläge zwischen den Bauabschnitten U3/3 und U3/4 sowie U3/4 und U3/5 im 3. Bezirk. Dadurch entstand zwischen der Messenhausergasse und der Gigergasse der bisher längste U3-Tunnel mit einer Länge von 1.230 Metern.++++

Im Bauabschnitt U3/3 zwischen der Wassergasse und der Leonhardgasse werden bis Ende 1987 alle Schlitzwandarbeiten abgeschlossen sein. Der Bauabschnitt U3/4 zwischen Landstraßer Hauptstraße Nr. 31 und Wassergasse ist im Rohbau weitgehend fertiggestellt, lediglich im Bereich Rasumofskygasse gibt es noch eine Transportöffnung. Im Bauabschnitt U3/5 zwischen Gigergasse und Landstraßer Hauptstraße Nr. 31 sind bereits sämtliche Deckenhorizonte fertiggestellt. Derzeit wird an der Herstellung der wasserdichten Innenschalen gearbeitet. Die Oberfläche ist bis auf die Förderöffnungen geschlossen, die im kommenden Jahr zubetoniert werden. Damit werden die Behinderungen der Anrainer durch den U-Bahn-Bau im Bereich des 3. Bezirkes immer geringer. (Schluß)
lei/bs

NNNN

.....
Bereits am 5. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Ehrenmedaillen in Gold an fünf Wissenschaftler

12 Wien, 5.12. (RK-KOMMUNAL) Als Anerkennung ihrer hervorragenden wissenschaftlichen Leistungen überreichte Freitag Stadtrat Friederike SEIDL im Steinernen Saal des Wiener Rathauses fünf Wissenschaftlern Ehrenmedaillen der Stadt Wien in Gold: a.o. Univ.-Prof. Hofrat Dr. Eva FRODL-KRAFT, Kunsthistorikerin, dem Heraldiker, Senatsrat in Ruhe Prof. Dr. Hanns JÄGER-SUNSTENAU sowie den Universitätsprofessoren Dr. Walter LEITSCH, Dr. Johann Karl MADER und Dr. Georg SAUER.

Die Stadträtin dankte den Geehrten vor allem dafür, daß sie mit ihrem Einsatz dazu beigetragen haben, daß Wien auch auf wissenschaftlichem Gebiet einen hervorragenden Ruf in der ganzen Welt genießt. Mit der Zuerkennung einer Ehrenmedaille wolle die Stadt Wien all jenen Personen Dank sagen, die durch ihr Engagement dazu beigetragen haben, daß Wien heute eine Stadt ist, die neben ihrer großen historischen und künstlerischen Tradition auf eine sehr lebendige Gegenwart hinweisen kann, in der vor allem die Wissenschaft einen wichtigen Platz einnimmt. (Schluß) lei/rb

NNNN

.....
Bereits am 6. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Der Arbeitsmarkt im November

1 =Wien, 6.12. (RK-LOKAL) Ende November waren in Wien 38.593 Personen als arbeitslos gemeldet, um 1.195 mehr als im Oktober 1986 und um 5.373 mehr als im November des Vorjahres. Die Wiener Arbeitslosenrate betrug im heurigen November 4,9 Prozent.++++

In den einzelnen Sparten gab es folgende Zahl von Arbeitslosen (in Klammer die Veränderung zunächst zum heurigen Oktober, dann zum November des Vorjahres):

Angestellte 14.350 (-186; + 3.472), Bau-Holz 3.173 (+ 740; + 141), Bekleidung-Textil-Leder 749 (- 9; + 155), Berufliche Rehabilitation 984 (-29; - 230), Graphik-Papier 609 (+ 32; + 108), Handel-Transport-Verkehr-Landwirtschaft 5.949 (+ 475; - 536), Jugendliche 351 (+ 30; + 351), Lebensmittel 817 (+ 52; + 180), Metall-Chemie 4.325 (+ 347; + 639), Persönliche Dienste-Gastgewerbe 7.296 (+ 543; + 1.093). (Schluß) sei/gg

NNNN

.....
Bereits am 8. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Chancen der Risikobabys steigen

Utl.: Frühgeborenenstation im AKH erfolgreich

1 =Wien, 8.12. (RK-KOMMUNAL) Mit einem Aufwand von zweieinviertel Millionen Schilling wurde die Frühgeborenenstation im Allgemeinen Krankenhaus dem Bedarf entsprechend adaptiert. Unter anderem wurden die elektrischen Anschlüsse und die Installationen für medizinische Gase verbessert, gab Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER bekannt. An dieser Station werden zurzeit 20 Babys betreut, die durch zu frühe Geburt und zu geringes Gewicht beziehungsweise nicht vollständige Reife besonders gefährdet sind. Während einerseits die Zahl solcher Risikokinder weiter steigt, nehmen auch die Chancen stark zu, sie am Leben zu erhalten und zu gesunden Kindern zu machen.++++

Wie Prof. Dr. Otto THALHAMMER von der Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses der Kinderklinik für Neonatologie und angeborene Störungen dazu erklärte, ist es heute möglich, Müttern, die früher kinderlos geblieben wären, das Gebären von Kindern zu ermöglichen. So erfreulich diese Erfolge einerseits sind, dürfen, so Prof. Thalhammer, auch die daraus resultierenden Folgen und Risiken nicht unbeachtet bleiben: Zunehmend kommen heute Kinder mit Geburtsgewichten unter 1000 Gramm zur Welt. Sie sind noch nicht ausgereift und bedürfen, um überleben zu können, einer intensiven Pflege. Mit neuen Geräten, wie beispielsweise verbesserten Beatmungsgeräten, aber auch Einrichtungen, mit denen der Blutsauerstoff- und -kohlendioxidgehalt durch die Haut hindurch gemessen werden kann, modernen Monitoren und automatischen Injektionsspritzen werden die Chancen für die Kleinen verbessert. An dieser Abteilung befindet sich ein internationales Zentrum zur Behandlung der besonders empfindlichen Lungen von kleinen Neugeborenen.

Die Erfolge im Bestreben, solche Risikobabys am Leben zu erhalten, sind eindrucksvoll. Im Jahre 1984 konnte erste ein Drittel der Neugeborenen unter 1000 Gramm Körpergewicht gerettet werden, heute ist es bereits jedes zweite Kind. Von den knapp Darüberliegenden war 1984 noch ein Drittel aufs höchste gefährdet, heute sind es nur mehr 4,3 Prozent. Allerdings stieg die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 24,7 auf 28,4 Tage und die Dauer der automatischen Beatmung von 17,1 auf 17,6 Tage. (Schluß)

and/bs

Drei neue Flächenwidmungspläne, eine Bausperre

Utl.: öffentliche Auflage

2 =Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Für drei Gebiete - im 3., 7. und 9. Bezirk - wurden Entwürfe für neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne ausgearbeitet, für einen Teil von Mariahilf soll eine zeitlich begrenzte Bausperre verhängt werden. Die Planentwürfe liegen vom 11. Dezember bis 19. Jänner (nicht jedoch am 24. und 31. Dezember sowie am 2. Jänner) während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. Für das Gebiet im 3. Bezirk gibt es eine zusätzliche Informationsveranstaltung im Bezirk, zu der die dortigen Bewohner mit Flugblättern eingeladen werden.++++

Die Planungen im 3. Bezirk betreffen das sogenannte "Weißgerberviertel". Es wird im wesentlichen vom Wienfluß und Donaukanal sowie von der Schnellbahntrasse begrenzt. Durch den neuen Plan soll einer weiteren Verdichtung der Bebauung entgegengewirkt werden. Es sind Maßnahmen vorgesehen, um mehr Grünflächen in diesen Stadtteil zu bringen (Dach- und Innenhofbegrünungen).

Das Plangebiet im 7. Bezirk liegt zwischen Westbahnstraße, Schottenfeldgasse, Lindengasse und Neubaugasse. Zwischen Westbahnstraße und Seidengasse soll eine Schutzzone ausgewiesen, die bauliche Ausnutzbarkeit im Plangebiet im Interesse der Verhinderung einer weiteren Verdichtung begrenzt werden. Teilweise soll die gärtnerische Ausgestaltung von Innenhöfen vorgeschrieben werden.

Im 9. Bezirk (zwischen Währinger Straße, dem Gelände des Allgemeinen Krankenhauses und der Spitalgasse) will man, wie auch in den anderen Planungsgebieten, die Bebauungsdichte nicht noch weiter ansteigen lassen. Dazu gehört auch eine neue Begrenzung der zulässigen Gebäudehöhen, und es soll mehr Innenhofbegrünungen geben.

Eine Bausperre soll zwischen Mariahilfer Straße, Wienzeile, Gürtel und Laimgrubengasse/Getreidemarkt gelten. Sie steht im Zusammenhang mit dem Bau der U 3. (Schluß) and/rr

Enquete über Zukunft der Mariahilfer Straße

3 =Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Es dauert zwar noch einige Jahre, bis die U-Bahn-Bauarbeiter aus der Mariahilfer Straße abziehen werden, aber schon jetzt ist es an der Zeit, sich den Kopf über die Zukunft dieser traditionsreichen Geschäftsstraße zu zerbrechen, die ja durch den U-Bahn-Bau und die anschließende Neugestaltung noch attraktiver gemacht werden soll. Auf Initiative von Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN fand deshalb an diesem Wochenende im Wiener Rathaus ein internationales Expertengespräch über dieses Thema statt. Auf Einladung der Stadtplanung und des Institutes für Stadtforschung diskutierten in- und ausländische Architekten (darunter die renommierte britische Architektengemeinschaft Alsop, Barnett and Lyall), Wirtschaftsfachleute und Stadtplaner, Vertreter der Kaufleute der Mariahilfer Straße und der Neubaugasse, der Handelskammer und der Arbeiterkammer, der Bezirksvertretungen sowie Experten des Magistrats.++++

Ziel der Veranstaltung war es selbstverständlich nicht, bereits ein Projekt zu erstellen, sondern die Gesamtproblematik der Mariahilfer Straße und ihrer Umgebung aus möglichst vielen Blickwinkeln zu beleuchten sowie Ideen und Meinungen zu sammeln, die dann in die weitere Planungsarbeit einfließen können. "Dieser Zweck der Enquete wurde voll erreicht," resümierte Stadtrat Hofmann in seiner abschließenden Zusammenfassung, "es werden aber noch viele Diskussionen - vor allem mit den betroffenen Geschäftsleuten und Bewohnern - notwendig sein, bis wir endgültig wissen, wie die Mariahilfer Straße der Zukunft aussehen soll. Entscheidend für alle Überlegungen ist dabei, daß es uns auch hier gelingen muß, die städtebauliche und gestalterische Chance infolge des U-Bahn-Baues zu nützen und eine weitere Aufwertung der Mariahilfer Straße als urbane Geschäftsstraße und zentrale Achse des 6. und 7. Bezirks zu erreichen." (Schluß) ger/rr

Braun: Selbstverständlich auch bei Stickoxiden der MVA aktiv
11 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Selbstverständlich ist das
Umweltressort auch bei der Frage der Verringerung der Stickoxid-
emissionen aus Müllverbrennungsanlagen aktiv, wie er, Braun, auch
heute in der Fragestunde des Gemeinderates mitgeteilt habe. Das
erklärte der Wiener Umweltstadtrat Helmut BRAUN Dienstag gegenüber
der "RATHAUSKORRESPONDENZ" zu einer Aussendung von Gemeinderat Dipl.
-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ. Braun wies dabei darauf hin, daß von der
Umweltabteilung u.a. gemeinsam mit dem Umweltbundesamt und der Firma
Simmering Graz Pauker im Jahr 1987 ein gemeinsames Forschungsvor-
haben durchgeführt wird, das zum Inhalt hat, einen Kessel der MVA
Flötzersteig so umzubauen, daß einerseits Bedingungen für eine
weitere Reduktion von Dioxinen und Dibenzofuranen, andererseits aber
auch Versuche, durch feuerungstechnische Maßnahmen die Stickoxid-
bildung zu reduzieren, beinhalten soll - mit dem Ziel, eine
Stickoxidbildung zu reduzieren, beinhalten soll - mit dem Ziel, eine
Stickoxidverringerung von 40 bis 60 Prozent zu erreichen.
Selbstverständlich beobachtet die Umweltabteilung aber auch alle
Verfahren, die sich mit der Verringerung der Stickoxide bei
Müllverbrennungsanlagen beschäftigen, wobei zum Teil allerdings
Nebenwirkungen bei bestimmten Verfahren noch nicht bekannt sind.

Wo mit einer verfügbaren Technologie eine Verringerung der
NOx-Emissionen möglich war - bei den Kraftwerken - wurden rasch
erhebliche Mittel eingesetzt, dort ging es auch um eine Reduzierung
um etwa 5.500 Tonnen jährlich." Wo aber, wie bei den MVA, für die
Verhinderung einer jährlichen NOx-Emission von etwa 600 Tonnen keine
wirklich ausgereifte Technologie vorhanden ist, versuchen wir,
kostenbewußt nach einer optimalen Lösung zu suchen, wie sie mit dem
Forschungsvorhaben entstehen kann," sagte Braun. Diese Vorgangsweise
- gemeinsam mit der Firma, die bereits die beiden Rauchgaswäschen
für die Wiener Müllverbrennungsanlagen entwickelt hat - erscheint
auch deshalb sinnvoll, weil Entstickungsmaßnahmen bei
Müllverbrennungsanlagen in Österreich an und für sich nur bei drei
Anlagen - eine kleine in Wels und die beiden in Wien (mehr gibt es
in Österreich nicht) in Frage kommen. (Schluß) hrs/rr

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

4 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates begann Dienstag unter dem Vorsitz von GR. HIRSCH (SPÖ) mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. NEUMANN (BVP), welche Initiativen im Zusammenhang mit den Sperrstunden im Gastgewerbe und der damit verbundenen Lärmbelastigung der Wohnbevölkerung gesetzt wurden, antwortete Bürgermeister Dr. ZILK, er habe die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien angewiesen, beispielsweise durch Vorverlegung der Sperrstunde Belästigungen der Wohnbevölkerung abzustellen. Bei neuen Betrieben werden entsprechende Vorschriften bereits in den Bewilligungsbescheid aufgenommen. Eine kollektive Beschränkung der Betriebszeit ist jedoch nicht möglich.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Aufwendungen im laufenden Jahr durch die dreiköpfige Geschäftsführung des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds entstanden sind, antwortete StR. EDLINGER (SPÖ), daß monatlich 102.165 Schilling exklusive Überstunden für jeden Direktor gezahlt wurden. Das sei angesichts der Aktivitäten des Fonds gerechtfertigt.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. HÄUPL (SPÖ), wie die Mietermitbestimmung im Rahmen des kommunalen Wohnbaues aussehen werde, antwortete StR. EDLINGER, daß die Stadt Wien gemeinsam mit einer Mietervertretung ein Statut über Mietermitbestimmung schaffen werde. Damit sollen die Interessen der Mieter kommunaler Wohnbauten gewahrt werden. Längerfristig und aufgrund einer entsprechenden Gesetzesänderung sollen diese demokratischen Grundsätze auch im nicht-kommunalen Wohnbau verwirklicht werden. Dazu gehört beispielsweise eine Informationsverpflichtung im Zusammenhang mit Erhaltungsarbeiten, beim Hauptmietzins, bei den Betriebskosten sowie bei besonderen Aufwendungen und Kreditaufnahmen, die die Mieter belasten. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

5 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Margarete DUMSER (SPÖ), ob der Wiener Musiksommer 1986 trotz Abschwächung des Fremdenverkehrs beim Publikum Anklang gefunden habe, sagte Kulturstadtrat MRKVICKA (SPÖ), daß der Musiksommer mit über 100.000 Besuchern und einer Auslastung von 82,8 Prozent auf dem Konzertsektor und 90 Prozent bei den Vorstellungen der Volksoper das Ergebnis des Vorjahres noch übertroffen hat. Damit werde der Trend zur Qualität und zur Setzung neuer Akzente sowohl vom touristischen wie auch vom heimischen Publikum bestätigt. Der Musiksommer 1987 wird unter dem Motto "Franz Schubert und die Romantik" stehen.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), ob beabsichtigt sei, die von den ÖBB geplanten Garagen beim Süd- und Westbahnhof mit Garagenförderungsmitteln der Stadt Wien zu errichten, sagte Vizebürgermeister MAYR, daß derzeit keine Förderungsansuchen und auch keine Unterlagen zu diesen Garagen vorliegen. Zu anderen Garagenprojekten befragt, sagte Mayr, daß für die Heldenplatzgarage der Baubeginn nach dem Ende der KSZE-Gespräche in der Hofburg vorgesehen sei, und die Garage in Grinzing An den langen Lüssen erst nach dem Ende eines Enteignungsverfahrens für ein Grundstück gebaut werden könne. Zur Freyung-Garage gebe es ernsthafte Gespräche mit einem möglichen Bauträger. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

7 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), welche Initiativen von der Stadt Wien ausgehen, um Entstickungsanlagen für Müllverbrennungsanlagen in Österreich zu entwickeln, sagte StR. BRAUN (SPÖ), daß sich die Stadt Wien mit den Rauchgaswäschanlagen, die bereits gebaut wurden, auf dem Stand der derzeitigen Technik befindet. Dabei wird auch der größte Teil der NOx-Emissionen gebunden. Da ein großer Teil der Stickoxide auch vom Kfz-Verkehr stammt, hat die Bundesregierung mit ihren Maßnahmen zur Einführung des Katalysators wichtige Initiativen gesetzt. Die Stadt Wien wird natürlich auch in Zukunft die technische Entwicklung auf dem Entstickungssektor sehr genau verfolgen. Generell sprach sich Braun auch für Maßnahmen zu einer wesentlichen Reduktion des Müllanfalls aus. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

8 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. FAYMANN (SPÖ), ob sich aufgrund der bereits in Betrieb stehenden Rauchgasanlage der Müllverbrennung Flötzersteig bzw. durch den Probetrieb im Werk Spittelau bereits positive Auswirkungen auf die Luftsituation in Wien ergeben hätten, erklärte Umweltstadtrat BRAUN (SPÖ), die Schadstoffemissionen seien deutlich gesunken. Die Luftmeßergebnisse bei einer Aktion der jungen ÖVP bezeichnete Braun als Momentaufnahmen und nicht seriös.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. HELMER (ÖVP), warum in Wiener Pflichtschulen noch immer nicht das Bild des Bundespräsidenten aufgehängt sei, erklärte StR. Ingrid SMEJKAL (SPÖ), die Bestellung der Bundespräsidenten-Portraits für die Wiener Schulen sei im Juni 1986 erfolgt. Die Firma, die durch eine beschränkte Ausschreibung für den Auftrag ermittelt worden sei, habe diese Frist aber nicht einhalten können. Bis Ende der nächsten Woche werde die Auslieferung aber abgeschlossen sein.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. PROCHASKA (ÖVP), durch welche Maßnahmen sie sicherstellen wolle, daß in den ihr unterstehenden städtischen Einrichtungen keine Parteipropaganda betrieben werde, erklärte StR. SMEJKAL, ihres Wissens gebe es eine solche Propaganda dort nicht. (Forts.) jel/rr

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

9 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Die Heimhilfe versorge derzeit rund 11.000 Personen, der Besuchsdienst 2.500, der Reinigungsdienst rund 4.000 und Essen auf Rädern rund 5.000 Personen, beantwortete Sozialstadtrat Ingrid SMEJKAL (SPÖ) die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Leopoldine PFAUSER (SPÖ) über die weitere Verbesserung der sozialpflegerischen Betreuung älterer Menschen. Man werde die Pflegemöglichkeiten zu Hause fördern müssen, da der Anteil der über 85jährigen Wiener bis 1995 um 26 Prozent zunehmen werde, erklärte Smejkal. Verbesserungen werde es bei der Abend- und Wochenendversorgung und bei der Nachsorge für Pflegeheim-Insassen geben müssen. Der Ausbau von Geriatriischen Tageszentren und Pflegeheimen für Sozialbehinderte sei ebenfalls notwendig. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Budgetrede Vizebürgermeister Mayr

12 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In seiner Budgetrede erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR (SPÖ), daß die Budgeterstellung von vier wichtigen Komponenten anhängt: wirtschaftliche Lage, Finanzsituation der Stadt, sachliche Erfordernisse und politische Zielsetzungen.

Das Wiener Budget 1987 sieht Einnahmen von 77,3 Milliarden und Ausgaben von 84,2 Milliarden bei einem Abgang von 6,9 Milliarden vor. Gegenüber dem Budget 1986 steigen die Einnahmen um 6,8 Prozent, die Ausgaben um 7,1 Prozent, der Abgang erhöhte sich damit von 6,2 Milliarden auf 6,9 Milliarden.

Der Finanzstadtrat erklärte, daß sich in den vergangenen Jahren die finanzielle Situation Wiens verbessert habe und daß der Schuldenstand mit rund 40 Milliarden stabil sei. Das Budget für das kommende Jahr sei vor allem durch eine kräftige Erhöhung der Investitionen um 1,7 Milliarden auf rund 13,1 Milliarden gekennzeichnet. Rund drei Viertel der Investitionen entfallen auf die Schwerpunktbereiche Umwelt, U-Bahn-Bau, Spitäler und Wohnbau. Die Investitionen für den Umweltschutz wurden um 474 Millionen auf knapp 1,5 Milliarden erhöht. Die Ausgaben für den Bau der U3 und U6 steigen auf 4.637 Millionen, das sind um 947 Millionen mehr als 1986. Für die Spitäler werden im kommenden Jahr 2,6 Milliarden Schilling ausgegeben. Die Investitionen für den kommunalen Wohnbau betragen 1.583 Millionen, das sind um 112 Millionen weniger als im Budget 1986. Gleichzeitig werden Wohnbauförderungsmittel für die gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften um 331 Millionen auf 2.951 Millionen erhöht.

Die hohe Investitionstätigkeit der Stadt Wien, der Wiener Stadtwerke sowie der Wiener Holding hat vor allem positive Auswirkungen auf die Bauwirtschaft. Einer WIFO-Studie entsprechend erzielte die Bauwirtschaft in Wien einen Umsatzzuwachs von 16,1 Prozent, das ist doppelt so viel wie die österreichweiten Umsatzzuwächse. Mit 12.609 Bauarbeiten waren im Oktober 1986 auf Baustellen der Stadt Wien um 6,6 Prozent mehr beschäftigt wie im Oktober 1985 (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Budgetrede Vizebürgermeister Mayr

13 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Neben dem Investitionsbudget werden 1987 auch die Ausgaben für die Instandhaltung erhöht. Für die Sanierung von Gemeindewohnhäusern und Amtsgebäuden stehen 2.264 Millionen (plus 14,6 Prozent) zur Verfügung, für die Häusersanierung sind weiters knapp 700 Millionen als Zuschüsse im Rahmen der Wohnbauförderung veranschlagt.

Vizebürgermeister Mayr führte weiter aus, daß im Budget 1987 auch die nachfragewirksamen Ausgaben um fast 10 Prozent auf 24,7 Milliarden Schilling angehoben wurden. Besonders bemerkenswert sei, daß trotz der Zunahme der Investitionen die Verschuldung Wiens Ende 1986 um rund 0,2 Milliarden niedriger sein wird als Ende 1984.

Gleichzeitig mit der Budgeterstellung werde auch der sogenannte Gebührenspiegel erarbeitet, führte Mayr weiter aus. Die für das Budget wesentlichen drei Gebühren (Wasser, Müllabfuhr, Kanal) sollen entsprechend dem politischen Willen möglichst kostendeckend sein. Bei den Gebühren für Wasser und Müllabfuhr liegen deshalb Anträge auf Erhöhung vor. Diese Erhöhungen seien gerechtfertigt, da die letzten Gebührenerhöhungen vier Jahre (Wasser) bzw. fünf Jahre (Müllabfuhr) zurückliegen. Sollte der Wiener Gemeinderat die geplanten Erhöhungen beschließen, kommt es im nächsten Jahr zu Mehreinnahmen von rund 185 Millionen, die im Budgetentwurf noch nicht enthalten sind und eine Erweiterung des finanziellen Spielraumes darstellen.

Mit der termingerechten Eröffnung der zentralen Speisenversorgung des neuen AKH in der vergangenen Woche ist nach der Fertigstellung der Neurochirurgischen Universitätsklinik bereits ein zweiter, wesentlicher Bestandteil des neuen AKH von der mit der Baudurchführung beauftragten VOEST-Tochter VAMED termingerecht fertiggestellt worden. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Budgetrede Vizebürgermeister Mayr

14 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) 1987 werden die Kernspintomographieanlage und die medizinisch-technischen Schulen fertiggestellt. Nach einer neuerlichen Überprüfung der Fertigstellungstermine kann festgehalten werden, daß auch die weiteren Termine bis zum Beginn der Übersiedlung der Kliniken 1990 eingehalten werden. Dabei werden die Kosten niedriger sein als veranschlagt. Die Herstellungskosten werden nicht 37,8 Milliarden, sondern 34,4 Milliarden Schilling betragen. Damit ergeben sich für den Hälfte-Bauherrn Stadt Wien Einsparungen von 1,7 Milliarden Schilling, die ebenfalls in den nächsten Jahren zum Tragen kommen werden.

Gleichzeitig mit dem Budget beantragte der Finanzstadtrat die Genehmigung des fünfjährigen Finanz- und Investitionsplanes der Stadt Wien (1987 bis 1991). Auch die nächsten Jahre sind von hohen Investitionserfordernissen gekennzeichnet, erklärte dazu Mayr. Der Finanzierungsspielraum der Stadt Wien werde zwar etwas größer, trotzdem werde es in den Budgetverhandlungen der kommenden Jahre darauf ankommen, einen politisch verantwortungsvollen Weg zwischen Erfordernissen und finanziellen Möglichkeiten zu finden.

Zur U-Bahn-Finanzierung erklärte Mayr, daß mit dem Bund eine Vereinbarung getroffen wurde, für die kommenden drei Jahre je 1,8 Milliarden aus dem Budget bereitzustellen. Je weitere 1,9 Milliarden Schilling können in diesen drei Jahren über den Weg der Vorfinanzierung aufgebracht werden, sodaß insgesamt ein Rahmenbetrag von 14,6 Milliarden zur Verfügung stehen wird.

Weiters wurde mit dem Bund vereinbart, die Frage einer "Haltestelle Wien" an einer Hochleistungsstrecke der ÖBB sowie der Frage der Bewerbung Wiens um eine Weltausstellung 1996 zu prüfen.
(Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Budgetrede Vizebürgermeister Mayr

15 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Diese beiden Projekte, erklärte Vizebürgermeister Mayr, seien die große Chance für Wien und die Ost-Region, innerhalb eines relativ kurzen Zeitraumes ein bedeutendes Infrastrukturprogramm durchzuziehen.

Das Wiener Budget 1987 sei vor allem durch einen Investitionsschub gekennzeichnet, resümierte Mayr. Die Steigerung der Investitionen um mehr als 40 Prozent wäre ohne einer leichten finanziellen Erholung der Stadt Wien nicht möglich gewesen. Für das Jahr 1987 ist, wie in den vergangenen Jahren, dafür Sorge zu tragen, daß durch Mehreinnahmen und Minderausgaben nicht der volle Abgang in der Höhe von 6,9 Milliarden Schilling durchschlagen wird. (Forts.)
lei/rr

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Generaldebatte, Finanzen und Wirtschaftspolitik

18 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) sagte, das Wesentlichste eines Budgets sei es, die steuerlichen Mittel so einzusetzen, daß daraus private Folgeinvestitionen resultieren. Die Kosten der "Krankenpolitik" (nicht der "Gesundenpolitik") stiegen überproportional im Vergleich zum Erfolg, und im Umweltbereich werde keine klare Linie verfolgt. Durch unklare Wege bei der Suche nach Problemlösungen sei viel Geld unnütz ausgegeben worden. Die Armut wachse und belaste zusätzlich das Budget, und der ständige Verfall der wirtschaftlichen Moral führe dazu, daß immer mehr Steuergeld verschlampt werde. Grundsätzlich gelte, daß der Freiraum für sinnvolle Wirtschaftsimpulse zu klein geworden sei.

Im einzelnen sagte Arthold zum Wohnbau, man habe das Gefühl, daß die Stadt nicht mehr fähig sei, sich diesem Thema zu widmen. Es komme dazu, daß fertiggestellte Wohnbauten nicht abgenommen werden und sich daraus Mängel ergeben, die später aufwendig beseitigt werden müssen. Hinsichtlich der Stadterneuerung erklärte Arthold, der Streit sollte nicht um sanfte Stadterneuerung oder Totalsanierung gehen. Wichtig sei es, diese Probleme umfassend und auch in Hinblick auf die Verbesserung der Wohnumgebung zu betrachten. Dazu gehöre auch das Problem des ruhenden Verkehrs. Dem werde jedoch zu wenig Augenmerk gewidmet. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Generaldebatte, Finanzen und Wirtschaftspolitik

19 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Was die Umwelt betrifft, hätten die bisher damit befaßten Stadträte die Größe der Probleme nicht erkannt, die Erfahrungen aus dem Ausland und die Kenntnisse der Hohen Schulen nicht genutzt oder zu wenig kritisch berücksichtigt, kritisierte Arthold. Die Bevölkerung sei zu wenig zur Müllvermeidung motiviert worden. Die Luftqualität sei nicht so gut, wie es dem Bürger vorgegaukelt werde, und bei der EBS-Sanierung stehe man wieder am Anfang. Zu wenig werde gegen die Schäden durch Hausbrand und die Lärmbelastigung getan. Bei der Verkehrspolitik sei wohl das U-Bahn-Netz zu begrüßen, doch funktionierten sekundärer und tertiärer Verkehrssektor nicht gut genug. Beim Individualverkehr habe man die Schaffung von Park-and-ride-Plätzen vernachlässigt, und es werde zu wenig für Parkraum bei Einkaufszentren getan.

Arthold forderte mehr Demokratie und den Ausbau der Bürgerrechte und kritisierte, daß bei der Dezentralisierung die Bezirkspolitiker und Bürger übergegangen wurden.

Auch sei festzustellen, daß das Budget nicht die Spannung reflektiere, die die bevorstehende Jahrtausendwende beinhalte. Diese Stadt brauche mehr Impulse und mehr Phantasie, doch beides finde im Budget keinen Niederschlag. Daher lehne die ÖVP den Voranschlag 1987 ab. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Generaldebatte, Finanzen und Wirtschaftspolitik

20 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) bezeichnete das Budget 1987 als Ausdruck einer Kommunalpolitik, die wirtschaftlich und politisch dem Weg der permanenten Reformen im Dienste der Bürger Wiens verschrieben ist. Daß gerade das ständige Überdenken politischer Methoden, die Bürgernähe und Weiterentwicklung der Demokratie für unsere Gesellschaft notwendig seien, sei auch dem Ergebnis der letzten Wahlen abzulesen, sagte Swoboda. Es gelte, auch die Nichtentschlossenen - die Nichtwähler - für das politische Geschehen zu interessieren, für die Gestaltung der Gesellschaft zu gewinnen. Dabei seien sowohl Klein- wie auch Großprojekte in einen breiten Diskussionsprozeß einzubeziehen. Reformen seien im Gesundheitswesen notwendig, wo die Spitalsreform mit Hilfe aller beteiligten Körperschaften und Institutionen bewältigt werden müsse. Im Wohnbereich habe die Stadterneuerung bereits mit zahlreichen Aktivitäten positive Auswirkungen gezeitigt. Aber auch hier sei der Weg der ständigen Reform zu gehen, wobei die Sanierung mit den Mietern und für die Mieter stets im Vordergrund stehen müsse. Zur wirtschaftlichen Situation sagte Swoboda, daß Wien ein Wachstum bei der Beschäftigung verzeichne, daß aber auch hier längerfristige Strukturprobleme nur durch das gemeinsame Wollen und die gemeinsame Initiative aller bewältigt werden könnten. (Forts.)
gab/rr

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Generaldebatte, Finanzen und Wirtschaftspolitik

21 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Man könne eine Budgetkonsolidierung nicht über die Gebührenpolitik betreiben, kritisierte GR DKfm. WÖBER (ÖVP) den Voranschlag 1987. Im Budget 1987 fehlen ein echter Umweltschwerpunkt und Ansätze zu einer neuen, umweltorientierten Kommunalpolitik sowie der Ansatz für die Realisierung der "Jahrtausendchance". Im Bereich Umweltschutz bestehe ein enormer Nachholbedarf, trotzdem stehen nur 1,75 Prozent des Budgetvolumens, 1986 waren es 1,27 Prozent, für diesen Bereich zur Verfügung. Für den Zivilschutz beabsichtige die Stadt Wien überhaupt nur 75 Millionen auszugeben, was nicht mehr als "Spurenelemente" seien.

Es sei erfreulich, daß die Investitionsquote mit 15,5 Prozent am Gesamtbudgetvolumen, gemessen im Vergleich zu 1986, um 1 Prozent gestiegen sei, doch bleibe der Vollzug abzuwarten. Im Zeitraum von 1977 bis 1987 sei die Investitionsquote im Wiener Budget von 25 auf 15,5 gefallen. Betrachte man die Entwicklung der Arbeitslosenrate, so könne man nicht von einer antizyklischen Budgetpolitik sprechen, obwohl es im Bereich der Stadterneuerung dafür ein ideales Feld gäbe. Eine Steuerreform, die Transparenz und Vereinfachung fördere, könnte verhindern, daß das Steuersystem die Investitionen erdrücke.
(Forts.) jel/rr

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Generaldebatte, Finanzen und Wirtschaftspolitik

22 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. SCHMIDTMEIER (SPÖ) begrüßte vor allem die hohen Investitionen, die im Budget 1987 vorgesehen sind, wegen ihrer positiven Auswirkungen auf die Wiener Wirtschaft. Die Investitionen seien in nur drei Jahren um 40 Prozent gestiegen, und werden 1987 13,1 Milliarden ausmachen. Trotz dieses Investitions-schubes sind jedoch die Verbindlichkeiten seit 1982 mit rund 40 Milliarden stabil. Von 1982 bis 1986 verringerte sich der Schuldenstand in Prozenten des Jahresbudgets von 66 auf 50.

All diese Maßnahmen waren auch dafür ausschlaggebend, daß die Stadt Wien heute moderner und lebenswerter sei. Für die Zukunft seien hervorragende Rahmenbedingungen gegeben, die die Verwirklichung großer Ideen und Visionen wie die Neugestaltung des Donaauraumes und die Durchführung einer Weltausstellung möglich erscheinen lassen, schloß Schmidtmeier. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Generaldebatte, Finanzen und Wirtschaftspolitik

23 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In einer weiteren Wortmeldung stellte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) zur Kritik an der Wasser- und Müllgebührenerhöhung fest, man könne nicht auf der einen Seite fordern, weniger einzunehmen und auf der anderen, mehr auszugeben.

Im Zusammenhang mit den Freiflügen sagte Mayr, daß bereits erste Handlungen gesetzt worden sind. So können ab sofort Gratistickets ohne Kontrolle nicht mehr ausgestellt werden. Weitere Entscheidungen können erst getroffen werden, wenn alle Fragen geklärt sind.

Trotz Kritik am Stadterneuerungsfonds sei in der Debatte bestätigt worden, daß sich "etwas getan habe". Die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit sei zugegebenermassen noch nicht "von der Straße aus" zu sehen, in ein oder zwei Jahren werde das anders sein.

Mayr sprach sich im Zusammenhang mit dem Zivilschutz gegen Warnanlagen in der Großstadt aus, wie es sie etwa während des Zweiten Weltkrieges gegeben hat. Der Rundfunk und die moderne Technik der Massenmedien seien schon deshalb sinnvoller, weil Signale nur "Warnung" verkünden könnten, das Radio dagegen konkrete Informationen. (Forts.) ull/bs

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Generaldebatte, Finanzen und Wirtschaftspolitik

24 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Mayr wies darauf hin, daß rund 160.000 Einpendler (Tages-, Wochen- und Monatspendler) in Wien ihrer Arbeit nachgehen. Diese Summe zeige, daß Wien einen wesentlichen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung leistet. Er sprach sich entschieden dagegen aus, daß Landesregierungen, egal welche, auf Bundesregierungen, egal welche, Druck ausüben, um regionalpolitische "Zuckerln" zu verteilen. (Forts.) ull/gg

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Debatte Gesundheits- und Spitalswesen

25 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) kritisierte, daß beim Allgemeinen Krankenhaus und beim neuen Krankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost geringere Beträge in den Voranschlag 1987 aufgenommen wurden, als es dem Finanz- und Investitionsplan entspräche. Es fehlen, so Hirnschall, auch konkrete Planungen für die Errichtung von zusätzlichen Alten- und Pflegeheimen. Begrüßenswert sei die Tatsache, daß in jenen Fällen, in denen dies möglich ist, die mobile Betreuung kranker Menschen verstärkt an die Stelle einer Spitalsaufnahme treten solle. Die in diesem Zusammenhang auch notwendige, mobile ärztliche Betreuung werde jedoch durch Funktionäre der Ärztekammer und der Sozialversicherung verhindert. Positiv seien die günstigen Voraussetzungen für die Ärzteausbildung in Wien zu werten. Wünschenswert wäre es, auch Privatspitäler, wie beispielsweise das Hanusch-Krankenhaus, in das Vormerksystem beim Anstaltenamt für Turnusplätze aufzunehmen. Auch sollten vermehrt Ärzte im Pflegedienst beschäftigt werden. Offensichtlich sei das Anstaltenamt mit dem Bemühen gescheitert, das Problem der Ambulanzgelder in den Griff zu bekommen, sagte Hirnschall, obwohl dies bis Ende des heurigen Jahres geschehen hätte sollen. Für die FPÖ wäre es wichtig, zu wissen, ob die im Zusammenhang mit den Ambulanzgeldern festgestellten Mißstände (Personalbeschäftigung, Geräteanschaffungen) abgestellt wurden. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Debatte Gesundheits- und Spitalswesen

26 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Univ.-Prof. Dr. WAGNER (ÖVP) wies auf die überproportionalen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen hin, die vor allem durch die Spitäler verursacht werden. Wagner sagte, daß die Ursachen in Managementmängeln teilweise vorhandenen Überkapazitäten, verfehlten Belegungen der Betten und mangelnder Kostenrechnung zu suchen seien. Dies führe dazu, daß trotz erheblicher finanzieller Aufwendungen der medizinische Standard des Wiener Spitalswesens nicht optimal sei. Zur Frage der niedergelassenen Ärzte sagte Wagner, daß diese sicherlich verschiedene zusätzliche Aufgaben übernehmen könnten, daß jedoch leider die Ausrüstung der Praxen nicht dem modernen Standard entspreche, da hier die Verträge mit den Sozialversicherungen entwicklungs hemmend seien. In der Frage der Ärzteausbildung forderte Wagner eine Bedarfsfeststellung und eine Ausrichtung an diesen Bedarf. Schließlich äußerte Wagner eine gewisse Skepsis in Bezug auf die Berechnungsgrundlagen der VAMED bezüglich der Baukosten des AKH. Wagner stellte einen Beschlusantrag zur Schaffung einer Betriebsgesellschaft für das neue AKH, um das Spital nach modernen Managementmethoden zu führen. Weiters solle eine rechtsverbindliche Klärung über die zu errichtenden Kliniken stattfinden. (Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Debatte Gesundheits- und Spitalswesen

27 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Das Budget 1987, erklärte GR. LACINA (SPÖ), gewährleiste eine Erfüllung der Anforderungen im organisatorischen, medizinischen und humanen Bereich der Wiener Spitäler. Es bedeute die Fortsetzung des erfolgreichen Weges, der mit dem Beschluß des Spitalsplanes 1975 begonnen wurde. Man könne im Zusammenhang mit der Gesundheitsvorsorge und mit der Versorgung von kranken Menschen keine buchhalterischen Betrachtungen anstellen und Gesundheit wie eine finanzierbare oder unfinanzierbare Ware abhandeln. Es hieße, mit zweierlei Maß zu messen, wenn man ignoriere, daß Wien im Vergleich zu Niederösterreich weit mehr für die Ausbildung des medizinischen Personals und die Ausstattung der Krankenhäuser leiste. Wien habe, was die Akutbetten betreffe, auf die geänderte Altersstruktur besonders rasch reagiert und seit 1980 über 700 Akutbetten in den Spitälern und über 1.400 psychiatrische Betten abgeschafft. Mit der Umwandlung des Sophienspitals in ein Pflegeheim habe man einen der vielen Schritte zur Vermehrung von Pflegebetten getan. Zur außerspitalischen Versorgung sagte Lacina, es sei bezeichnend, daß die Zahl der Hausbesuche durch praktische Ärzte ständig steige. Für die Mediziner Ausbildung leiste Wien weit mehr als die Stadt verpflichtet wäre. Abschließend machte Lacina darauf aufmerksam, daß der Wiener Steuerzahler rund 700 Millionen Schilling im Jahr für Patienten aus den Bundesländern aufwende. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Debatte Gesundheits- und Spitalswesen

28 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) forderte eine weitergehende Humanisierung der Wiener Spitäler. Die Abgeordnete stellte fest, daß in Kinderspitälern und -abteilungen der Anteil der Mutter-Kind-Zimmer noch immer sehr gering sei. Die seltene Begleitung kleiner Patienten durch Bezugspersonen mag in der hohen Berufstätigkeit der Frauen, aber auch in der Kostenbelastung begründet sein. GR. Schilling stellte daher den ANTRAG, daß in den Kinderabteilungen der städtischen Krankenanstalten eine Kindergärtnerin zur speziellen Betreuung jener Kinder, die nicht durch eine Bezugsperson begleitet werden, eingestellt werde.

Ein nächster ANTRAG betraf das Pflegeheim Lainz. Auf der einen Seite werde die Zahl der sehr alten Menschen immer größer, wodurch sich die Pflegearbeit wesentlich vermehre. Ein großes Problem für Schwestern und Ärzte stelle außerdem die immer größere Anzahl von schweren Pflegefällen dar, die eine spezielle Betreuung benötigten. Der Antrag sehe deshalb vor, so Schilling, daß zusätzlich entsprechend geschultes Personal eingestellt werde. Personen, die eine spezifische psychiatrische Betreuung benötigen, sollten nicht in ein Pflegeheim eingewiesen werden.

10 bis 12 Prozent der Patienten, die von der Rettung in eine Unfallklinik eingeliefert werden, befinden sich in schwer alkoholisiertem Zustand. Die Praxis laufe meistens darauf hinaus, daß viele der alkoholisierten Patienten, worunter sich viele Unterstandslose befinden, nach ambulanter Behandlung wieder entlassen werden. In einem weiteren ANTRAG forderte Schilling deshalb, daß an Unfallkliniken entsprechende Auffangstationen eingerichtet werden. Außerdem soll für eine soziale und psychologische Nachbetreuung gesorgt werden. (Forts.) lei/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Debatte Gesundheits- und Spitalswesen

28 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) forderte eine weitergehende Humanisierung der Wiener Spitäler. Die Abgeordnete stellte fest, daß in Kinderspitälern und -abteilungen der Anteil der Mutter-Kind-Zimmer noch immer sehr gering sei. Die seltene Begleitung kleiner Patienten durch Bezugspersonen mag in der hohen Berufstätigkeit der Frauen, aber auch in der Kostenbelastung begründet sein. GR. Schilling stellte daher den ANTRAG, daß in den Kinderabteilungen der städtischen Krankenanstalten eine Kinder-gärtnerin zur speziellen Betreuung jener Kinder, die nicht durch eine Bezugsperson begleitet werden, eingestellt werde.

Ein nächster ANTRAG betraf das Pflegeheim Lainz. Auf der einen Seite werde die Zahl der sehr alten Menschen immer größer, wodurch sich die Pflegearbeit wesentlich vermehre. Ein großes Problem für Schwestern und Ärzte stelle außerdem die immer größere Anzahl von schweren Pflegefällen dar, die eine spezielle Betreuung benötigten. Der Antrag sehe deshalb vor, so Schilling, daß zusätzlich entsprechend geschultes Personal eingestellt werde. Personen, die eine spezifische psychiatrische Betreuung benötigen, sollten nicht in ein Pflegeheim eingewiesen werden.

10 bis 12 Prozent der Patienten, die von der Rettung in eine Unfallklinik eingeliefert werden, befinden sich in schwer alkoholisiertem Zustand. Die Praxis laufe meistens darauf hinaus, daß viele der alkoholisierten Patienten, worunter sich viele Unterstandslose befinden, nach ambulanter Behandlung wieder entlassen werden. In einem weiteren ANTRAG forderte Schilling deshalb, daß an Unfallkliniken entsprechende Auffangstationen eingerichtet werden. Außerdem soll für eine soziale und psychologische Nachbetreuung gesorgt werden. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Debatte Gesundheits- und Spitalswesen

30 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR DINHOF (SPÖ) erklärte, er teile die Meinung, daß die Leistungen der Krankenhäuser von den Sozialversicherungsträgern nicht ausreichend honoriert werden. Eine entsprechende Vereinbarung werde notwendig sein. An den Ausführungen von GR Univ.-Prof. Dr. WAGNER vermißte Dinhof Aussagen zur Humanität im Spital - Wagner habe sich fast ausschließlich mit Fragen der Wirtschaftlichkeit auseinandergesetzt. Privatspitäler böten, so Dinhof, wohl oft ein besseres Ambiente, doch sei dieses noch kein Garant für eine bessere medizinische Betreuung.

Abschließend würdigte Dinhof, daß GR Dkfm. SCHLICK zum ersten Mal seit vielen Jahren auch positive Worte zum Gesundheitswesen gefunden habe. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Debatte Gesundheits- und Spitalswesen

31 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) wies auf die Annäherung der Standpunkte aller Redner hin, die sich eben aus den gemeinsam erkannten Notwendigkeiten im Gesundheitswesen ergeben. Er sei allerdings dafür, die Bedürfnisse und den Bedarf der Patienten noch mehr in den Vordergrund zu stellen und nicht nur von der Finanzierung des Spitalswesens zu sprechen. Zur Frage der ärztlichen Betreuung außerhalb der Anstalten führte Stacher an, daß er sich sehr wohl eine Verbesserung der Versorgung durch die Praktiker vorstellen könne, daß für bestimmte Bereiche aber eben die Verträge mit den Sozialversicherungen entsprechend geändert werden müssen. Zur Ausbildung der jungen Ärzte sagte er, daß die Stadt Wien verschiedene Maßnahmen vom Pflegedienst über die Möglichkeit der Fortbildung bis zur verstärkten Einstellung getroffen habe und damit wesentlich mehr leiste als andere Bundesländer. Die zukünftige Betriebsorganisation des AKH bezeichnete Stacher als etwa adäquat einer Ges.m.b.H. Ab Anfang 1987 sei über den Diagnoseschlüssel für alle Spitäler eine bessere Kostenstellenrechnung möglich. Zu Fragen der Humanisierung des Spitalswesens sagte Stacher, daß hier bereits viel geschehen sei, im besonderen auch in Wiener Spitälern und in den Pflegeheimen. Schließlich wies Stacher darauf hin, daß man die Kosten für das SMZ-Ost nicht mit denen eines Provinzkrankenhauses vergleichen könne, da das SMZ-Ost über verschiedene Einrichtungen eines Schwerpunktkrankenhauses verfügen werde. Schließlich dankte Stacher allen im Gesundheitswesen beschäftigten Bediensteten. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend, Familie und Soziales

32 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) nahm zu den Öffnungszeiten der Kindergärten Stellung. Wegen der Berufstätigkeit vieler Mütter wäre es angebracht, daß wenigstens ein städtischer Kindergarten in jedem Bezirk länger als bis 17.30 Uhr geöffnet sein sollte. Da dies abgelehnt worden sei, stellte Hirnschall den ANTRAG, daß Privatkindergärten, die längere Öffnungszeiten anbieten, eine Förderung durch die Stadt Wien wegen höherer Personalkosten erhalten sollten.

In einem Zehnjahresplan wurde die Schaffung von tausend Behindertenwohnplätzen in Aussicht gestellt. Da für das kommende Jahr im Budgetentwurf lediglich 1,5 Millionen Schilling für diese Zwecke vorgesehen sind, ersuchte Hirnschall um Auskunft, welche Projekte im nächsten Jahr in Angriff genommen werden und in welchem Ausmaß und in welcher Form die Behindertenorganisationen zur Mitarbeit eingeladen werden.

Weiters kritisierte Hirnschall, daß durch die Zuerkennung des Hilflosenzuschusses viele alte Menschen den Anspruch auf einen ermäßigten Straßenbahnausweis um 150 Schilling pro Monat verlieren. Er regte an, daß diese "kleinliche Auslegung" des Sozialhilfgesetzes geändert werde.

Der Abgeordnete nahm auch zur "Parteibuchwirtschaft" im Bereich der Schule Stellung. Eine Lösung könnte darin bestehen, daß der Lehrkörper die Direktoren auf Zeit wähle.

Abschließend stellte Hirnschall fest, daß die Änderung der Geschäftsordnung des Kollegiums des Stadtschulrates, daß dieses nur mehr nach Bedarf und nicht mehr, wie bisher, zweimal jährlich zusammentrete, demokratiepolitisch bedenklich sei. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend, Familie und Soziales

33 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. ZILK wertete die Änderung der Geschäftsordnung des Kollegiums des Stadtschulrates als Fortschritt. Er selbst werde sich dafür einsetzen, daß das Kollegium künftig öfter als bisher zusammentreten werde. Er sprach sich gegen den Vorschlag aus, daß Lehrer selbst ihren Direktor auf einige Jahre wählen. Auch gebe es im Gesetz keine Bestimmung, die einen "Direktor auf Zeit" vorsieht.

Abschließend hob Zilk hervor, daß sich die Anstellung von Lehrern ausschließlich und nachweislich nach dem Datum der Bewerbung richtet. (Forts.) ull/gg

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend, Familie und Soziales

34 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP) erklärte, das Selbstvertretungsrecht der Behinderten sei ein grundlegendes Recht in der Demokratie, und es sei von der ÖVP immer wieder gefordert worden. Die ÖVP habe die Interessengemeinschaft der Behinderten durchgesetzt. Unbefriedigend sei die Situation, daß der jeweilige Sozialstadtrat Vorsitzender der Interessenvertretung ist. Die Behinderten sollten mehr Selbständigkeit beim Artikulieren ihrer Forderungen erhalten. Um die Integration behinderter Kinder in Regelkindergärten und Regelschulen zu verbessern, stellte Dr. Flemming den ANTRAG, einen Modellversuch zur Integration behinderter Kinder in einem Wiener Regelkindergarten sowie in einer Regelschule durchzuführen, wobei die Schülerhöchstzahl 15 nicht überschreiten sollte. Der Anteil behinderter Schüler sollte dabei maximal ein Fünftel betragen. Verbesserungswürdig ist nach Ansicht von GR. Dr. Flemming das System der Blindenbeihilfe. Die Blindenbeihilfe wird in Oberösterreich ab dem sechsten Lebensjahr gewährt, in Wien erst ab dem fünfzehnten. Bei einem Heimaufenthalt wird in Wien, anders als in Oberösterreich, die Beihilfe gestrichen. In einem weiteren ANTRAG forderte GR Flemming, die 500 Wiener Taubstummen sollten die Wiener öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos benützen können. Außerdem, so ein weiterer ANTRAG, solle die Stadt Wien die Errichtung sogenannter Notruftelefone für ältere und behinderte Menschen nach sozialen Kriterien unterstützen. Schließlich stellte GR Flemming den ANTRAG, daß für Behinderte eine Taxibenützung mit einem eigenen Scheckheft alternativ zum Fahrtendienst für Behinderte in Anspruch genommen werden kann. Dies deshalb, weil die derzeitige Organisation für Behinderte oft unbefriedigend sei. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend, Familie und Soziales

35 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ) wies auf die Wichtigkeit einer familienfreundlichen Politik in der Großstadt hin. Gerade heute, da die Gesellschaft im allgemeinen und die Familie im besonderen im Wandel begriffen seien, seien auf diesem Gebiet längerfristige, aber dennoch flexible Konzepte notwendig. So gelte es etwa, Kindergärten und Horte benützerfreundlich auch bezüglich der jeweiligen Distanz vom Wohnort zu machen und in den Schulen die Leistungen auf kindgerechte Art zu fördern. Stubenvoll sprach sich dabei auch für eine verbale Beurteilung der Leistungen in der ersten Schulzeit aus und wies auf die Senkung der Klassenschüler-Durchschnittszahlen in Wien hin. Große Bedeutung habe auch die Integration behinderter oder auch ausländischer Kinder, wobei in diesen beiden Bereichen auf große Fortschritte verwiesen werden könne. Stubenvoll artikuliert den Wunsch nach einer gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen im Sinne einer weiteren Integration aller Kinder. Schließlich verwies die Rednerin auf die Bedeutung der außerschulischen Bildungsarbeit und auf die Aktionen der Stadt Wien wie Ferienspiel oder Familiensonntag, mit denen jährlich rund 600.000 Menschen angesprochen werden. Die weite Palette der außerschulischen Förderungen umfasse darüber hinaus die verschiedensten Aktivitäten, wobei auch im Bereich der Erwachsenenbildung ein reiches Angebot zu verzeichnen sei. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend, Familie und Soziales

36 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HELMER (ÖVP) stellte fest, daß im Budgetentwurf 1987 keine Mittel für eine Renovierung des Gebäudes Hetzendorfer Straße 138, in dem eine Volksschule untergebracht ist, vorgesehen sind. Trotz zahlreicher Hinweise durch die Schulverwaltung und Schulbehörde und trotz eines Gutachtens eines Statikers, der auf den gefährlichen Bauzustand des Hauses hinweist, scheinen auch im kommenden Jahr keine baulichen Verbesserungen dieses Hauses vorgesehen zu sein. In Anbetracht der skandalösen Gefährdung von Schülern und Lehrern stellte Helmer den ANTRAG, daß ein unabhängiger beeideter Ziviltechniker ein Gutachten über den Bauzustand erstellen solle, und allfällige Sicherheitsmaßnahmen sofort durchgeführt werden sollen. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend, Familie und Soziales

37 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ilse FORSTER (SPÖ) gab zu Beginn ihrer Ausführungen einen Überblick über die sozialen Dienste der Stadt Wien. Sie wies aber auch darauf hin, daß es in den vergangenen Jahren einen Rekord an Eheschließungen gegeben hat und in vielen Fällen Kinder Krisensituationen und psychische Belastungen ausgesetzt sind. Ihnen zu helfen, ist eine von vielen wichtigen Aufgaben.

Ausführlich beschäftigte sie sich mit arbeitslosen Menschen, die nicht nur mit eigenen Problemen zu kämpfen haben, sondern neuerdings auch mit der öffentlichen Meinung. Forster unterstrich, daß sie eine "Mißbrauchsrate" von 3 Prozent in Kauf nehme, wenn dafür 97 Prozent jene Leistungen erhalten, die sie benötigen. Sie verwahrte sich entschieden gegen eine Diskussion, die zum Ziel hat, den gesamten Sozialstaat in Frage zu stellen. (Forts.) ull/bs

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend, Familie und Soziales

38 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. KÖNIG (SPÖ) erklärte, GR. Flemming habe lediglich die Diskussionsbeiträge aus den letzten beiden Sitzungen der Interessenvertretung der Behinderten abgeschrieben und als Anträge eingebracht. Wichtig sei die Erfüllung der Wünsche der Behinderten, und dabei sei die SPÖ schon seit Jahren erfolgreich tätig. Die Behindertenhilfe sei seit 1973 um 1.725 Prozent erhöht worden, und gerade beim Behindertenwesen sei das vorliegende Budget nicht restriktiv. König meinte, es bewähre sich nicht, in der Behindertenkommission kaum präsent zu sein, wie die ÖVP dies praktiziere. Auf diese Weise könnten keine Problemlösungen erreicht werden; denn es gehe nicht nur um die Formulierung von Wünschen, sondern auch um die notwendigen organisatorischen Vorarbeiten. Was die Blindenbeihilfe betrifft, werde sie in Wien nur dann nicht bezahlt, wenn sich der Empfänger im Pflegeheim befindet, hingegen schon, wenn er in einem Krankenhaus aufgenommen wurde. Die Interessenvertretung der Behinderten hat deshalb den Sozialstadtrat zum Vorsitzenden, weil dieser unmittelbar im Stadtsenat berichten könne. Der Wirtschaft sei vorzuwerfen, daß sie keine zusätzlichen Arbeitsplätze für Behinderte geschaffen habe, wie dies von seiten der Stadt Wien geschehen ist. Beim Behindertenfahrtendienst gebe es kein Monopol, vielmehr würden verschiedene Firmen beschäftigt. Für die Behindertenwohnungen sind im Budget 105 Millionen vorgesehen und nicht die von GR. Dr. Hirnschall genannten 1,5 Millionen, denn diese dienen lediglich der Verwaltung. Am Ende des nächsten Jahres sei damit zu rechnen, schloß König, daß für 70 bis 100 Behinderte Wohnheimplätze zur Verfügung stehen werden, wie dies von der Arbeitsgemeinschaft "Wohnstätten für behinderte Menschen" geplant ist. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend, Familie und Soziales

39 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) StR. Ingrid SMEJKAL (SPÖ) plädierte für die Zusammenarbeit in allen Behindertenfragen, die ja im Mittelpunkt der Debatte gestanden seien. Smejkal bezeichnete in diesem Zusammenhang den Verein Lebenshilfe als wichtiges Integrationsmodell und sprach sich generell für die verstärkte Integration Behinderter aus. Zur Frage der Schule in der Hetzendorfer Straße 138 sagte Smejkal, daß hier noch endgültig zu entscheiden sei, ob ein Zubau errichtet oder die Schule auf einem bereits vorhandenen Bauplatz neu errichtet werden solle. Zu den Wiener Kindergärten sagte Smejkal, daß diese als pädagogische und familienergänzende Einrichtung gedacht seien. Die Öffnungszeit von elf Stunden sei in diesem Zusammenhang ein Maximum. Smejkal verwahrte sich gegen den Vorwurf, daß die Stadt Wien beim Sozialpaß eine kleinliche Haltung einnehme und plädierte für eine verantwortliche Berichterstattung in den Medien im Zusammenhang mit Sozialleistungen. Schließlich verwies StR. Smejkal auf den Erfolg des Kindertelefons, das sich sehr bewährt habe. Abschließend dankte sie allen Bediensteten im Bereich ihres Ressorts.

Die Sitzung wurde um 20.15 Uhr unterbrochen und wird am Mittwoch fortgesetzt. (Schluß) gab/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 10. Dezember 1986

Blatt 3011

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Kommunal:** Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
Neue Verkehrsampel auf dem Hietzinger Kai
- Lokal:** "Märchenhafte" Vorweihnachtszeit im
(orange) Orthopädischen Krankenhaus
- Kultur:** Wiener Festwochen 1987
(gelb)
- Sport:** Verdienstvolle Mitglieder aus dem Landessportrat
(grün) ausgeschieden
- Nur
über FS: Brand nach Gasexplosion in Simmering

Neue Verkehrsampel auf dem Hietzinger Kai

Utl.: Mehr Sicherheit für Fußgänger

1 =Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Mittwoch vormittag wurde auf der Kreuzung Hietzinger Kai - Dommayergasse im 13. Bezirk eine neue Verkehrslichtsignalanlage in Betrieb genommen. Die Ampel dient vor allem der Sicherheit der Fußgänger, die von Penzing kommen und über den Badhaussteg das Amtshaus mit den Bezirksämtern für den 13. und den 14. Bezirk am Hietzinger Kai erreichen wollen. Sie entspricht auch einem dringenden Wunsch der beiden Bezirksvertretungen.++++

Untertags ist das Schaltprogramm der neuen Anlage auf die "Grüne Welle" auf dem Hietzinger Kai abgestimmt. In der Nacht hat der Hietzinger Kai mit seinem starken Verkehr so lange "Grün", bis sich ein Fußgänger mit Druckknopf oder ein Fahrzeug in der Dommayergasse durch die Sonden in der Fahrbahn anmeldet.

Im Jänner wird die Verkehrslichtsignalanlage auf der Kreuzung Hietzinger Kai - Braunschweigasse umgebaut. Die Fußgänger brauchen dort keine Ampel mehr, weil sie auf dem Fußgängersteg bei der U-Bahn-Station sowohl den Kai wie auch die Hadikgasse gefahrlos überqueren können. Und durch die Braunschweigasse kommen relativ wenige Fahrzeuge zum Hietzinger Kai. Die Ampel erhält daher eine "Grüne-Welle-Schaltung", die die Kraftfahrer darauf aufmerksam macht, daß sie bei Einhaltung einer Geschwindigkeit von 40, 50 oder 60 Kilometern pro Stunde bei der nächsten Ampel auf der Kreuzung Dommayergasse "Grün" haben. Geht sich die Grüne Welle für den Kraftfahrer nicht aus, so blinkt die Ampel gelb. (Schluß) sc/bs

NNNN

Verdienstvolle Mitglieder aus dem Wiener Landessportrat
ausgeschieden

2 Wien, 10.12. (RK-SPORT) Die Gemeinderäten Ernst VEJTISEK (SPÖ) und Josef ARTHOLD (ÖVP), zwei langjährige Mitglieder des Wiener Landessportrat sind aus diesem ausgeschieden. Bei der letzten Sitzung würdigte der Vorsitzende, Stadtrat Franz MRKVICKA, ihre großen Verdienste. Vejtisek stellte sein Mandat aus gesundheitlichen Gründen zur Verfügung, Arthold wurde in den Nationalrat gewählt. Anstelle von Vejtisek und Arthold wurden die Gemeinderäte Othmar BRIX und Dr. Ernst NEUBERT in den Landessportrat berufen. (Schluß)
hof/bs

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

3 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Landtages begann Mittwoch unter dem Vorsitz von Präsident SALLABERGER mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Schritte er im Interesse eines konsequenten Vorgehens bei der Flughafen Wien Betriebs GesmbH. unternommen habe, sagte Landeshauptmann Dr. ZILK, daß er sofort nach dem Bekanntwerden von Unregelmäßigkeiten in bezug auf die Bonifikations-Tickets der Langstreckenfluggesellschaften eine Untersuchung durch das Kontrollamt veranlaßt habe. Man müsse in diesem Zusammenhang allerdings darauf hinweisen, daß derartige Bonifikationen zwischen Flughafengesellschaften und Langstreckenfluggesellschaften allgemein üblich seien. Die aus diesem Titel in den letzten drei Jahren in Anspruch genommenen Tickets vom Flughafen Wien hatten den Gesamtwert von 9,1 Millionen Schilling. Derzeit wird die von den Verantwortlichen des Flughafens erstellte Liste vom Kontrollamt überprüft, wobei ermittelt werden soll, welche Passagen als Dienstreisen zu deklarieren sind und damit zu Recht in Anspruch genommen wurden, welche in einer Grauzone liegen und welche eindeutig mißbräuchlich vergeben wurden. Die beiden letzten Kategorien sollen veröffentlicht werden. Es sei jedoch nicht einzusehen, warum jemand aufgrund einer Dienstreise auf die veröffentlichte Liste kommen solle. Urteile über den Vorstand und über den Aufsichtsrat des Flughafens Wiens könne man erst nach dem Abschluß der Untersuchungen abgeben.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LABg. Dr. Peter MAYR (ÖVP), warum die U 6 nach Siebenhirten nunmehr nicht in Hochlage, sondern auf der bestehenden Straßenbahntrasse geführt werden soll, sagte StR. HATZL (SPÖ), daß dafür die kostengünstigere Möglichkeit des Ausbaus ein maßgeblicher Grund war. Eine Abstellhalle für diese Linie werde notwendig sein, der Standort dafür sei noch offen. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

4 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von LABg. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP), warum die angekündigte Verlängerung der S-Bahn zur Hofwiesengasse in Hietzing nicht im neuen Schienenverbundvertrag enthalten sei, erklärte Verkehrsstadtrat HATZL (SPÖ), diese Verlängerung sei in der Gesamtvereinbarung zwar enthalten, man warte jedoch eine Entscheidung der österreichischen Bundesbahnen über den Zentralbahnhof ab.

Die Zahl der Ermäßigungsansuchen sei auf das Vierfache gestiegen, erklärte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) auf die VIERTE ANFRAGE, in welchem Umfang die mit der Novelle zum Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetz geschaffene Ermäßigungsbestimmungen für bezogenes, aber nicht in den Kanal eingeleitetes Wasser in Anspruch genommen wurden. Er könne die Beträge noch nicht ausweisen, ein Großteil der Ansuchen werde aber positiv erledigt.

Vom Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes über die Ausweisung von Kurzparkzonen waren in Wien rund 150 Kurzparkzonen betroffen, erklärte Vizebürgermeister MAYR auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. HUFNAGL (SPÖ). Diese wurden nun mit einem Kostenaufwand von rund 750.000 Schilling mit 300 Verkehrszeichen neu ausgestattet. Damit sei der Kundmachungsmangel behoben, sagte Mayr, doch fürchte er, daß diese Regelung nicht zur Klarheit in der Beschilderung, sondern nur zu einer Erweiterung des Schilderwaldes beitrage. Man sei mit der ordnungsgemäßen Kundmachung von Kurzparkzonen auf der linken Seite von Einbahnstraßen auch auf der rechten Fahrbahnseite dem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes nachgekommen und habe bis zur endgültigen Fertigstellung der Beschilderung keine Strafmandate eingehoben. (Forts.) jel/rr

NNNN

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

5 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die SECHSTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Die SIEBENTE ANFRAGE stellte LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) an StR. BRAUN (SPÖ). Sie betraf die Verhandlungen mit den Anliegergemeinden über die Abwässereinleitung in die Donau, damit die Wassergüteklasse 1-2 sichergestellt wird. Die Verhandlungen müssen vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft als oberste Wasserrechtsbehörde mit den Gemeinden geführt werden, sagte Braun. Dem Bau einer Staustufe Wien könnte die Stadt Wien ohne derartige Vereinbarungen nicht zustimmen. Auf die ZUSATZFRAGE, welche zusätzlichen Vorkehrungen getroffen worden sind, um Chemieunfälle zu vermeiden, erklärte Braun, daß Wien jede Gelegenheit wahrnimmt, auf solche Gefahren aufmerksam zu machen und darauf drängt, daß die Sicherheitsbestimmungen eingehalten werden.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LABg. GAAL (SPÖ), ob der Ausbau der Triester Straße beabsichtigt sei, erklärte StR. HOFMANN (SPÖ), daß die Bauausführungsplanungen in ein konkretes Stadium getreten seien. Die Triester Straße ist zwischen der Raxstraße und dem Anschluß an die A 2-Südautobahn mit drei Fahrstreifen in jeder Richtung und einem vier Meter breiten Mittelstreifen geplant. Im Bereich der Kastanienallee ist ein Gründurchzug unter der Triester Straße für Fußgänger und Radfahrer vorgesehen. Die Straßen- und Brückenbauarbeiten beginnen im Frühjahr 1987, die Gesamtbaukosten betragen rund 350 Millionen Schilling.

In der NEUNTEN ANFRAGE erkundigte sich LABg. Mag. KAUER (ÖVP), wann stationäre Radaranlagen zur Verkehrsüberwachung an der Südost-Tangente in Betrieb gehen werden. StR. HOFMANN erklärte, daß vom Bautenministerium der Ausbau der 14 Buchten, in denen die Anlagen stationiert werden sollen, bereits genehmigt wurde. Die Radaranlagen werden etwa ein halbes bis ein dreiviertel Jahr nach Genehmigung der Finanzierung durch das Ministerium in Betrieb genommen werden können. In der Zwischenzeit werden mobile Radaranlagen eingesetzt. (Forts.)
lei/gg

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

6 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von LAbg. JANK (SPÖ), wie das Problem der Feststellungs- und Interessensbescheide in Zukunft gelöst werden sollte, antwortete StR. EDLINGER (SPÖ), daß solche Interessensbescheide von der Bezirksverwaltungsbehörde dann auszustellen sind, wenn ein Neubau im öffentlichen Interesse steht und konkrete Gründe vorliegen. Ein solches öffentliches Interesse liegt nach Ansicht von StR. Edlinger dann nicht vor, wenn eine sozialere Form der Sanierung möglich ist. Es handle sich dabei um eine politische Frage, die nicht nur von verwaltungstechnischen Überlegungen abhängig ist. Edlinger überlegt auch eine Verknüpfung mit den Voraussetzungen des Wohnbauförderungsgesetzes, wonach jeweils die günstigste UND SOZIALSTE Möglichkeit ausgeschöpft werden soll. Entsprechende Gespräche werden bereits in den nächsten Tagen stattfinden.

Auf die ELFTE ANFRAGE von LAbg. WIMMER (SPÖ), bis zu welchem Rahmen mittelfristig Stadterneuerung mit Hilfe der verstärkten Förderung des Wohnhaussanierungsgesetzes zu finanzieren ist, antwortete StR. EDLINGER, unter der Annahme, daß die Bundesmittel weiterhin mit steigender Tendenz zugewiesen werden, stehen im kommenden Jahr 800 Millionen zur Verfügung. Die Relation zwischen Erneuerung und Neubau läßt sich für die weiteren Jahre nicht aufrecht erhalten. Es werde daher an eine Änderung der Finanzierungsquellen gedacht. Verhandlungen darüber werden in nächster Zeit stattfinden.

Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), ob angesichts der drohenden Verbauung der Schafberggründe ein landwirtschaftliches Grundverkehrsgesetz in Erwägung gezogen werde, antwortete StR. Friederike SEIDL (SPÖ), daß ein solches Gesetz eine landwirtschaftliche Nutzung nicht sicherstellen könne. In Wien enthält der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan entsprechende Bestimmungen. Überdies kann ein Grundverkehrsgesetz nur landwirtschaftlich genutzte Flächen umfassen. Das ist im gegenständlichen Fall nicht zutreffend. (Forts.) and/rr

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

7 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die 13. ANFRAGE von LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), ob beabsichtigt sei, dem Landtag eine Novelle zum Gesetz über die Einrichtung eines Wohnbauförderungsbeirates vorzulegen, das eindeutige Unvereinbarkeitsbestimmungen für die Beiratsmitglieder enthält, antwortete StR. EDLINGER (SPÖ), daß die bestehenden gesetzlichen Regelungen eine solche Novelle erübrigen. Das Beispiel der Steiermark, wödhach Funktionäre und Mitarbeiter von Wohnbauträgern nicht gleichzeitig Mitglieder eines Wohnbauförderungsbeirates sein können, brauche für Wien nicht angewendet zu werden, weil hier allenfalls betroffene Beiratsmitglieder im Einzelfall an der Abstimmung nicht teilnehmen und außerdem durch Gelöbnis zur Unparteilichkeit verpflichtet sind.
(Forts.) and/gg

Wiener Landtag (6)

Utl.: Änderung der Besoldungsordnung und der Vertragsbedienstetenordnung

8 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) StR. Friederike SEIDL (SPÖ) stellte den ANTRAG, die Bezüge der Beamten um 2,9 Prozent zu erhöhen.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen.

Anschließend stellte StR. Friederike SEIDL den ANTRAG, die Bezüge der Vertragsbediensteten ebenfalls ab 1.1.1987 zu erhöhen.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete um 10.15 Uhr.

(Forts.) ull/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes Landtag ---

NNNN

"Märchenhafte" Vorweihnacht im Orthopädischen Krankenhaus

Utl.: Krankenhausdirektor liest für seine Patienten

12 Wien, 10.12. (RK-LOKAL) "Märchenhafte" Vorweihnachten können die Patienten des Orthopädischen Krankenhauses Gersthof erleben. Der ärztliche Direktor dieses Spitals Prim. Univ.-Prof. Dr. Hermann NEUGEBAUER bietet ihnen nicht nur einen stimmungsvollen Diaabend mit hübschen Blumen-, Tier- und Landschaftsmotiven, sondern liest auch ein Märchen vor, das aus seiner eigenen Feder stammt.

"Der alte Opferstock" ist der Titel des Vorweihnachtsmärchens. Der Opferstock erhält in dem Märchen Leben und spiegelt in gewisser Weise auch menschliches Leben wider.

Veranstaltungen wie diese gibt es nun zweimal jährlich, zu Ostern sowie vor Weihnachten. Sie finden großen Anklang bei den Patienten, die auf diese Weise ein wenig Ablenkung vom Spitalsalltag erleben. (Schluß) and/gg

NNNN

Wiener Festwochen (1)

15 =Wien, 10.12. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Kulturstadtrat Franz MRKVICKA und Festwochen-Intendantin Dr. Ursula PASTERK stellten am Mittwoch in einer Pressekonferenz das Programm der Wiener Festwochen 1987 vor, zu dessen Schwerpunkten die Manierismus-Ausstellung im Künstlerhaus, eine Reihe von richtungsweisenden Inszenierungen antiker Dramen und die Hans Neuenfels-Personale zählen.++++

Bürgermeister Zilk und Kulturstadtrat Mrkvicka wiesen auf die erfolgreiche Entwicklung der Festwochen unter Intendantin Dr. Pasterk hin, die sich auch in der steigenden Publikumsfrequenz im Jahr 1986 manifestiert. Für die Festwochen 1987 stehen seitens der Stadt Wien 60 Millionen und 10 Millionen zusätzlich für die Manierismus-Ausstellung zur Verfügung.

Die Ausstellung, die unter dem Titel "Zauber der Medusa" ab 3. April im Künstlerhaus zu sehen ist, wird unter anderem durch ein manieristisches Spektakel vor und in der Karlskirche ergänzt.

Weitere wesentliche Programmpunkte der Festwochen:

o Schwerpunkt Antike

"Troilus und Cressida" von William Shakespeare (Gastspiel der Münchner Kammerspiele im Theater an der Wien, Inszenierung: Dieter Dorn)

"Sieben gegen Theben" von Aischylos/"Mauser" von Heiner Müller/
"Philotas" von Gotthold E. Lessing (Eigenproduktion der Wiener Festwochen im Messepalast, Inszenierung: Horst Zankl)

"Ajax" von Sophokles (Gastspiel des American National Theater im Messepalast, Inszenierung: Peter Sellars)

"Elektra" von Euripides (Gastspiel der Freien Volksbühne Berlin im Messepalast, Inszenierung: Hans Neuenfels)

"Die Bacchen" von Euripides (Gastspiel der Theatergruppe Attis, Delphi, im Messepalast, Inszenierung: Theodoros Terzopoulos)

(Forts.) gab/bs

Wiener Festwochen (2)

Utl.: Programmschwerpunkte

16 Wien, 10.12. (RK-KULTUR)

o Hans Neuenfels-Personale im Messepalast

"Trauer zu früh" von Edward Bond (Eigenproduktion der Wiener Festwochen)

"Emilia Galotti" von Gotthold E. Lessing (Gastspiel der Freien Volksbühne Berlin)

"Elektra" von Euripides (Gastspiel der Freien Volksbühne Berlin)

Präsentation von Kinofilmen und Aufzeichnungen früherer Regiearbeiten von Hans Neuenfels

o Giorgio Strehler in Wien

"Dreigroschenoper" von Brecht/Weill (Gastspiel des Theatre de l'Europe, Paris) im Theater an der Wien mit Milva, Barbara Sukowa, Michael Heltau

o österreichische Erstaufführung für Fritz Kortner

"Donauwellen" von Fritz Kortner (Eigenproduktion der Wiener Festwochen im Messepalast, Inszenierung: Wilhelm Engelhardt)

o Aus der Wiener Musikszene

"Sens" - eine multimediale Revue von Mathias Rüegg mit seinem Vienna Art Orchestra und der Robert Solomon's Dance Company (Auftragswerk der Wiener Festwochen im Messepalast)

"Auszahlreim" von Otto M. Zykan (Gastspiel der Vereinigten Bühnen Graz im Theater an der Wien)

o Internationale Theater-Avantgarde in Wien im Messepalast

"Hamlet" nach Shakespeare (Gastspiel des Teatro Due aus Parma)

"Ajax" von Sophokles (Gastspiel des American National Theater, Inszenierung: Peter Sellars)

"Die Bacchen" von Euripides (Gastspiel der Theatergruppe Attis aus Delphi, Inszenierung: Theodoros Terzopoulos)

o Kindertheater-Festival

An 10 Tagen werden im Theater im Künstlerhaus die wichtigsten europäischen Kindertheater-Ensembles aus Holland, Schweden, Italien, der BRD und Schweiz etc. vorgestellt.

o Da capo für das Serapions-Theater

"Anima", der Hit der Wiener Festwochen 1986, wieder an der Donau

o XXIII. Internationales Musikfest der Wiener Konzerthausgesellschaft

Themenschwerpunkte: Die Wiener Hofkapellmeister - Gluck - Mahler - Ravel

o Frauen-Töne

Giovanna Marinis "Requiem", die Sensation des Hamburger Frauenfestes, in der Augustinerkirche.

(Schluß) gab/rr

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
9 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Anschließend an die Sitzung des Landtages wurden die Budgetberatungen des Gemeinderates fortgesetzt.

Das unerfreuliche Erscheinungsbild des Christkindlmarktes im Vorjahr, erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) in seinem Debattenbeitrag, habe zu einer breiten Diskussion und in der Folge zu einem positiven Trend für den heurigen Markt geführt. Vor allem das Warenangebot sei aber noch verbesserungsfähig.

Zu den Ladenschlußzeiten sagte Hirnschall, man habe in Wien, wie der 8. Dezember gezeigt habe, nicht damit gerechnet, daß eine so große Zahl von Wiener Konsumenten das Angebot in den ungarischen Grenzorten, das nicht nur aus Lebensmitteln, sondern mittlerweile auch aus Produkten der Unterhaltungselektronik und Billig-Textilien bestehe, in Anspruch nehmen werde. Diese ernste Entwicklung müsse zum Nachdenken anregen, wenn man z. B. berücksichtige, daß durch eine Öffnung der Geschäfte im Innviertel am 8. Dezember die Kaufkraftabwanderung in dieser Region halbiert werden könnte.

Hirnschall regte Überlegungen zur Wiedereinführung von Glasflaschen für Milch und Milchprodukte an, urgierte den Stand des Verfahrens zum Tierschutz- und Tierhaltegesetz und kritisierte die zu langsame Ausarbeitung bei den Sitzungsprotokollen des Wiener Gemeinderates. (Forts.) je1/gg

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
10 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ingrid KOROSEC (ÖVP) forderte vor allem einen wirksamen Konsumentenschutz gegenüber der Behörde. Dazu gehören auch die Verbesserung der telefonischen Kontaktmöglichkeiten mit der Verwaltung, mehr Transparenz bei Behördenverfahren, die Ernennung eines eigenen "Bürgeranwaltes" als Rechtsschutzagent für den einzelnen Wiener Bürger sowie die raschere Erledigung von Anträgen. Die Abgeordnete kritisierte die zu kurzen Öffnungszeiten der Kartenvorverkaufsstellen der Verkehrsbetriebe. Die Konsumentenstadträtin habe seit ihrem Amtsantritt vor drei Jahren zwar eine Reihe von Aktivitäten gesetzt, "heiße Eisen" wurden jedoch nicht angefaßt. Dies beziehe sich vor allem auf die Rechte des Bürgers als Konsument gegenüber der öffentlichen Verwaltung. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
11 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Elisabeth SCHINDLER (SPÖ)
bezeichnete die Jugendarbeitslosigkeit als ernstes Problem. Derzeit
werden von der Stadt Wien 1.100 junge Menschen als Lehrlinge
ausgebildet.

Um arbeitslosen Maturanten zu helfen, wurde von der Stadt Wien
ein einjähriges Maturantenpraktikum eingerichtet. Die Resonanz war
allerdings enttäuschend. Obwohl alle dem Landesarbeitsamt bekannten
arbeitslosen Maturanten angeschrieben wurden, sind noch immer Plätze
frei.

Schindler erinnerte an die strengen Kontrollen bei
Lebensmitteln.

Sie zeigte sich erfreut darüber, daß bei den meisten Nahrungs-
und Genußmitteln gegenüber dem Vorjahr keine Teuerungen eingetreten
sind und würdigte die Tatsache, daß viele Bedienstete der Stadt zu
Weihnachten nicht feiern können, weil sie zum Wohl der Bürger dieser
Stadt ihrer Arbeit nachgehen. (Forts.) ull/rr

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz
13 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. FREITAG (SPÖ) erklärte, daß
die Kundenfrequenz in Geschäften nicht gleichzusetzen sei mit dem
Umsatz, wie dies in der Öffentlichkeit immer wieder dargestellt wird.
Es gebe andere Gründe als die Öffnungszeiten der Geschäfte, warum
Österreicher im Ausland einkaufen. Nach einer Erhebung der
Vorarlberger Handelskammer über Einkäufe von Österreichern in der
Schweiz sind Qualität, Produktpräsentation und Preise maßgeblich.
Die Salzburger kaufen traditionell in Freilassing ein, und Einkaufs-
fahrten nach Ungarn etwa zum Friseur oder zur Herstellung eines
Zahnersatzes haben die deutlich günstigeren Preise als Hintergrund.
Man dürfe die Liberalisierung im Grenzverkehr nicht als Einbahn-
straße sehen, denn auch die Ausländer lassen ihr Geld bei uns. Eine
Änderung der Öffnungszeiten würde nach einer Erhebung des deutschen
Einzelhandels zu einer Verbraucherpreisindexerhöhung um zwei Prozent
führen. Dies würde weitreichende Auswirkungen haben. Die versuchs-
weise verlängerten Öffnungszeiten im Antiquitätenhandel hätten zu
keinem zusätzlichen Kundeninteresse geführt, sagte Freitag. Es habe
sich gezeigt, daß die Länder mit der höchsten Lebensqualität
Ladenöffnungszeiten weitgehend so wie in Österreich festgelegt haben.
(Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

14 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Zur Liberalisierung der Ladenschlußzeiten sagte StR Friederike SEIDL (SPÖ), man werde das Probemodell im Antiquitätenhandel abwarten. Weder die Nahversorgungserhebungen noch das Wiener Konsumententelefon hätten aber dringende Wünsche in dieser Richtung registriert.

Beim Wiener Christkindlmarkt sei es erfreulich, meinte Seidl, daß er ein so positives Echo gefunden habe, man werde aber noch an weiteren Verbesserungen arbeiten.

Zu den Glasflaschen für Milch- und Milchprodukte gebe sie zu Bedenken, daß sowohl der Transport als auch die Rückgabe für den Konsumenten eine Schwierigkeit darstellen, abgesehen von den Kosten für Reinigung und Sterilisation, die die Molkereien zu tragen hätten. Diese Frage hätte, unterstrich Seidl, durchaus das Thema einer Enquete im Handelsministerium sein können.

Der vorübergehende Rückstand bei den Protokollen des Wiener Gemeinderates sei durch die Umstellung auf neue technische Einrichtungen und die Herstellung der Protokolle mittels EDV entstanden, werde aber sehr bald behoben sein.

Die Stellungnahmen der Interessensvertretungen zum Tierschutz- und Tierhaltegesetz seien alle eingelangt, die Gespräche mit der Polizei aber noch nicht in allen Punkten beendet. Das Gesetz werde aber Anfang 1987 dem Wiener Landtag im Entwurf vorliegen und könne im Mai 1987 beschlossen werden.

Es sei nicht sinnvoll, kritisierte Seidl abschließend, seit langer Zeit bestehende Vorurteile gegen öffentliche Bedienstete durch die Heraushebung von Einzelfällen weiter zu fördern. Das Zufriedenheitsbarometer habe, was das Service der Beamtenschaft betreffe, außerordentlich gute Ergebnisse gebracht. Sie halte deshalb, schloß Seidl, einen Bürgeranwalt nicht für notwendig.

(Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

17 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Umweltproblematik und vor allem die Entsorgung seien in Wien nicht gelöst, die bisherige Umweltpolitik müsse, von wenigen Ausnahmen abgesehen, als gescheitert bezeichnet werden, erklärte GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPÖ). Bedingt durch das Rinter-Desaster scheine der Pioniergeist verloren gegangen zu sein, zukunftsweisende Forschungen und Entwicklungen fehlen. Weder im Bereich der Müllvermeidung und Mülltrennung noch bei der Entsorgung des Mülls und Sondermülls konnten entscheidende Fortschritte erzielt werden. Auch die Altstoffwiederverwertung funktioniere nur schlecht.

Zur Müllverbrennung sei anzumerken, daß durch den Einbau von Filteranlagen Verbesserungen erzielt werden könnten, die Entsorgung des Filterkuchens sei aber nach wie vor ungelöst. Pawkowicz brachte deshalb den ANTRAG ein, die Gemeinde Wien möge auf dem Gelände der Mülldeponie Rautenweg eine gesonderte Deponie zur Lagerung von Sondermüll einrichten. Die bisherige Praxis, den Filterkuchen einem privaten Entsorger außerhalb Wiens ohne Wissen um den Ort und die Art der Deponierung zu überlassen, sei nicht akzeptabel.

Weiters kritisierte Pawkowicz, daß die EBS-Sanierung nach wie vor auf sich warten lasse. Divergierende Aussagen über den Zeitpunkt der Fertigstellung sowie über die Kosten lassen ein Debakel enormer Größenordnung befürchten. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

18 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Zu Beginn seines Debattenbeitrages sagte GR. Ing. WORM (ÖVP), es wäre zu überlegen, die "Werteskala" neu zu überdenken und "Umwelt" an die erste Stelle zu setzen.

Ing. Worm räumte ein, daß in Wien in den vergangenen Jahren einiges für den Umweltschutz getan worden sei. So unbestritten positiv verschiedene Maßnahmen auch seien, so gebe es dennoch viel Anlaß zu Kritik. Er bezeichnete alles, das unternommen worden ist, als Einzelmaßnahmen, es fehle ein Gesamtkonzept. Zur EBS sagte Worm, die Entsorgungsbetriebe wären ein "glückloses Gewerke". In der Planungsphase seien viele Fehler gemacht worden. Jahrelange Krachs und Prozesse seien die Folge gewesen. Es sei Stadtrat Braun nicht gelungen, die Anlage zu sanieren, vielmehr habe er versucht, um ihre Kinder besorgte Simmeringer Mütter der Übertreibung zu bezichtigen.

Worm bezeichnete es als unzumutbar, daß im Kontrollausschuß der Antrag der Opposition auf Prüfung der EBS zum zweiten Mal niedergestimmt worden sei. Daher trage nicht das Kontrollamt, sondern die Politiker die Verantwortung für die sich daraus ergebenden Folgen.

Ing. Worm bemängelte den "sträflich vernachlässigten" Zivilkatastrophenschutz, den "katastrophalen" Zustand der Feuerwehr und mancher Feuerwachen und kritisierte, daß der Presse- und Informationsdienst für Parteipropaganda mißbraucht worden sei.

StR Braun habe seine Aufgaben nicht ordnungsgemäß erfüllt. Worm brachte deshalb einen von allen Gemeinderäten der ÖVP unterzeichneten MISSTRAUENSANTRAG gegen StR Braun ein. (Forts.)
ull/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

19 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) befaßte sich mit dem Luftbericht 1986 und kritisierte, daß im 1982 beschlossenen Luftreinhaltegesetz fixierte Vorgaben, wie die periodische Vorlage eines Berichtes oder in weiterer Folge die Festlegung von Grenzwerten, die das Gesetz erst exekutierbar machen würden, nicht oder erst spät erfüllt worden seien. Auch beim Wasser, beim Waldsterben und beim Bodenschutz ließen Konzepte auf sich warten. Es sei nicht damit abgetan, besorgten Simmeringer Eltern Meßergebnisse entgegenzuhalten, denn für diese seien das persönliche Empfinden und das Auftreten von Erkrankungen maßgeblich. Studien wiesen nach, daß Kinder in Gebieten mit schlechter Luft häufiger erkranken als in Gutluftgebieten. Während die SO₂-Belastung erheblich gesunken sei, wurden die Werte bei Kohlenwasserstoffen und Kohlenmonoxiden schlechter, sagte Hawlik, die Stickoxide könnten nicht gemessen werden. Mangelnde Meßmöglichkeiten seien der Grund dafür, daß heute der im Gesetz vorgesehene Smogalarm mangels entsprechender Grundlagen gar nicht ausgelöst werden könnte. Auch gebe es im Luftbericht keine Daten über Stoffe, die zum Waldsterben beitragen. Und vom Wienerwald-Gipfel sei nichts geblieben außer Presseauschnitten. Man müsse die Umweltpolitik in vernetzten Zusammenhängen sehen, wenn man Politik für den Bürger machen wolle, sagte Dr. Hawlik. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

20 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPÖ) verwies auf die großen Erfolge in der Umweltpolitik und auf die Steigerungen der finanziellen Aufwendungen auf diesem Sektor. Gerade unter diesen Umständen nehme sich der Mißtrauensantrag der ÖVP gegen Stadtrat Braun mehr als merkwürdig aus. Die Wiener Umweltpolitik verfare nach fundierten Konzeptionen. Die bevorstehende Vollendung der Deponie Rautenweg, der Einbau der Filteranlagen in die Fernheizwerke Spittelau und Flötzersteig und der Probetrieb für die Müllsortierung im Rinterzelt seien nur einige Beispiele für eine Politik der ständigen Verbesserung der Wiener Umwelt. Der ÖVP bleibe es vorbehalten, mit fragwürdigen Untersuchungsmethoden, wie sie Mag. Kauer in Wiener Bädern angewandt habe, oder mit ebenso fragwürdigen Gutachten, wie seinerzeit GR. Ing. Worm vorgelegt habe, ohne sachliche Basis politische Angriffe zu lancieren. Freinberger verwies schließlich auf die Leistungen verschiedener Abteilungen: So habe die Bäderverwaltung den Umbau des Amalienbades abgeschlossen, die Sommerbäder Simmering und Döbling seien in Bau bzw. Planung, das Kongreßbad werde generalsaniert, und das Gänsehäufel erhalte neue Saisonkabinen. Die Bauvorhaben zum absoluten Hochwasserschutz werden 1987 planmäßig mit einem Aufwand von 492 Millionen fortgesetzt, und im Bereich der Straßenreinigung stehen im kommenden Jahr 791 Millionen zur Verfügung, womit Wien auch weiterhin eine der saubersten Städte der Welt sein werde, sagte Freinberger, der abschließend auch allen in den genannten Bereichen tätigen Bediensteten der Stadt Wien dankte. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

21 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wassersituation in Wien, erklärte GR. NEUBERT (ÖVP), müsse weiterhin als nicht zufriedenstellend angesehen werden. So habe die ÖVP schon 1947 den Bau der Dritten Wiener Wasserleitung gefördert. Das Grundwasserwerk Nußdorf sei geschlossen, das Grundwasserwerk Lobau von Altlasten bedroht. Für die Auswechslung von 450 Kilometern Wasserrohren gebe es, so Neubert, zu wenig, für den Wasserbehälter Bisamberg gar keine Mittel. Neubert urgierete ein Konzept zum Bau von Wasserbereitungsanlagen, das angekündigte Bodenschutzgesetz und einen Deponiesanierungsplan. In diesem Zusammenhang brachte Neubert einen ANTRAG betreffend die Entsorgung der Schiffsbilgen von Öl- und Fettrückständen auf der Donau ein. Zu der Situation der Kanalisation erklärte Neubert, er vermisse ein Koordinierungskonzept für die Sanierungsarbeiten, das Reparaturen von Gas- Strom- bzw. Telefonleitungen zum gleichen Zeitpunkt ermögliche. Darüber hinaus kritisierte Neubert, daß es immer noch Selbstströmungsgenehmigungen für Wiener Senkgruben gebe. Zur Luftsituation brachte Neubert einen ANTRAG auf Installation einer mobilen Luftmeßstelle ein, die bereits 1987 in Betrieb genommen werden solle. (Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

22 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Hälfte des Wiener Stadtgebietes werde landwirtschaftlich genutzt, 50 Prozent des österreichischen Gemüses werde in Wien erzeugt, erklärte GR. JEDLETZBERGER (ÖVP). Die hohe Umweltbelastung bereite deshalb der Landwirtschaft Angst und Sorge, die Bevölkerung sei verunsichert. Aus diesem Grund seien in den letzten Jahren die Umsätze ständig zurückgegangen, für manche Betriebe bedeutete dies eine ernsthafte Existenzgefährdung. Jedletzberger forderte deshalb, daß die Stadt Wien effektiver und rascher als bisher Maßnahmen gegen die Umweltbelastung und -verschmutzung ergreife.

Von der Landwirtschaft werde die Gründung eines Nationalparks Lobau begrüßt. Jedletzberger forderte jedoch, daß für die bis jetzt landwirtschaftlich genutzten Flächen in diesem Gebiet Ersatzflächen angeboten werden. Eine weitere Reduzierung dieser Flächen könne nicht mehr hingenommen werden, sie wurden seit 1958 ohnehin beinahe halbiert.

Abschließend forderte Jedletzberger, daß die vor Jahren begonnene Aktion, daß Pächter der Stadt Wien landwirtschaftliche Flächen erwerben könnten, fortgesetzt werde. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

23 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. REITER (SPÖ) kündigte eine Erweiterung des Wiener Luftmeßnetzes für 1987 an: Ab dem kommenden Jahr wird es 17 Meßstellen geben, die zum Teil mit neuen, dem modernen Stand der Technik entsprechenden Programmen, gespeichert sind. Geplant ist auch eine Meßstelle im innerstädtischen Bereich, wo jedermann jederzeit aktuelle Informationen erhalten kann. Als Standort ist der Friedrich-Schmidt-Platz vorgesehen.

Wie Reiter weiter mitteilte, hätten Kanaluntersuchungen ergeben, daß rund 250 Kilometer Kanäle sanierungsbedürftig sind. Für diese Arbeiten wurde ein Programm erstellt. In der ersten Phase stehen für 20 Kanalbauvorhaben 125 Millionen Schilling zur Verfügung. (Forts.)
ull/bs

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

25 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) kritisierte den "bejammernswerten Zustand" der Wiener Feuerwachen. So sei etwa in der Feuerwache Favoriten die Kellerdeckenkonstruktion für die neuen schweren Fahrzeuge zu schwach, in der Feuerwache Döbling sei das Dach einsturzgefährdet. Dazu kommt, daß Fahrzeuge zum Teil bereits sehr alt und Geräte teilweise nicht einsatzbereit sind. Die wichtigsten Instandhaltungsmaßnahmen würden 33,8 Millionen Schilling erfordern, doch im Budget seien nur 3,2 Millionen vorgesehen. Bei der Nachrichtenzentrale seien die Mittel gekürzt worden, sodaß er mit einem späteren als dem geplanten Fertigstellungstermin rechne, sagte Hahn. Die Hauptfeuerwache wird 150 Millionen Schilling Renovierungskosten notwendig machen. Doch sollte "Am Hof" in eine Fußgängerzone umgestaltet werden, wäre zu klären, ob dieser Standort überhaupt für die Hauptfeuerwache geeignet ist. In einem ANTRAG forderte Hahn die rasche Planung einer neuen Hauptfeuerwache für Floridsdorf und Donaustadt. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

26 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) BR. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) nahm zu Fragen des Zivilschutzes Stellung. Sie wies darauf hin, daß derzeit keine Informationen mehr zu Fragen der Verstrahlung von Lebensmitteln zu erhalten seien. Dies schaffe Verunsicherung bei der Bevölkerung. Es wäre wichtig, hier auch weiterhin verständliche Informationen zu geben. Generell sei es in Wien um den Katastrophenschutz schlecht bestellt, da es keine entsprechenden Ausbaupläne gebe, und darüber hinaus die Information, wie etwa der von der Stadt Wien herausgegebene Zivilschutzatlas, nicht zielführend gestaltet sei. Es gelte also, mehr und gezielte Informationen unter die Bevölkerung zu bringen, Kurse für Katastrophenschutz durchzuführen, Lehrer und verwandte Berufssparten zielführend auszubilden und die Bevölkerung in der Vorsorge für den Katastrophenplan zu unterstützen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

27 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Besorgnis über immer mehr Baumschäden im Wienerwald äußerte BR. KIENDL (ÖVP) in seinem Debattenbeitrag. Immerhin seien 60 Prozent der Wienerwald-Bäume bereits sichtbar geschädigt. Die Wiener kalorischen Kraftwerke stoßen täglich immer noch große Schadstoffmengen aus. Die Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau produzieren, sagte Kiendl weiter, täglich große Mengen Filterkuchen. Offensichtlich interessiere es die Wiener SPÖ wenig, wohin diese Rückstände entsorgt werden. Seine Fraktion habe den Eindruck, das Umweltgewissen der SPÖ höre an der Wiener Stadtgrenze auf. (Forts.) jel/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

28 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Leistungen der Stadt Wien auf dem Gebiet des Umweltschutzes können sich sehen lassen, sie werden nur von der Opposition nicht zur Kenntnis genommen, erklärte GR. Ing. RIEDLER (SPÖ). So wurden die Schadstoffemissionen wesentlich gesenkt. Riedler betonte, daß die Trinkwasserversorgung durch Hochquellwasser gesichert sei und daß die Sanierung der Kanalisation eingeleitet wurde. Diese Liste könnte beliebig fortgesetzt werden. Trotzdem werde nicht übersehen, daß auch in Zukunft viele Probleme, die sich durch die Entwicklung einer Industriegesellschaft immer wieder neu ergeben, zu lösen sein werden.

Im Zusammenhang mit der Entsorgung des Filterkuchens forderte Riedler mehr Solidarität von den anderen Bundesländern gegenüber Wien, da es sehr wohl geologisch geeignete Plätze für die Lagerung gebe.

Zur beantragten Anhebung der Gebühren für die Müllabfuhr und für Wasser erklärte Riedler, daß diese gerechtfertigt sei, weil in diesem Bereich das Prinzip der Kostendeckung zu befürworten sei.

Abschließend betonte Riedler, daß die Mittel für Umweltinvestitionen innerhalb von drei Jahren verdreifacht wurden. Der Mißtrauensantrag gegen Stadtrat Braun sei aus all diesen Gründen ungerechtfertigt und abzulehnen. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

29 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Sie wäre froh, wenn im Bereich des Umweltschutzes tatsächlich so viel geschehen wäre, wie von der SPÖ behauptet wird, sagte GR. Ingrid KOROSEC (ÖVP). In Wahrheit sei viel zu wenig geschehen. Die SPÖ sei zwar seit Jahren zum Handeln aufgefordert, sie beschränke sich jedoch auf Ankündigungen und Beweihräucherungen.

Als eine von vielen notwendigen Maßnahmen forderte Korosec, das Umweltschutzpapier in verstärktem Maß zu benutzen. Es hätte Vorbildwirkung, würde die tägliche Post, die vom Rathaus versendet wird, auf solchem Papier geschrieben werden.

Wie Korosec weiter ausführte, fühlt sich mehr als ein Drittel aller Wiener durch übermäßigen Lärm gestört. Sie kritisierte, daß Lärmmeßgeräte in zu geringer Stückzahl vorhanden seien und überdies monatelang nicht an die Polizei weitergegeben worden seien. Der Lärm habe in Wien die Skandalschwelle längst überschritten. Sie forderte strenge Strafen für Lärmsünder, denn Toleranz höre dort auf, wo die Gesundheit auf dem Spiel steht. (Forts.) ull/rr

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

30 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) StR Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP) begründete das Mißtrauensvotum seiner Fraktion damit, daß es kein umweltpolitisches Gesamtkonzept gebe. Statt dessen gebe es nur Einzelmaßnahmen. Der SPÖ warf Welan vor, die Situation stets als "in Ordnung" darzustellen, nachträglich müsse jedoch immer wieder zugegeben werden, daß Maßnahmen nicht gesetzt wurden. Das bringe eine Verunsicherung und vergrößere die Unglaubwürdigkeit der Politik.

Beim Umweltschutz sei die Vorsorge zu vermissen, der nicht-präventive Umweltschutz präge das Budget. Dadurch seien im Lauf der Jahre Systemzwänge entstanden, die den Maßnahmenspielraum einschränken. Heute gehe es meist darum, Schäden im nachhinein zu sanieren. Zu vermissen sei auch ein ganzheitlicher Umweltbericht, und die SPÖ habe Umweltverträglichkeitsprüfung, Umweltfonds und Grünfonds abgelehnt. Notwendig wäre ein Umweltschutzanwalt. Schließlich könne das Umweltveto nicht zum Tragen kommen, weil die zuständige Dienststelle der Stadt Wien überfordert sei. (Forts.)
and/bs

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

31 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) sagte, die FPÖ unterstütze den Mißtrauensantrag der ÖVP. Der Grund dafür liege in den zahlreichen Versäumnissen der Umweltpolitik von der Müllvermeidung bis zur gescheiterten Sanierung der EBS. Generell deponierte Pawkowicz ein gewisses Mißtrauen gegen den ganzen Stadtsenat, das aufgrund der Vorgänge im Flughafen Wien und im Stadterneuerungsfonds neue Nahrung erhalten habe.

GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) sagte, er sehe seitens der SPÖ keinen Grund zum Mißtrauen gegenüber Stadtrat Braun, sondern jeden Grund zur Unterstützung von dessen erfolgreicher Politik. So seien in der Entgiftung der Abgase der Wiener Kraftwerke und Müllverbrennungsanlagen große Fortschritte erzielt worden, die Arbeiten an der EBS würden planmäßig vorangetrieben, ebenso werde der Rautenweg planmäßig saniert, der Wald- und Wiesengürtel erweitert und gemeinsam mit dem Bund werden wichtige Vorhaben im Abwasserbereich fortgesetzt. Wien verfüge als einzige Stadt in Österreich über eine Sondermüllentsorgung, ein weit ausgebautes Meßnetz kontrolliere die Güte der Luft. Swoboda resümierte, es gebe zwar Umweltprobleme, an deren Lösung werde jedoch effizient gearbeitet. Es sei eine bedenkliche Linie, die Mitarbeit bei jeder sich bietenden Gelegenheit aufzukündigen und zu glauben, dadurch politische Vorteile zu gewinnen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

32 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Man habe diesen Mißtrauensantrag ohne Illusionen eingebracht, erklärte Vizebürgermeister BUSEK (ÖVP). Er betrachte das Mißtrauensvotum der ÖVP auch als eine Forderung an den Umweltstadtrat, dynamischer an den Umweltproblemen Wiens zu arbeiten. Man könne "mit Plakatwänden die Wiener Umweltprobleme nicht lösen", betonte Busek. Die Art der Information über und der Entscheidungsfindung in diesem Bereich könne die Volkspartei nicht mittragen, begründete Busek den Mißtrauensantrag seiner Fraktion.

Die ÖVP sei bereit gewesen, die Mitverantwortung zu tragen, wie dies in den Bereichen Kultur und Stadterneuerung auch versucht worden sei. Vorschläge und Initiativen seiner Fraktion seien aber nicht zur Kenntnis genommen worden.

Die Dynamik der Entwicklung im Umweltbereich stuft er als so gefährlich ein, daß man sich sehr beeilen werden müsse, Entscheidungen zu treffen und Probleme zu lösen. Er könne die Einstellung der Rathausmehrheit, diese Probleme "als in Ordnung gebracht" zu betrachten, nicht akzeptieren. Für ihn und seine Fraktion bedeute das Vorgehen der Stadtverwaltung in Umweltfragen nicht "Arbeit nach einem Konzept, sondern bloßes Dilettieren".

(Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

33 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Bgm. Dr. ZILK (SPÖ) gab bekannt, daß er heute in einem gemeinsamen Gespräch mit Vzbgm. Dr. BUSEK (ÖVP) über jene Bereiche gesprochen habe, in denen ein gemeinsames Suchen nach Kooperation sinnvoll sei. Es sind dies vor allem wie bisher die Bereiche Kultur und Stadterneuerung.

Der Bürgermeister stellte fest, daß es dem Geist der Demokratie entspreche, daß es nicht in allen Bereichen Übereinstimmung geben könne. Es sei trotzdem nicht zu verstehen, daß sich gerade beim Umweltschutz der Beitrag der ÖVP in ausschließlicher Ablehnung aller von der Stadtverwaltung getroffenen Maßnahmen beschränkt. Egal, ob es sich um die Sanierung der Spittelau oder der EBS oder um die Rettung des Wienerwaldes handelte, es wurden von der ÖVP nie konstruktive Vorschläge zur Lösung dieser Probleme gemacht. Der von der ÖVP zur Rettung des Wienerwaldes beispielsweise vorgeschlagene Verfassungsschutz stelle keine wirksame Maßnahme dar. Zilk stellte abschließend fest, daß sich die SPÖ auch allein aller umweltpolitischen Probleme wie bisher annehmen und Lösungen finden werde. Eine konstruktive Diskussion über Verbesserungsvorschläge sei jedoch wünschenswert. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

34 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) StR. BRAUN (SPÖ) zeigte sich zu Beginn seiner Wortmeldung über die zum Teil "haarsträubende Kritik" und "persönliche Diskriminierung" durch die Opposition enttäuscht.

Zur Wasserversorgung stellte er fest, daß derzeit 91 Prozent der Wiener Bevölkerung mit Quellenwasser und 6 Prozent mit Wasser aus der Lobau versorgt werden. Im Jahr 1988 soll der Anteil des Quellenwassers 100 Prozent betragen.

Zu den Vorwürfen, er verschweige wichtige Daten und Fakten, stellte er fest, daß er niemals etwas verschwiegen habe und jederzeit bereit sei, alle gewünschten Informationen zu geben.

Bei der Müllentsorgung sei ein Termin für die Rauchgaswäsche genannt worden, nun habe sich herausgestellt, daß dieser Termin sogar unterschritten werde. Durch die Sortieranlage im Rinterzelt müssen 40 bis 45 Prozent des Mülls nicht mehr auf eine Deponie gebracht oder verbrannt werden.

StR. Braun stellte die Frage, ob es außer Wien noch eine Stadt in Europa gebe, wo täglich Luftmeßwerte bekanntgegeben werden.

In den Bezirken 10, 19 und 20 werden mehr als 280.000 Wiener bei getrennten Müllsammlungen erfaßt. Dies ist eine größere Zahl als die Stadt Graz Einwohner hat. (Forts.) ull/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

35 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Zur Kritik an der Luftqualität in Simmering stellte Braun fest, daß es zwei Arbeiten gegeben habe: eine davon, als "Studentenarbeit" bezeichnet, in der wenige Personen befragt worden sind; eine andere, in der 1.400 Kinder im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie untersucht worden sind. Bei dieser umfangreichen Studie habe sich eindeutig herausgestellt, daß die Kinder des 11. Bezirkes keineswegs besonderen Belastungen ausgesetzt sind.

Auch Wissenschaftler hätten noch kein probates Mittel gegen das Waldsterben gefunden, sagte Braun weiter. Daher sei er zu jeder sachlichen Diskussion bereit, die mithelfen könne, Antwort auf noch unklare Fragen zu geben.

Die Feuerwehr habe in vielen kritischen Fällen Hervorragendes geleistet. Trotzdem könne man nicht über vom Kontrollamt festgestellte Mißstände hinwegsehen, und es wurden auch schon Maßnahmen eingeleitet: Zwei Feuerwachen wurden schon saniert, weitere folgen im kommenden Jahr.

Braun sagte weiter, daß man vor kurzem der Forderung nach Katastrophenschutz mit einer "Aktion Selbstschutz" entsprochen habe. Es hätten sich aber in ganz Wien nur insgesamt 15 Personen gemeldet. Dennoch werden ab Jänner 1987 in Volkshochschulen ähnliche Aktionen stattfinden.

Zur Lärmplage meinte er, daß beispielsweise durch die Einführung des Nachtfahrverbotes für Lkw die Lärmentwicklung gebremst werden konnte.

Braun bekannte sich abschließend dazu, keine Kontrolle und keine Kritik zu scheuen - Voraussetzung sei jedoch Sachlichkeit anstatt der bewußten Verbreitung von Unwahrheiten. (Forts.) ull/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Debatte Wohnbau und Stadterneuerung

36 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) vertrat die Ansicht, von der Geschäftsgruppe "Wohnbau und Stadterneuerung" könnten wichtige Wirtschaftsimpulse ausgehen. Doch der Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds habe dem Stadtrat das Handeln abgenommen. Durch die Gründung des Fonds sei jede Kontrolle durch den Gemeinderat ausgeschlossen worden. Nach der Gründung habe sich der Fonds nicht der Stadterneuerung gewidmet, sondern es gab lange Beratungen über die Gehälter der Geschäftsführer, während die Bauwirtschaft warten mußte. Pikant sei die Tatsache, daß Vizebürgermeister Dr. Busek als einen der Geschäftsführer ausgerechnet einen Realitätenvermittler eingesetzt haben wollte. Anträge der FPÖ, durch die das Entstehen von "Sümpfen" vermieden werden sollte, wurden abgelehnt. Der Fonds wurde zum Selbstbedienungsladen für Wohnbaufunktionäre, und Mittel, die für die Stadterneuerung notwendig gewesen wären, flossen in Geschäftsführergehälter und die Abfertigung für Direktor Wippel, sagte Pawkowicz. Er appellierte an den zuständigen Stadtrat, diesen Fonds so bald wie möglich aufzulösen und die Aufgaben wieder der Geschäftsgruppe zu übertragen, damit demokratische Entscheidungen wieder im Gemeinderat getroffen werden können.

In einem ANTRAG fordert die FPÖ, daß der Gemeinderatsausschuß Richtlinien für die Vergabe von Gemeindewohnungen erstelle, wobei verschiedene Kriterien mit Punkten zu bewerten seien. Wichtige Gründe für eine Vergabe außerhalb dieser Reihung müßten vom Gemeinderatsausschuß im Einzelfall geltend gemacht werden. (Forts.)
and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte Wohnbau und Stadterneuerung

37 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. PETRIK (ÖVP) nahm zu Fragen des Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds Stellung. Es habe - nachdem sich in der SPÖ ein Umdenken in Fragen des Wohnbaues durchgesetzt habe - durchaus eine Übereinstimmung im Grundsatz und bei Durchführungsfragen in diesem Bereich gegeben. Man habe hier die Chance gesehen, über den Fonds und die Wiener Wohnbauverordnungen wichtige Sanierungsmaßnahmen für die Stadt zu setzen. Dabei habe es allerdings bestimmte Voraussetzungen gegeben. Neben den Sockelsanierungen sei stets auch ein bestimmter Anteil von Totalsanierungen und Wohnungszusammenlegungen geplant gewesen, die Gestaltung des öffentlichen Raumes sei ebenso wie Fragen des Grünraumes und des ruhenden Verkehrs in diesem Paket eingeschlossen gewesen. Die SPÖ habe einige Vereinbarungen nicht eingehalten. Die Bodenbereitstellung und verschiedene Steuerfragen etwa seien ungeklärt. Auch eine Reihe von Verordnungen sei nach den ersten Erfahrungen zu novellieren. Bei der Frage der Totalsanierung sei keine einheitliche Linie der SPÖ zu erkennen. Erst wenn die derzeit offenen Fragen geklärt seien, könne man über eine weitere Zusammenarbeit in diesem Gebiet sprechen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Debatte Wohnbau und Stadterneuerung

40 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Wien habe eine große Tradition im sozialen Wohnbau, erklärte GR. BUCHELT (SPÖ). Trotz des Schwerpunktes Stadterneuerung sei auch eine Neubauleistung von rund 5.000 Wohnungen pro Jahr vorgesehen und erforderlich, da das bestehende Wohnraumdefizit sowie die Erhöhung des Anspruchsniveaus dies erfordere. Die Stadt Wien werde auf dem Neubausektor für den durch die Vormerkrichtlinien umrissenen Personenkreis bauen. Derzeit gebe es 16.000 Vormerkungen. Buchelt sprach sich für mehr und effizientere Mitbestimmung im sozialen Wohnbau aus. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Debatte Wohnbau und Stadterneuerung

41 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP) stellte fest, daß trotz einer höheren Beschäftigtenzahl in der Bauwirtschaft im Oktober 1986 in Wien auch die Zahl der Arbeitslosen in dieser Branche gestiegen sei. Es sei zu hoffen, daß sich durch die jetzt forcierte Wohnhaussanierung in den kommenden Jahren die Lage verbessern werde. Die von StR Hofmann im Februar dieses Jahres genannte Summe von drei Milliarden Schilling, die heuer im Rahmen der Wohnhaussanierung zum Tragen kommen sollte, habe sich, wie von der ÖVP befürchtet, als falsch erwiesen, erklärte der Abgeordnete. Eine von ihm durchgeführte Überprüfung habe ergeben, daß zur Zeit lediglich an 88 Baustellen gearbeitet werde. Eine von ihm angestellte Hochrechnung weise maximal 300 Millionen Schilling aus, die heuer bauwirksam werden.

Die Vereinfachung des Ausschreibungsverfahrens habe sich sehr positiv ausgewirkt.

Bei der Kontrolle der Baustellen sei ihm aufgefallen, daß in einigen Fällen zwar Fassaden erneuert, aber kein vollwertiger Wärmeschutz angebracht werde. Mandahus regte an, daß diese Arbeiten gleichzeitig durchgeführt werden sollten. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Debatte Wohnbau und Stadterneuerung

42 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HONAY (SPÖ) betonte, daß man alles unternehmen müsse, um die Abwanderung aus Wien zu verhindern und die Wohn- und Lebensqualität zu erhalten und zu erhöhen. Dafür werde eine ganze Reihe von Maßnahmen gesetzt.

Honay wies auf die Kummernummer beim Stadterneuerungsfonds hin, die rasch und unbürokratisch hilft oder Auskunft erteilt. Wie Honay sagte, habe die Stadterneuerung nicht nur zu einer wirtschaftlichen Belebung geführt, sondern leider auch zu vermehrter Spekulation bei Sanierungsmaßnahmen. Er appellierte an die ÖVP, auf ihr nahestehende Personen entsprechend einzuwirken. Was die Mietermitbestimmung betrifft, forderte er gesetzliche Maßnahmen auf Bundesebene. Wien habe einen ersten Schritt getan. (Forts.) ull/gg

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Debatte Wohnbau und Stadterneuerung

43 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) StR. EDLINGER (SPÖ) beleuchtete die wirtschaftspolitischen Auswirkungen der Stadterneuerung, wobei die Sanierung ein Volumen von drei Milliarden Schilling auslösen werde. Der gesamte Wohnbau bringe für die Wirtschaft ein Volumen von mehr als acht Milliarden Schilling. Art und Zeitpunkt des Einsatzes der öffentlichen Mittel haben daher besondere Bedeutung, sagte Edlinger. Nach dem kommunalen, sozial und architektonisch bemerkenswerten Wohnbau der Ersten Republik, dem Wiederaufbau und den Bauten der 60er und 70er Jahre, bei denen es unbestreitbar zu Problemen beispielsweise in der Infrastruktur gekommen sei, müsse heute die Identifikation der Bewohner mit der Wohnumgebung bei den politischen Entscheidungen einen besonderen Stellenwert gewinnen. Die Stadterweiterung der 60er und 70er Jahre habe schließlich die Forderung nach Stadterneuerung legitim gemacht. Das Wohnhaus-sanierungsgesetz 1984 und die Verordnungen des Landes Wien schafften die finanzielle Basis dazu. Wenn die SPÖ die sanfte Stadterneuerung proklamiere, dann tue sie dies aufgrund ihrer Gesinnung und aus Respekt vor den Empfindungen der Menschen. Die Totalsanierung im begrenzten Rahmen sei jedoch ebenfalls Teil der sanften Stadterneuerung, und auch Neubau mit entsprechender Infrastruktur sei notwendig. Stadterneuerung sei nicht nur ein technisches Problem, sondern auch eine sozialpolitische Aufgabe. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Debatte Wohnbau und Stadterneuerung

44 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die komplizierte Materie der Stadterneuerung führe naturgemäß zur Involvierung einer Vielzahl von Dienststellen, sagte Stadtrat Edlinger weiter. Nichtbehördliche Aufgaben sollten jedoch mit einem privatrechtlichen Instrument bewältigt werden. Aus diesem Grund sei der Stadterneuerungsfonds gegründet worden. Der FPÖ warf Edlinger vor, sie trage (auch durch ihre Ablehnung des Stadterneuerungsfonds) nichts zum Fortschritt bei der Stadterneuerung bei. Der Stadterneuerungsfonds habe gewaltige Investitionen ins Rollen gebracht. Derzeit seien 666 Anträge empfohlen, davon 526 in Arbeit. Sie betreffen 21.929 Wohnungen.

Im nächsten Jahr werde auf 900 Baustellen gearbeitet werden. Auf den Baustellen der Stadt Wien gibt es eine deutliche Zunahme der Beschäftigten. Mangelnde Übereinstimmung im Stadterneuerungsfonds habe es mit der ÖVP bei der Frage der Kummernummer, bei der mobilen Gebietsbetreuung und in der Frage der Garagen gegeben, sagte Edlinger. Er halte den Grundbesitz des Fonds kurzfristig für ausreichend, mittelfristig müßten jedoch Maßnahmen gesetzt werden, ergänzte der Stadtrat. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Debatte Planung und Stadtentwicklung

45 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) schlug in seinem Beitrag vor, die Möglichkeit einer Verwendung des Westbahnhofes für den geplanten Zentralbahnhof zu untersuchen. Die Einbindung der Südbahn wäre über eine Tunnellösung durch Hietzing möglich. Kritik übte Pawkowicz an der Vorgangsweise um das Haas-Haus, wo der Abbruch erfolgt sei, bevor auch nur die genaue Planung für den Neubau feststand. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Debatte Planung und Stadtentwicklung

46 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Die Kritik der ÖVP am Wettbewerb Donaauraum, erklärte GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), habe sich aufgrund der Aussagen der Wettbewerbsteilnehmer bestätigt. So habe seine Fraktion vorgeschlagen, den Wettbewerb zweistufig durchzuführen, um zuerst den Donaauraum im ganzen und dann detailliertere Projekte bearbeiten zu können. Als negativ habe sich auch der Zeitdruck der Wettbewerbsteilnehmer mit einer Frist bis Mitte Jänner erwiesen. Darüber hinaus wurden in die Wettbewerbsplanung laufend neue Projekte wie der Zentralbahnhof eingespeist, womit die Prämissen sich ständig änderten. Die Projektleitung widerspreche in ihrer Aussage, der Wettbewerb müsse rasch durchgezogen werden, den politischen Vertretern der Stadt Wien, die genügend Zeit für Diskussion und Erarbeitung von Wettbewerbsbeiträgen angekündigt hatten. Seine Fraktion habe den Eindruck, ergänzte Hawlik, daß ökologische und energietechnische Perspektiven zur Zeit nicht diskutiert werden. Die Bürgerbeteiligung, schloß Hawlik, die ein Muß für eine erfolgreiche Realisierung dieser "Jahrtausendchance" darstelle, sei mangels effizienter Öffentlichkeitsarbeit viel zu niedrig. (Forts.) jel/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Debatte Planung und Stadtentwicklung

47 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HAAS (SPÖ) beschäftigte sich in seiner Wortmeldung mit der Neuplanung des Gürtels und dem Wettbewerb für den Donauraum. Der Wettbewerb für den Donauraum sei eine Chance für alle interessierten Wiener, an der Planung mitzuwirken. Bis 5. Dezember haben sich 74 Ziviltechnikerteams, 51 Studentengruppen und 180 Bürger am Wettbewerb beteiligt. 4.000 Wienerinnen und Wiener haben an der Fragebogenaktion teilgenommen. Und trotzdem spreche die ÖVP von einem Alibi-Wettbewerb!

Auch die Annahme, daß die Planungen für den Bereich Gürtel, Süd- und Westeinfahrt ins Stocken geraten seien, entbehren jeder Grundlage. Die Erstellung eines generellen Projekts sei bis zum Ende des nächsten Jahres zu erwarten. Für die Ausgestaltung des Gürtels und der Westeinfahrt wurden viele Vorschläge eingebracht, der Planung des Europaplatzes werde in Abstimmung mit den U-Bahn-Planern ein besonderer Stellenwert eingeräumt. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Debatte Planung und Stadtentwicklung

48 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. DALLER (ÖVP) kritisierte, daß im Voranschlag kein Schilling für den notwendigen Neubau des Rustensteges vorgesehen sei. Für die Kontrolle aller 600 Wiener Brücken und Stege stehen nur 2,6 Millionen Schilling zur Verfügung. Er hoffe, daß dieser Betrag ausreiche, um jedes Risiko auszuschließen.

Daller stellte den ANTRAG, daß zehn Jahre nach dem Einsturz der Reichsbrücke dem Opfer ein Denkmal gesetzt wird.

Wie Daller weiter sagte, stünden für den Straßenbau seit Jahren keine ausreichenden Mittel zur Verfügung. Im Voranschlag für 1987 sind inklusive Fußgängerzonen 387 Millionen Schilling vorgesehen. Diese Summe bezeichnete er als einen "Hungeretat", denn es wären Milliarden erforderlich, um die Schäden an den zahlreichen, in schlechtem Zustand befindlichen Gemeindestraßen zu beheben. (Forts.)

ull/gg

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Debatte Planung und Stadtentwicklung

49 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. GAAL (SPÖ) bezeichnete die Situation als weitaus günstiger als es GR. Dr. Daller dargestellt habe. Wichtige Straßenbauprojekte betreffen etwa die Augartenstraße, die Operngasse und die Leberstraße sowie die Gerasdorfer Straße. Das Radwegbudget macht 1987 8,8 Millionen aus. Weitere Mittel werden in Aufschließungsstraßen für Wohnhausanlagen und Betriebsbaugebiete fließen. Mehrere stark frequentierte Straßen werden umgebaut. Auch die Aufbringung von lärmdämmenden Belag und die Errichtung weiterer Lärmschutzeinrichtungen werden aus dem Budget 1987 finanziert. Zu den bedeutendsten Projekten gehört der Bau der Donauuferautobahn. Sie wird 1989 fertig sein und dann zusammen mit der Südost-Tangente eine hufeisenförmige Umfahrung der Stadt von der Südautobahn bis zur Stadtgrenze in Langenzersdorf ermöglichen. Dazu kommen Neubauten von Brücken, darunter die St.Veit-Brücke. Kontinuierlich überprüft werden die 183 Bundesbrücken und 401 Gemeindebrücken. Als erfolgreich erwies sich die Einrichtung des Wiener Verkehrssicherheitscomputers, dessen Auswirkungen zur deutlichen Verringerung von Unfällen mit Personenschaden, vor allem Todesopfern, führte. Für den Neu- und Umbau von Verkehrsampeln werden im kommenden Jahr 43 Millionen zur Verfügung stehen. Der Ausbau der Verkehrsleitzentrale wird fortgesetzt und kann 1988 abgeschlossen werden. An diese Zentrale werden dann 500 Ampelanlagen angeschlossen sein.
(Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Debatte Planung und Stadtentwicklung

50 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP) sprach sich dafür aus, wieder die Durchmischung von Wohn- und Betriebsgebieten in die Planung einzubeziehen und zu fördern. Die Trennung der Betriebe von den Wohngebieten verursache zusätzliche Kosten für die Infrastruktur, lange Verkehrswege und auch Nahversorgungsschwierigkeiten. Daher sollten nur größere und wohnunverträgliche Betriebe am Stadtrand angesiedelt werden, ansonsten sei jedoch eine gemischte Struktur vorzuziehen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Debatte Planung und Stadtentwicklung

51 Wien, 10.12. (RK-KOMMUNAL) Mit einer persönlichen Bemerkung über den Rücktritt von Erwin Wippl begann StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) seinen Debattenbeitrag. Wippl sei aufgrund von Differenzen während einer ÖVP-Klubtagung aus dem Städterneuerungsfonds ausgeschieden. Er, Hofmann, danke Wippl für seine Arbeit im Fonds.

Zu den Planungsüberlegungen für den Gürtel- und zum Donauwettbewerb erklärte Hofmann, diese seien zentrales Planungsthema für das Jahr 1987. Man werde aber auch "kleineren" Bereichen wie dem Haas-Haus, dessen Pläne bei der Baupolizei noch nicht eingelangt seien, sowie der Gestaltung der Fußgängerzone Kohlmarkt-Michaelerplatz größtes Augenmerk zuwenden. Zur Einbeziehung des Zentralbahnhofs in die Donaauraumplanung erklärte Hofmann, die Architekten seien nicht an die Einfahrtsvariante der ÖBB gebunden und die Berücksichtigung auch anderer Möglichkeiten sei erwünscht.

Zur Kritik von GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) an der Dreiteiligkeit des Donaauraum-Wettbewerbes merkte Hofmann an, man werde sicherlich eine zweite Planungsstufe durchführen müssen. Es gebe mehrere ausländische Jurymitglieder bei diesem Wettbewerb. Der Zeitraum, in dem der Wettbewerb abgewickelt werde, sei erweitert worden. Er halte die Bürgerbeteiligung mit einer Rücklaufquote von 4.000 bis 5.000 für relativ hoch.

Für den Rustensteg werde eine Lösung mit den ÖBB gesucht. Zur Kritik, es gebe in der Donaustadt zu wenig Park-and-ride-Möglichkeiten, sagte Hofmann, er bedaure, daß viele Autofahrer vorhandene Park-and-ride-Flächen in mehrgeschossigen Garagen offensichtlich noch nicht entdeckt hätten.

Die Enquete Mariahilfer Straße habe eine hohe Beteiligung und gute Ergebnisse gebracht.

Die Sitzung wurde um 21.55 Uhr unterbrochen und wird am Donnerstag fortgesetzt. (Schluß) jel/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 11. Dezember 1986

Blatt 3045

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Kommunal:** Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
(rosa) EBS: Erste Gesprächsrunde des Finanz- und
Kontrollausschusses
- Lokal:** Lebensmittelversorgung zu den Feiertagen
(orange) Weihnachtsaktion in der Stadtinformation
Amtliche Weinernteerhebung in Wien: Meldepflicht!
Wie das Gaswerk Leopoldau entstand
Flohmarkt für "Licht ins Dunkel"
- Kultur:** Kulturbudget 902,6 Millionen Schilling
(gelb)
- Nur
Über FS: 10.12. Brand in einem Sex-Shop
Brand bei einer Spielwarenfirma
11.12. Hatzl: Wiener Strompreis ist korrekt

Lebensmittelversorgung zu den Feiertagen (1)

Utl.: Freitag beginnt der Christbaumverkauf

1 Wien, 11.12. (RK-LOKAL) Auf 296 öffentlichen Plätzen werden in Wien ab Freitag, den 12. Dezember, Christbäume verkauft. Auch heuer werden wieder rund 200.000 Weihnachtsbäume zum Kauf angeboten. Der Verkauf findet täglich von 8 bis 20 Uhr statt.

Der Wiener Bevölkerung werden zu den Feiertagen wieder alle wichtigen Nahrungs- und Genußmittel sowie die traditionellen Festtagsspezialitäten in ausreichenden Mengen angeboten werden.

Zwtl.: Geflügel und Eier

Frische Hühner aus Österreich sowie Gänse und Truthühner vorwiegend aus den Ostblockstaaten, werden in ausreichender Menge auf den Markt kommen. Das Preisniveau ist stabil, es entspricht größtenteils dem des Vorjahres. Bei Eiern kann wegen der hohen Inlandsproduktion fast gänzlich auf Importe verzichtet werden. Die Preise sind nahezu unverändert.

Zwtl.: Fische

Die Versorgung mit frischen Süßwasserfischen, wie dem traditionellen Weihnachtskarpfen, sowie die Anlieferung von frischen Seefischen ist ebenfalls gesichert. Die Preise entsprechen denen des Vorjahres.

Zwtl.: Fleisch- und Fleischwaren

Frischfleisch und Fleischwaren werden trotz der zu erwartenden höheren Nachfrage nach hochwertiger Ware ausreichend am Markt sein. Bei Schweinefleisch und Selchwaren kann mit Sonderangeboten gerechnet werden. Eine Preiserhöhung ist vor den Feiertagen nicht zu erwarten. Auch frisches und tiefgekühltes Wildbret ist bedarfsdeckend vorhanden. (Forts.) lei/gg

Lebensmittelversorgung zu den Feiertagen (2)

Utl.: Gemüse

2 Wien, 11.12. (RK-LOKAL) Das anhaltend milde Wetter sorgt derzeit für ein weitreichendes Angebot inländischer Gemüsesorten. Der Bedarf an typischen Wintergemüsesorten wie Chinakohl, Karotten, Weiß- und Rotkraut, Kohl, Kren und Sellerie kann nach guten Ernteergebnissen zur Gänze aus der Inlandsproduktion gedeckt werden. Dagegen läuft die Produktion von Frischgemüse wie Karfiol, Paprika, Glas- und Endiviensalat wahrscheinlich aus. Einer eventuellen Verknappung bei Eiern wird jedoch nötigenfalls durch Aufhebung der Importsperrern vorgebeugt werden. In ausreichenden Mengen sind derzeit und vermutlich bis Weihnachten ausländische Fisolen, Gurken, Paprika, Tomaten, Melanzani, Zucchini, usw. zu günstigen Preisen vorhanden.

Zwtl.: Kartoffel

Die Liefermengen werden die Nachfrage sicher abdecken können, die Preise liegen jedoch über dem Vorjahresniveau.

Zwtl.: Obst

Die Zufuhren an inländischen Äpfeln und Birnen sind etwas geringer als im Vorjahr, jedoch von ausgezeichneter Qualität. Die Preise liegen gegenüber dem Vorjahr ungefähr gleich. Die Versorgung mit Bananen ist ausreichend. Obwohl bis Weihnachten die Saison für Tafeltrauben zu Ende geht, kann weiterhin mit günstigen Traubenimporten aus Übersee gerechnet werden. Exotische Früchte wie Avocados, Kakis, Kiwis, Litschis und Mangos werden die breite Palette der Obstsorten abrunden. Zitronen, Orangen und Satsumas werden reichlich und zu günstigen Preisen vorwiegend aus den Mittelmeerländern angeliefert. Ergänzt wird das Angebot durch spanische Clementinen und Grapefruits aus verschiedenen Ländern.
(Schluß) lei/bs

Kulturbudget 902,6 Millionen Schilling (1)

Utl.: Steigerung um 8,8 Prozent, mehr Spielraum für neue Aktivitäten

4 Wien, 11.12. (RK-KULTUR) Im Wiener Gemeinderat steht heute, Mittwoch, das Kulturbudget für das Jahr 1987 zur Debatte. Der Voranschlag 1987 in der Höhe von 902,6 Millionen Schilling liegt um 8,88 Prozent über dem Voranschlag 1986. Insbesondere konnten in den Bereichen Musikpflege, Sommerveranstaltungen, Förderung von Forschung und Wissenschaft, Förderung der bildenden Künste und Filmförderung wichtige Steigerungsraten im Budget erzielt werden. Für die Literatur sind neben dem Budgetanschlag von 2,16 Millionen Schilling zusätzliche Mittel vorgesehen, die innerhalb des Kulturbudgets aufgebracht werden sollen. Damit sollen die Mittel für Druckkostenbeiträge und Ankäufe erhöht werden.

Für Kulturstadtrat Franz MRKVICKA stellt das Budget 1987 "die Basis für eine Fortsetzung der bisherigen erfolgreichen Kulturpolitik und darüber hinaus die Möglichkeit, neue Initiativen auf verschiedenen Gebieten zu setzen" dar. Da 1987 der Investitionsaufwand unter dem von 1986 liegt, konnte in verschiedenen Bereichen der finanzielle Spielraum für neue Aktivitäten erweitert werden.

So kann auf dem Sektor "Förderung von Forschung und Wissenschaft" (Steigerung um 6 Prozent auf 22,2 Millionen) unter anderem die Förderung für die österreichische Akademie der Wissenschaften von 900.000 Schilling auf 1,3 Millionen erhöht werden. Weiters plant das Wissenschaftsreferat für 1987 Symposien zu den Themen "Wissenschaft und Wien", "Gast und Gastlichkeit", "Alltag im Wien des Biedermeier" und "Literatur und Wissenschaft". Auch eine Neuauflage der erfolgreichen "Vierteltour" steht auf dem Programm.

Zwtl.: Mehr Geld für bildende Künstler

Mit der Erhöhung des Ankaufsbudgets von 2,5 auf drei Millionen Schilling wird im Bereich der bildenden Kunst, die mit insgesamt 10,88 Millionen Schilling dotiert ist, ein weiterer Schritt zur Förderung der Wiener Kunstszene getan. Aktionen wie "Künstler in Berufsschulen" und "Kunst am Bau" sollen 1987 ebenso stattfinden wie zahlreiche Ausstellungen, die über das Referat für bildende Kunst aus dem Kulturschilling unterstützt werden, darunter die Ausstellung "Otto Dix", und "Deutscher Expressionismus". (Forts.) gab/bs

Kulturbudget 902,6 Millionen Schilling (2)

Utl.: Mehr Geld für bildende Künstler

5 Wien, 11.12. (RK-KULTUR) Natürlich werden auch erfolgreiche Aktivitäten wie die Förderungsgalerien und die Artothek weitergeführt. Die Einrichtung einer Stadtgalerie ist im Gebäude der Wiener Börse geplant.

Das Historische Museum der Stadt Wien, das 1987 mit 80,79 Millionen Schilling dotiert ist, setzt sein erfolgreiches Ausstellungsprogramm fort, wobei die Biedermeier-Ausstellung Ende 1987 einen weiteren Höhepunkt verspricht.

Im Literaturbereich sind neben den verschiedenen Förderungsmaßnahmen wieder die erfolgreichen Literaturwochen, die Programmierung des Literarischen Zentrums, aber darüber hinaus auch ein Symposium zum Thema "Theater" während der Festwochen sowie als wichtige neue Initiativen Lesungen in den Außenbezirken, die durch Begleitprogramme aufgelockert werden sollen, und Lesungen in Schulen und Seniorenheimen geplant.

Zwtl.: Über 300 Millionen für darstellende Kunst

Die Förderung der darstellenden Kunst ist 1987 mit 302,43 Millionen Schilling veranschlagt, womit die Fixsubventionen für die Wiener Bühnen sowie die Bausubventionen für verschiedene Theater abgedeckt sind. Für die Freien Gruppen steht mit 8,5 Millionen im Wege der Produktionskostenzuschüsse und Prämien und 6 Millionen für das Freie-Gruppen-Fest der Festwochen im Herbst 1987 wiederum ein wesentlich angehobenes Budget zur Verfügung.

Auf dem Sektor der Musikpflege ist mit einer auf 89,5 Millionen Schilling angehobenen Subvention für die Wiener Symphoniker die finanzielle Basis für die kontinuierliche Weiterarbeit des Orchesters gegeben. Die Steigerung der Subventionen für Konzerthaus und Gesellschaft der Musikfreunde von je rund 400.000 Schilling auf jeweils drei Millionen sollen es den beiden Konzertveranstaltern ermöglichen, die Planung und Durchführung kulturpolitisch wichtiger Konzertreihen auf der Basis eines gesicherten Jahresbudgets zu organisieren.

Großteils dem musikalischen Sektor ist auch der Budgetposten "Sommerveranstaltungen" gewidmet, der auch aufgrund der Qualitätssteigerungen des musikalischen Sommerprogrammes angehoben wird.

Die erfolgreichen Maßnahmen im Bereich Altstadterhaltung und Ortsbildpflege werden mit einem Budgetansatz von 86,11 Millionen Schilling fortgesetzt, wobei hier 1987 auch mit zusätzlichen Mitteln in der Höhe von 100 Millionen weitere Impulse gesetzt werden sollen.

(Schluß) gab/gg

Weihnachtsaktion in der Stadtinformation

Utl.: Flipper-Spaß zum Nulltarif

6 Wien, 11.12. (RK-LOKAL) Wie in den Vorjahren hat die Stadtinformation auch heuer für die Besucher der Schmidt-Halle des Rathauses eine spezielle Weihnachtsüberraschung parat. Da so mancher in der hektischen Zeit vor Weihnachten zeitweise "ausflippt", sorgt nun ein Flipper für Entspannung und Unterhaltung. Zur Schonung des meist strapazierten Weihnachtsbudgets wurde der Stadtinformations-Flipper allerdings umgebaut und nimmt somit kein Geld. Bis zu vier Spieler können gleichzeitig ihre Geschicklichkeit auf die Probe stellen.

Für Weihnachtsstimmung sorgt ein liebevoll geschmückter Christbaum.

Der Gratis-Flipper steht bis 31. Dezember jeweils von Montag bis Freitag zwischen 7.30 Uhr und 18 Uhr zur Verfügung. Am 24. und 31. Dezember sind die Spielzeiten von 7.30 Uhr bis 15 Uhr. (Schluß)
red/rr

NNNN

EBS: erste Gesprächsrunde des Finanz- und Kontrollausschusses

7 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Zu einer ersten Gesprächsrunde über den aktuellen Stand der Ertüchtigung des Umweltprojekts Simmering - bestehend aus EBS und Hauptkläranlage - trat Donnerstag Früh der Finanz- und Kontrollausschuß des Wiener Gemeinderates zusammen. Dabei wurden Berichte der Geschäftsführung der EBS und der Stadtbau- direktion über das Projekt vorgelegt, die in einer weiteren Sitzung der beiden Ausschüsse, entweder kurz vor oder kurz nach Weihnachten, noch ausführlich behandelt und diskutiert werden sollen.

Vizebürgermeister Hans MAYR betonte in der Gesprächsrunde, das ursprüngliche Gesamtprojekt sei nach Übernahme der EBS durch die Wiener Holding in zwei große Phasen zerlegt worden: Phase 1 betrifft die Rauchgaswäsche, die bessere Entwässerung und Verbrennung des gesamten Klärschlammes und Maßnahmen zur Beseitigung der Geruchs- belästigung. In der Realisierung der Phase 1 mache man gute Fortschritte: Im Jahr 1987 wird die Rauchgaswäsche in Betrieb gehen, ebenso wird das Problem der Schlamm Entsorgung (und damit auch die Einleitung eines Teils des Schlammes in den Donaukanal) endgültig vom Tisch sein. Die Maßnahmen zur Beseitigung der Geruchsbelästigung werden 1987 durchgeführt sein. Für die Phase 2 - den Ausbau der Kläranlage zu einer Vollbiologie - läuft derzeit ein Ganzjahresver- such (über eine warme und kalte Periode): Man habe sich zu diesem sorgfältigen Vorgehen auch deshalb entscheiden können, weil man durch den Aufschub einer Entscheidung über den weiteren Donauausbau unterhalb Wiens Zeit gewonnen habe, meinte Vizebürgermeister Mayr.

Sprecher aller drei Fraktionen - der SPÖ, der BVP und der FPÖ - wünschten eine weitere Gesprächsrunde der zwei Ausschüsse, da die Zeit der heutigen Sitzung - eine Stunde vor dem Beginn der Gemein- deratssitzung - als zu kurz für eine detaillierte Erörterung angesehen wurde. Außerdem wurde gefordert, daß neben der Geschäftsleitung der EBS auch die Herren der Stadtbau- direktion bei der nächsten Gesprächsrunde anwesend sein sollten. (Schluß) sei/rr

Amtliche Weinernteerhebung in Wien: Meldepflicht!

13 Wien, 11.12. (RK-LOKAL) Auf Grund des Weingesetzes wird in Wien jährlich eine Erhebung der Weinernte, der Weinvorräte und der Weinlagerkapazität durchgeführt.

Vor knapp einem Monat schickte deshalb das Wiener Marktamt Formulare an die rund 900 Weinhändler und Weinbauern mit der Aufforderung, diese Formulare zur Erhebung des Weinbestandes bzw. des Ernteertrages bis spätestens 15. Dezember 1986 vollständig und wahrheitsgetreu ausgefüllt zurückzuschicken. Da bis jetzt erst rund ein Drittel der Betriebe dieser Verpflichtung nachgekommen ist, weist das Marktamt darauf hin, daß Verwaltungsstrafen verhängt werden müssen, wenn diese Meldungen nicht termingerecht und korrekt erfolgen. (Schluß) lei/gg

NNNN

Wie das Gaswerk Leopoldau entstand

14 Wien, 11.12. (RK-LOKAL) Vor 75 Jahren, am 17. Dezember 1911, ging das städtische Gaswerk Wien-Leopoldau in Betrieb. Der Bau dieses zweiten Gaswerks, nach dem Werk in Simmering war notwendig geworden, weil die Verträge der beiden privaten Gasversorgungsgesellschaften ausliefen. Das Gas wurde damals aus Steinkohle erzeugt.

Dipl.-Ing. Rudolf SCHLAUER, Direktor der Gaswerke und auch als Historiker und Sachbuchautor bekanntgeworden, wird am kommenden Sonntag, dem 14. Dezember, um 10 Uhr im Technischen Museum über die Entstehung des Gaswerkes Leopoldau und seine Schöpfer berichten. Wer sich für die Geschichte Wiens interessiert, ist herzlich eingeladen, bei freiem Eintritt an dieser Veranstaltung, die vom Blasorchester der Gaswerke umrahmt wird, teilzunehmen. (Schluß) roh/rr

NNNN

Flohmarkt für "Licht ins Dunkel"

15 Wien, 11.12. (RK-LOKAL) Die Wiener Verkehrsbetriebe veranstalten am Samstag, dem 13. Dezember, in der Zeit von 10 bis 16 Uhr in der Passage der U-Bahn-Station Stephansplatz einen Flohmarkt, dessen Reinertrag zur Gänze der Aktion "Licht ins Dunkel" zufließt.

Es gelangen gebrauchte Ausrüstungsgegenstände der Tramway zum Verkauf. Diesmal gibt es auch einige seltene Dachsignale bereits eingestellter Linien.

Außerdem wird der Fahrerstand-Simulator aufgestellt und damit die Gelegenheit geboten, sich als Fahrer eines E2-Triebwagens zu versuchen. (Schluß) roh/gg

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

8 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Die Budgetdebatte des Gemeinderates wurde am Donnerstag mit der Geschäftsgruppe Kultur und Sport fortgesetzt.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, daß für die künstlerische Entfaltung in der Stadt erhebliche finanzielle Mittel notwendig seien. Die Wiener differenzierten allerdings nicht, ob diese Mittel vom Bund oder der Stadt Wien zur Verfügung gestellt werden, sondern für sie seien beispielsweise die Theater Bestandteile des Wiener Kulturlebens. Es sei daher wichtig, daß die Verantwortung für die Kultur nicht dem Bund allein zugeschoben werde. Zwar habe es bereits unter Minister Firnberg Ideen für ein Museumskonzept gegeben, und auch er selbst habe bereits vor Jahren einen Ideenwettbewerb für den Messepalast angeregt. Trotzdem gehe seit Jahren nicht viel weiter. Dies treffe auch auf die Sanierung des Kunsthistorischen Museums zu. Das Technische Museum habe in den letzten Jahrzehnten keine Veränderung mehr erfahren. Er, Pawkowicz, halte die vier leerstehenden Gasometer in Simmering ideal geeignet für ein Technisches Museum. Das Nutzungskonzept dafür sollte gemeinsam von Stadt Wien und Bund erarbeitet werden. Auch ein Ideenwettbewerb sollte durchgeführt werden.

Pawkowicz befürwortete die Subvention für die Symphoniker, die unter Dr. Zilk als Minister vernachlässigt worden seien. Es sei ihm aufgefallen, daß für wichtige Kulturprojekte wie Ronacher oder Neugebäude zu wenig oder gar keine Budgetmittel vorhanden seien. Er habe daher den Verdacht, daß entweder einmal das Kulturbudget platzen könnte oder überhaupt nichts mehr für die Kultur getan werde.
(Forts.) du/b5

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

9 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. KAUER (ÖVP) kritisierte, daß mit wenigen Ausnahmen alle Ansätze hinter dem Rechnungsabschluß 1985 zurückblieben. Gelder würden in erster Linie für große Institutionen zur Verfügung gestellt, die kleinen blieben auf der Strecke. Der Wiener Theaterverbund werde hohe Kosten verursachen. Es sei fraglich, sagte Kauer weiter, ob für die Förderung junger Gruppen mehr als ein halbes Prozent des Kulturbudgets aufgewendet werde. Der Staatsvertrag mit dem Bund über die Theaterförderung sei, weil zu vage formuliert, keinen Schilling wert.

Beim Grassalkovich-Schlößl, beim Ronacher, beim Neugebäude und beim Palais Harrach geschehe so gut wie nichts. Begrüßenswert sei die Schaffung des Theaterverbundes, der Stopp weiterer Theatergründungen und der "Schnitt" bei den Komödianten. Zu kritisieren sei jedoch, daß immer weniger Mittel frei verfügbar sind. Die kritische Situation zeige sich etwa an der geringen Ausstattung für Bildende Kunst. Für eine offensive Kulturpolitik fehlten Voraussetzungen, Möglichkeiten und Mittel. Anstelle der Priorität der Institutionensubventionierung sollte die Künstlerförderung treten. Ein Theaterproduktionsfonds könnte eine erfolgreiche Maßnahme sein. Angesichts drückender Raumnot stellte GR. Mag. Kauer den ANTRAG, die Stadt Wien solle ehestens mit dem Bund Verhandlungen aufnehmen, um möglichst rasch Unterrichts- und Probenräumlichkeiten sowohl für die Musikschule der Stadt Wien als auch für die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst bereitstellen zu können. Neben anderem forderte Kauer außerdem einen internationalen Wettbewerb für die "Stadtmöblierung". (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

10 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ) wies die Kritik am Kulturbudget von Mag. Kauer als überzogen und durch Entstellungen, Verzerrungen und Übertreibungen gekennzeichnet zurück. Im Gegensatz zu den Aussagen von Kauer sei das Kulturbudget um 8,88 Prozent von 828 auf 902 Millionen Schilling gestiegen, womit sich insgesamt die Möglichkeit zahlreicher neuer kultureller Aktivitäten ergebe. Durch den Wegfall von Investitionen können etwa in den Bereichen der bildenden Kunst und der darstellenden Kunst Budgetmittel freigemacht werden, die dem Aktivitäten-Budget zugutekommen. Im Bereich der darstellenden Kunst weise ein entsprechender Ansatz etwa ein Plus von 27 Millionen aus, im Bereich der bildenden Kunst konnte das Ankaufsbudget von 2,5 auf 3 Millionen erhöht werden. Durch ein Übereinkommen mit dem Bund wurde eine solide Basis für die Wiener Privattheater geschaffen, für die freien Gruppen soll ein neuer Theaterraum auf dem Engelsplatz zur Verfügung gestellt werden. Weiters verwies Aigner auf die Planung einer städtischen Kunstgalerie in der Börse, auf die Subventionserhöhung für die Wiener Symphoniker, den Musikverein und das Konzerthaus, auf die musikalischen Aktivitäten rund ums Jahr von den Haydn-Tagen bis zum Advent in Wien, auf die Erweiterung der literarischen Veranstaltungen mit Lesungen in den Bezirken und Schulen und auch auf die Veranstaltungen des Wissenschaftsreferates, die Tätigkeit der Stadt- und Landesbibliothek sowie des Stadt- und Landesarchivs und das Ausstellungsprogramm des Historischen Museums der Stadt Wien, das noch durch zahlreiche andere vom Kulturamt geförderte Ausstellungen ergänzt wird. Diese Aktivitäten und viele andere sind Zeichen einer sehr offensiven Kulturpolitik, sagte Aigner, was auch im In- und Ausland anerkannt werde. Man könne jedoch auch wie die ÖVP die Augen und Ohren schließen, nur um einen gegenteiligen Eindruck zu erwecken. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

11 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Die "Freizeitgesellschaft" wende immer mehr Stunden des Tages für individuelle Interessen auf, erklärte GR. PUTZ (ÖVP). Es sei deshalb bedauerlich, daß bei rund fünfeinhalb Stunden Freizeit täglich das Fernsehen mit eineinhalb Stunden dominiere, der Sport aber weit abgeschlagen liege. Es sei deshalb für seine Fraktion nicht einzusehen, warum das Budget 1987 die Sportvereine benachteilige. Sportvereine und Dachverbände fielen immer mehr der allgemeinen Subventionskürzung zum Opfer, kritisierte Putz, während Eigenveranstaltungen der Stadt Wien immer besser dotiert seien. So könne der Parallelslalom auf der Hohen-Wand-Wiese eher als eine Fremdenverkehrsveranstaltung gelten, denn als ein Sportereignis. Ähnliches gelte auch für den Stadtmarathon.

Man müsse den Sport von finanziellem Druck und Abhängigkeit erlösen und ihn von parteipolitischen Absichten und Auswirkungen befreien. So halte er beispielsweise eine Ermäßigung beim Kauf der Jahreskarte Eisring-Süd für SPÖ-Mitglieder nicht für gerechtfertigt, sagte Putz. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

12 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) erklärte, daß die nunmehrige nachträgliche Zustimmung der ÖVP zur Renovierung des Wiener Stadions erfreulich sei. Das Wiener Stadion gehöre jetzt zu den schönsten Sportstätten der Welt und wird die Wiener Sportszene enorm beleben.

In Wien betreuen 60 Sportfachverbände mit 1.600 Vereinen rund eine Viertel Million aktiver Sporttreibender. In Zusammenarbeit mit dem Sportamt der Stadt Wien werden zahlreiche erfolgreiche Aktionen durchgeführt, wie beispielsweise das Jugendeislaufen oder die "Fahrten zum Schnee". Damit werde vor allem der Breitensport gefördert, der in Anbetracht der wachsenden Freizeit einen immer größeren Stellenwert in der Freizeitgestaltung der Bevölkerung einnehme.

Brosch dankte dem ausscheidenden GR. ARTHOLD (ÖVP) für seine langjährigen Bemühungen um den Sport.

Wie in der Vergangenheit werden auch in den nächsten Jahren internationale Sportveranstaltungen, wie der Stadtmarathon, in Wien abgehalten. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

18 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Kulturstadtrat MRKVICKA (SPÖ) erklärte, daß ihm im Bereich Fremdenverkehr und Sport die öffentliche Resonanz ein besonders Anliegen sei.

Der Stadtmarathon sei nicht, wie die ÖVP behaupte, eine bloße Werbeveranstaltung für die Stadt Wien, sondern viele sportbegeisterte Wiener trainieren monatelang aus Begeisterung dafür. Er freue sich über die Zustimmung der ÖVP zum neuen Wiener Stadion, betonte Mrkvicka.

Mrkvicka meinte, die verschiedenen Sportvereine sollten sich auch für vereinsungebundene Sportler öffnen. Es habe bereits Gespräche mit der Union und dem ASKÖ gegeben. Für 1987 seien finanzielle Mittel speziell für kleine Vereine vorgesehen. Mrkvicka hob hervor, daß im Landessportrat GEMEINSAME Beschlüsse von SPÖ und ÖVP getroffen werden.

Zum Bereich Kultur stellte Mrkvicka fest, daß es für das Kunsthistorische Museum einen Ablaufplan des Bautenministeriums gebe. Für 1987 sind für die Bauarbeiten an der Lüftung und den Aufzügen 12,8 Millionen Schilling vorgesehen.

Unter "offensiver Kulturpolitik" verstehe er das Erhalten und Ausbauen der zentralen Kulturbereiche in der Stadt.

Schwerpunktverbesserungen sind beispielsweise in den Bereichen Theaterarbeit, Literaturpflege und Bezirkskultur vorgesehen.

Er halte es für einen ökonomischen Weg, die Ergebnisse des vergangenen Jahres als Ansätze für das Kulturbudget des kommenden Jahres zu sehen.

Abschließend erklärte Mrkvicka, daß es ihm ein besonderes Anliegen sei, Wien als Kulturmetropole in das internationale Bewußtsein zu rufen. (Forts.) du/bs

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Schlußwort Vizebürgermeister Mayr

19 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort befaßte sich Vzbgm. Hans MAYR (SPÖ) mit dem ÖVP-Mißtrauensantrag gegen Umweltstadtrat Braun. Er sagte, in keinem so heiklen Bereich wie dem Umweltschutz sei die erste und wichtigste Voraussetzung einer Diskussion, daß ernsthafte Probleme aufgelistet und analysiert sowie Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Dazu gehöre auch, "daß wir einander in der politischen Arbeit ernst nehmen und viel Gewicht darauf legen." Und weiter: "Mit diesem Antrag wird ein politischer Gag gezündet, aber keineswegs in einer sachlichen Frage eine wirkliche Lösung versucht. Dieses sachliche Problem wird von uns in Zukunft noch viel tiefere Eingriffe verlangen", sagte Mayr und vertrat die Ansicht, die ÖVP werde gegen diese tiefen Eingriffe ernsthafte Bedenken haben, "weil sie sich gegen die Marktwirtschaft richten müssen, die mit ihren Grundsätzen Probleme hervorruft, die sie dann anderen zur Lösung überläßt".

Zwtl.: Abstimmung

ABSTIMMUNG: Von den insgesamt 23 in der Debatte eingebrachten ANTRÄGEN wurden 22 einstimmig zugewiesen.

Der MISSTRAUENSANTRAG gegen Stadtrat Braun fand nur die Zustimmung von FPÖ und ÖVP und blieb damit in der Minderheit.

Der VORANSCHLAG für das Jahr 1987 wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Die "ERINNERUNGEN" zum Budget wurden einstimmig den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Der GEBÜHRENSPIEGEL (Gebühren und tarifmäßige Entgelte) wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Der FINANZ- UND INVESTITIONSPLAN sowie die Verordnung über die Feststellung der WERTGRENZEN wurden einstimmig zur Kenntnis genommen bzw. angenommen. (Forts.) and/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

20 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) StR. HATZL (SPÖ) beantragte den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1987. Der Wirtschaftsplan sehe umfangreiche Investitionen und Umweltmaßnahmen vor und zeige eine stabile Finanzentwicklung. Die Ausgangslage für die Wirtschaftsplan 1987 habe sich günstiger dargestellt als für jenen des Jahres 1986. So sei für 1987 ein Verlust von 518 Millionen gegenüber 616,3 Millionen für 1986 ausgewiesen. Für Investitionen stehen 3,085 Milliarden Schilling zur Verfügung. Damit habe sich innerhalb von vier Jahren die zur Verfügung stehende Investitionssumme um mehr als 500 Millionen Schilling erhöht.

Die Wiener E-Werke planen für 1987 Investitionen in der Höhe von 2,063 Milliarden Schilling. Die Schwerpunkte liegen dabei im Bereich der Kraftwerke Simmering und Donaustadt, beim Gasturbinenkraftwerk Leopoldau, bei Umspannwerken und beim Lastverteiler sowie im Bereich Ausbau und Sanierung der Leitungsnetze und Erweiterung des Kundendienstes.

Den Gaswerken steht ein Betrag von rund 348 Millionen Schilling für Investitionen zur Verfügung. Etwa 2,16 Milliarden werden für den Erdgasbezug aufgewendet, sagte Hatzl. Der größte Teil dieser Mittel wird in die Erhaltung und den Ausbau des Rohrnetzes investiert.

Die Wiener Verkehrsbetriebe, erklärte Hatzl, planen für 1987 eine Investitionssumme von 877,5 Millionen für Gleiserneuerungen, für Neuanschaffungen im Bereich des Wagenparks, den Bau einer Autobusabstellhalle und die Weiterführung der Beschleunigungsprogramme. (Forts.) jel/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

21 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Für den U-Bahn-Bau im Jahr 1987 sei, aufgrund der zwischen Bund und Land Wien geschlossenen Vereinbarung, die volle Finanzierung in der Höhe von 4,6 Milliarden gesichert. Das bedeute eine Milliarde mehr als 1986, führte Hatzl weiter aus. Schwerpunkte stellen die Baubeginne im Bereich Mariahilfer Straße sowie die Arbeiten im westlichen Abschnitt der Inneren Stadt und an der Verlängerung der U 6 dar. Insgesamt werden die Kosten für den U-Bahn-Betrieb im Jahr 1987 erstmals über eine Milliarde Schilling betragen.

Für die städtische Bestattung sind 1987 Investitionen von rund 16 Millionen Schilling vorgesehen.

Der Fünfjahresplan der Wiener Stadtwerke mit vorgesehenen Investitionen von 18,5 Milliarden unterstreiche die große Bedeutung dieses Bereichs für die Wiener Wirtschaft.

Zur Tarifpolitik der Stadtwerke und der Heizbetriebe Wien stellte Hatzl fest, daß die Tarife korrekt und gerechtfertigt seien. Der Straßenbahntarif werde entsprechend den Ankündigungen 1987 und 1988 keine Änderung erfahren. Der Stromtarif werde ebenso wie der Fernwärmetarif 1987 gleich bleiben. Der 1986 bereits mehrfach gesenkte Gaspreis, merkte Hatzl an, habe bis zum 30. April 1987 Gültigkeit, und eine Erhöhung sei für 1987 auszuschließen, wenn keine wesentliche Änderung des Einstandspreises eintrete. (Forts.)
jel/bs

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

22 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Zu den Vorwürfen der Wiener ÖVP, die Stadtwerke würden durch unkorrekt erstellte Tarife den Konsumenten prellen, erklärte Hatzl, diese falsche Behauptung fördere nicht die Vertrauensbasis zwischen Konsumenten und Stadtwerke. Derartige Stellungnahmen bedeuteten Beamten, Interessensvertretungen und allen in der Preisbehörde vertretenen Kammern das Mißtrauen auszusprechen. Er bedaure die unsachliche Diskussion, erklärte Hatzl, und wies darauf hin, daß die Wiener E-Werke und die NEWAG als einzige Landesgesellschaften derzeit gegenüber 1982 niedrigere Tarife hätten. Alle Vorwürfe, die die Opposition jetzt an die Wiener E-Werke richtet, müßten daher auch für die in die Verantwortung von ÖVP-Politikern fallende NEWAG zutreffen, schloß Hatzl. (Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

23 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, daß in Wien der teuerste Strompreis verrechnet werde. Auch die vergleichbaren Strompreise der NEWAG seien als unverschämt zu bezeichnen. Trotz gesunkener Rohöl- und Gaspreise werde den Konsumenten noch immer keine Strompreisverbilligung in Aussicht gestellt. Der Abgeordnete forderte, daß die Stadtwerke und das Handelsministerium den Strompreis nochmals prüfen und durchkalkulieren sollten. Desgleichen sollte auch der Gaspreis weiter gesenkt werden.

Pawkowicz forderte außerdem mehr Transparenz für die Finanzsituation der einzelnen Unternehmungen der Wiener Stadtwerke. Voraussetzung dafür sei eine Entkoppelung.

Die Straßenbahn sei zu teuer, zu unpünktlich und zu unverlässlich, fuhr der Redner fort. Eine Umfrage unter Autofahrern ergab, daß sich doch viele für die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel entscheiden würden, fielen die erwähnten Nachteile weg. Dazu sei es aber auch notwendig, daß die Beschleunigungsmaßnahmen rascher durchgeführt werden. Abschließend forderte Pawkowicz die Verlängerung der Strecken der U 1 und der U 4.
(Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

24 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. STRATIL (ÖVP) forderte die Senkung des Strompreises. Aus dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke gehe hervor, daß der Strompreis aufgrund unrealistischer Berechnungsmethoden künstlich hochgehalten werde. So seien die Rohstoffkosten für 1986 wie auch für 1987 falsch ausgewiesen und viel zu hoch angesetzt worden. Das gleiche gelte auch für die Gaswerke. Insgesamt seien falsche Ansätze in Milliardenhöhe zu verzeichnen. Weiters sei bei den E-Werken der Ansatz für Personalkosten 1987 mit einem Plus von 6,93 Prozent zu hoch angesetzt, darüber hinaus enthalte der Wirtschaftsplan der E-Werke wie auch der Gaswerke entgegen den Behauptungen der SPÖ Pensionsausgleichszahlungen. Stratil kritisierte auch die Bezahlung von Gebrauchsabgaben, die die Gas- und E-Werke im Gegensatz zur Post für die Verlegung von Kabeln leisten müssen, und forderte in einem ANTRAG die Befreiung der Stadtwerke von dieser Abgabe und die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen dafür. In Bezug auf den Strompreis stellte Stratil den ANTRAG, der Wiener Stadtsenat möge an den Rechnungshof das Ansuchen stellen, die Kalkulationsunterlagen der E-Werke zu überprüfen. In einem weiteren ANTRAG forderte Stratil, die Anzahlungen der Konsumenten auf die Jahresrechnungen ab sofort zu streichen, da diese ein zinsenloses Darlehen der Verbraucher an die Stadtwerke darstellten. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

25 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. CVETKOVIC (ÖVP) befürwortete in seinem Debattenbeitrag die Sanierung des Wiener Gasnetzes. Allerdings werde es bis zum Jahr 1991 ein Abgabeminus geben, da viele Gasabnehmer bis dahin auf Fernwärme umgestiegen sein werden. Man könnte daher Einsparungen treffen und nicht so starke Gasleitungen verlegen.

Auch wenn es einen Anschlußzwang an die Fernwärme gebe, sollte den Mietern trotzdem die Möglichkeit geboten werden, sich eine Gasheizung anzuschaffen. Dies wäre auch ein Vorteil für die Wirtschaft. Cvetkovic schlug vor, daß StR. Hatzl eine Adressenliste jener Häuser, die im Laufe der nächsten Jahre auf Fernwärme umgestellt werden, der Landesinnung der Installateure zur Verfügung stellen sollte, um sowohl den Mietern als auch den Gewerbetreibenden Erleichterungen zu verschaffen. Außerdem sollten die Heizbetriebe genaue Normen für die Installation von Heizungen herausgeben, um die Zusammenarbeit zwischen HBW und Installateuren zu verbessern und zu erleichtern.

GR. Cvetkovic stellte den ANTRAG, die Wiener Stadtwerke-Gaswerke mögen im Interesse der betroffenen Bevölkerung analog der Regelung beim Wiener Wassergesetz die Kosten der Instandhaltung von Gasabzweigleitungen vom Hauptstrang zu den Häusern übernehmen.

(Forts.) du/rr

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

26 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Der Rechnungshof, erklärte GR. Ing. KREINER (ÖVP), habe bei der Überprüfung des Strompreisantrages der Salzburger Stadtwerke die Angabe von überhöhten Selbstkosten, Zahlungen für andere Stadtwerksbetriebe und die Einbeziehung von Verzinsungen für Rückstellungen in die Berechnungen festgestellt. Diese Art der Preisfestsetzung sei volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigt, habe der Rechnungshof erklärt. Laut Rechnungshof sei es üblich, derartige Preisanträge in Abstimmung mit allen anderen Energieversorgungsunternehmen zu stellen. Dies lasse den Schluß zu, daß auch in Wien überhöhte Preisanträge gestellt worden seien. Kreiner stellte den ANTRAG, dem Ausschuß Verkehr und Energie die letzten drei Strompreisanträge und die dazugehörigen Beilagen und Kalkulationsunterlagen zur Verfügung zu stellen. Geschehe dies nicht, sagte Kreiner, so müsse man den Schluß ziehen, daß Wien bei der Kalkulation der Strompreise nach den gleichen Kriterien wie die Salzburger Stadtwerke vorgehe. (Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

27 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRSCH (SPÖ) trat der Behauptung entgegen, Wien habe den höchsten Strompreis Österreichs. Richtig sei vielmehr, daß Wien an der 6. Stelle unter den österreichischen Elektrizitätsversorgungsunternehmen liege. Während in den anderen Bundesländern in den letzten Jahren die Preise gestiegen seien, sei in Wien der Strompreis sogar gesunken. Hirsch beleuchtete in diesem Zusammenhang die unterschiedlichen Voraussetzungen für die Stromaufbringung in Wien und anderen Bundesländern und betonte dabei den hohen Kostenanteil, den Wien zu tragen habe, weil in den kalorischen Kraftwerken möglichst umweltfreundliches Öl verfeuert wird. In diesem Zusammenhang wies er auf die milliardenteuren Umweltschutzinvestitionen hin, die von den Wiener E-Werken erbracht werden. Es sei "unanständig" den Beamten zu unterstellen, bei der Preiskalkulation von unrichtigen Voraussetzungen auszugehen. Dies umso mehr, als die Preiskalkulation vor der Genehmigung einer Vielzahl von Interessensvertretungen und Behörden vorzulegen ist. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

28 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. JEDLETZBERGER (ÖVP) führte aus, daß die hohen Energiekosten für die Gärtner eine schwere Belastung darstellen. Da manche Gärtner mit Erdgas heizen, wurde Stadtrat Hatzl um die Festsetzung eines billigeren Tarifes ersucht. Leider, so Jedletzberger, lehnte Hatzl dieses Ansuchen mit der Begründung ab, daß ein billigerer Tarif von einer höheren Verbrauchsmenge abhängt. Diese Auskunft stehe im Gegensatz zu der Tatsache, daß gerade während der Heizsaison (vom 1. Oktober bis 31. März) ein höherer Erdgaspreis verrechnet werde. Auch Bemühungen um billigere Energiequellen, wie beispielsweise die Nutzung der Abwärme der ÖMV, scheitern seit Jahren. Da die Gemüsebauer den Wiener Markt zu 70. Prozent mit Frischgemüse versorgen und mit Rücksicht auf eine gesunde Umwelt forderte Jedletzberger billigere Gastarife für die Gartenbauer. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

29 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HUFNAGL (SPÖ) wies darauf hin, daß Wien mit 588 Millionen Beförderungsfällen im öffentlichen Nahverkehr den höchsten Stand seit 1945 erreicht hat. Dies wurde durch den Ausbau des U-Bahn-Netzes, durch die Beibehaltung eines dichten Straßenbahnnetzes und die Ausweitung des Autobusnetzes sowie das günstige Angebot an Zeitkarten erreicht. Insgesamt werden derzeit bereits 84 Prozent der Passagiere mit Zeitkarten und Schülerkarten befördert. Aus verkehrstechnischen Gründen einerseits und aus sozialpolitischen Aspekten andererseits kann der öffentliche Verkehr nur betriebswirtschaftlich defizitär arbeiten, sagte Hufnagl. In diese Rechnung müssen jedoch auch die Umwegrentabilität und der volkswirtschaftliche Nutzen miteinbezogen werden. Zur Fahrpreis-situation in Wien bemerkte Hufnagl, daß sowohl innerhalb Österreichs als auch im Vergleich mit deutschen Städten die Wiener Fahrpreise, insbesondere bei den Zeitkarten konkurrenzlos billig seien. Hufnagl verwies darauf, daß für das Jahr 1987 mit Intervallverdichtungen, u. a. für U 2 und U 4, mit Betriebsverlängerungen und mit neuen Autobuslinien sowie Beschleunigungsmaßnahmen weitere Verbesserungen für den Fahrgast geplant seien. Auf dem Investitionssektor ist auch der Ersatz alten Fahrzeugbestandes, weiters der Beginn des Umbaus des Südtiroler Platzes sowie des Bahnhofes Vorgarten geplant. Im Bereich des U-Bahn-Baues sind durch den Weiterbau der U 3 und U 6 enorme Impulse für die Wirtschaft zu erwarten. Durch den Staatsvertrag mit dem Bund konnte der Weiterbau der U 6 bis Siebenhirten und der U 3 bis Ottakring gesichert werden. (Forts.)
gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

30 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. REGLER (BVP) kritisierte, daß beim Vertrag zwischen Bund und Stadt Wien betreffend den U-Bahn-Bau ab 1990 konstante Beträge vereinbart worden seien, obwohl man annehmen könne, daß die Kosten explodieren werden. Außerdem sehe er Schwierigkeiten bei der Einhaltung des Terminplanes. Dieser Vertrag brächte für Wien nicht nur Vorteile, sondern es wurde zum Beispiel auf die Einbeziehung der Verlängerung der U 3 nach Simmering, auf die Beteiligung des Bundes an Park-and-ride-Plätzen und auf die Beteiligung bei Aufzugseinbauten in U-Bahn-Stationen verzichtet.

Regler kündigte eine Anfrage an, wann sich die politischen Gremien mit der Tieferlegung von Fahrbahnen im Rahmen des U-Bahn-Baus, wie zum Beispiel beim Europaplatz, beschäftigen werden.

Er stellte zwei ANTRÄGE:

1. Die Stadt Wien soll sich bei den österreichischen Bundesbahnen dafür einsetzen, daß ab 30. Mai 1987 alle aus- und einfahrenden Züge in den Bahnhöfen Hütteldorf und Meidling halten.
2. Ab dem Tag der Aufnahme des Schnellbahnverkehrs auf der Vorortelinie soll die Autobuslinie 34A von Floridsdorf zur Station Heiligenstadt und von dort über die Heiligenstädter Straße zur Station Nußdorfer Straße und zurück geführt werden, wobei die genaue Streckenführung noch im Einvernehmen mit der Bezirksvertretung des 19. Bezirks festzulegen ist.

Abschließend stellte Regler fest, daß im Rahmen des Investitionsplans die für die Beschleunigung der öffentlichen Verkehrsmittel vorgesehenen 36 Millionen zu wenig seien. Außerdem sollte bei der Durchführung des Ampelprogramms auf die Verkehrsbetriebe Rücksicht genommen werden. Weiters befürwortete er - wenn notwendig - eine Erweiterung des Bauprogramms für Waggonen.
(Forts.) du/bs

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

31 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) warf der ÖVP vor, sie fordere immer wieder Tarifsenkungen, mache sich jedoch gleichzeitig für immer neue Leistungen stark. Man müsse entscheiden, ob sich Wien selbst versorgen soll. Will man gleichzeitig etwas für den Umweltschutz leisten, dann sind etliche bestehende alte Kraftwerke durch umweltfreundliche neue zu ersetzen. Trotz immer wiederkehrender Energiesparappelle steige der Energieverbrauch. Da sei es unverständlich, daß GR. Dr. Hawlik an der Notwendigkeit eines Wiener Kraftwerkes (Staustufe Wien) zweifelt. Die ÖVP äußere auch immer wieder Zweifel an der Korrektheit des Wiener Strompreises, beziehe sich mit ihren Argumenten jedoch nur auf Salzburg. Wenn es an Beweisen fehle, sollte man Unterstellungen gegen Wien vermeiden.

Die Gasversorgung ist heute eine wichtige Grundlage unserer Energieversorgung, sagte Hengelmüller weiter. Die Gaswerke müssen sich zur Sicherung der Versorgung auch dann mit Gas eindecken, wenn die Einstandskosten hoch sind. Dieses teure Gas wird auch dann noch abgegeben, wenn die Einkaufskosten sinken. Dadurch, daß die E-Werke zur Stromerzeugung bereits mehr als vier Fünftel Gas verwenden, sind die Emissionen gegenüber 1980 auf weniger als ein Drittel gesunken. Die nun fertiggestellte Ringleitung sei der Garant für sichere Versorgung. Schließlich, so ergänzte Hengelmüller, seien die Wiener Stadtwerke auch ein potenter Wirtschaftsfaktor und tragen maßgeblich zur Arbeitsplatzsicherung bei. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

32 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wirtschaftsplan, erklärte StR. HATZL in seinem Schlußwort, werde mit der nötigen kaufmännischen Vorsicht erstellt.

Die Behauptung, daß der Wiener Strompreis der höchste sei, wies Hatzl zurück. Der Preis für die Kilowattstunde bei der BEWAG betrage 214 Groschen, bei der SAVE 203 Groschen, in Linz 196 Groschen, bei der OKA 195 Groschen und bei der NEWAG 193. Die STEWAG und die Wiener E-Werke hätten einen Kilowattstundenpreis von 188 Groschen.

Die ÖVP habe bei ihrer Kritik an der Kalkulation des Strompreises die Zahlen des Wirtschaftsplanes mit dem Kalkulationschema des Strompreises durcheinander gebracht. Die Bar-Subvention an die Verkehrsbetriebe in der Höhe von 190 Millionen Schilling fließe selbstverständlich nicht in die Preiskalkulation ein. Zinsenlose Darlehen würden von den E-Werken nicht gewährt. Darüber hinaus trügen die E-Werke nur die Pensionen ihrer eigenen Bediensteten, was auf einen einstimmigen Beschluß des Gemeinderates aus dem Jahre 1970 zurückgehe. Die Aussagen der ÖVP über den Rechnungshofbericht und die in Wien gehandhabte Praxis der Preisanträge basieren, erklärte Hatzl, auf bloßen Vermutungen. Er sei davon überzeugt, daß sowohl die Interessensvertretungen als auch das zuständige Ministerium die Preiskalkulationsunterlagen nicht ungeprüft hinnähmen. Zu der Forderung nach Ermäßigung des Gaspreises für Gärtnereibetriebe sagte Hatzl, man könne es sich nicht so leicht machen. Auch die Gärtner sollten umweltbewußt Heizmaterial verwenden, das ihre Kulturen schütze. Der Gaspreis für Gärtnereibetriebe liege wesentlich unter dem Haushaltstarif. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke

33 Wien, 11.12. (RK-KOMMUNAL) Bei normaler Verkehrssituation funktioniere der öffentliche Verkehr in Wien pünktlich und rasch, sagte Hatzl. Das Geld für die Beschleunigungsmaßnahmen sei vorhanden, doch scheiterten zahlreiche Maßnahmen am Einspruch von Handel, Anrainern und Bezirken.

Zum U-Bahn-Vertrag zwischen Bund und dem Land Wien sagte Hatzl, verschiedene Anregungen würden in den weiteren Gesprächen berücksichtigt werden.

Zwtl.: Abstimmung

Die in der Debatte gestellten ANTRÄGE wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke wurden mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Die Sitzung endete um 16.55 Uhr. (Schluß) jel/rr

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 12. Dezember 1986

Blatt 3070

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

- Kommunal:** Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
Großes Goldenes Ehrenzeichen für Botschafter Lauder
- Lokal:** Ab Montag wieder Schienenstraßen-Parkverbot in Wien
(orange)
- Sport:** 1987: "Jahr der kleinen Vereine"
(grün)

Ab Montag wieder Schienenstraßen-Parkverbot in Wien

Utl.: Es gilt aber nur bei Schneelage

1 =Wien, 12.12. (RK-LOKAL) Am Montag, dem 15. Dezember, tritt in Wien wieder das nächtliche Schienenstraßen-Parkverbot in Kraft. Zum ersten Mal gilt dieses Parkverbot jedoch nur bei Schneelage. Die neue Regelung soll einerseits die Schneeräumung in Straßen mit Straßenbahngleisen garantieren, andererseits aber in der "trockenen Zeit" nicht unnötig Parkplätze blockieren. Sie gilt bis 31. März 1987 jeweils in der Zeit von 20 Uhr bis 5 Uhr.++++

Kundgemacht wird das Schienenstraßen-Parkverbot durch eine Rundum-Beschilderung auf allen 90 nach Wien führenden Straßen an der Stadtgrenze. Eine Zusatztafel weist auf die Gültigkeitsdauer und durch das Symbol "Schneelage" auf die Einschränkung des Parkverbots hin. (Schluß) sc/bs

NNNN

1987: "Jahr der kleinen Vereine"

2 =Wien, 12.12. (RK-SPORT) Als "das Jahr der kleinen Fußball-Vereine" proklamierte Sportstadtrat Franz MRKVICKA das Jahr 1987, nachdem es gelungen ist, zusätzliche Förderungsmittel für den Sport zu erhalten.++++

Neben den sogenannten Staffelmitteln in der Höhe von 4,374 Millionen Schilling, die auf der Vorjahrshöhe gehalten werden konnten - für die drei Dachverbände, den Fußball-, Hockey- und Ruder-Verband, bestimmt - und Sanierungsmitteln von 6 Millionen Schilling stehen im kommenden Jahre zusätzlich 3 Millionen Schilling zur Verfügung, die vornehmlich für die kleinen Fußball-Vereine in der Bundeshauptstadt bestimmt sind. "Der Betrag wird für dringende Investitionen zahlreicher Klubs aufgewendet", erklärte Mrkvicka, der auch ankündigte, daß diese neue Aktion im Jahre 1988 fortgesetzt wird und kleine Vereine in anderen Sportbereichen in die Gunst der Förderungsmittel kommen werden.

Zwtl.: Über 305 Millionen Schilling Sportbudget für 1987

Insgesamt beträgt das Sportbudget 1987 der Stadt Wien 305,305 Millionen Schilling, wovon an Sportförderungsmitteln 128,944 Millionen und an baulichen Investitionen 97 Millionen Schilling vorgesehen sind.

Zwtl.: 660.000 Schilling an Mehreinnahmen bei "Komm zum Sport mit 7UP"

Aus der Aktion "Komm zum Sport mit 7UP", bei der in diesem Jahr Förderungsmittel von 4 Millionen Schilling bereitstanden, die an Spitzenklubs im Fußball, Handball, Eishockey, Radsport, Tischtennis und Basketball aufgeteilt wurden, konnten beachtliche Mehreinnahmen erzielt werden: Nicht zuletzt durch den Verkauf der VIP-Pässen (rund 6.000 Stück) stehen weitere 650.000 Schilling zur Verfügung.

Die Aufteilung dieser Mittel an Klubs in den verschiedensten Bereichen erfolgt noch im Dezember.

Zwtl.: Nächstjährige Aktion gezielt auf Spitzen- und Breitensport

Die nächstjährige Aktion "Komm zum Sport" wird bei kleinen organisatorischen Veränderungen - so soll sie das ganze Jahr über laufen - für den Spitzen-, aber speziell auch für den Breitensport bestimmt sein. Dafür sind Sonderförderungsmittel in der Gesamthöhe von rund 8 Millionen Schilling vorgesehen, wovon 4 Millionen Schilling zur Verteilung unter den Klubs kommen, 4 Millionen Schilling für erweiterte Breitensportaktivitäten aufgewendet werden. (Schluß) hof/bs

Großes Goldenes Ehrenzeichen für Botschafter Lauder

3 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK überreichte am Donnerstag abend im Rahmen einer Feier im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses an den amerikanischen Botschafter Ronald S. LAUDER das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Zilk hob in seiner Ansprache die Leistungen Lauders vor allem auf kulturellem Gebiet hervor, sei es als Mäzen bei der Renovierung der Secession oder beim Zustandekommen der äußerst erfolgreichen Wien-Ausstellung "Vienna 1900" im New Yorker Museum of Modern Arts. Lauder meinte in seinen Dankesworten, daß seine "Liebe zu Wien" bereits seit seinem ersten Besuch vor einem Vierteljahrhundert bestehe.

Der Feier wohnten unter anderem Landtagspräsident Günther SALLABERGER, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Erhard BUSEK, die Stadträte Helmut BRAUN und Franz MRKVICKA, Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION und Vertreter des Diplomatischen Corps bei. (Schluß)
red/rr

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Wahl eines Bundesrates

4 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Landtagspräsident SALLABERGER eröffnete die Sitzung des Wiener Landtages. Als neues Wiener Mitglied des Bundesrates wurde einstimmig Dr. Ernst Eugen VESELSKY als Nachfolger von Fritz VERZETNITSCH gewählt.

Anschließend unterbrach der Landtagspräsident die Sitzung für Beratungen der Klubs. (Forts.) lei/r

Wiener Landtag (2)

Utl.: Änderung der Wiener Stadtverfassung

5 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Nach einer fünfzigminütigen Unterbrechung setzte der Wiener Landtag seine Beratungen fort. StR. Friederike SEIDL (SPÖ) beantragte eine Änderung der Wiener Stadtverfassung. Die letzte große Änderung der Wiener Stadtverfassung im Jahre 1978 brachte vor allem einen Ausbau der Einrichtungen der direkten Demokratie sowie Ansätze für eine verstärkte Dezentralisierung. Nunmehr soll ein weiterer entscheidender Schritt auf Gesetzesebene in Richtung einer verstärkten Dezentralisierung und damit einer Aufwertung der Bezirke erfolgen.

Vor allem ist eine budgetwirksame Dezentralisierung vorgesehen. Die Bezirke werden über ein eigenes Budget und einen eigenen Rechnungsabschluß zur Durchführung bestimmter Verwaltungsangelegenheiten verfügen. Die Bezirke erhalten im Zusammenhang mit der Verwaltung der Haushaltsmittel ein Vorgriffsrecht auf künftige Einnahmen und das Recht der Rücklagenbildung.

Die Aufgaben der Bezirksvertretungen und der Bezirksvorsteher werden jetzt direkt in das Gesetz aufgenommen, bisher wurden sie durch Verordnungen des Gemeinderates beziehungsweise des Bürgermeisters festgelegt.

Die durch die Rechtssprechung des Verfassungsgerichtshofes bei der Vollziehung des Paragraph 69 der Bauordnung für Wien eingetretene veränderte Zuständigkeitssituation wird neu geregelt. Künftig soll die Entscheidung über unwesentliche Abweichungen der Bebauungsvorschriften eigenen Bezirksbauausschüssen übertragen werden. Parallel zu dieser Maßnahme wird eine Änderung der Bauordnung für Wien vorgenommen werden, sodaß die Vollziehung des Paragraph 69 ab 1. Juli 1987 den Bauausschüssen der Bezirksvertretungen obliegen wird. (Forts.) lei/r

Wiener Landtag (3)

Utl.: Änderung der Wiener Stadtverfassung

6 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Die SPÖ- und die ÖVP-Fraktion haben Initiativanträge eingebracht, daß dem Kontrollamt bei der eigentlichen Prüftätigkeit keine Weisungen erteilt werden können. Der vorliegende Gesetzesentwurf sieht deshalb die verfassungsrechtliche Verankerung der Weisungsfreiheit des Kontrollamtsdirektors vor.

Auf Wunsch aller Fraktionen wird den Mitgliedern der Volksanwaltschaft das Recht eingeräumt, an den Sitzungen des Landtages und seiner Ausschüsse teilzunehmen. Damit ist Wien das erste Bundesland, in dem den Mitgliedern der Volksanwaltschaft im Landtag das Rederecht eingeräumt wird. Stadtrat Seidl begrüßte bei dieser Gelegenheit die in dieser Landtagssitzung anwesenden Volksanwälte Franziska FAST und Dr. Franz BAUER.

Die Novelle zur Wiener Landesverfassung beinhaltet noch weitere kleinere Änderungen im Zusammenhang mit den ortspolizeilichen Verordnungen und dem Notverordnungsrecht, eine Neuregelung der Rechte des Vorsitzenden des Berufungssenates und berücksichtigt einige praktische Bedürfnisse. (Forts.) lei/bs

NNNN

Wiener Landtag (4)

Utl.: Änderung der Wiener Stadtverfassung

7 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Zielsetzung dieser Verfassungsnovelle, zu der seine Fraktion ihre Zustimmung nicht gebe, erklärte LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), sei die Übertragung von Kompetenzen des Gemeinderates an die Bezirke. Die Auffassungsunterschiede bestünden darin, daß nicht eine Stärkung der Bezirksdemokratie, nicht mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bevölkerung und der Bezirksvertretung beschlossen würden, sondern eine Kompetenzerweiterung der Bezirksvorsteher. Man höhle die Rechte der Bezirksvertretung in unzulässiger Weise aus, indem man z.B. Finanzentscheidungen bis zu 455.000 Schilling dem Bezirksvorsteher in eigener Kompetenz übertrage. Erst für die Genehmigung einer Ausgabe über 910.000 Schilling sei der Beschluß der Bezirksvertretung nötig. Für Ausgaben zwischen 455.000 und 910.000 Schilling sei mit der Novellierung ein Finanzausschuß zuständig, dem kleinere Fraktionen aber nicht angehören. Zur Weisungsfreiheit des Kontrollamtsdirektors und zum Rederecht der Volksanwälte sagte Hirnschall, seine Fraktion sei damit vollinhaltlich einverstanden. Er bedaure, meinte Hirnschall, daß es für das Rederecht des Rechnungshofpräsidenten und des Rechnungshofvizepräsidenten keine analoge Regelung für eine Diskussion auf Ausschußebene gebe.

Dr. Hirnschall wies darauf hin, daß die Klubobmänner eine Ausklammerung der Aufstockung der Bezirksvertretungen vereinbart hätten.

Die Novelle bedeute, erklärte LAbg. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP), nur erste kleine Schritte, dem Bezirk, als Keimzelle der Urbanität, die entsprechende Bedeutung zu verleihen. Das "Aufwachen des Wiener Bürgers" verlange ein Mehr an Rechten und Demokratie, weshalb die ÖVP weiter die Möglichkeit der Volksbefragung, der Bürgerantragsrechte und der Volksabstimmung im Bezirk fordern werde. (Forts.)
jel/rr

Wiener Landtag (5)

Utl.: Änderung der Wiener Stadtverfassung

8 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Man habe bei der Verfassungsreformdiskussion, führte Welan aus, ein Mißtrauen gegen die direkte Demokratie auf Seiten der Mehrheitsfraktion registriert. In seiner Fraktion, sagte der ÖVP-Mandatar, sei man aber der Ansicht, daß weitere Verfassungsreformdiskussionen nötig seien. Die Wiener Stadtverfassung sei derzeit eine "Bürgermeister-Verfassung". Man werde bei Novellierungen darauf achten müssen, damit sie keine "Bezirksvorsteherverfassung", sondern eine "Bürgerverfassung" werde. Seine Fraktion, schloß Welan, gebe dieser Novellierung ihre Zustimmung, fordere aber weitere Diskussionen. (Forts.) jel/bs

Wiener Landtag (6)

Utl.: Änderung der Wiener Stadtverfassung

9 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) LABg. Ing. SVOBODA (SPÖ) betonte die Bedeutung der Verfassungsnovelle, die neben der verfassungsmäßigen Festschreibung der Volksanwaltschaft für Wien, der Weisungsfreistellung des Kontrollamtes vor allem der Dezentralisierung und damit der weiteren Demokratisierung gewidmet sei. Svoboda betonte, daß damit ein Bestandteil der Regierungserklärung von Bürgermeister Dr. Zilk erfüllt werde. Die Verfassungsnovelle bringe neue Rechte und Pflichten für die Bezirke, wobei natürlich die Interessen der jeweiligen Nachbarbezirke und der gesamten Stadt stets zu berücksichtigen seien. Generell bedeute dieser Schritt die Einbindung der Menschen in Entscheidungsprozesse, wobei besonders unmittelbare Lebensinteressen wie Grünraumgestaltung, Verkehrsproblematik oder Schulfragen berücksichtigt werden. Dieser Schritt der Demokratisierung bedeute verstärkte Information der Bezirke, verstärktes Anhören der Bezirke und schließlich die Eigenzuständigkeit für verschiedene Fragen. Die Bezirke können damit selbst Prioritäten setzen, wobei ihnen auch erhebliche Mittel zur Verfügung stehen, die durch bestimmte Konstellationen über das direkt ausgewiesene Ausmaß hinausgehen. Svoboda sprach sich grundsätzlich dafür aus, dem Mehr an Pflichten für die Bezirke, das auch eine Mehrarbeit bedingt, auch ein Mehr an Mandataren gegenüberzustellen. Im Sinne einer einstimmigen Verabschiedung der Novelle brachte er jedoch einen ABÄNDERUNGSANTRAG aller drei Parteien ein, in dem der Passus über die Aufstockung der Anzahl der Bezirksräte entfällt. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (7)

Utl.: Änderung der Wiener Stadtverfassung

10 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) LABg. Dr. SVOBODA (SPÖ) sagte, daß gerade ein Beschluß zur Stadtverfassung möglichst einhellig gefaßt werden soll, da er ja eine Basis des Lebens in unserer Stadt darstellt. Für ihn bedeute daher der Entschluß der Parteien, in Verhandlungen eine Änderung des Abstimmungsverhaltens zu erreichen, einen Akt gelebter Demokratie. Seitens der SPÖ sei man in diesem Sinne bereit gewesen, auf den Passus der Erhöhung der Anzahl der Bezirksmandatare zu verzichten, wenn auch dieser Punkt sicherlich weiterhin diskutiert werden muß. (Forts.) gab/bs

Wiener Landtag (8)

Utl.: Änderung der Wiener Stadtverfassung

11 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) LAbg. Mag. KAUBER (ÖVP) erklärte, die ÖVP sehe keinen Grund für eine Aufstockung der Zahl der Bezirksräte. Wichtiger sei es, die Zahl der Beamten aufzustocken. Die Bedeutung der Stadtverfassung rechtfertige es, sie nur auf breiter Basis zu ändern, denn sie sei die Grundlage für die Zusammenarbeit in dieser Stadt. Das System der parlamentarischen Politik müsse ergänzt und weitergeführt werden, verlangte Kauer. Dazu gehörten der Ausbau der Bürgerrechte, die Autonomie der Bezirke, eine Wahlrechtsreform, die Verbesserung der Kontrolle und die Verbesserung der parlamentarischen Arbeit. Mit diesen von der ÖVP vorgeschlagenen Ideen hätten sich im wesentlichen auch die anderen beiden Fraktionen anlässlich der Gespräche über die Verfassungsreform identifiziert. Doch nun, in einer "oben" fertiggestellten Vorlageform, bekomme der Bürger keine zusätzlichen Rechte, und es sei fraglich, wie hier von einem Fortschritt gesprochen werden könne. Dem Geist der demokratischen Verfassung entspreche es auch nicht, daß diese durch eine einfache Mehrheit geändert werden könne. In Wirklichkeit hätten die Bezirke keine Autonomie und auch keine Gestaltungsmöglichkeiten bekommen, es fehle ihnen an behördlichen Rechten. Bratz und Broda hätten selbst einmal gefordert, daß Minderheiten die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verlangen können sollen. Diese Verfassung verpflichte jedoch nicht zur Information, und es sei schwierig, an Kontrollratsberichte heranzukommen. Die Bürger dieser Stadt müssen teilnehmen können am Leben dieser Stadt, verlangte Kauer abschließend, und es müßte ein Weg von der Zuschauerdemokratie zur Teilnehmerdemokratie beschritten werden. (forts.) and/bs

Wiener Landtag (9)

Utl.: Änderung der Wiener Stadtverfassung

12 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Labg. Mag. ZIMA (SPÖ) erklärte, daß die Änderung der Stadtverfassung die wichtigste Veränderung seit dem Jahr 1920 sei. Die Dezentralisierung sei eine demokratiepolitische Maßnahme ersten Ranges, weil einerseits Aufgaben der Verwaltung dezentralisiert und auf gewählte Volksvertreter übertragen und andererseits Entscheidungsprozesse in unserer Stadt für den Bürger transparenter und beeinflubarer gestaltet würden. Er halte die Forderungen der ÖVP - Volksbefragungen, Volksbegehren und Volksabstimmungen auf Antrag von 10.000 Bürgern und ein Bürgerantragsrecht mit 100 Unterschriften für die Bezirksvertretungen und 1.000 für den Gemeinderat bzw. Landtag als Mindestvoraussetzung - für unausgewogen, vergleiche man die Zahl der Wähler, die beispielsweise hinter einem Bezirksrat stehen mit der Zahl der von der ÖVP vorgeschlagenen Unterschriften.

Zima stellte fest, er halte es persönlich für falsch, eine Konzentrationsregierung zwangsweise durch Verfassungsänderung einzuführen. Nach einem Exkurs über das Schweizer Verfassungsmodell meinte Zima, moderne Flächenstaaten oder eine Millionenstadt wie Wien seien nur mit den Methoden der repräsentativen Demokratie zu regieren. Die Einrichtungen der direkten Demokratie könnten nur ergänzend dazutreten. Mit dem Wissen um die Problematik der direkten Demokratie sollte man weiterhin darüber miteinander reden - mit dem Ziel, sie dort, wo es zweckmäßig ist, in unserer Verfassung zu verankern und bestehende Einrichtungen zu verbessern. (Forts.) du/bs

Wiener Landtag (10)

Utl.: Änderung der Wiener Stadtverfassung

13 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Friederike SEIDL (SPÖ) begrüßte in ihrem Schlußwort die weitgehende Einigung der Parteien und die Gesprächsbereitschaft. Die vorliegende Novelle diene dem Konsens auf breiter Basis.

Der in der Debatte eingebrachte ABÄNDERUNGSANTRAG wurde einstimmig angenommen.

In erster Lesung wurden über die einzelnen Paragraphen der Gesetzesvorlage getrennt abgestimmt und sie fanden unterschiedliche Mehrheiten.

In zweiter Lesung wurde das Gesetz mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP beschlossen. Die Sitzung des Landtages endete um 13.10 Uhr.

(Schluß) du/

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Ankauf von Liegenschaften

14 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Nach der Sitzung des Wiener Landtages trat der Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen.

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) beantragte den Kauf, Verkauf bzw. den Tausch verschiedener Grundstücke. Dazu gehören der Ankauf von 73.000 Quadratmeter im Böhmischem Prater, 57.000 Quadratmeter in Aspern zur Schaffung von Kleingärten sowie der Ankauf bzw. Tausch von Grundstücken im 5., 6. und 7. Bezirk zur Schaffung von Parks im dichtverbauten Gebiet.

GR. SEVCIK (SPÖ) unterstrich die Bedeutung des Stadtentwicklungsplanes und der Gründeklaration für Wien. Die in der heutigen Tagesordnung verhandelten Grundtransaktionen dienen in erster Linie der Erhaltung, Schaffung und Ausdehnung von Grünflächen im Stadtgebiet.

ABSTIMMUNG: Alle fünf Geschäftsstücke wurden einstimmig angenommen. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Subvention für Gruppe "Neues Österreich"

15 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. STRANGL (SPÖ) stellte den ANTRAG, der Gruppe "Neues Österreich" zur Durchführung des Symposiums "Die österreichische Identität" eine einmalige Subvention in der Höhe von 200.000 Schilling zu gewähren.

Mag. KAUER (ÖVP) zog seine Wortmeldung zurück.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Subvention "Dramatisches Zentrum Wien"

16 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Gertrude STIEHL (SPÖ) beantragte, dem Dramatischen Zentrum Wien zur Förderung seiner vielfältigen künstlerischen und kunstpädagogischen Tätigkeiten für 1986 eine einmalige Subvention in der Höhe von 314.000 Schilling zu gewähren.

GR. PROCHASKA (ÖVP) sagte, die Hoffnung auf eine Besserung im Geschäftsgebaren des Dramatischen Zentrums habe sich aufgrund der vorgelegten Unterlagen als trügerisch erwiesen. Bereits 1981 habe das Unterrichtsministerium, das ebenfalls als Subventionsgeber fungiert, eine umfassende Reform der Geschäftsgebarung als Subventionsbedingung gestellt. Er halte eine effiziente Kontrolle nicht für eine Zensurmaßnahme. Auch der Kontrollamtsbericht habe sich ausnehmend kritisch über die Verwendung von Subventionsgeldern geäußert. Für seine Fraktion sei es nicht verständlich, warum das Dramatische Zentrum trotz eines Gewinnes von 1,5 Millionen Schilling und eines Steuerguthabens eine Subvention von der Stadt Wien beanspruche.

Das Dramatische Zentrum habe einen umfassenden Bericht über seine Tätigkeit im Jahr 1986 zusammengestellt und offengelegt, sagte GR. STRANGL (SPÖ) Die Subvention, die nun zu beschließen sei, sei ein geringer Teil des Aufwandes des Dramatischen Zentrums, nämlich ein Drittel der Miete. Diese Zuwendung habe man fest vereinbart.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) jel/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: TONAU: "Rock auf der Insel"

17 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. STRANGL (SPö) beantragte eine Nachtragssubvention von 700.000 Schilling für das Rock-Festival "Rock auf der Insel" der Rockgruppe TONAU.

GR. GUNDAKER (öVP) kritisierte das von der TONAU verwaltete Rockhaus in Penzing. Dort werde unter Umgehung gesetzlicher Auflagen gewerblichen Tätigkeiten nachgegangen. Weiters seien starke Lärmbelästigungen für die Anrainer zu verzeichnen. Durch die Nichterfüllung von Sicherheitsauflagen seien die Jugendlichen im Rockhaus gefährdet.

GR. DINHOF (SPö) entgegnete, daß die öVP mit ihrer Wortmeldung eine Initiative angreife, die aufgrund eines Vertrages zwischen Privaten entstanden sei. Dies entspreche nicht der sonstigen Linie der öVP. Die Bezirksvertretung Penzing, deren Mehrheit die SPö habe, habe Kommissionierungen im Rock-Haus durchgeführt, und aufgrund der Beschlüsse der Bezirksbehörden sei eine baldige Absiedelung des Rock-Hauses zu erwarten.

Gr. BRIX (SPö) bemerkte, daß der vorliegende Akt nicht das Rockhaus, das die öVP angegriffen habe, sondern das Festival "Rock auf der Insel" betreffe. Dieses Festival sei eine wichtige Veranstaltung im Wiener Kulturleben 1986 gewesen. Nur die ungünstige Witterung habe eine größere Publikumsresonanz verhindert, weshalb nun eine Nachtragssubvention notwendig sei.

GR. HAUBENBURGER (öVP) wies auf mangelnde Sicherheitseinrichtungen im Rockhaus hin.

GR. STRANGL (SPö) bemerkte, daß die öVP offensichtlich zu einem anderen Akt als dem vorliegenden Geschäftsstück gesprochen habe.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Subvention für "Musik '86"

18 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. WIMMER (SPÖ) beantragte eine Defizitabgeltung von 300.000 Schilling für den Verein "Musik '86".

GR. LANGHAMMER (ÖVP) befaßte sich grundsätzlich mit verschiedenen Subventionen, die an der SPÖ nahestehende Partner vergeben würden. So sei es auch nicht zu verstehen, daß es im WUK ein selbstverwaltetes Beiszl geben muß, das sich überdies nicht an gesetzliche Bestimmungen halte. In der Privatwirtschaft würde der entsprechende Bedarf ohnedies gedeckt. Zum Antrag selbst meinte Langhammer, dieser Verein trete vor dem Hintergrund eines professionellen Veranstalters auf, der auf diese Weise sein Unternehmerrisiko auf die öffentliche Hand abwälze. Es sei auch nicht richtig, daß internationale Künstler ohne diesen Verein nicht auftreten könnten. Wien sei das Jazz-Zentrum Westeuropas, und durch eine offensive Kulturpolitik sollte diese Position gefestigt und ausgebaut werden. Die Ablehnung des Geschäftsstückes durch die ÖVP sei ein Denkanstoß, damit Wien seine Stellung als Weltstadt der Musik weiter behaupten könne.

GR. HANKE (SPÖ) stellte zum WUK fest, es entspreche wohl nicht den immer wieder geäußerten Forderungen der ÖVP nach Eigeninitiative und Engagement, wenn sie nun das Beiszl im WUK ablehne. Hier würden sich arbeitslose Jugendliche selbst helfen. Die hier geleistete Arbeit finde auch im Ausland Anerkennung. Die Defizitabdeckung, die mit diesem Antrag beschlossen werden soll, diene dazu, das Zustandekommen solcher Veranstaltungen sicherzustellen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Verkauf einer Liegenschaft

19 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODÁ (SPÖ) stellte den ANTRAG auf Verkauf einer städtischen Liegenschaft in Altmannsdorf an die "GSB", Gesellschaft für Stadtentwicklung und Stadterneuerung.

GR. DR. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte, daß er von der Magistratsabteilung 40 über die betreffende Liegenschaft ein Gutachten angefordert habe. Die Stadt Wien habe die Liegenschaft seinerzeit um 4,2 Millionen Schilling gekauft. Abzüglich des vorgesehenen Rabatts ergebe sich ein Kaufpreis von 3,5 Millionen Schilling, zu dem die "GSB" auch bereit gewesen wäre, die Liegenschaft zu kaufen. Es sei ihm unverständlich, warum der Kaufpreis jetzt nur mehr rund drei Millionen Schilling ausmache. Außerdem sei eine dubiose Zahlung an den Stadterneuerungsfonds vorgesehen.

GR. Ing. Svoboda erklärte, daß der Kaufpreis von rund drei Millionen Schilling folgendermaßen errechnet worden sei: Aus dem Grundkostenpreis minus Rabatt und dem Wohnnutzflächenpreis minus Rabatt sei das arithmetische Mittel errechnet worden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

(Forts.) du/bs

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Luftbericht

20 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat BRAUN (SPÖ) legte den Luftbericht zur Kenntnisnahme vor.

Der "Luftbericht" war in jüngster Zeit von der ÖVP als unzureichend und mangelhaft kritisiert worden, erklärte GR. Dr. HÄUPL (SPÖ). Der Luftbericht gibt Auskunft über Emissionswerte, über getätigte und geplante Maßnahmen und über die Forschungstätigkeit im Auftrag der Stadt Wien. Die von der ÖVP reklamierten Themen wie Waldsterben und ein ökologisches Gesamtkonzept für die Stadt können nicht Inhalt des Luftberichtes sein.

Häupl wies ferner den Vorwurf, daß der Luftbericht beschönigt sei, zurück. Gerade von den Sozialisten in dieser Stadt seien Umweltfragen immer ernst genommen und ausführlich diskutiert worden. Häupl verwies auf die vielen Maßnahmen, die in Wien bereits gesetzt wurden. Dabei sei nicht nur reparierender Umweltschutz betrieben worden, sondern auch der vorsorgenden Umweltpolitik wurde großes Augenmerk geschenkt. Beispiele dafür seien die Senkung des Schwefelgehaltes im Heizöl und der Ausbau der Fernwärme. Mit der Einführung des Katalysatorautos sei ein weiterer Schritt getan worden.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) kritisierte, daß im Luftbericht viele wichtige Themen wie Verkehrsproblematik, Waldsterben, usw. fehlen. Es handle sich bei dem Bericht nur um die Berühmung von Dingen wie den Einbau von Filteranlagen, die eigentlich selbstverständlich sein müßten. Die ganze Energie werde auf die Sanierungspolitik verwendet, eine vorausschauende, vorsorgende Umweltpolitik bleibe auf der Strecke. Hawlik sagte, daß Umweltpolitik alle Ressorts betreffe.

(Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Luftbericht

21 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) StR. BRAUN (SPÖ) erklärte in seinem Schlußwort, daß sein Vorredner übersehen haben dürfte, daß es sich um einen Luftbericht und nicht um ein Umweltprogramm handelt. In dem Bericht werden Zahlen und Fakten vorgelegt, die die Luftsituation klar und deutlich aufzeigen. Die Veröffentlichung der umfangreichen Meßdaten sei in diesem Umfang erst möglich, seitdem die technischen Einrichtungen dafür vorhanden sind. Die Wiener Einrichtungen zur Messung der Luft gelten als Vorbild im In- und Ausland. Die Negation all dieser Erfolge und Bemühungen durch die ÖVP sei der schlechteste Weg, eine sachliche Diskussion herbeizuführen.

Zum Vorwurf, daß die Kompetenzen des Umweltstadtrates nicht ausreichen, sagte Braun, daß Umweltpolitik in alle Geschäftsgruppen Eingang gefunden habe. Braun wies abschließend auf die enge und intensive Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Wissenschaftlern hin.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ zur Kenntnis genommen. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Tarifierhöhungen

22 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) beantragte eine Abänderung der Wassergebühren- und der Kanalgebührenordnung sowie die Abänderung des Müllabfuhrabgabentarifes.

Die Wassergebühr werde mit dieser Tarifierhöhung um 40 Groschen pro Kubikmeter auf 10,20 Schilling Mehreinnahmen von rund 48 Millionen Schilling pro Jahr ermöglichen. Damit werde der seit vier Jahren unveränderte Tarif nun angehoben, um einen Kostendeckungsgrad von 97 Prozent zu erreichen.

Bei der Abänderung der Kanalgebührenordnung, erklärte Mayr, handle es sich um die Anhebung der Vernichtungsgebühr für den Aushub aus Benzin-, Fett- und Seifenabscheidern. Diese Gebühren kämen der EBS zugute, die auch für den Sonermüllanfall von Haushalten außerhalb Wiens Sorge trage.

Der Müllabfuhrabgabentarif sei seit fünf Jahren konstant und werde nun von 20 auf 23 Schilling pro 110-Liter-Gefäß erhöht, schloß Mayr.

Die Änderung der Kanalgebührenordnung könne die ÖVP, kritisierte GR. DALLER (ÖVP) aufgrund fehlender Kalkulationsunterlagen nicht nachvollziehen, zumal die per Jänner 1987 geltende Tarifliste der EBS Gebühren angebe, die um 10 Prozent niedriger lägen. Zur Wassergebühr führte Daller aus, daß in den Jahren 1978 bis 1987 rund 12 Milliarden eingenommen worden seien, denen nur 9 Milliarden Ausgaben gegenüberstünden. 1975 habe ein Kubikmeter Wasser noch 5 Schilling gekostet, ab 1987 werde er nun 10,20 Schilling kosten, das bedeute eine Verdoppelung. (Forts.)
jel/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Tariferhöhungen

23 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Nehme man an, fuhr Daller fort, daß die Müllabfuhrgebühr rund 24 Prozent und die Wassergebühr rund 12 Prozent der Betriebskosten eines Haushaltes ausmache, so treffe diese Gebührenerhöhung vor allem die sozial schwächer Gestellten.

Bei den Wassergebühren, meinte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) bestünde eine klare Überdeckung, seine Fraktion betrachte diese Tarife seit mindestens vier Jahren als zu hoch angesetzt. Die nun zu beschließende Gebührenerhöhung sei seiner Meinung nach wirtschaftlich nicht vertretbar. Der Änderung der Kanalgebührenordnung werde die FPö zustimmen, da hier Fremdkosten entstünden, die zu tragen Wien nicht verpflichtet sei.

Zur Kritik der FPö erklärte GR. Christine SCHIRMER (SPö), der geltende Kubikmeter-Wasserpreis habe einen Kostendeckungsgrad von 93,7 Prozent gebracht, mit der Erhöhung werde die Deckung 97,5 Prozent betragen. In den nächsten Jahren würden Milliarden in das Wiener Wasser investiert, so daß alle Wiener Haushalte voll mit Hochquellenwasser versorgt werden können. Dies inkludiere die Versorgungs- und Speichergarantie. Der Kostendeckungsgrad bei der Müllabfuhr habe u. a. aufgrund der Einführung getrennter Müllsammlungen, die erweitert werden sollen, und der Maßnahmen zur Realisierung des Abfallwirtschaftsgesetzes nicht mehr entsprochen, erklärte Schirmer, und werde mit dieser 15prozentigen Erhöhung auf 91,69 Prozent erhöht. Dies bedeute eine durchschnittliche monatliche Belastung pro Haushalt von 13 Schilling. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Tariferhöhungen

24 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP habe 1983, führte GR. HAHN (ÖVP) aus, einen Antrag auf eine Rückstellung jener 160 Millionen Schilling, die in den Jahren 1978 bis 1983 sozusagen als Reingewinn erwirtschaftet wurden, gestellt. In diesem Zeitraum habe eine Erhöhung der Müllgebühren um 54 Prozent stattgefunden. Das Argument dafür sei die Errichtung des Rinter-Zeltes gewesen. Von den eingeplanten 250 Millionen Schilling seien aufgrund der Schließung des Rinter-Zeltes nur 94 Millionen tatsächlich bezahlt worden.

Wesentliche Investitionen, erklärte Vizebürgermeister MAYR (SPö) in seinem Schlußwort, seien vor allem bei den Mülldeponien und dem Wagenpark der MA 48 getätigt worden. So seien auch die in den Jahren 78 bis 83 erwirtschafteten 160 Millionen Überdeckung nicht erspart worden, weil das steigende Umweltbewußtsein zielführende, aber kostenintensive Maßnahmen erfordert habe.

ABSTIMMUNG: Die Erhöhung der Wassergebühren und des Müllabfuhrabgabebetarifes wurden mit den Stimmen der SPö, die Abänderung der Kanalgebührenordnung mit den Stimmen der SPö und FPö beschlossen. (Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Erhöhung der Friedhofsgebühren

25 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPÖ) beantragte eine Erhöhung der Friedhofsgebühren um fünf Prozent für Grabstellenentgelte und um drei Prozent für Arbeitsentgelte.

GR. GLÜCK (ÖVP) kritisierte, daß damit bereits die zweite Tarifierhöhung innerhalb von elf Monaten stattfindet. Man sollte die städtischen Friedhofsgärtnereien und Steinmetzwerkstätten privatisieren und eine andere Handhabung bei der Vergabe und beim Erlöschen von Grabstellen einführen. Im Übrigen könne die Stadt Wien ihren Zuschuß aus Steuermitteln für die Friedhöfe erhöhen, da diese auch wichtige Erholungsgebiete seien.

GR. HUMMEL (SPÖ) entgegnete, daß die städtischen Gärtnereien für ihre Kunden weit billiger seien als es private Betriebe sein würden. Der kürzere Abstand der Erhöhungen ermögliche es, diese niedriger zu halten. Im Übrigen trage die Stadt Wien ohnedies einen gar nicht so kleinen Abgang bei den Friedhöfen.

In seinem Schlußwort sagte GR. FREINBERGER, daß die ÖVP immer eine Argumentation finde, um gegen betriebswirtschaftlich notwendige Erhöhungen bei städtischen Betrieben zu stimmen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Schlußwort des Bürgermeisters

26 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Im traditionellen Schlußwort am Ende der Gemeinderatssitzungen vor dem Jahresende sagte Bürgermeister Dr. ZILK, in diesem Wahljahr seien viele Argumente sehr pointiert vorgebracht worden. Unter diese Auseinandersetzungen sollte nun ein Schlußstrich gezogen werden, doch nicht unter unterschiedliche Auffassungen, sondern unter manches Wort und unter manche Polemik gleich welcher Seite. Vor drei Jahren habe der Heilige Vater bei seinem Besuch in Wien dazu aufgefordert, bei allem Gegensätzlichen das Menschliche, das Verbindende, das Verbindliche in den Vordergrund zu stellen. Die Mitmenschlichkeit zeige sich in der Politik durch die Bereitschaft und Kraft, sich auch selbst gelegentlich Zügel aufzuerlegen. Dieses Jahr habe viele Beschlüsse gebracht, und bei oberflächlicher Betrachtung der letzten Tage könnte der Eindruck entstehen, es gebe gewaltige Fronten. Tatsächlich sei jedoch die überwältigende Mehrheit der Beschlüsse einstimmig gefaßt worden. Das beweise, daß in wesentlichen und grundsätzlichen Fragen Übereinstimmung bestehe. Daher solle in den nächsten Jahren der Geist der Zusammenarbeit und des Verstehens weitergeführt werden. Wenn es um die Frage der Zusammenarbeit geht, müsse dies auch um den Preis des Verzichts auf die Durchsetzung eigener Ideen geschehen. "Dabei kann es keinen Besiegten und keinen Sieger geben, sondern nur einen Sieger: die menschliche Vernunft, und ihr wollen wir in diesem Hohen Haus dienen", schloß Zilk.

Die Sitzung endete um 17.20 Uhr. (Schluß) and/bs

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN

rathaus · korrespondenz



gegründet 1861

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Montag, 15. Dezember 1986

Blatt 3089

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Schachspiel für Wildalpen
U 3 Mariahilfer Straße: Rohbauarbeiten vergeben

Kommunal:
(rosa)

Stimmungsvolle Beleuchtung für den Ortskern von
Stammersdorf
Goldenes Ehrenzeichen für Prof. Kienner und Dr.
Schulmeister
Ehrenzeichen des Landes Wien
Verdienstvolles Mitglied aus dem Kleingartenbeirat
ausgeschieden
ÖVP: Wiener Luftbericht ohne Maßnahmenkatalog und
Problemaufriß
Feuerhalle Simmering fertiggestellt
Verdienste im Gesundheitswesen

Lokal:
(orange)

Vorrang für die Adolf-Loos-Gasse in Floridsdorf

Kultur:
(gelb)

Nestroy-Ring für Inge Konradi und Christine
Nöstlinger
Renner-Preise 1986

Nur

über FS: 13.12. Weihnachtsfeiern für einsame Wiener
Zimmerbrand löste Alarmstufe 2 aus
15.12. Winter in Wien
Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

.....
Bereits am 14. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Schachspiel für Wildalpen

1 Wien, 14.12. (RK-LOKAL) Das Original steht im Museum für
Volkskunde: Das Schachspiel von Wildalpen, 1898 von Rupert GRIESSL
geschnitzt und mit Schachfiguren ausgestattet, für die die Bewohner
von Wildalpen Modelle waren, kehrt nun als Kopie ins Wasserleitungs-
museum Wildalpen zurück. Umweltstadtrat Helmut BRAUN wird die Kopie
des Schachspiels von Wildalpen am Dienstag, dem 16. Dezember, um
14.30 Uhr, vom Direktor des Museums für Volkskunde in Wien 8,
Laudongasse 15 bis 19, übernehmen. (Schluß) hrs/rr

NNNN

.....
Bereits am 14. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

U 3 Mariahilfer Straße: Rohbauarbeiten vergeben

2 Wien, 14.12. (RK-KOMMUNAL) Knapp eineinhalb Milliarden Schilling werden die Rohbauarbeiten in den beiden Bauabschnitten der U 3 in der Mariahilfer Straße ("Kirchengasse" und "Zieglergasse") kosten. Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie hat in seiner letzten Sitzung der Vergabe der Arbeiten an zwei Arbeitsgemeinschaften für die beiden Bauabschnitte zugestimmt. Dem Baubeginn am 7. Jänner 1987 steht somit nichts mehr im Wege. Die Rohbauarbeiten werden voraussichtlich rund fünf Jahre dauern, 1993 soll die U 3 in diesem Bereich fahren. (Schluß) roh/rr

NNNN

Stimmungsvolle Beleuchtung für den Ortskern von Stammersdorf

Utl.: Stadtparkbeleuchtung mit "Gaslaternen"

3 =Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Wie Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, wurden die Arbeiten an der neuen Beleuchtung des Ortskerns von Stammersdorf abgeschlossen. Bereits vorige Woche wurde die neue Beleuchtung im Stadtpark fertiggestellt. Die Kosten für diese beiden im Stil der Umgebung angepaßten Beleuchtungsanlagen betrugen zusammen 11,5 Millionen Schilling.++++

Im Ortskern von Stammersdorf wurden 102 Altstadtleuchten auf 97 sogenannten "Englischen Gasständern" aus Gußeisen und auf fünf Wandarmen montiert. Die Leuchten sind mit Natriumhochdruckdampf-lampen bestückt, die ein angenehmes gelbes Licht geben. Die Lichtausbeute ist mehr als doppelt so hoch wie bei der früheren Beleuchtung mit Leuchtstofflampen.

Im Stadtpark stehen nun zwischen dem Ring und der Wienpromenade 93 Altstadtleuchten auf gußeisernen Ständern der Type "Alt-Wien". Sie gleichen den alten Wiener Gaslaternen, wie sie hier um die Jahrhundertwende vom kurz zuvor entstandenen gemeindeeigenen Gaswerk aufgestellt worden waren. Heute sind die Leuchten allerdings mit je zwei Spar-Leuchtstofflampen ausgestattet, die eine ähnliche Form wie der alte Gasglühstrumpf haben. Sie spenden ein angenehmes Licht, das auch das Grün der Pflanzen recht gut wiedergibt.

In jenem Teil des Stadtparks, der jetzt noch von den U-Bahn-Bauabteilungen "besetzt" ist, wird nach Abbruch der Baubaracken die gleiche Beleuchtung installiert werden. (Schluß) sc/rr

Vorrang für die Adolf-Loos-Gasse in Floridsdorf

4 Wien, 15.12. (RK-LOKAL) Aus Gründen der Verkehrssicherheit erhält die Adolf-Loos-Gasse in Floridsdorf nun Vorrang gegenüber den einmündenden Straßen Kaftangasse und Haberditzlgasse. Die entsprechenden Verkehrszeichen - "Vorrang geben" - werden Mittwoch in der Kaftangasse und der Haberditzlgasse montiert. Die neue Verkehrsregelung bevorzugt auch die Autobuslinie "29A" in der Adolf-Loos-Gasse. (Schluß) sc/bs

NNNN

Montag, 15. Dezember 1986

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3094

Goldenes Ehrenzeichen für Prof. Klenner und Dr. Schulmeister

10 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Montag vormittag im Rahmen einer kleinen Feier im Roten Salon des Wiener Rathauses an Prof. Fritz KLENNER und Dr. Otto SCHULMEISTER das Goldene Ehrenzeichen des Landes Wien. Zilk würdigte in seiner Ansprache die Verdienste der beiden Geehrten um die österreichische Publizistik. Der Feier wohnten u.a. Nationalrats- und ÖGB-Präsident Anton BENYA, Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION bei.
(Schluß) red/rr

NNNN

Montag, 15. Dezember 1986

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3095

Ehrenzeichen des Landes Wien

12 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR überreichte Montag im Wiener Rathaus an den Vorstandsvorsitzenden der deutschen Siemens-AG, Ing. Dr. Karlheinz KASKE, das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielt das Vorstandsmitglied der deutschen Siemens-AG, Hans-Gerd NEGLEIN.
(Schluß) sei/rr

NNNN

Verdienstvolles Mitglied aus dem Kleingartenbeirat ausgeschieden
13 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Gemeinderat Ernst VEJTISEK (SPÖ)
ist nach langjähriger und verdienstvoller Mitarbeit im
Kleingartenbeirat aus gesundheitlichen Gründen aus dieser Funktion
ausgeschieden. Stadtrat Rudolf EDLINGER würdigte die großen
Verdienste und die rege Tätigkeit Vejtiseks. Anstelle von Vejtisek
wurde Gemeinderat Eugen GUTMANNSSBAUER in den Kleingartenbeirat
berufen. (Schluß) ah/bs

NNNN

Nestroy-Ring für Inge Konradi und Christine Nöstlinger

14 =Wien, 15.12. (RK-KULTUR) Inge KONRADI und Christine NÖSTLINGER sind die Nestroy-Ring-Preisträger 1986. Die Auszeichnung wird heuer zum 10. Mal vergeben.++++

Der Nestroy-Ring wurde 1976 anlässlich des 175. Geburtstages des Dichters gestiftet. Er wird für schöpferische und darstellerische Leistungen vergeben, die das Wesen Wiens und seiner Bevölkerung auf hohem Niveau satirisch-kritisch darstellen. Die Vergabe erfolgt jährlich aufgrund des Vorschlages von magistratsunabhängigen Fachleuten unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates für Kultur und Sport. (Schluß) gab/bs

NNNN

Renner-Preise 1986

15 =Wien, 15.12. (RK-KULTUR) Kardinal Dr. Franz KÖNIG, die Gefangenenhilfsorganisation "Amnesty International" und die Medizinischen Selbsthilfegruppen in Wien erhalten die Preise aus der Dr.-Karl-Renner-Stiftung der Stadt Wien 1986. Die Preise sind mit je 200.000 Schilling dotiert.++++

Der Dr.-Karl-Renner-Preis wurde anlässlich des 80. Geburtstages des großen Staatsmannes 1951 gestiftet. Er wird an Personen oder Personengruppen vergeben, die zum Ausgleich von Gegensätzen im öffentlichen Leben beigetragen haben, in kultureller, sozialer oder wirtschaftlicher Hinsicht zum Ansehen Wiens und Österreichs oder zur Hebung des demokratischen Verantwortungsgefühls beigetragen haben, sowie an solche, die durch ihr internationales Wirken die Bedeutung Wiens in kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht gefestigt haben. Seit 1971 wird der Renner-Preis alle drei Jahre vergeben. (Schluß) gab/gg

NNNN

ÖVP: Wiener Luftbericht ohne Maßnahmenkatalog und Problemaufriß
16 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Kritik übt die Wiener ÖVP am von Stadtrat Helmut BRAUN vergangene Woche dem Gemeinderat vorgelegten Bericht zur Wiener Luftsituation. Weder enthalte der Bericht einen Maßnahmenkatalog noch einen Problemaufriß, obwohl dafür genügend Zeit zur Verfügung gestanden wäre. Dies sagte GR. Dr. Johannes HAWLIK Montag im Pressegespräch der Wiener ÖVP.

Der Bericht mache deutlich, daß bestimmte Luftschadstoffe mit dem derzeitigen Meßnetz gar nicht erfaßt werden können. Diese Nichterfassung von Schadstoffen mache einen Smog-Alarm unmöglich. Hawlik forderte die umgehende Erlassung der notwendigen Verordnungen zum Luftreinhaltegesetz, den endgültigen Ausbau eines dichten Luftmeßstellennetzes, die Erstellung eines zentralen Katasters für Anlagen und Betriebe, die in Wien Müll verbrennen, den Realisierungsplan für ein Wiener Müllkonzept und ein Energiesparkonzept.

Zwtl.: Änderungsvorschläge zur Stadtverfassung

Zur Diskussion über eine Änderung der Wiener Stadtverfassung sagte Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK, daß sich die ÖVP nur dann damit beschäftigen werde, wenn sie substantielle Änderungen beinhalte.

GR. Mag. Robert KAUER verlangte den Ausbau der direkten Demokratie (Volksbegehren, Volksbefragung, Volksabstimmung), einen eigenen Wirkungsbereich der Bezirke, den Ausbau der Kontrolle durch einen unabhängigen Rechnungshof der Stadt Wien und die Schaffung eines unabhängigen Bürgerbüros. (Schluß) ull/gg

NNNN

Feuerhalle Simmering fertiggestellt

17 =Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Nach knapp zweijähriger Bauzeit wurde Montag früh die Feuerhalle Simmering in Anwesenheit von Stadtrat Johann HATZL und Bezirksvorsteher Otto MRAZ wieder ihrer Bestimmung übergeben. Die Einsegnung nahmen Vertreter der römisch-katholischen, der evangelischen und der altkatholischen Kirche vor. Die Feuerhalle verfügt nun über elektrisch betriebene Einäscherungsöfen und komplett renovierte Zeremonienräume. Nach der Neugestaltung der Aufbahrungshallen in den Friedhöfen Ottakring, Hadersdorf-Weidlingau, Zentralfriedhof, Kaiserebersdorf und Meidling wurde damit ein weiteres wichtiges Projekt der Städtischen Friedhöfe und der Bestattung beendet.++++

Vor rund 65 Jahren wurde mit dem Bau der Feuerhalle Simmering begonnen, erst seit damals sind in Österreich Einäscherungen erlaubt. Die bisher verwendeten vier Kremationsöfen, zwei koks-, zwei gasbeheizt, waren veraltet und hatten hohe Emissionswerte, was zu häufigen Beschwerden der Anrainer führte. An ihrer Stelle wurden nun moderne, elektrisch betriebene und vollautomatisch gesteuerte Öfen eingebaut, die Belästigungen der Umgebung ausschließen. Aber auch die drei Zeremonienräume, die nun auch durch einen neu eingebauten Aufzug für Behinderte erreichbar sind, präsentieren sich in neuem, repräsentativen Glanz. Die Nebenräume und die Sozialräume für das Personal wurden umgebaut, die Freitreppe vor der Feuerhalle wurde neu errichtet und schließlich auch das Verwaltungsgebäude renoviert. Die Gesamtkosten betragen mehr als 30 Millionen Schilling. Insgesamt wurden in den letzten drei Jahren für die Erhaltung und Modernisierung der Städtischen Friedhöfe und Aufbahrungshallen rund 175 Millionen Schilling aufgewendet. Durch eine würdige Gestaltung des letzten Weges, durch einen feierlichen Rahmen in repräsentativen Bauwerken und ansprechenden Zeremonienräumen soll das Abschiednehmen für die Hinterbliebenen, soweit das überhaupt möglich ist, erleichtert werden. (Schluß) roh/bs

Verdienste im Gesundheitswesen

18 Wien, 15.12. (RK-KOMMUNAL) Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien bzw. das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien für besondere Leistungen im Gesundheitswesen überreichte Montag Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER.

Das Goldene Ehrenzeichen erhielt Dr. Erwin TWRDY, ehemaliger ärztlicher Leiter und Abteilungsvorstand im Pflegeheim Baumgarten. Dr. Twrdy hat sich im Besonderen um die Verbesserung der rehabilitativen Einrichtungen - wie etwa den Ausbau der Elektro- und Hydrotherapie, sowie Einführung der Ergotherapie und Krankengymnastik - verdient gemacht.

Das Silberne Verdienstzeichen erhielten: Irene SCHUBERT, Direktorin des Pflegedienstes i.R. des Wilhelminenspitals. Frau Schubert, seit 1952 Diplomkrankenschwester bei der Stadt Wien, war von 1973 bis zur ihrer Pensionierung im Jänner 1986 im Wilhelminenspital tätig. Oberin Gisela LUKESCH ist Leiterin der sogenannten "Mobilen Schwestern". Im Rahmen dieser Einrichtung stehen derzeit insgesamt 81 teilzeitbeschäftigte Diplomschwester als "verlängerter Arm" der niedergelassenen Ärzte Wiens bei über 4.700 Patienten im Einsatz. (Schluß) zi/rr

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 16. Dezember 1986

Blatt 3102

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Schließung des Wald- und Wiesengürtels im Norden und
(rosa) Süden Wiens
60 Millionen Schilling für Baumsanierung Ringstraße
1986 werden in Wien 5.339 Neubauwohnungen gefördert

Lokal: Untersuchung über Müll zu Weihnachten
(orange)

Kultur: 75. Geburtstag von Marcel Prawy
(gelb) Ehrenmedaille für Rudolf Hoflehner

Sport: Ehrung der Staatsmeister im Blindensport
(grün)

Nur
Über FS: Nach Wintereinbruch: Situation entspannt sich

75. Geburtstag von Marcel Prawy

5 Wien, 16.12. (RK-KULTUR) Marcel PRAWY wurde am 29. Dezember 1911 in Wien geboren. 1934 schloß er das Studium der Rechte mit dem Doktorat ab. Sein Hauptinteresse galt von Jugend an der Musikbühne. Im Stehparterre der Wiener Staatsoper war er seit seinem zwölften Lebensjahr Stammgast. An der Universität besuchte er die musikgeschichtlichen Vorlesungen von Egon Wellesz.

1939 emigrierte Dr. Prawy in die Vereinigten Staaten, wo er unter anderem als künstlerischer Berater von Jan Kiepura und Martha Eggerth tätig war.

Seit 1955 ist Dr. Prawy Mitglied der Volksoper und war bis 1973 persönlicher Referent des Direktors. Ihm verdanken die Wiener Theaterfreunde nicht nur die Bekanntschaft mit dem amerikanischen Musical - Cole Porters "Kiss me Cate" und Irving Berlins "Annie get your Gun" wurden von ihm ins Deutsche übertragen -, sondern auch die dort aufgeführten deutschen Versionen von Donizettis "Don Pasquale", Ravels "Spanische Stunde", Menottis "Die alte Jungfer und der Dieb" und Bernsteins "West Side Story". Seine Operneinführungen im Fernsehen brachten ihm eine weit über Österreich hinausreichende Popularität.

Diese Sendungen trugen Prawy 1967 die "Goldene Kamera" und 1980 den Fernsehpreis für Volksbildung ein. Prawy ist seit 1972 als Dramaturg an der Wiener Staatsoper tätig. 1969 wurde Prawy mit dem Berufstitel "Professor" ausgezeichnet. Ferner ist er Träger des Goldenen Ehrenzeichens des Landes Wien und des Ehrenkreuzes für Wissenschaft und Kunst.

Einige Buchtitel Marcel Prawys: "Die Wiener Oper. Geschichte und Geschichten" (1969), "Johann Strauß. Weltgeschichte im Walzertakt" (1975) sowie "Richard Wagner. Leben und Werk" (1982).

Zwtl.: Ehrenring der Stadt Wien

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK wird Marcel Prawy am Montag, dem 22. Dezember, um 14 Uhr in der Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses den Ehrenring der Stadt Wien überreichen. (Schluß) red/bs

Ehrenmedaille für Rudolf Hoflehner

6 =Wien, 16.12. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA überreichte am Montag an den Bildhauer Rudolf HOFLEHNER die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold. Weiters wurden Prof. Edmund REITTER mit der Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien, Hofrat Dr. Friderike KLAUNER und Hofrat Dr. Albert MASSICZEK mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land wien und Dr. Hermann FRIEDL mit dem Silbernen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien ausgezeichnet.++++

Rudolf Hoflehner zählt zu den wichtigsten Exponenten der zeitgenössischen Bildhauerei in Österreich.

Prof. Reitter ist als Bildhauer durch zahlreiche Ausstellungen im In- und Ausland bekannt.

Hofrat Dr. Friderike Klauner hat sich als Direktorin des Kunsthistorischen Museums große Verdienste erworben. Hofrat Dr. Albert Massiczek hat als Direktor der Bibliothek der Bildenen Künste und als Publizist wichtige kulturelle Leistungen erbracht.

Dr. Hermann Friedl hat neben seinem Beruf als Neurologe und Psychiater ein wichtiges schriftstellerisches Werk geschaffen.

(Schluß) gab/rr

NNNN

Ehrung der Staatsmeister im Blindensport

7 Wien, 16.12. (RK-SPORT) Im Rahmen einer "Cats"-Vorstellung im Theater an der Wien wird Sportstadtrat Franz MRKVICKA morgen, Mittwoch, 17 Sportler ehren, die im Blindensport Staatsmeistertitel für die Bundeshauptstadt errungen haben. Die Auszeichnung ergeht an folgende Athleten:

Josef BAUMGARTNER (Schwimmen), Gabriele BERGHÖFER (Skilauf), Doris CAMPBELL (Leichtathletik), Norbert DORNAUER (Skilauf), Franz ENGLEDER (Schwimmen), Hans-Ewald GRILL (Skilauf), Elke HAHNL (Schwimmen), Kurt KREMSER (Skilauf), Michael KRISPL (Schwimmen), Elisabeth MAXWALD (Skilauf), Karl MAYR (Leichtathletik), Christian MOTZ (Schwimmen), Osman PORCA (Schwimmen), Kurt PRALL (Skilauf) und Ernst WURNIG (Leichtathletik). (Schluß) hof/bs

NNNN

Untersuchung über Müll zu Weihnachten

9 =Wien, 16.12. (RK-LOKAL) Recht interessant ist eine Studie der Wirtschaftsuniversität Wien/Dozent Dr. Gerhard VOGEL, die sich mit der Zusammensetzung des Weihnachtsmülls beschäftigt und die Dienstag von Umweltstadtrat Helmut BRAUN im Pressegespräch des Bürgermeisters vorgelegt wurde: In der Zeit um die Weihnachtsfeiertage steigt das Müllgewicht um 21 Prozent und das Müllvolumen um 25 Prozent. Beim Müllgewicht sind dabei zu elf Prozent mehr vegetabile Stoffe, also mehr Küchenabfälle, schuld, zu sechs Prozent mehr Glas und zu vier Prozent mehr Papier und Pappe: Anders dagegen ist es beim Müllvolumen: Die Zunahme um 25 Prozent geht zum größten Teil, nämlich zu 23 Prozent, auf zusätzliche Verpackungen zurück. Gerade zu Weihnachten besteht der Hausmüll in Wien zu mehr als der Hälfte aus Papier und Pappe - ein Grund mehr, auf unnötige Verpackungen zu verzichten und wiederverwertbare Altrohstoffe auch tatsächlich zu sammeln.++++

Der Erfolg dieser Wiederverwertung zeigte sich auch in den Bereichen mit getrennter Müllsammlung: Zu den Weihnachtsfeiertagen stieg hier die Müllreduktion durch Altstoffsammlung auf bis über 26 Prozent nach dem Gewicht und auf 29 Prozent nach dem Volumen - anders ausgedrückt: Ein Viertel der Gesamtmüllmenge zu Weihnachten wurde in den Gebieten mit getrennter Müllsammlung als Altstoff verwertet. Im Jahresdurchschnitt werden zwischen 17 und 24 Prozent nach Gewicht und Volumen beim Müll eingespart.

Ein Hinweis noch: Um die Mülltonnen trotz aller Bemühungen zur Müllvermeidung und Mülltrennung zu Weihnachten nicht übertoll werden zu lassen, ist die Müllabfuhr auch heuer wieder am 26. Dezember im Dienst. (Forts. mgl.) hrs/rr

NNNN

Schließung des Wald- und Wiesengürtels im Norden und Süden Wiens (1)
10 =Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Mehr als 17 Prozent (oder rund 7.000 Hektar) des Wiener Stadtgebietes bestehen aus Wald - eine Fläche, die in den vergangenen Jahren ständig erweitert wurde. Mit einem umfangreichen Aufforstungsprogramm sollen in den kommenden zehn Jahren weitere 200 Hektar (das sind zwei Quadratkilometer) neue Waldflächen in den Bezirken Favoriten, Simmering, Floridsdorf, Donaustadt und Liesing geschaffen werden. Über diesen weiteren wesentlichen Beitrag zur Schließung des Wald- und Wiesengürtels im Norden und Süden Wiens informierte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

In der Zeit seit 1956 entstanden im Bereich der Bundeshauptstadt rund 265 Hektar (2,6 Quadratkilometer) neue Waldflächen. Dazu gehören Areale wie der Laaerwald, aber auch die Donauinsel, auf der allein gut hundert Hektar neue Wälder gepflanzt wurden. Von den 265 Hektar neuer Flächen wurden allein über 200 Hektar in den Jahren seit 1972 als Wälder gestaltet.++++

Zwtl.: Kurz-, mittel- und langfristiges Programm

Im Rahmen des nun aktuellen Aufforstungsprogramms können neue Wälder auf einer Gesamtfläche von 67 Hektar kurzfristig gesetzt werden. Die Grundflächen für weitere 100 Hektar sind mittelfristig verfügbar, und bei insgesamt 61 Hektar Fläche wird die Aufforstung erst in mehreren Jahren möglich sein, da sich die Flächen teilweise noch in privater Hand befinden bzw. noch entsprechende Vertragsabschlüsse erforderlich sind.

Die Aufforstungskosten pro Hektar betragen übrigens rund 300.000 Schilling; gesetzt werden ausschließlich heimische Baum- und Straucharten. Allein für Aufforstung und Pflege der kurz- und mittelfristig realisierbaren Wälder muß daher mit über 50 Millionen Schilling gerechnet werden (die Kosten für die nur langfristig freien Areale können derzeit noch nicht berücksichtigt werden).

Das große Aufforstungsprogramm der MA 49 wird Wien damit im kommenden Jahrzehnt zwei Quadratkilometer neue Wälder bringen - Flächen, die nicht nur ein wesentlicher Beitrag zur Schließung des Wald- und Wiesengürtels rund um Wien sind, sondern natürlich ebenso für das Kleinklima, aber auch für die Tier- und Pflanzenwelt wichtig sind. (Forts.) hrs/bs

Schließung des Wald- und Wiesengürtels im Norden und Süden Wiens (2)
Utl.: Aufforstungen im Herbst 86

11 =Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Allein in diesem Herbst wurden bzw. werden vom Forstamt insgesamt 19 Hektar neue Waldflächen angelegt: In Wien 10, Erholungsgebiet Wienerberg-Ost, in Simmering, Jungbürgerwald Meidlgasse, in Floridsdorf, Windschutz Strebersdorf/Stammersdorf und in mehreren Bereichen des 22. Bezirks, so etwa beim Telefonweg, auf der Donauinsel, bei der Mühlgasse und bei einer Windschutzfläche westlich des General Motors-Werks. In Zusammenarbeit mit der Umweltschutzabteilung wird dabei natürlich auch versucht, eventuell vorhandene Restbiotope einzubeziehen. Für die neuen Wälder wurden bzw. werden insgesamt 221.000 Bäume und Sträucher gesetzt. (Forts.mgl.) hrs/bs

NNNN

60 Millionen Schilling für Baumsanierung Ringstraße

12 =Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) Dieser Tage wurde im Bereich Kärntner Ring der erste Abschnitt der Bewässerungsanlage für die mehr als 2.000 Alleebäume der Ringstraße fertiggestellt. Die Bewässerungsanlage ist Teil eines Programms zur Sanierung der vier Kilometer langen Allee, das auf Anordnung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK innerhalb der nächsten drei Jahre mit einem Gesamtaufwand von knapp über 60 Millionen Schilling verwirklicht werden soll.+++

Bedingt durch eine Reihe von Faktoren (Bodenverdichtung, Trockenheit, Abgase, Spätfolgen des Streusalzeinsatzes) sind die Ringstraßenbäume besonders gefährdet. Aus diesem Grund wurde von der MA 42 und der MA 19 ein Programm zur Wiederherstellung dieser Allee ausgearbeitet. Es umfaßt folgende Schwerpunkte:

- o Austausch der nährstoffarmen Erde und Bodenlockerung im Wurzelbereich
- o Einbau einer Bewässerungsanlage
- o Baumschnitt und -pflege sowie Neupflanzungen
- o Neuherstellung von 25.000 m² Rasenflächen samt Einfassungen
- o Schaffung begehbare Baumscheiben im Bereich der Haltestellen (230 Stück).

Drei Viertel der Kosten entfallen auf die gärtnerischen und gestalterischen Maßnahmen, der Rest wird für die Errichtung der Bewässerungsanlage aufgewendet. Die jährlichen Kosten der Bewässerung werden mit rund 130.000 Schilling veranschlagt.

Zwtl.: Zwei Forderungen an neue Bundesregierung und Nationalrat

Von den mehr als 1.500 Alleen in der Bundeshauptstadt müssen etwa 150 innerhalb der nächsten zehn Jahre saniert werden. In diesem Zusammenhang schlagen Bürgermeister ZILK und Univ.-Prof. Dr. Bernd LÖTSCH vor, die Praxis der Bundesstraßenfinanzierung zu überdenken.

Analog zum Autobahnbau sollten die zweckgebundenen Einnahmen aus der Bundesmineralölsteuer auch für ökologische Begleitmaßnahmen - wie etwa die Vegetation entlang der Bundesstraßen und deren Erhaltung - verwendet werden dürfen.

Zwtl.: Verbot gefährlicher Treibgase in Spraydosen

Darüberhinaus regt Zilk auf dem Umweltsektor auch ein Verbot von Spraydosen an, in denen halogenierte Kohlenwasserstoffe als Treibgas verwendet werden. Wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge zerstören diese Verbindungen durch chemische Prozesse die Ozonschicht der Atmosphäre, was zu einer verstärkten UV-Einstrahlung auf der Erdoberfläche führt (Gefahr von Hautkrebs). In einigen Ländern wie in den USA und Schweden ist der Einsatz von Halogenkohlenwasserstoffen als Treibgas in Spraydosen bereits verboten. (Forts.mgl.)

1986 werden in Wien 5.339 Neubauwohnungen gefördert

13 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) 1986 wird in Wien der Neubau von 5.339 Wohnungen gefördert. Damit wird die ursprüngliche, ohnehin bereits hoch angesetzte Zielvorgabe von 5.000 Neubauwohnungen sogar noch weit übertroffen. Gegenüber 1985 bedeutet das sogar eine Zunahme von über 800 Wohnungen. Allein in der Sitzung der Landesregierung vom Dienstag wurden Wohnbaudarlehen in der Höhe von über 1,88 Milliarden Schilling sowie Zuschüsse in der Höhe von 736 Millionen Schilling zugesichert. Damit wird 1987 die Bauwirtschaft kräftige Impulse durch die Errichtung der insgesamt 4.466 Wohneinheiten, 612 Ledigenräume, 237 Eigenheime und 24 Lokale erhalten. (Schluß) ah/rr

NNNN

Rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 17. Dezember 1986

Blatt 3111

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Abschlußfeier für 199 Lehrlinge
Wienerin feiert 102. Geburtstag

Kommunal:
(rosa)

Auszeichnungen für Mandatäre
Sechste Privatverleihung der Leopold Gratz-
Stiftung
Erste österreichische Besundenuntersuchung
für Gehörlose
Neue Fahrscheinautomaten für U-Bahn-Stationen
6,7 Millionen für medizinische Forschung
1986 brachte viel Schwung für die Stadterneuerung

Lokal:
(orange)

Bezirksmuseum Mariahilf zeigt "Musikinstrumenten-
bau in Wien"
Kommende Nacht beginnt flächendeckende
Schneeräumung

Kultur:
(gelb)

Goldenes Verdienstzeichen für Prof. Gerstacker
Neue Ausstellung im Historischen Museum
Wiener Musiksommer 1987

.....
Bereits am 16. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Abschlußfeier für 199 Lehrlinge

14 Wien, 16.12. (RK-KOMMUNAL) 199 Lehrlinge der Stadt Wien haben heuer ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen. Dienstag fand im Rathaus die Abschlußfeier in Anwesenheit von Personalstadtrat Friederike SEIDL statt.

151 Damen und 48 Herren wurden in den Berufen Bürokaufmann, Bautechnischer Zeichner, Kfz-Mechaniker, Betriebsschlosser und Starkstrommonteur ausgebildet. Die Stadt Wien leistet mit der eigenen Lehrlingsausbildung einen wichtigen Beitrag zur Jugendbeschäftigung in Wien. Stadtrat Seidl machte die neuen Bediensteten der Stadt Wien im Rahmen der Feierstunde darauf aufmerksam, daß der Dienst am Bürger dieser Stadt in ihrer Tätigkeit immer das zentrale Anliegen darstellen müsse. (Schluß) roh/rr

NNNN

.....
Bereits am 16. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Wienerin feiert 102. Geburtstag

15 Wien, 16.12. (RK-LOKAL) Den 102. Geburtstag feiert Mathilde MAIER am 17. Dezember. Anlässlich dieses Festtages besuchten Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER und Bezirksvorsteher Herta HAIDER am Dienstag die Jubilarin in ihrer Wohnung im Pensionistenheim Ziegelhofengasse, und überreichten ihr ein Geschenk der Stadt Wien.

Die Jubilarin wurde 1884 in Wigstadtl in der Tschechoslowakei geboren. Sie war Buchhalterin und nie verheiratet. Sie lebt seit fünf Jahren im Pensionistenheim und ist noch immer sehr rüstig.
(Schluß) red/bs

NNNN

Bezirksmuseum Mariahilf zeigt "Musikinstrumentenbau in Wien"

4 =Wien, 17.12. (RK-LOKAL) Die vom Wiener Stadt- und Landesarchiv gestaltete Ausstellung "Musikinstrumentenbau in Wien" ist nun bis Ende März 1987 jeden Sonntag von 9.30 bis 12 Uhr im Bezirksmuseum Mariahilf, Wien 6, Mollardgasse 8, Halbstock, zu sehen. Die kleine Schau dokumentiert anhand von Fotos, Urkunden, Innungsbeständen und biographischem Material zu einzelnen Wiener Instrumentenerzeugern den Orgel-, Klavier-, Geigen- und Blasinstrumentenbau.++++

Die Ausstellung wird am Freitag, dem 19. Dezember, um 18.30 Uhr, im Bezirksmuseum von Bezirksvorsteher Mag. Kurt PINT nach einführenden Worten von Dr. Helmut KRETSCHMER (Wiener Stadt- und Landesarchiv) eröffnet. Für musikalische Umrahmung sorgt das Schmetterer-Quartett. (Schluß) am/gg

NNNN

Auszeichnungen für Mandatäre

5 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Dienstag nachmittag im Rahmen einer Feier im Stadtsenatssitzungssaal des Rathauses an eine Reihe von Mandatären Auszeichnungen des Landes Wien: Univ.-Prof. Dr. Herbert SCHAMBECK, stellvertretender Vorsitzender des Bundesrates, erhielt das Große Goldene Ehrenzeichen; Staatssekretär i. R. Anneliese ALBRECHT erhielt das Große Silberne Ehrenzeichen; Dr. Erika DANZINGER, Mitglied des Bundesrates a. D., Ing. Otto KREINER, Abgeordneter zum Wiener Landtag und Gemeinderat, und Kommerzialrat Dkfm. Dr. Karl PISEC, Mitglied des Bundesrates, erhielten das Goldene Ehrenzeichen; em. Univ.-Prof. Dr. Alfred BISEL, Abgeordneter zum Nationalrat a. D., erhielt die Julius Tandler-Medaille in Gold. (Schluß) red/gg

NNNN

Sechste Preisverleihung der Leopold Gratz-Stiftung

6 =Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und "Z"-Generaldirektor Dr. Karl VAK überreichten am Dienstag abend im Rahmen einer Feier im Wappensaal des Wiener Rathauses die diesjährigen Preise aus der Leopold Gratz-Stiftung. Insgesamt wurden 23 Preise im Gesamtausmaß von 230.000 Schilling vergeben.++++

Die Stiftung wurde 1979 von der Zentralsparkasse aus Anlaß des 50. Geburtstags des damaligen Bürgermeisters ins Leben gerufen. Mit den Preisen aus der Stiftung werden Initiativen gewürdigt und gefördert, die von Eigenverantwortung, Eigeninitiative und sozialem Engagement getragen werden. Unter den heurigen Preisträgern befanden sich Selbsthilfegruppen, Vereinigungen zur Betreuung behinderter Mitmenschen sowie auch journalistische und kulturelle Initiativen.
(Schluß) red/rr

NNNN

Erste österreichische Gesundenuntersuchung für Gehörlose

Utl.: In der Gesundenuntersuchungsstelle Hainburger Straße

7 =Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Nun gibt es eine eigene Gesundenuntersuchungsstelle für Gehörlose. Das gab Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER bekannt und erklärte, daß es sich dabei um die erste Einrichtung dieser Art in Österreich handelt. Eine - ebenfalls gehörlose - Ärztin, die auch Lehrerin im Gehörlosenzentrum Waldgasse ist, fungiert als Dolmetsch und hilft mit, Erkrankungen "von den Lippen abzulesen". Diese erste Gesundenuntersuchungsstelle für Gehörlose befindet sich im 3. Bezirk in der Hainburger Straße 57. Anmeldungen für Gesundenuntersuchungen in dieser Stelle sind sowohl hier als auch im Gesundheitsamt (1, Zelinkagasse 9, Telefon 66 14/574) und beim Gesundheitstelefon 63 28 28 möglich.++++

Bisher hatte es immer wieder Probleme gegeben, wenn gehörlose Patienten zur Gesundenuntersuchung kamen. Dieser Schwierigkeit konnte nun abgeholfen werden: Jeden Montag ab 10.30 Uhr wird hier das gesamte Wiener Untersuchungsprogramm geboten, das über die österreichweiten Richtlinien für Gesundenuntersuchungen hinausgeht. In Wien gehören zum Untersuchungsprogramm auch EKG, Gehörprüfung und Kontrolle der Lungenfunktion. Gehörlose, die sich während der Öffnungszeiten in der Untersuchungsstelle Hainburger Straße persönlich anmelden, können hier gleich die ersten Tests absolvieren. Das dauert ein paar Stunden, weil beispielsweise allein der Glukosetest eine Stunde in Anspruch nimmt. Die telefonische Anmeldung muß natürlich nicht persönlich vorgenommen werden.

Daß mit der Einrichtung der Gesundenuntersuchungsstelle für Gehörlose eine echte Lücke geschlossen wurde, beweist der rege Zuspruch. (Schluß) and/gg

Kommende Nacht beginnt flächendeckende Schneeräumung

8 =Wien, 17.12. (RK-LOKAL) In der kommenden Nacht wird auf Initiative von Umweltstadtrat Helmut BRAUN mit der flächendeckenden Schneeräumung begonnen: Da es trotz Tauwetter (und neue Schneefälle sind angesagt) in einzelnen Schienenstraßen noch Probleme gibt, wird in der Nacht auf Donnerstag zunächst die Prinz-Eugen-Straße auf beiden Seiten flächendeckend vom Schnee befreit. Das bedeutet, daß derzeit - als zusätzlicher Hinweis zum nachts ja ohnehin geltenden Schienenstraßenparkverbot - Halteverbots tafeln aufgestellt werden, um die Schienenstraße von Autos freizuhalten und so eine zügige Schneeräumung zu ermöglichen. Alle Autofahrer, die sich dennoch nicht an dieses Halteverbot halten, können diesmal noch mit der sanften Tour rechnen - ihre Pkw werden lediglich während der Räumung hochgehoben und nach Abschluß der Arbeiten wieder im Bereich des ursprünglichen Parkplatzes abgestellt.+++

Sollte die Schneeräumung in der Prinz-Eugen-Straße, in der es durch Schnee und Autos Behinderungen für die Linie "D" und "71" gibt, rasch beendet werden können, kommt auch noch der Rennweg stadtauswärts, zwischen Schwarzenbergplatz und Ungargasse, an die Reihe. Ob und welche Schienenstraßen in den folgenden Nächten flächendeckend gesäubert werden, hängt dann vom Wetter und eventuellen neuerlichen Schneefällen ab. (Schluß) hrs/bs

NNNN

Goldenes Verdienstzeichen für Prof. Gerstacker

9 Wien, 17.12. (RK-KULTUR) Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK
überreichte am Mittwoch vormittag in seinem Arbeitszimmer an
Prof. Franz GERSTACKER, Chordirektor der Wiener Volksoper und
Chormeister des Wiener Schubertbundes, das Goldene Verdienstzeichen
des Landes Wien. (Schluß) red/gg

NNNN

Neue Fahrscheinautomaten für U-Bahn-Stationen

10 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Verkehrsstadtrat Johann HATZL stellte Mittwoch einen neuen Fahrscheinautomaten vor, der durch eine Vielzahl von Fahrscheinmöglichkeiten für Fahrten im gesamten Raum des Verkehrsverbundes eine wichtige Verbesserung im Kundendienst darstellt. Es können sowohl Fahrten in Wien wie auch in jede Außenzone gelöst werden. Diese universelle Benützungsmöglichkeit wird durch den individuellen Aufdruck des Fahrscheines auf einheitliche Papierrollen im Automaten ermöglicht.

Ein zusätzliches Kundendienstangebot bringt die Annahme von Papiergeld (100-Schilling-Scheinen) sowie die Restgeldrückgabe. Damit können Vorverkaufsfahrscheine (ohne Ausgabezuschlag) nun auch außerhalb der Öffnungszeiten der anderen Verkaufsstellen - ohne genau abgezähltes Kleingeld - erworben werden.

In allen U-Bahn-Stationen wird, soweit dies baulich möglich ist, jeweils einer dieser neuen Automaten aufgestellt. Insgesamt stehen 35 Stück zur Verfügung. Die neuen Automaten kosten pro Stück 400.000 Schilling und werden, da sich in Österreich kein entsprechender Produzent fand, im Ausland hergestellt. Innerhalb der nächsten Wochen werden die Automaten noch zusätzlich für die Ausgabe von "8-Tage-Umweltstreifennetzkarten" eingerichtet. Damit können dann neben Einzelfahrscheinen auch diese Tagesnetzkarten, die sich ja seit ihrer Einführung Anfang 1986 zu einem Verkaufsschlager entwickelt haben, zu jeder Betriebszeit erworben werden.

Hatzl teilte in diesem Zusammenhang heute mit, daß bereits 500.000 "Umweltstreifenkarten" verkauft wurden. Sie waren beispielsweise auch beim Wintereinbruch am Montag für viele Autofahrer ein Anreiz, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Trotzdem müsse man feststellen, so Hatzl, daß die Behinderungen beim öffentlichen Verkehr Montag in der Früh fast ausschließlich durch Autofahrer ausgelöst wurden, deren Fahrverhalten oder Ausrüstung nicht wintertauglich waren. Als bestes Beispiel dafür nannte Hatzl die Linie "38A", die die steilste Strecke den Kahlenberg hinauf befährt und dabei keinerlei Probleme hatte, weil dort praktisch kein Individualverkehr stattfand. Hatzl regte in diesem Zusammenhang strengere Kontrollen der Pkw in Hinblick auf ihre Sicherheit bei winterlichen Fahrbedingungen an. (Schluß) roh/bs

6,7 Millionen für medizinische Forschung (1)

Utl.: Computergesteuerter Blasenschrütmacher

11 =Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Neue Hoffnung für Querschnitt-
gelähmte: Im Rahmen eines eigenen Forschungsprojektes soll ein
computergesteuerter Blasenschrütmacher entwickelt werden, der die
bisher angewandten Möglichkeiten für inkontinente Patienten
wesentlich verbessern wird. Dies ist eines von insgesamt
17 medizinisch-wissenschaftlichen Projekten, die mit Hilfe des
"Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der
Bundeshauptstadt Wien" unterstützt werden. Mittwoch überreichte
Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in Anwesenheit von Gesundheitsstadtrat
Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Förderungsmittel in der Höhe von
6,7 Millionen Schilling an Wiener Ärzte. Die geförderten
Forschungsprojekte erstrecken sich auf nahezu alle Gebiete der
Medizin.++++

Zwtl.: Bisher 271 Projekte gefördert

Seit 1978 wurden durch das Kuratorium des Fonds insgesamt 534
Anträge bearbeitet und dafür rund 1.100 Gutachten eingeholt. Bis
Ende dieses Jahres wurden für 271 Anträge Förderungsmittel in der
Gesamthöhe von 96,9 Millionen Schilling bewilligt.

Zwtl.: Blasenschrütmacher, Entwicklungsstudie, Epilepsie

Bei den 17 geförderten Projekten handelt es sich unter anderem
um die Fortsetzung bereits laufender Forschungsarbeiten über die
motorische und psychologische Entwicklung von sogenannten "Risiko-
kindern" sowie Ursachen und angewandte Therapie bei Epilepsie.
Ferner werden im Rahmen eines eigenen Forschungsprojektes
konventionelle Blasenschrütmacher klinisch erprobt bzw.
anschließend daran experimentelle Studien zur Konstruktion eines
computergesteuerten Stimulators entwickelt. Weitere medizinische
Schwerpunkte bilden unter anderem virologische Forschungen sowie die
mögliche Anwendung radioaktiver Substanzen bei der Zerstörung von
Hirntumoren. (Forts.) zi/gg

6,7 Millionen für medizinische Forschung (2)

Utl.: Zilk: Wien medizinisches Zentrum

12 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK nahm die Überreichung zum Anlaß, um auf die Stellung Wiens als medizinisches Zentrum Österreichs hinzuweisen. So verfügt Wien über ein Viertel aller Betten Österreichs, 34 Prozent aller medizinischen Spitzenleistungen werden in Wien erbracht, und sechs von zehn österreichischen Medizinstudenten studieren in Wien. Was die Turnusplätze betrifft, so liegt der Schlüssel in Gesamtösterreich derzeit bei 1:20, in Wien hingegen bei 1:12. In diesem Zusammenhang appellierte der Bürgermeister erneut an die Bundesländer, ihre Turnusplatzquote zu erhöhen. So würden bei einem einheitlichen Schlüssel von 1:12 in Gesamtösterreich um 1.000 Ausbildungsplätze mehr zur Verfügung stehen als bisher.

Laut Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER werden durch die heutige Überreichung vier medizinische Projekte mit gesundheitspolitischen Aspekten mit 1,365.674 Schilling, acht klinisch-medizinische Forschungsprojekte mit 3,181.773 Schilling und fünf Projekte mit reiner Grundlagenforschung in der Höhe von 2,146.694 Schilling gefördert. (Schluß) zi/gg

NNNN

Neue Ausstellung im Historischen Museum

Utl.: "Musik im mittelalterlichen Wien"

13 Wien, 17.12. (RK-KULTUR) Das Historische Museum der Stadt Wien zeigt bis 8. März 1987 die Ausstellung "Musik im mittelalterlichen Wien". Die Ausstellung vermittelt dem Besucher die wichtigsten Ergebnisse eines 1980 bis 1985 vom Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unterstützten Projekts, mit dem es gelang, über Musik und Musizierpraxis einer bisher kaum erforschten Periode neue Erkenntnisse zu gewinnen.

In fünf Bereichen wird der Besucher mit Dokumenten zur geistlichen und weltlichen Musik dieser Stadt bekanntgemacht. Im Mittelpunkt stehen dabei die großartigen Funde im Schottenkloster, die von unschätzbarem Wert für die Erforschung der Stadtgeschichte im 12. und 13. Jahrhundert sind. Gemeinsam mit aufgefundenen musikhistorischen Dokumenten aus Pfarrkirchen und zahlreichen Ordensgemeinschaften tragen diese Bestände zum Verständnis der mittelalterlichen Musik, der Musizierpraxis und des kirchlichen Musiklebens bei.

Im Bereich weltlicher Musik wird die Situation am Hof der Babenberger (hier vor allem das Thema Minnesang) und frühen Habsburger jener des Wiener Bürgertums gegenübergestellt. Die Fragen der Musikbeziehungen Wiens zu Prag und Byzanz werden erörtert, wie auch jene der Rechtsstellung und Organisation der Wiener Musiker.

Die Ausstellung, der ein reich bebildeter Katalog beiliegt, ist täglich außer Montag von 9 bis 16.30 Uhr zu besichtigen.

(Schluß) ull/bs

1986 brachte viel Schwung für die Stadterneuerung

14 =Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Viel Schwung für die Stadterneuerung in Wien brachte das Jahr 1986. Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER und die beiden geschäftsführenden Direktoren des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds, Ing. Kurt WINDISCH und Ing. Walter HOFSTETTER, zogen heute Bilanz über das abgelaufene Jahr.

Die Statistiken sprechen eine deutliche Sprache. Dem Fonds ist es gelungen, gewaltige Aktivitäten in der Stadterneuerung mit riesigen Investitionssummen ins Rollen zu bringen. So haben sich beispielsweise die empfohlenen Anträge von Juni bis November dieses Jahres mehr als verdoppelt: Von 326 auf 666. 526 weitere Anträge werden derzeit bearbeitet. Bei vorsichtiger Schätzung kann für 1987 in Wien mit immerhin 900 Baustellen gerechnet werden. Die 666 Vorhaben werden ein Gesamtinvestitionsvolumen von 3,78 Milliarden Schilling auslösen.+++

473 der 666 Vorhaben befinden sich im Privatbesitz. Der Stadterneuerungsfonds werde als notwendiges Instrument zur Förderung der Stadterneuerung jedenfalls bestehen bleiben, erklärte Stadtrat Rudolf Edlinger. Im Interesse der Sache sei aber eine Zusammenarbeit der großen Parteien anzustreben. Seitens der FPÖ sei ihm kein einziger Vorschlag bekannt, wie Stadterneuerung in Wien funktionieren solle, ergänzte Edlinger.

1986 konnte der Fonds 241.195 Quadratmeter Grund und Boden für rund 206.000 Quadratmeter Wohnnutzfläche - das sind etwa 2.940 Wohneinheiten - zum Erwerb durch förderungswillige Bauträger freigeben. Das bedeutet eine Verzehnfachung gegenüber 1984. Trotz dieser enormen Steigerung der Ankaufstätigkeit konnte der Bodenpreis im Durchschnitt auf der Basis 1983 gehalten werden, erklärte Direktor Ing. Windisch.

Der Wirtschaftsplan 1987 sieht Einnahmen in der Höhe von 61,465.000 Schilling und Ausgaben in der Höhe von 60,891.000 Schilling vor. Erstmals werden elf Millionen Schilling für die Heranziehung von Ziviltechnikern und planenden Baumeistern zur Prüfung von Anträgen vorgesehen, wodurch sich die Aufnahme zusätzlicher Mitarbeiter erübrigt, sagte Direktor Ing. Hofstetter.

Zwtl.: Kummernummer bewährt

Die "Kummernummer gegen unredliche Absiedlungsmethoden 43 59 19, DW 55", hat sich bestens bewährt. Rigorose Absiedlungen konnten dank der Hilfe der Medien gebremst werden. Das "BTX"-Wohnservice Wien hat den Wohnungsmarkt transparenter gemacht. Die Abrufstellen sowie die Qualität des Wohnungsangebotes konnten in den ersten drei Monaten des Bestehens wesentlich erweitert werden. (Schluß) ah/gg

Wiener Musiksommer 1987 (1)

Utl.: "Schubert und die Romantik"

15 =Wien, 17.12. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA und Dr. Rainer BISCHOF stellten am Mittwoch das Programm des Wiener Musiksommers 1987 vor, das unter dem Motto "Schubert und die Romantik" steht. Kulturstadtrat Mrkvicka wies darauf hin, daß die Bemühungen um Strukturierung und weitere qualitative Aufwertung des Programms ein Sommer-Festival von hohem Rang erwarten lassen.++++

Zu den besonderen Höhepunkten des Musiksommers zählen die festlichen Konzerte von der Eröffnung mit den Wiener Symphonikern und der Gächinger Kantorei bis zum Schlußkonzert mit dem London Symphony Orchestra und Vladimir Ashkenazy. Im Arkadenhof sind neben den Wiener Symphonikern mit vier Konzerten unter anderem die Bamberger Symphoniker, die Philharmonia Hungarica und die Tonkünstler zu hören.

Die Schönbrunner Schloßkonzerte bieten unter anderem Klavierkonzerte mit Walter Klien, Philippe Entremont und Oleg Maisenberg und Schubert-Liederabende mit Robert Holl, Marjana Lipovsek, Josef Protschka und Christa Ludwig.

Im Rahmen der Palais-Konzerte soll - so Dr. Rainer Bischof - vor allem jungen österreichischen Künstlern ein Forum geboten werden.

Das Festival Orgelkunst in der Augustinerkirche, das seit seiner Einführung zu den attraktivsten Programmen des Musiksommers zählt, wird mit internationaler Besetzung fortgesetzt. (Forts.)
gab/rr

NNNN

Wiener Musiksommer 1987 (2)

Utl.: Musik des 20. Jahrhunderts in der Secession

16 Wien, 17.3. (RK-KULTUR) In der Secession finden fünf Konzerte des Zyklus "Musik des 20. Jahrhunderts" statt, wobei die Programmlinie von der österreichischen Musik auf die internationale Ebene erweitert wurde.

Von den fünf Gedenkstättenkonzerten finden zwei im Schubert-Haus und drei im Haydn-Haus statt.

Im Rahmen der Schrammel-Abende sind auch Ensembles mit zeitgenössischer Schrammel-Musik wie die Neuwirth-Schrammeln zu hören.

Wie im Sommer 1986 dürften auch 1987 die Vorstellungen der Volksoper - "Die Fledermaus" und "Die Zauberflöte" -, die diesmal in der Staatsoper gezeigt werden, zu den großen Attraktionen des Sommerprogramms gehören.

Die frei zugänglichen Promenadenkonzerte werden auch 1987 fortgesetzt, das sommerliche Theater- und Ausstellungsprogramm ergänzt wie jedes Jahr das Wiener Kulturangebot in diesem Zeitraum.

Schließlich sollen auch die Jazzkonzerte fortgesetzt werden, wobei hier eine kurzfristigere Programmierung eine Festlegung erst im Frühjahr ermöglicht. (Schluß) gab/rr

NNNN

Rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 18. Dezember 1986

Blatt 3127

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Radioaktive U-Bahn-Filter in Seibersdorf entsorgt
(grau) Ehrung für 196 Jubelpaare im Rathaus

Kommunal:

(rosa)

Planungsausschuß: Straßen- und Wohnbauprojekte
Architektenwettbewerb für Verbesserung von
Fertigteilbauten
Viel Gemeinsamkeit der Parteien im Gemeinderats-
ausschuß Wohnbau und Stadterneuerung
100.000 Schilling Prämie für Wasserwerke-
Bedienstete
Eine MA für die Gebäude des Gesundheitswesens

Lokal:

(orange)

Neue Verkehrsampel in der Brünner Straße

Kultur:

(gelb)

Ehrungen für Persönlichkeiten aus dem Musikleben

.....
Bereits am 17. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Radioaktive U-Bahn-Filter in Seibersdorf entsorgt

17 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Die Filter der Wiener U-Bahn, die nach der Katastrophe in Tschernobyl mit radioaktivem Staub belastet waren, wurden laut Mitteilung der Wiener Verkehrsbetriebe vom Atomforschungszentrum Seibersdorf zur Entsorgung übernommen. Dies erklärte Mittwoch Verkehrsstadtrat Johann HATZL zu einer diesbezüglichen Aussendung von öVP-Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS. "Der Verdacht einer unsachgemäßen Entsorgung ist völlig aus der Luft gegriffen", stellte Hatzl fest. (Schluß) roh/rr

NNNN

.....
Bereits am 17. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Ehrung für 196 Jubelpaare im Rathaus

18 Wien, 17.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK empfing am Mittwoch nachmittag im Festsaal des Wiener Rathauses 196 Jubelpaare zu einer Feier. Die Hochzeitsdiplome wurden an ein Gnadenhochzeitspaar (70 Jahre verheiratet), an vier Steinerne Hochzeitspaare (67,5 Jahre verheiratet), 19 Diamantene Hochzeitspaare (60 Jahre verheiratet) und 172 Goldene Hochzeitspaare überreicht.

Im heurigen Jahr feierten in Wien 1.081 Paare Goldene Hochzeit, 173 Paare Diamantene Hochzeit, 46 Paare Eiserne Hochzeit, fünf Paare Steinerne Hochzeit (1918) und zwei Paare Gnadenhochzeit (1916).
(Schluß) red/gg

NNNN

Neue Verkehrsampel in der Brünner Straße

1 =Wien, 18.12. (RK-LOKAL) Mehr Sicherheit für die Fußgänger bringt eine neue Verkehrslichtsignalanlage auf der Kreuzung Brünner Straße - Anton-Schall-Gasse in Floridsdorf, die Donnerstag vormittag in Betrieb genommen wurde.++++

Sie ermöglicht nun den Fußgängern bei der Einmündung der Anton-Schall-Gasse ein gefahrloses Überqueren der stark befahrenen Brünner Straße zur Haltestelle der Straßenbahnlinie 31. Der Schutzweg wurde mit Fußgängersignalen ausgestattet. Die Fußgänger können sich zur Querung mit Drucktasten "anmelden". (Schluß) sc/bs

NNNN

Planungsausschuß: Straßen- und Wohnbauprojekte

2 Wien, 18.12. (RK-KOMMUNAL) Der Planungsausschuß des Wiener Gemeinderates genehmigte Mittwoch nachmittag eine Reihe von Bau- und Planungsprojekten:

- Für den geplanten Ausbau der Wienerbergstraße B 225 im Abschnitt zwischen der Anschlußstelle Favoriten und der Laaer Berg-Straße soll ein Detailprojekt ausgearbeitet werden.
- Nach den U-Bahn-Bauarbeiten soll nun die Fahrbahn der Erdbergstraße zwischen der Würtzlerstraße und der Hintermayergasse im 3. Bezirk um 3,6 Millionen Schilling wiederhergestellt werden.
- Im Zusammenhang mit der Errichtung der U-Bahn-Station Schlachthausgasse im 3. Bezirk wurde die grundsätzliche Genehmigung erteilt, die Markhofgasse zwischen der Schlachthausgasse und der Würtzlerstraße auszubauen.
- Da es im Laaer Berg-Tunnel im Verlauf der Südost-Tangente immer wieder zu Wasseraustritten aus der Tunnelwand kommt, soll nun um 175.000 Schilling ein Sanierungskonzept ausgearbeitet werden.
- Für die Wohnbauvorhaben Gerhardusgasse - Treustraße im 20. Bezirk (54 Wohnungen, eine Tiefgarage für 36 PKW) und Haidingergasse - Göllnergasse im 3. Bezirk (23. Wohnungen, eine Tiefgarage für 16 PKW, eine Arztordination) wurden die Detailplanungen vergeben.
- Für städtische Wohnbauvorhaben im Bereich Karmelitermarkt im 2. Bezirk wurden Probebohrungen zur Erkundung der Untergrundverhältnisse genehmigt.
- Für die Bewachung und die Betriebsaufsicht in der Opern-, der Albertina- und der Babenberger-Passage sowie im Verkehrsbauwerk Schottentor wurden für die Jahre 1987 und 1988 8,3 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Schließlich genehmigte der Planungsausschuß auch Untersuchungen im Zusammenhang mit der probeweisen Einführung von "Tempo 30" in vier Wiener Stadtgebieten. Es werden Verkehrszählungen durchgeführt, Geschwindigkeits- und Lärmmessungen vorgenommen sowie das Unfallgeschehen, der ruhende Verkehr und die Anbindung an den öffentlichen Verkehr untersucht. Auf Grund dieser Erhebungen sollen Vorschläge zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, zur Lärmreduktion, zur Gewährleistung des Tempolimits und zur Organisation des ruhenden Verkehrs gemacht werden. (Schluß) sc/gg

Architektenwettbewerb für Verbesserung von Fertigteilbauten (1)
3 =Wien, 18.12. (RK-KOMMUNAL) Die Qualität jener städtischen Wohnhausanlagen, die in den 60er Jahren in Fertigteilbauweise errichtet worden sind, erscheint - aus heutiger Sicht - zum Teil zweifellos verbesserungswürdig. Dies ist kein spezielles Problem Wiens: Überall in Europa entstanden damals ähnliche Wohnhausanlagen, und in vielen Ländern zerbricht man sich heute den Kopf darüber, was man hier nachträglich noch besser machen könnte. In der Bundesrepublik Deutschland wurde in dieser Diskussion das Wort "Nachbesserung" geprägt. Die Stadt Wien (Magistratsabteilung 19) führte nun einen Architektenwettbewerb mit dieser Aufgabenstellung durch, dessen Ergebnisse Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN und der Vorsitzende der Jury, Prof. Reinhard GIESELMANN, Mittwoch abend nach der Juryentscheidung präsentierten.

Gegenstand des Wettbewerbes "Verbesserung von Großwohnsiedlungen der 60er Jahre" waren drei typische Wiener Wohnhausanlagen jener Zeit:

- o 21, Großfeldsiedlung (Erster Preis: Zoltan Egyed, 60.000 Schilling)
- o 21, Autokaderstraße (Erster Preis: Walter Bauer, 50.000 Schilling)
- o 22, Eipeldauerstraße-Saikogasse (Erster Preis: Günter Lautner, Peter Scheifinger und Rudolf Szedenik, 130.000 Schilling).++++

Zwtl.: Hofmann: Keine Zwangsbeglückung

StR. Hofmann wies darauf hin, daß man mit diesem Wettbewerb nicht nur Vorschläge für die drei konkreten Wohnhausanlagen, sondern darüber hinaus grundsätzliche Anregungen erhalten wollte, die auch bei anderen, ähnlichen Wohnhausanlagen der 60er Jahre zum Tragen kommen könnten. Das Ergebnis des Wettbewerbes lege nahe, nach dieser vor allem auf Gestaltungsfragen bezogenen Konkurrenz in weiterer Folge auch die städtebaulichen Komponenten solcher Wohnhausanlagen auf fachlicher Basis verstärkt zu diskutieren - eventuell im Rahmen eines weiteren Wettbewerbes. Wie Hofmann betonte, soll bei der angestrebten Verbesserung von Wohnhausanlagen der 60er Jahre keine "Zwangsbeglückung" der Mieter erfolgen, auch dürfe es durch die gestalterischen Maßnahmen zu keiner zusätzlichen finanziellen Belastung der Mieter kommen. (Forts.) ger/rr

Architektenwettbewerb für Verbesserung von Fertigteilbauten (2)

4 Wien, 18.12. (RK-KOMMUNAL) Hofmann: "Im Gegenteil: Durch die Verbesserung der Wärmedämmung - die Einmantelung der Fertigteilbauten war ja der Anlaß zu konkreten Überlegungen über eine gleichzeitige gestalterische Verbesserung - sind für die Mieter wesentliche Einsparungen bei den Energiekosten zu erwarten."

Zwtl.: Jury skeptisch bei allzu bunten Fassaden

Die Wettbewerbsjury unter dem Vorsitz von Prof. Gieselmann beurteilte Vorschläge, die eine sehr auffällige farbliche Gestaltung der Fassaden vorsahen, eher zurückhaltend. Als das nach Meinung der Jury mit Abstand beste Projekt würdigte Gieselmann die Arbeit des Architektenteams Lautner, Scheifinger und Szedenik. (Wohnhausanlage Eipeldauerstraße). Es sieht eine Fassadengestaltung mit einfachen Mitteln vor. Vorgeschlagen werden Pergolen sowie Rankgewächse im unteren Bereich. In den Grünflächen soll es Baumpflanzungen ("Waldzonen") geben. Außerdem begrüßte die Jury auch die vorgeschlagenen Mietergärten sowie die Anlegung eines kleinen Teiches.

Zwtl.: Ausstellung über Wettbewerbsergebnisse

Die Ergebnisse des Wettbewerbs werden vom 18. bis 23. Dezember in einer Ausstellung im Kulturhaus in Wien 9, Währinger Straße 59, täglich in der Zeit von 10 bis 18 Uhr gezeigt (am 23. Dezember nur bis 12 Uhr). Im kommenden Jahr soll die Ausstellung in die Nähe der Wettbewerbsgebiete im 21. und 22. Bezirk übersiedeln. (Schluß)
ger/bs

NNNN

Viel Gemeinsamkeit der Parteien im Gemeinderatsausschuß Wohnbau
und Stadterneuerung

6 Wien, 18.12. (RK-KOMMUNAL) Viel Gemeinsamkeit der Großparteien prägte das Arbeitsklima im 1986 neu konstituierten Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung. Von den 568 Geschäftsstücken fanden nur 4 nicht die Zustimmung der ÖVP. 564 Geschäftsstücke wurden einstimmig beschlossen. In den sieben Ausschusssitzungen wurden Sachkredite für verschiedene Maßnahmen im Bereich des Wohnbaus und der Stadterneuerung in der Höhe von über 1,224 Milliarden Schilling genehmigt. Weiters wurden Aufträge im Wert von über 1,304 Milliarden Schilling an die Wirtschaft vergeben. (Schluß)
ah/rr

NNNN

100.000 Schilling Prämie für Wasserwerk-Bedienstete

Utl.: Sie entwickelten Gerät für Stollenreinigung

7 =Wien, 18.12. (RK-KOMMUNAL) Zwei Bedienstete der Wiener Wasserwerke haben Geräte zur maschinellen Reinigung der Hochquellen-Wasserleitungsstollen entwickelt. Ihr "Erfindergeist" wurde belohnt: Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION überreichte Dipl.-Ing. Franz LAAHA und Norbert BARAN je eine Prämie von 50.000 Schilling.++++

Die mehr als 250 Kilometer langen Stollen der I. und II. Hochquellen-Wasserleitung, durch die das hochwertige Trinkwasser aus dem Schneeberg- und Hochschwab-Gebiet nach Wien fließen, müssen von den mineralischen und organischen Ablagerungen gereinigt werden. Früher - vor Jahrzehnten - wurde das händisch abgekratzt. Vier Maschinen, von den beiden Bediensteten der MA 31 entwickelt, ersetzen nun die Handarbeit. Die Geräte bestehen im wesentlichen aus Wagen, auf die Scherleisten und Rotationsbürsten montiert sind. Für eine "Feinreinigung" kommen auch Hochdruckwasserstrahl-Pumpen zum Einsatz. Bei der Konstruktion der Geräte war besonders zu berücksichtigen, daß die Stollen nicht einheitlich groß sind, und daß sie "umweltfreundlich" mit Energie versorgt werden. Mit den vier entwickelten Geräten werden jährlich etwa 40 Kilometer der Leitungen gesäubert.

Die Prämie von 100.000 Schilling für die beiden Bediensteten ist die höchste Prämie, die bisher im Rahmen des betrieblichen Vorschlagswesens der Stadt Wien vergeben wurde. Insgesamt wurden heuer 52 Vorschläge mit einem Gesamtbetrag von 210.900 Schilling prämiert. (Schluß) smo/bs

Ehrungen für Persönlichkeiten aus dem Musikleben

8 Wien, 18.12. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA überreichte am Donnerstag an Prof. Ingrid HAEBLER, an Anestis LOGOTHETIS und an Prof. Carl MELLES die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold sowie an Kammersängerin Christiane SORELL die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Silber.

Prof. Ingrid Haebler hat als Pianistin mit ihren Interpretationen im Bereich der klassischen Musikliteratur Weltruf erlangt.

Anestis Logothetis ist mit der Entwicklung der graphischen Notation und der Musikhörspiele neue Wege im Musikschaffen unserer Zeit gegangen.

Prof. Carl Melles verbindet eine langjährige Zusammenarbeit mit den Wiener Orchestern, Opernhäusern und Konzerthäusern. Er hat sich auch um Ur- und Erstaufführungen österreichischer Komponisten verdient gemacht.

Kammersängerin Christiane Sorell hat an der Wiener Volksoper insgesamt 38 Hauptpartien gesungen. Darüber hinaus ist sie auch als Liedsängerin moderner, exponierter Partien hervorgetreten.

An der Feier nahm auch Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS teil.

(Schluß) gab/rr

Eine MA für die Gebäude des Gesundheitswesens

Utl.: Stadtrat Stacher: "Wieder ein Schritt in der Organisationsverbesserung der Wiener Spitäler"

9 =Wien, 18.12. (RK-KOMMUNAL) Über wichtige organisatorische Neuerungen im Gesundheitsbereich informierte Gesundheits- und Spitalstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER am Donnerstag in einem Pressegespräch. Damit werden die Aufgaben des Hochbaus und der Haustechnik der Krankenanstalten auf eine Abteilung konzentriert. Zu Jahresbeginn wird die neu- bzw. umstrukturierte Magistratsabteilung 23 - Gebäude des Gesundheitswesens - alle Leistungen ausgenommen Neubauten größeren Umfanges und Anlagenbau wie z.B. technische Zentralen durchführen. Stacher sagte, er erwarte sich durch die Umgestaltung eine wesentlich größere Effizienz und sprach von einem weiteren Schritt in der Organisationsverbesserung der Wiener Spitäler.++++

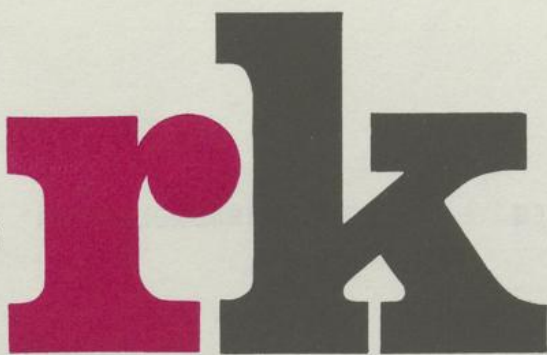
Neben sämtlichen Hochbauagenden für die Magistratsabteilungen 15 (Gesundheitsamt) und 17 (Anstaltenamt) wird die MA 23 im haustechnischen Bereich folgende Aufgaben wahrnehmen: Betriebsführung und Wartung, Gebrechensbehebung, sowie die Erneuerung von Anlagen kleineren Umfanges und haustechnische Arbeiten im Zuge von Zu-, Umbau- und Modernisierungsarbeiten.

Das für die Übernahme der haustechnischen Aufgaben in der MA 23 notwendige Personal der MA 32 (Maschinentechnik, Wärme, Kälte und Energiewirtschaft) und MA 34 (Elektro-, Gas- und Wasseranlagen für städtische Objekte) wird in die technischen Betriebsleitungen der Anstalten versetzt. In der Übergangsphase sind die der MA 23 neu zugewiesenen Gruppenleiter der Haustechnik (Heizung-, Lüftung-Klima, Elektro- und Sanitärtechnik) nur fachlich zuständig. Für die von den Magistratsabteilungen 32 und 34 durchzuführenden Projekte werden die zuständigen Betriebsleiter mit einer Koordinierungsfunktion gegenüber der MA 32 und MA 34 ausgestattet.

Stadtrat Stacher erwartet sich durch die Veränderungen in der Bauorganisation raschere Reaktionsmöglichkeit, konzentrierte Verantwortlichkeit, einfachere und schnellere Abwicklung, bessere Kreditkontrolle, straffere Bauzeit mit einheitlichem Zeitablauf und stärkere Kompetenzen. Die Magistratsabteilung 23 wird von Senatsrat Dipl.-Ing. Rudolf FOLTIN geleitet. (Schluß) red/rr

Rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 19. Dezember 1986

Blatt 3138

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Drastische Verfahrenskürzung bei Sanierungs-
vorhaben gelungen

Kommunal:
(rosa)

Donauraumplanung: Ergebnisse des Bürgervotums
Bilanz über die Aktion "Die Bunte Stadt"
Dezentralisierung bringt neue Aufgaben
HCl-Belastung Wiens wird ständig verringert

Lokal:
(orange)

Wien-Tourismus im November: Plus 4 Prozent
Kursalon Hübner: Küche wurde saniert
Winterferienspiel 1986/87
Zuviele Hasen und Kaninchen: Zwangsabschuß
auf der Donauinsel

Nur
über FS:

18.12. Öltreiben im Freudenauer Hafen
Brand forderte ein Todesopfer

.....
Bereits am 18. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Drastische Verfahrenskürzung bei Sanierungsvorhaben gelungen
11 Wien, 18.12. (RK-KOMMUNAL) 1986 sei in Wien eine drastische Verkürzung der Prüfungsverfahren von Sanierungsvorhaben im Rahmen der Stadterneuerung gelungen, erklärte heute Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER.

Die Stadt Wien habe großes Interesse an einer massiven Förderung der Stadterneuerung und habe mit der Verkürzung der Verfahrensdauer auf 30 Wochen alle Voraussetzungen für eine schnellstmögliche, aber auch gewissenhafte Erledigung von Sanierungsanträgen geschaffen. Unverzichtbar seien dabei einerseits jener Interessenausgleich zwischen Hauseigentümern und Bewohnern, der die soziale Seite der Stadterneuerung kennzeichne, andererseits jene Verwaltungsmaßnahmen, die einen genauen und immer wieder verlangten sorgsamen Umgang mit Steuermitteln garantierten, betonte Edlinger.

Die 666 durch den Stadterneuerungsfonds bereits zur Durchführung empfohlenen Sanierungsvorhaben werden fast 22.000 Wohnungen in Wien betreffen und ein Gesamtinvestitionsvolumen von 3,78 Milliarden Schilling auslösen. 526 weitere Anträge sind in Bearbeitung, sodaß 1987 auf rund 900 Stadterneuerungsbaustellen Milliardenbeträge in die Bauwirtschaft fließen werden. Auch werde man 1987 verstärkt die Zusammenarbeit mit Zivilingenieuren und planenden Baumeistern zur Bewältigung der stark gewachsenen Aufgaben in der Stadterneuerung suchen, schloß Edlinger. (Schluß) ah/gg

NNNN

Wien-Tourismus im November: Plus 4 Prozent

1 Wien, 19.12. (RK-LOKAL) Im heurigen November verzeichnete Wien insgesamt 329.000 Gästenächtingungen, was einem Zuwachs von 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Dies ist nach dem Oktober (plus 3 Prozent) nun der zweite Monat mit positivem Ergebnis seit März. Starke Zuwächse gab es bei den Gästen aus Deutschland, die mit 77.000 Übernachtungen ein Plus von 23 Prozent aufwiesen. Auch aus Italien (21.000 Nächtingungen, plus 7 Prozent) und Frankreich (9.000 Nächtingungen, plus 20 Prozent) gab es sehr gute Steigerungen. Besonders erfreulich ist ein Nächtingungsplus von 29 Prozent bei den Japanern. Der Amerikaner-Rückgang ist kleiner als im Sommer (minus 26 Prozent). Die gehobene Hotellerie (4- und 5-Sterne-Kategorie), die unter den Nächtingungsrückgängen im heurigen Jahr besonders zu leiden hatte, profitierte von den Zuwächsen im November am stärksten, sie verzeichnete ein Plus von 9 Prozent. (Schluß) wfv/gg

NNNN

Kursalon Hübner: Küche wurde saniert

2 Wien, 19.12. (RK-LOKAL) Die Küche im Kursalon Hübner kann wieder benützt werden. Ende Oktober mußte der Küchenbetrieb von Lebensmittelkontrolloren stillgelegt werden, weil der Amtsarzt eine unmittelbare Gefährdung der Gesundheit der Menschen festgestellt hatte. Zur Sanierung des Küchenbetriebes wurden dem Inhaber sieben Auflagen aufgetragen, wobei die intensive Schädlingsbekämpfung, die Reinigung und Desinfektion absolute Priorität hatten.

Die notwendigen Sanierungsarbeiten wurden einwandfrei durchgeführt. Dies und nichts anderes sollte erreicht werden, auch wenn der Betriebsinhaber die Stilllegung des Küchenbetriebes nicht als Reaktion der Behörden auf unhaltbare Hygienezustände gelten ließ, sondern auf eine gezielte "Politaktion" zurückführte, erklärte Konsumentenstadträtin Friederike SEIDL. (Schluß) lei/gg

NNNN

Donauraumplanung: Ergebnisse des Bürgervotums (1)

3 =Wien, 19.12. (RK-KOMMUNAL) Mit der nunmehr vorliegenden Auswertung der Fragebogen zum "Bürgervotum" ist die erste Phase des Bürgerbeteiligungsverfahrens im Rahmen des Wettbewerbes "Chancen für den Donauraum Wien" abgeschlossen. Über die Ergebnisse berichtete Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN am Freitag in einem Pressegespräch.

Fast 4.000 Wienerinnen und Wiener beteiligten sich an dieser neuen Form der Planungs-Mitbestimmung. Die vorliegende, vom Institut für empirische Sozialforschung durchgeführte Auswertung bezieht sich auf 3.400 Fragebogen, da die Ergebnisse rechtzeitig den Wettbewerbsteilnehmern zur Verfügung gestellt werden mußten.

Die Meinungen, Vorschläge, Anregungen und Kritiken der restlichen 600 Einsender gehen deshalb aber nicht "verloren": Eine stichprobenartige Durchsicht zeigte keine Abweichungen vom Auswertungsergebnis. Darüberhinaus werden ALLE eingesendeten Fragebogen in der laufenden Ausstellung im Messepalast öffentlich präsentiert. Um die Ergebnisse des Bürgervotums empirisch abzusichern, wurde das Frageprogramm parallel dazu einer Repräsentativuntersuchung bei 1.000 Wienerinnen und Wienern unterzogen. Das - erfreuliche - Resultat: Die Ergebnisse weichen nur minimal voneinander ab.

Zwtl.: Schwerpunkte Natur, Wohnumwelt

Wie sich schon bei der ersten Zwischenauswertung gezeigt hatte, beziehen sich die Bürgerwünsche schwerpunktmäßig auf die Natur und die Wohnumwelt.++++

Das sind die "Großen Zehn" nach Durchschnittsnoten gereiht (Note 1 = sehr wichtig, Note 5 = völlig abzulehnen, in Klammer die Ergebnisse der Repräsentativ-Erhebung):

o Selbstreinigungsvermögen der Gewässer verbessern	1,16 (1,40)
o Revitalisierung von Wasserflächen	1,38 (1,74)
o Naturnahe Bereiche in Parkanlagen	1,49 (1,67)
o Erweiterung des Radwegenetzes	1,54 (1,80)
o Natürliche Ufergestaltung	1,55 (1,62)
o Belebung alter Ortskerne	1,57 (1,86)
o Verkehrsarme, begrünte Wohnzonen	1,68 (1,94)
o Kindgemäße Spielplätze für verschiedene Altersstufen	1,71 (1,68)
o Nationalpark Donau-March-Thaya	1,87 (1,97)
o Fähren vom rechten Ufer zur Donauinsel	2,02 (2,15)

(Forts.) lf/bs

Donauraumplanung: Ergebnisse des Bürgervotums (2)

4 Wien, 19.12. (RK-KOMMUNAL) In der Repräsentativbefragung wurde darüberhinaus nach Vorschlägen und Anregungen gefragt, die in größerer Zahl im Bürgervotum genannt wurden.

Die wichtigsten Ergebnisse:

o Verstärkte Abwasserklärung	1,32
o Sicherheit (auf der Donauinsel), z.B. Notruftelefone	1,44
o Begrünung (z.B. Alleeen, Hinterhöfe)	1,48
o Mehr Abfallbehälter (auf der Donauinsel)	1,54
o Verlängerung der U-Bahn	1,62
o Revitalisierung bestehender Gebäude	1,67
o Ruheazonen für ältere Menschen (Bänke, Schatten)	1,70
o Aulandschaft belassen bzw. wiederherstellen	1,74
o Hundeproblem (Kotbeseitigung, Leinenpflicht)	1,74
o Wirtschaftswachstum mit Energiesparen	1,76
o Natur und Parks nahe dem Zentrum	1,76
o Stärkere Bepflanzung (der Insel) mit Bäumen und Sträuchern	1,83
o Ausbau der S-Bahn	1,84
o Wohnstraßen und Fußgängerzonen	1,87

Zwtl.: Ablehnung für massivere Bebauung, Skepsis bei Großvorhaben
Vehement abgelehnt wird eine stellenweise massivere Bebauung der Donauinsel, wie auch große Bürogebäude am rechten Ufer, aber auch ein Motorboothafen.

Skeptisch ist die Einstellung zu Großvorhaben wie einer Verlegung des Messegeländes zum Nordbahnhof oder Sportstätten für olympische Spiele.

Und das sind die "Negativ-Hits":

o Stellenweise massivere Bebauung der Donauinsel	4,53 (4,34)
o Motorboothafen	4,13 (3,77)
o Große Bürogebäude am rechten Ufer	3,84 (4,01)
o Verlegung des Messegeländes zum Nordbahnhof	3,60 (3,49)
o Sportstätten für olympische Spiele	3,33 (3,13)
o Schlichte Gestaltung (d. Staustufe) als Technikbauwerk	3,29 (2,97)
o Sechste Donaubrücke im Bereich Freudenu	3,23 (2,81)
o Künstlerische Gestaltung (d. Staustufe) origineller Art	3,19 (3,37)
o Überbauung der Donau-Ufer-Bahnstrecke	3,14 (3,08)

(Forts.) lf/bs

Donauraumplanung: Ergebnisse des Bürgervotums (3)

Utl.: Informationsangebot gut angenommen

5 Wien, 19.12. (RK-KOMMUNAL) Das Informationsangebot zum Wettbewerb wurde gut angenommen: Bisher wurden in der Ausstellung im Messepalast rund 13.000 Besucher gezählt, an den im Herbst veranstalteten Informationsfahrten (mit Bus, Bahn, Schiff), durch den Donauraum nahmen insgesamt mehr als 1.300 Personen teil. Zu diesen Informationsfahrten waren Wettbewerbsteilnehmer und Teilnehmer am Bürgervotum eingeladen. Die Informationsfahrten für Teilnehmer am Bürgervotum sollen im Frühjahr fortgesetzt werden.

Zwtl.: Aktuelles zum Wettbewerb

Der Wettbewerb selbst findet äußerst starkes Interesse. Ein Monat vor Abgabeschluß liegen folgende Anmeldungen vor:

Ziviltechniker:	100 (davon 73 definitiv)
Parallelwettbewerb:	124 (davon 53 definitiv)
Offener Wettbewerb:	234 (davon 195 definitiv)

Zwtl.: Weiterer "Fahrplan"

Nach Abgabeschluß am 19. Jänner 1987 erfolgt die Vorprüfung, die internationale Jury unter Vorsitz von o.Prof. Thomas SIEVERTS (Universität Darmstadt) wird Ende Februar zusammentreten und voraussichtlich am 6. März 1987 in einer Pressekonferenz die Ergebnisse präsentieren. (Forts.mgl.) lf/bs

NNNN

Bilanz über die Aktion "Die Bunte Stadt"

Utl.: 120 Malprojekte realisiert

6 =Wien, 19.12. (RK-KOMMUNAL) Bilanz über die Aktion "Die Bunte Stadt", die das Wiener Landesjugendreferat im laufenden Jahr veranstaltete, zog Freitag, dem 19. Dezember, Familienstadtrat Ingrid Smejkal. Ziel dieser Aktion war es, resümierte Smejkal, Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, in ihrer unmittelbaren Wohn- und Schulumgebung selbst gestaltend zu wirken. Im Zeitraum von April bis Juni 1986 wurden im Rahmen der "Bunten Stadt" 120 Flächen von rund 2.000 mit Farben und Pinsel bunt bemalt. Die Aktion, deren Kosten sich auf rund 350.000 Schilling belaufen, trug nicht nur zur Verschönerung des Stadtbildes bei, meinte die Stadträtin, sondern auch zur Identifizierung Jugendlicher mit "ihrer" Stadt. Die Aktion "Bunte Stadt", die vom Stadtschulrat für Wien, dem Wiener Farbenfachhandel und den Wiener Bezirken unterstützt wurde, wird auch 1987 eine Fortsetzung finden, kündigte Smejkal an.++++
(Schluß) jel/rr

NNNN

Winterferienspiel 1986/87

Utl.: Spiel und Spaß vom 28. Dezember 1986 bis 6. Jänner 1987

7 =Wien, 19.12. (RK-LOKAL) Sportveranstaltungen, Kreativaktionen und viele Spielmöglichkeiten für Familien gibt es im Rahmen des Winterferienspiels des Wiener Landesjugendreferates, das vom 28. Dezember bis 6. Jänner läuft. Dieses Ferienspiel soll, erklärte Familienstadtrat Ingrid SMEJKAL Freitag, Familien, die ihre Urlaubstage in Wien verbringen, interessante Anregungen zur Gestaltung ihrer Freizeitaktivitäten bieten.++++

Schwerpunkte im Winterferienspiel für Familien sind die Aktionen:

- o "1, 2, 3, ... Spielebox herbei!": Im Festsaal des Rathauses können neue Spiele ausprobiert werden. Spiele, die zu Weihnachten geschenkt wurden, kann man unter Anleitung von Fachleuten erproben. (28.12., 10 bis 18 Uhr, 29. und 30.12., 14 bis 18 Uhr)
- o "Planen - Spielen - Donaauraum": Rund um die Ausstellung "Chancen für den Donaauraum" findet im Wiener Messepalast (Halle P) ein Aktivprogramm für die ganze Familie statt. Aus Karton und Pappmache werden Modelle von Vorschlägen zur Ufergestaltung der Donau gebaut. (2. bis 6.1., 9 bis 16 Uhr)
- o "Computertreff": Computerfreunde können in der Wiener Jugendleiterschule (7, Zieglergasse 49) an Computern üben und sich informieren. (28. bis 30.12., 2., 3. und 5.1., 10 bis 16 Uhr)
- o "Zoo aktiv": Einmal hinter die Kulissen des Schönbrunner Tiergartens blicken! Fragen zur Heim- und Haustierhaltung werden von Tierpflegern beantwortet. Die Besucher können auch beim Bau von Tierbehausungen mithelfen! (29., 30.12. und 2.1., Treffpunkt jeweils um 13 Uhr).

Auch bei diesem Ferienspiel gibt es wieder spezielle Angebote für 13- bis 15jährige, wie Disco, Computer-Workshops, Schnuppertauchen, Bowling, etc.

Ein Ferienspielstand ist wieder in der Stadtinformation im Rathaus eingerichtet.

Für alle Auskünfte steht das Ferienspieltelefon unter 42 800/4100 zur Verfügung. (Schluß) jel/gg

Donauraumplanung: Ergebnisse des Bürgervotums (4)

Utl.: Hofmann: Meinungsbildungsprozeß über Großprojekte derzeit
in Gang

8 Wien, 19.12. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen des Bürgervotums erhielten die zur Diskussion stehenden Großprojekte wie Staustufe oder Zentralbahnhof auf der fünfteiligen Notenskala Durchschnittswerte plus/minus 3. Hofmann erklärte dazu, er sei keineswegs überrascht, daß die Großprojekte im gegenwärtigen, noch wenig konkreten Stadium auf eine gewisse Skepsis bei der Bevölkerung stoßen. Der Meinungsbildungsprozeß sei hier derzeit noch in vollem Gang, vom Wettbewerb Donauraum erhoffe er sich wesentliche Beiträge. Hofmann verwies auf das Beispiel des Großprojektes Donauinsel, bei dem sich anfangs zum Teil weitgehende Ablehnung sukzessive in allgemeine Zustimmung verwandelte. So hatten bei einer repräsentativen Befragung noch im Jahr 1979 erst 16 Prozent der Wiener die Donauinsel als jenes Großprojekt bezeichnet, dem sie am meisten zustimmen, 1982 waren es bereits 41 Prozent und 1984 59 Prozent.

Zur derzeit diskutierten Weltausstellung betonte Hofmann, daß er - ebenso wie Vizebürgermeister Mayr - der Meinung sei, daß vor einer definitiven Entscheidung Klarheit über die künftige Nutzung des Geländes und der Gebäude NACH Ende der Ausstellung bestehen müsse. Grundsätzlich könnten von einer gemeinsam mit Budapest veranstalteten Weltausstellung zweifellos wichtige Impulse ausgehen, erklärte Hofmann. (Schluß) ger/rr

NNNN

Zuviele Hasen und Kaninchen: Zwangsabschuß auf der Donauinsel

9 Wien, 19.12. (RK-LOKAL) Da die Schäden durch Hasen und Kaninchen auf der Donauinsel schon zu groß werden, muß am Montag, dem 22. Dezember, von 8 bis 12 Uhr im Bereich nördlich Floridsdorfer Brücke ein Zwangsabschuß durchgeführt werden. (Schluß) hrs/bs

NNNN

Dezentralisierung bringt neue Aufgaben

Utl.: Magistratsdirektor Bandion warnt vor Diskussion "Beamte auf Zeit"

10 Wien, 19.12. (RK-KOMMUNAL) Die Leiter aller Magistratsabteilungen und die leitenden Beamten der Magistratsdirektion übermittelten Freitag im Grünen Salon des Rathauses Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION die besten Feiertagswünsche. Als Doyen der versammelten Beamten erklärte Obersenatsrat Dr. Walter PROHASKA, seit 20 Jahren Leiter der Magistratsabteilung 11, Jugendamt, daß damit die Verbundenheit der Beamten mit ihrem Chef zum Ausdruck gebracht wird, der in einer Zeit, in der in den Medien oft ungerechtfertigte Kritik an der Beamtenschaft geübt wird, sich stets für die Imageverbesserung eingesetzt hat.

Magistratsdirektor Dr. Bandion dankte den Beamten für die mit hoher Sachkundigkeit in diesem Jahr geleistete Arbeit und für ihre außerordentliche Pflichterfüllung. Er ersuchte um das gleiche Engagement für die Bewältigung der vermehrten Aufgaben, die im Zuge der Dezentralisierung auf die Beamten zukommen.

Dr. Bandion nahm zu der auf Bundesebene aufgetauchten Frage des "Spitzenbeamten auf Zeit" Stellung und warnte vor den Folgen eines populistischen Hochspiels. Die Infragestellung der Pragmatisierungs- und Pensionsrechte wäre dann nur ein weiterer Schritt. In der Verwaltung der Stadt Wien habe die Aktualisierung der Frage der Bestellung eines "Beamten auf Zeit" schon deshalb keine Bedeutung, weil sie in Wien auf Grund der Geschäftsordnung des Magistrats ohnedies geltendes Recht ist. Die gegensätzlichen Bestimmungen wie im Beamtenschutzgesetz des Bundes gibt es in Wien nicht. Ein unfähiger Beamter kann jederzeit nach dem Dienstrecht seiner leitenden Funktion enthoben werden. Durch Übernahme dieser in Wien geltenden Regelung auf Bundesebene würde sich jede Diskussion dieser Art erübrigen. (Schluß) smo/bs

HCl-Belastung Wiens wird ständig verringert

11 =Wien, 19.12. (RK-KOMMUNAL) "Die Forderungen nach einer Verringerung der PVC-Materialien sind zweifellos richtig und werden im Rahmen der Maßnahmen des Wiener Abfallwirtschaftskonzepts von uns unterstützt. Die Stadt Wien ist sich natürlich der Gefahren durch Salzsäurebelastung bewußt. Daher wurde und wird ja auch die Salzsäure-Belastung Wiens durch den Einbau der Rauchgaswäschen bei den beiden Müllverbrennungsanlagen wesentlich verringert". Das betonte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Freitag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" zu einem Bericht über die neue Studie des Umweltbundesamtes, in der es um die Salzsäurebelastung geht.

Die Frage der Verringerung der HCl-Emissionen wird auch im Wiener Luftbericht behandelt: So wurden die HCl-Emissionen der MVA Flötzersteig durch den Einbau der Rauchgaswäsche von etwa 800 bis 1.500 Milligramm pro Kubikmeter auf weniger als 10 Milligramm reduziert (insgesamt 7,15 Tonnen pro Jahr) - das heißt, die HCl-Belastung durch den Flötzersteig konnte auf 1 bis 2 Prozent der ursprünglichen Werte gesenkt werden. Eine entsprechende Verringerung wird natürlich auch durch die Rauchgaswäsche bei der Spittelau erreicht (insgesamt 15,4 Tonnen pro Jahr). Derzeit sind übrigens weltweit von keiner Müllverbrennungsanlage geringere Emissionen bekannt, als sie am Flötzersteig gemessen wurden.++++

Nach Inbetriebnahme der letzten Rauchgaswäsche im Bereich der EBS wird die HCl-Belastung der Bundeshauptstadt noch weiter entscheidend verringert: Auf etwa 10 Tonnen pro Jahr, womit die HCl-Belastung aus den drei Anlagen insgesamt nur rund 33 Tonnen pro Jahr beträgt.

StR. Johann HATZL zeigte sich erfreut, daß die Studie des Umweltbundesamtes die Vorgangsweise der Stadt Wien bestätigt, möglichst rasch Filter in die beiden Müllverbrennungsanlagen einzubauen. Zu den Aussagen von Gerhard FRAUERWIESER vom Bundesinstitut für Gesundheitswesen sagte Hatzl, dieser habe anscheinend übersehen, daß der Einbau von Rauchgaswaschanlagen sowohl am Flötzersteig wie auch in der Spittelau bereits durchgeführt ist. Die genannten Werte an Salzsäureausstoß bei den Müllverbrennungsanlagen beziehen sich auf die Zeit vor dem Einbau der Filteranlagen. (Schluß) hrs/roh/gg

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 22. Dezember 1986

Blatt 3151

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Hohe Auszeichnung für Hofrat Dr. Waissenberger
Strombedarf weiter gestiegen, mehr Fahrgäste
bei Verkehrsbetrieben
Alle Jahre wieder: Christbaumbränden kann man
vorbeugen

Kommunal:
(rosa)

Ein Fernwirksystem für die Wiener Straßen-
beleuchtung
ÖVP kritisiert Fernwärmepreise

Lokal:
(orange)

Neue Verkehrsampel in Ottakring
Hallenbäder am Heiligen Abend: außer Donaustadt
bis 14 Uhr geöffnet
Wagramer Straße: Das Eck ist weg

Sport:
(grün)

Mrkvicka: "1986 ein erfolgreiches Jahr
für den Sport"

Nur
über FS:

19.12. Sturm: 100 Feuerwehreinsätze
22.12. Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters
Wohnungsberatungszentrum: Parteienverkehr
und Sprechstunden entfallen

.....
Bereits am 20. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Hohe Auszeichnung für Hofrat Dr. Waissenberger

1 Wien, 20.12. (RK-KULTUR) Der Direktor der Museen der Stadt
Wien, Hofrat Dr. Robert WAISSENBERGER, erhielt das Ehrenkreuz für
Wissenschaft und Kunst 1. Klasse. Die Überreichung der hohen
Bundesauszeichnung wurde durch Wissenschaftsminister Dr. Heinz
FISCHER vorgenommen. (Schluß) gab/gg

NNNN

.....
Bereits am 20. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Strombedarf weiter gestiegen, mehr Fahrgäste bei Verkehrsbetrieben
2 =Wien, 20.12. (RK-KOMMUNAL) In den ersten neun Monaten des
Jahres 1986 ist der Strombedarf in Wien gegenüber dem Vergleichs-
zeitraum des Vorjahres um zwei Prozent gestiegen. Das geht aus dem
von den Wiener Stadtwerken vorgelegten Quartalsbericht hervor. Die
Gasabgabe ist um rund viereinhalb Prozent zurückgegangen. Der Trend
bei den Verkehrsbetrieben zu mehr Fahrgästen hält an: Heuer waren
bisher um etwa fünfeinhalb Millionen mehr "Beförderungsfälle" zu
verzeichnen als in den ersten neun Monaten des Jahres 1985.++++

Die E-Werke verzeichneten bis einschließlich September einen
Strombedarf von 5,1 Millionen Megawattstunden. Mit Stichtag
30. September 1986 waren 1,326.263 Stromzähler der E-Werke montiert,
um 4.010 mehr als vor einem Jahr. Der Rückgang der Gasabgabe an
Tarifabnehmer (Haushalte) auf 440 Millionen Kubikmeter liegt an den
sehr hohen Vergleichswerten aus dem Vorjahr: Anfang 1985 sorgte eine
Kältewelle für Rekordabgaben, während der Jänner 1986 eher mild war.
Einschließlich Industrie und Gewerbe konnten die Gaswerke bis
September rund 574 Millionen Kubikmeter Erdgas an die Konsumenten
liefern.

Die Verkehrsbetriebe zählten in den ersten neun Monaten dieses
Jahres rund 429 Millionen Fahrten, um 1,3 Prozent mehr als im
Vorjahr. Die Fahrleistungen stiegen bei der U-Bahn und bei den
Autobussen, blieben bei der Straßenbahn gleich und sanken bei der
Stadtbahn, was durch beginnende Umstellungsarbeiten auf den
U 6-Betrieb bedingt ist. Der Stand im Wagenpark der
Verkehrsbetriebe: 636 Straßenbahntriebwagen und 505 Beiwagen, 139
U-Bahn-Doppeltriebwagen, 45 Stadtbahntriebwagen und 30 Beiwagen
sowie 469 Autobusse. (Schluß) roh/gg

.....
Bereits am 21. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Alle Jahre wieder: Christbaumbränden kann man vorbeugen

1 Wien, 21.12. (RK-LOKAL) Das Fest der Feste kann zum Alptraum werden, wenn der Weihnachtsbaum zu brennen beginnt. Diese Gefahr besteht natürlich nicht nur am Heiligen Abend - Tage oder gar Wochen später, wenn die Kerzen am schon trockenen Baum wieder entzündet werden, häufen sich die Christbaumbrände. Einige einfache Vorsichtsmaßnahmen können helfen, solche Brände zu vermeiden:

- o Der Christbaum muß standsicher aufgestellt sein. Ein entsprechender Schutzabstand zu leicht brennbaren Materialien wie etwa Vorhängen usw. ist einzuhalten
- o Einen Weihnachtsbaum mit brennenden Kerzen sollte man nie unbeaufsichtigt lassen.
- o Die Kerzen müssen gut befestigt sein und dürfen nicht zu weit herunterbrennen.
- o Leicht brennbare Gegenstände wie Lametta, Papier, Schneespray oder die beliebten papierumwickelten Zuckerln sollen sich weder in der Nähe der Kerzenflammen noch in "Spuckweite" der Kerzenspucker befinden.
- o Der mit Wasser gefüllte Kübel, der neben dem Baum bereit steht, hat schon manchen Zimmer- oder Wohnungsbrand verhindert. Falls es trotz aller Vorsicht zu einem Christbaumbrand kommt, kann man Löschversuche mit Wasser oder feuchten Decken machen. Ist dies nicht mehr möglich - Christbaumbrände verlaufen oft explosionsartig -, den Raum bitte rasch verlassen und die Feuerwehr, Notruf 122, verständigen.
- o Der beliebte Brauch, nach dem 24. Dezember die Kerzen des Weihnachtsbaums nochmals zu entzünden, kann recht gefährlich werden: Die Christbäume sind dann bereits ausgetrocknet (was bereits am 24. der Fall ein kann) und brennen besonders rasch und leicht. Sollte der Baum bereits seine Nadeln verlieren, so ist er schon ausgetrocknet. Im eigenen Interesse sollte man dann auf das nochmalige Entzünden der Kerzen oder das Verwenden von Sternspuckern verzichten - gerade dieser alte Brauch führt zu den meisten Christbaumbränden.

Neue Verkehrsampel in Ottakring

3 =Wien, 22.12. (RK-LOKAL) Montag vormittag wurde auf der Kreuzung Herbststraße - Kirchstetterngasse in Ottakring eine neue Verkehrslichtsignalanlage in Betrieb genommen.++++

Auf dieser Kreuzung ist es in den vergangenen Jahren zu relativ vielen Unfällen, vor allem rechtwinkligen Zusammenstößen, gekommen. Die Installierung einer Verkehrsampel wird daher die Verkehrssicherheit beträchtlich erhöhen. Für die Fußgänger wurden im Kreuzungsbereich vier Schutzwege markiert. (Schluß) sc/gg

NNNN

Hallenbäder am Heiligen Abend: Außer Donaustadt bis 14 Uhr geöffnet
4 Wien, 22.12. (RK-LOKAL) Die städtischen Hallenbäder (ausgenommen das Hallenbad Donaustadt, das erst zu Mittag Betriebsbeginn hätte) sind am Mittwoch, dem 24. Dezember, bis 14 Uhr geöffnet. Diese Regelung gilt auch für die Saunabäder bzw. Wannenbäder - ausgenommen sind auch hier jene Bäder, die erst um 12 oder 13 Uhr Betriebsbeginn haben; sie bleiben am 24. überhaupt zu. Entsprechende Öffnungszeiten für die Hallenbäder und Saunabäder gelten auch am 31. Dezember: Alle Hallen- und Saunabäder außer jenen, die erst zu Mittag öffnen - also auch das Hallenbad Donaustadt - stehen den Badegästen bis 14 Uhr zur Verfügung.

An den Weihnachtsfeiertagen und am 1. Jänner sind die Bäder geschlossen.

Am 6. Jänner haben die Schwimmhallen aller Schwimmbäder außer jenem in der Brigittenau von 9 bis 20 Uhr geöffnet. Geöffnet sind auch die Saunabäder in den meisten Hallenbädern (ausgenommen natürlich ebenfalls Brigittenau sowie Theresienbad und Donaustadt, hier sind die Saunaabteilungen geschlossen). (Schluß) hrs/gg

NNNN

Geehrte Redaktion!

.....

5 Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Während der bevorstehenden Feiertage ist der Diensthabende Redakteur des PID zu folgenden Zeiten unter der Telefonnummer 42 800/2971 erreichbar (übrige Zeit Tonband):

Mittwoch, 24. Dezember, 7.30 bis 14 Uhr

Freitag, 26. Dezember, 12 bis 17 Uhr

Samstag, 27. Dezember, 10 bis 17 Uhr

Sonntag, 28. Dezember, 12 bis 17 Uhr

Montag, 29., und Dienstag, 30. Dezember, 7.30 bis 19 Uhr

Mittwoch, 31. Dezember, 7.30 bis 14 Uhr

Donnerstag, 1. Jänner, 12 bis 17 Uhr

Freitag, 2. Jänner, 9 bis 17 Uhr

Samstag, 3. Jänner, 10 bis 17 Uhr

Sonntag, 4. Jänner, 12 bis 17 Uhr

Montag, 5. Jänner, 7.30 bis 19 Uhr

Dienstag, 6. Jänner, 12 bis 17 Uhr

Presse- und Informationsdienst
der Stadt Wien

(Schluß) ger/bs

NNNN

Ein Fernwirksystem für die Wiener Straßenbeleuchtung (1)

Utl.: Stadtrat Hofmann nahm Versuchsanlage in Betrieb

6 =Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Jeden Tag werden in Wien in der Morgen- und in der Abenddämmerung rund 226.000 Lampen der öffentlichen Straßenbeleuchtung aus- beziehungsweise eingeschaltet. Das geschieht mit einer "Tonfrequenzrundsteueranlage", die heute den historischen "Laterndlanzünder" ersetzt. Dieses System hat sich seit vielen Jahren bewährt und soll deshalb im Prinzip auch beibehalten werden. Zwei wesentliche Nachteile können allerdings durch ein modernes Fernwirksystem ausgeschaltet werden. Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN nahm Donnerstag vormittag in der für die öffentliche Beleuchtung zuständigen Magistratsabteilung 33 eine Versuchsanlage für ein solches Fernwirksystem in Betrieb. Damit soll es in Zukunft möglich sein, Störungen der Straßenbeleuchtung rascher zu beheben und Wartungsarbeiten wirtschaftlicher durchzuführen.+++

Derzeit gibt ein Dämmerungsschalter auf dem Dach der E-Werks-Direktion in der Mariannengasse bei einer bestimmten Außenhelligkeit den Impuls zum Ein- oder Ausschalten der öffentlichen Beleuchtung. Die Schaltbefehle werden über eine Tonfrequenz an rund 200 Schaltböcke weitergeleitet und breiten sich von dort in kürzester Zeit über die Beleuchtungskabel zu den rund 3.300 Schaltstellen im Wiener Stadtgebiet aus.

Ein wesentlicher Nachteil des derzeitigen Systems ist es, daß es nach dem Einschalten keine Information darüber gibt, ob die Schaltimpulse tatsächlich überall angekommen sind. Bei einer Störung kann der Fall eintreten, daß mehrere Straßen nicht beleuchtet sind, ohne daß die Zentrale das weiß. Ein Reparaturwagen kann erst dann ausgeschickt werden, wenn die Polizei oder Anrainer die Störung melden. (Forts.) sc/gg

NNNN

Ein Fernwirksystem für die Wiener Straßenbeleuchtung (2)

7 Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Ein zweiter Nachteil besteht darin, daß es nicht möglich ist, bestimmte Straßenzüge gezielt ein- und auszuschalten, wie das für Reinigungs- und Wartungsarbeiten notwendig ist. Derzeit muß in solchen Fällen systembedingt meistens ein größerer Bereich eingeschaltet werden, was einen unnötigen Stromverbrauch zur Folge hat.

Das neue Fernwirksystem überwacht nun auf einer Versuchsstrecke rund 3.000 Lampen auf Straßen im 19., 20. und 21. Bezirk. Es bietet, wie Stadtrat Hofmann feststellte, folgende Vorteile:

- Es gibt eine Rückmeldung, ob die Schaltbefehle tatsächlich ausgeführt wurden. Wenn die Befehle verlorengegangen sind, können sie noch einmal ausgesendet werden. Störungen können rasch behoben werden, was von großer Bedeutung für die Verkehrssicherheit und die allgemeine Sicherheit ist.
- Für Wartungsarbeiten können kleinere Versorgungsabschnitte eingeschaltet und so Energiekosten eingespart werden.
- Die tageslichtabhängige Steuerung in den Tunnelstrecken der Wiener Stadtautobahnen (Laaerbergtunnel, Grünbrücke Überfuhrstraße, Grünbrücke Islamisches Zentrum und später Lärmschutz-tunnel Kaisermühlen) kann überwacht werden.
- Es ist auch eine Überwachung der Notstromeinrichtungen in den Fußgängerpassagen möglich.
- Es können Sonderschaltungen vorgenommen, zum Beispiel bestimmte Anlagen bei Hochwasser stromlos gemacht werden.

Die Versuchsanlage wurde mit Kosten von rund 600.000 Schilling installiert. Stadtrat Hofmann: "Der Versuch wird etwa ein Jahr dauern. Dabei sollen vor allem witterungsbedingte Einflüsse auf die elektronischen Bauteile überprüft und auch verschiedene Übertragungsmedien (Kabel, Funk) getestet werden. Ein Fernwirksystem für die öffentliche Beleuchtung von ganz Wien würde voraussichtlich rund 13 Millionen Schilling kosten. Bei einem positiven Versuchsergebnis soll es schrittweise ausgebaut werden. Zum Teil wird es sich durch geringere Wartungskosten selbst finanzieren, zum Teil ist es eine Investition in eine bessere Versorgungssicherheit." (Schluß)
sc/gg

Mrkvicka: "1986 ein erfolgreiches Jahr für den Sport" (1)

8 Wien, 22.12. (RK-SPORT) "Keine Frage, daß das nunmehr zuendegehende Jahr einem historischen Ereignis gleichkommt, nicht nur für den Wiener sondern für den gesamtösterreichischen Sport", zieht StR. Franz MRKVICKA die überaus positive Bilanz 1986. "Die Fertigstellung des Wiener Stadions mit der Vollüberdachung nach einer Rekordbauzeit von nicht ganz zwei Jahren darf überhaupt als ein Jahrhundertereignis betrachtet werden."

Wie Franz Mrkvicka in einem Gespräch der "RATHAUSKORRESPONDENZ" erklärte, standen im abgelaufenen Jahr Budgetmittel für den Sport in der Höhe von insgesamt 448,782.000 Schilling zur Verfügung, wovon für bauliche Investitionen 257,233.000 Schilling veranschlagt waren. Für die Sportförderung standen Mittel von 122,867.000 Schilling bereit. Auch diesmal wurde die Förderung der Tätigkeit von Verbandstrainern und von Spitzensportlern mit je 500.000 Schilling eingebunden.

Die Aktion "Komm zum Sport", für die Sonderförderungsmittel in der Höhe von vier Millionen Schilling vorgesehen waren, wurde in veränderter Form und mit großem Erfolg durchgeführt. Durch den Verkauf von VIP-Pässen konnte eine Mehreinnahme von insgesamt 650.000 Schilling erzielt werden, die ebenfalls Clubs in den verschiedensten Bereichen erhalten.

Als sportliche Großereignisse nennt Mrkvicka den erstmals durchgeführten Schiweltcup-Parallelschlalom auf der Hohen-Wand-Wiese, den bereits zum dritten Mal organisierten Wiener Stadtmarathon und den Triathlonbewerb auf der Donauinsel: "Veranstaltungen, die der Sportstadt Wien nicht zuletzt durch die reibungslose Abwicklung zusätzliche internationale Anerkennung eingebracht haben."

Franz Mrkvicka weist weiters darauf hin, daß in diesem Jahr größtes Augenmerk auf eine verstärkte Jugendarbeit und auf den Breitensport gelegt wurde. (Forts.) hof/rr

Mrkvicka: "1986 ein erfolgreiches Jahr für den Sport" (2)

9 Wien, 22.12. (RK-SPORT) So betrieb das Sportamt 19 Jugendspielflächen und 18 öffentlich zugängliche Ball- und Kinderspielflächen, die den städtischen Schulen, Kindergärten und Horten sowie privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen kostenlos zur Benützung überlassen wurden. Auch die von der Stadt verwalteten neun Sporthallen, die städtischen Turnsäle und Schwimmhallen sowie die Anlagen der Wiener Stadthalle standen für die Vereine und Verbände zum Trainings- und Meisterschaftsbetrieb ebenfalls kostenlos bereit. Weitere sieben Spielflächen und 97 Sportanlagen wurden Sportorganisationen zur Verfügung gestellt.

Zwtl.: Breitensportaktionen stark frequentiert

Auf dem Gebiet des Breitensports fanden, wie StR. Franz MRKVICKA feststellt, die seit Jahren erfolgreich verlaufenden Aktionen erneut großes Interesse. Der "Sportplatz der offenen Tür" wurde über die Sommermonate auf 12 Sportanlagen durchgeführt und von 37.221 Jugendlichen und 1.706 Erwachsenen besucht, die in fünf Kursrichtungen angebotene Eislaufaktion in der Donauparkhalle wies eine Frequenzzahl von insgesamt 26.430 Teilnehmern auf. An den "Fahrten zum Schnee", seit vielen Jahren ein fester Bestandteil der außerschulischen Jugendsportförderung, beteiligten sich 1.785 Personen. In Zusammenarbeit mit dem Landesschwimmverband wurde in 4 Hallenbädern die Jugendsportaktion "Talent - Leistungsschwimmen" durchgeführt, an der 6.740 Kinder teilnahmen. Als Fortsetzung wurden dann die besten Schwimmer, insgesamt 1.372 Kinder, in dem Kurs "Talent-spezial" zusammengefaßt und betreut. Beim "Spielschwimmen" wurden 1.684 Kinder ab 4 Jahren in spielerischer Form in das Schwimmen eingeführt. Letztlich betreuten neun Trainerinnen und Trainer 4.117 Kinder bei der Aktion "Talent-Turnen".

Das Angebot in den Februar-Semesterferien, täglich an der Fahrt zum Schnee teilzunehmen oder in der Stadthalle oder Donauparkhalle kostenlos Eis zu laufen, nahmen 8.368 Kinder an.

Größter Beliebtheit erfreute sich der Schihang Hohe-Wand-Wiese, sowie die zahlreich angebotenen Langlaufloipen im Prater, auf der Sofienalpe, auf der Donauinsel, im Gelände des Böhmisches Praters, in Oberlaa, auf den Steinhof-Gründen und im Donaupark. "Die Aufgaben und Tätigkeiten des Sportamtes umfassen eine breite Palette von Sportförderungsmaßnahmen direkter und indirekter Art und tragen damit beträchtlich zur Entwicklung des Wiener Sports bei", meinte StR. Franz Mrkvicka abschließend. (Schluß) hof/bs

Wagramer Straße: Das Eck ist weg

11 =Wien, 22.12. (RK-LOKAL) Schneller als vorgesehen konnte die unfallträchtige Engstelle vor dem Haus Wagramer Straße 206 im 22. Bezirk beseitigt werden. Seit Montag mittag stehen auf der Wagramer Straße in Fahrtrichtung stadtauswärts in diesem Bereich zwei gerade Fahrspuren zur Verfügung - die Verschwenkung über den Mittelstreifen fällt weg.++++

Da das Wetter in den vergangenen Tagen relativ warm war, konnte auch bereits die endgültige Betonfahrbahn hergestellt werden. Der Mittelstreifen, über den bis jetzt die Umleitung ging, wird im Frühjahr begrünt werden.

Wie die "RATHAUSKORRESPONDENZ" berichtete, konnte vor kurzem der jahrelange Rechtsstreit mit dem Grundbesitzer an der Wagramer Straße, der als einziger Anrainer vor einigen Jahren das Angebot der Bundesstraßenverwaltung nicht angenommen hatte, durch einen Vergleich abgeschlossen werden. (Schluß) sc/bs

NNNN

öVP kritisiert Fernwärmepreise

12 Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Rund 20.000 Haushalte können in Wien derzeit nicht heizen, weil sie mit der Bezahlung der Fernwärme, mit Strom- oder Gasrechnungen im Rückstand sind und deshalb keine Energiezufuhr erhielten. Dies erklärten Montag Stadtrat Maria HAMPL-FUCHS und Stadtrat Wilhelm NEUSSER im wöchentlichen Pressegespräch der Wiener öVP. Die genannte Zahl wurde von der öVP hochgerechnet, weil die Beantwortung einer Anfrage bezüglich der abgeschalteten Fernwärmebezieher seitens des zuständigen Energiestadtrates Johann HATZL seit neun Monaten ausständig sei. Die Wiener öVP wirft in diesem Zusammenhang Hatzl Mißachtung der Wiener Stadtverfassung vor, weil die Anfragebeantwortung innerhalb von zwei Monaten erfolgen müßte.

Stadtrat Neusser sagte, Fernwärme sei derzeit die dritteurste Heizungsart. Er bezeichnete rund 30 Groschen pro Kilowattstunde als realistischen Preis und forderte in diesem Zusammenhang eine Abschaffung des Grundpreises.

Stadtrat Hampl-Fuchs verlangte von den HBW eine bessere Information der Fernwärmekunden, für die es möglich sein sollte, ihre Kosten im voraus berechnen zu können. Dazu sollte das Verrechnungssystem mit dem "Verdunsterröhrchen" durch ein besser überschaubares System ersetzt werden. Hampl-Fuchs kritisierte weiters, daß in diesem Jahr den Ausgleichszulagenempfängern keine Heizbeihilfe gewährt werde.

Die Heizkosten könnten auch durch Regler gesenkt werden, die es den Verbrauchern ermöglichen, die Wärmezufuhr nach dem individuellen Bedürfnis zu regeln. Die öVP wiederholte auch ihre Forderungen, über neue Abschreibungsmodalitäten für das Leitungsnetz zu verhandeln sowie die Mehrwertsteuer für Warmwasser auf zehn Prozent zu senken.
(Schluß) roh/rr

Rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 23. Dezember 1986

Blatt 3164

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Hatzl: Kein Verstoß gegen die Wiener
Stadtverfassung
Ehrenring der Stadt Wien für Marcel Prawy

Kommunal:
(rosa)

Rat und Hilfe zu den Feiertagen
Vorläufig keine "Grünen Zonen" in Wien
Zu Silvester mit öffentlichen Verkehrsmitteln
Hatzl: ÖVP-Angaben zum Fernwärmearif
sind falsch
Landesregierung fördert Sanierung im Wert von
281 Millionen
WIGAST übernimmt den Rathauskeller

Lokal:
(orange)

Wien-Werbung in den USA
Grippewelle in Wien

Nur

über FS: 22.12. Straßenbahnunfall auf dem Ring

.....
Bereits am 22. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Hatzl: Kein Verstoß gegen die Wiener Stadtverfassung

13 Wien, 22.12. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP sollte ihrerseits die Kenntnisse der Wiener Stadtverfassung erweitern und nicht ihm einen Verstoß gegen die Verfassung vorwerfen. Dies stellte Montag Energiestadtrat Johann HATZL zum Vorwurf von Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS fest, eine Gemeinderatsfrage nicht rechtzeitig beantwortet zu haben. "Die Stadtverfassung sieht Anfragen und Anträge nur in Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung vor. Die Geschäftsführung der Heizbetriebe Wien GesmbH. übt ihre Tätigkeit als rechtlich selbständige Gesellschaft aus und stellte keine Gemeindeverwaltung dar. Deshalb sind solche Anfragen grundsätzlich unzulässig", sagte Hatzl.

Trotzdem habe er unter großzügiger Auslegung der Rechtssituation mit 19.12.1986 eine Anfragebeantwortung durchgeführt. Dabei mußten jedoch die durch das Geschäfts- und Betriebsgeheimnis gezogenen Grenzen berücksichtigt werden, sodaß die Detailfragen nicht beantwortet werden konnten. Laut dieser Beantwortung waren mit Stichtag 31.8.1986, vor Beginn des neuen Rechnungsjahres der HBW, rund 4.500 Kunden im Zahlungsrückstand, wobei mit rund 2.000 davon bereits Zahlungsvereinbarungen getroffen waren.

Wie wenig Hampel-Fuchs wirklich von den Geschehnissen in der Stadt wisse oder wieviel sie durch Konzentration auf polemische Auseinandersetzungen bereits übersehe, zeige die Tatsache, daß sie eine für den Herbst versprochene Fernwärmepreissenkung urgiere, obwohl jeder Fernwärme-Konsument weiß, daß schon seit September der Arbeitspreis um mehr als zehn Prozent und der Warmwasserpreis um 18 Prozent billiger sei. (Schluß) roh/rr

NNNN

.....
Bereits am 22. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Ehrenring der Stadt Wien für Marcel Prawy

14 Wien, 22.12. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK
überreichte am Montag nachmittag im Rahmen einer Feier im
Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses an Prof. Dr. Marcel
PRAWY den Ehrenring der Stadt Wien. Zilk würdigte in seiner
Ansprache das Lebenswerk Prawys. Der Bürgermeister hob die
Verdienste des Geehrten um die Entwicklung des Wiener Kulturlebens
nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem auf dem Gebiet der Oper und des
Musicals hervor, aber auch seine volksbildnerische Rolle als
"Opernführer". Prawy sagte in seinen Dankesworten, er habe sein
ganzes Leben als kulturelle Brücke zwischen Wien und Amerika
betrachtet. Der Feier wohnten unter anderem Bundespräsident Dr. Kurt
Waldheim, Altbundespräsident Dr. Rudolf Kirchschräger,
Vizebürgermeister Dr. Erhard Busek und Stadtrat Ingrid Smejkal bei.
(Schluß) red/bs

NNNN

Rat und Hilfe zu den Feiertagen

1 Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) In Wien gibt es auch während der kommenden Feiertage Rat und Hilfe bei sozialen und psychischen Problemen. Über den Sozialen Notruf - Tel. 63 77 77 - erhält man auch an den Feiertagen zwischen 8 und 20 Uhr Auskunft in allen Lebensfragen sowie Hilfe bei Problemen im sozialen Bereich. Während der Nachtstunden ist beim Sozialen Notruf ein Tonbanddienst eingerichtet, der die Anrufe speichert, die dann von den Beamten erledigt werden.

Zwtl.: Soforthilfe bei psychischen Problemen

Das Kuratorium Psychosoziale Dienste hat rund um die Uhr einen psychosozialen Dienst eingerichtet. Psychologen, Psychiater und Sozialarbeiter geben rasche Hilfe bei psychischen und psychosozialen Problemen. Diese psychiatrische "Erste-Hilfe Einrichtung" steht auch während der kommenden Feiertage unter den Telefonnummern 31 84 19 und 31 84 20 sowie unter der Adresse 9, Fuchsthallergasse 18, rund um die Uhr zur Verfügung. Rat und Hilfe können anonym erfolgen. In besonderen Fällen besteht auch die Möglichkeit von Hausbesuchen.
(Schluß) red/bs

NNNN

Wien-Werbung in den USA

Utl.: TV-Weihnachtsgruß der Wiener Sängerknaben

2 Wien, 23.12. (RK-LOKAL/WIRTSCHAFT) Erfreulicher Höhepunkt der laufenden Wien-Salzburg-Innsbruck-Werbeaktion in den USA: Am 25. Dezember werden die Wiener Sängerknaben in der von ABC "nationalwide" von Hawaii bis Alaska ausgestrahlten Fernsehsendung "Good Morning, America" das Lied "Stille Nacht, heilige Nacht" singen und damit vielen Millionen Amerikanern einen weihnachtlichen Gruß aus Österreich entbieten.

Bei der Wien-Salzburg-Innsbruck-Werbeaktion wird die derzeitige Tournee der Wiener Sängerknaben in zwanzig Städten für intensive Kontakte mit Meinungsbildnern und Reiseveranstaltern genützt. Für den Sonderauftritt im US-Fernsehen bedankte sich Fremdenverkehrsdirektor Dr. Helmut KREBS speziell beim Leiter der Wiener Sängerknaben, Dr. Walter TAUTSCHNIG, der spontan diese "außerplanmäßige" Einlage ermöglichte. (Schluß) wfv/rr

NNNN

Vorläufig keine "Grünen Zonen" in Wien (1)

Utl.: Hofmann: Verfassungsrechtliche Bedenken

4 =Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) In absehbarer Zeit wird es in Wien keine "Grünen Zonen" - Ausnahmen für die Wohnbevölkerung in nahegelegenen Kurzparkzonen - geben. Gegen eine solche Regelung bestehen, wie aus einem Gutachten von Universitätsprofessor Dr. Günther WINKLER (Juridische Fakultät der Universität Wien) hervorgeht, erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken. Außerdem würde die Durchführung der Ausnahmebestimmungen einen enormen, unvermeidbaren Verwaltungsaufwand zur Folge haben. Das gab Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN Dienstag vormittag im Pressegespräch des Bürgermeisters Dr. Helmut ZILK bekannt.++++

Auf Grund der 13. Novelle zur Straßenverkehrsordnung, die am 1. Mai 1986 in Kraft getreten ist, kann die Straßenverkehrsbehörde "durch Verordnung Gebiete bestimmen, deren Bewohner die Erteilung einer Ausnahmegewilligung für die Benützung von ... nahegelegenen Kurzparkzonen mit Personen- und Kombinationskraftwagen ... beantragen können". Eine Bewilligung kann "auf die Dauer von höchstens einem Jahr erteilt werden. Der Antragsteller muß in dem gemäß dieser Verordnung umschriebenen Gebiet wohnhaft und Zulassungsbesitzer eines Personen- oder Kombinationskraftwagens sein und muß ein erhebliches persönliches Interesse nachweisen, in der Nähe seines Wohnsitzes zu parken".

Damit wird die Gemeinde ermächtigt, der Wohnbevölkerung jener Gebiete, in denen durch die Einrichtung von Fußgängerzonen, Wohnstraßen und Kurzparkzonen Parkplätze verlorengelassen, einen Ausgleich durch die Möglichkeit der Erteilung von Ausnahmegewilligungen zu schaffen. Ein erhebliches persönliches Interesse wird vor allem darin zu sehen sein, wenn aus beruflichen Gründen das betreffende Fahrzeug täglich in Betrieb genommen werden muß.

Der Gutachter vertritt nun die Meinung, daß die Neuregelung den Grundsatz des Gemeindegebrauchs am öffentlichen Gut durchbricht und deshalb gegen den Gleichheitssatz verstößt. Denn die Benützung der unmittelbar dem Verkehr dienenden Straßen steht "im Rahmen der straßenpolizeilichen und kraftfahrrechtlichen Bestimmungen" jedermann offen. (Forts.) sc/bs

Vorläufig keine "Grünen Zonen" in Wien (2)

5 Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) Wenn Ausnahmebestimmungen nur für die Wohnbevölkerung gelten, wird übersehen, daß es eine Reihe von Personen gibt, deren Parkbedürfnis jenes der Wohnbevölkerung unter Umständen sogar überwiegt. Professor Winkler nennt hier zum Beispiel Pendler, die in anderen Bundesländern wohnen und in der Wiener Innenstadt beschäftigt sind. Ihr Interesse, im 1. Bezirk einen Kurzparkzonenplatz als Dauerparkplatz zu nutzen, übersteigt dasjenige eines Wieners, der dort wohnt und in einem anderen Bezirk arbeitet, um ein Vielfaches. Wörtlich: "Der Gesetzgeber ignoriert legitime Interessen einer ganzen Gruppe, das heißt all jener Personen, die ihr Kraftfahrzeug während der Arbeitszeit in der Nähe ihres Arbeitsplatzes parken müssen." Und schließlich: "Die neue Regelung verstößt daher gegen das Sachlichkeitsgebot des verfassungsrechtlichen Gleichheitssatzes."

Wie Stadtrat Hofmann mitteilte, stellt Professor Winkler aber auch "Überlegungen rechtspolitischer Art" an. Allein in den wegen ihrer Parkplatznot bekannten Bezirke 1, 5, 6, 7 und 8 sind einschließlich Geschäfts- und Firmenfahrzeugen rund 60.000 private Pkw zugelassen. Die zu erwartende Antragsflut von Zehntausenden von Bewilligungswerbern würde die zuständigen Behörden vor große Probleme stellen, da für jeden Antrag das Vorliegen eines "erheblichen persönlichen Interesses" zu prüfen ist. Jeder Antrag bedeutet außerdem eine zusätzliche Belastung der anzuhörenden Bundespolizeidirektion Wien und des Straßenerhalters, der im Verfahren mit Parteistellung ausgestattet ist. Der Verwaltungsaufwand fällt jedes Jahr an, da die Ausnahmebewilligungen nur zeitlich beschränkt erstellt werden können.

Schließlich müßte die Neuregelung zu einer Erweiterung der bestehenden Kurzparkzonen führen, was ebenfalls einen zunehmenden Verwaltungs- und Kontrollaufwand zur Folge hätte und weitere unsachliche Nachteile für die Pendler brächte.

Ein weiteres Problem ergibt sich, so Stadtrat Hofmann, aus dem neuen Meldegesetz, wonach auf dem Meldezettel die Unterschrift des Anzumeldenden genügt. Dadurch erfordert schon die Überprüfung, ob jemand an einer angegebenen Adresse tatsächlich ständig wohnt, einen riesigen, unvertretbaren Verwaltungsaufwand. (Forts.mgl.) sc/bs

Zu Silvester mit öffentlichen Verkehrsmitteln (1)

6 Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Verkehrsbetriebe richten auch heuer wieder zu Silvester einen durchgehenden Betrieb ein, und zwar auf 29 Linien. Dies gab Dienstag Verkehrsstadtrat Johann HATZL bekannt. Neu hinzugekommen sind die U2 zwischen Karlsplatz und Schottenring, der "21er" zwischen Stadlauer Brücke und Schwedenplatz U und der "69A" zwischen Reumannplatz U und Liesing S. AUF ALLEN LINIEN GILT DER GÜLTIGE TARIF. Vorverkaufsscheine sowie Netzkarten auch noch mit Dezemberwertmarke sind ebenfalls gültig.

ACHTUNG! DIE NACHTAUTOBUSLINIEN "N1" BIS "N8" WERDEN IN DER SILVESTERNACHT NICHT BETRIEBEN.

Die Vorverkaufsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe sind am Mittwoch, dem 31. Dezember 1986, von 9.30 bis 12.30 Uhr und am Freitag, dem 2. Jänner 1987, von 6.30 bis 18.30 Uhr geöffnet.

Folgende Linien sind zu Silvester durchgehend in Betrieb:

- U1 Reumannplatz - Zentrum Kagran
- U2 Karlsplatz- Schottenring
- U4 Heiligenstadt - Hütteldorf
- D Nußdorf - Südbahnhof
- N Floridsdorfer Brücke - Schwedenplatz U
- 1 Julius-Raab-Platz - Ring-Kai
- 2 Dr.-Karl-Lueger-Platz - Kai-Ring
- 18 Liechtenwerder Platz - Gürtel - Stadionbrücke
- 21 Stadlauer Brücke - Schwedenplatz U
- 23 A Zentrum Kagran U - Guido-Lammer-Gasse

(Forts.) roh/bs

NNNN

Zu Silvester mit öffentlichen Verkehrsmitteln (2)

- 7 Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL)
- 25 Leopoldau S - Zentrum Kagran U - Stadlau
- 29A Franz-Jonas-Platz, Floridsdorf S-Bahn - Leopoldau S-Bahn -
Großfeldsiedlung
- 31 Schottenring - Stammersdorf
- 32 Franz-Jonas-Platz, Floridsdorf S-Bahn - Strebersdorf
- 35A Salmansdorf - Floridsdorfer Brücke
- 38 Schottentor - Grinzing
- 41 Schottentor - Pötzleinsdorf
- 43 Schottentor - Neuwaldegg
- 46 Dr.-Karl-Renner-Ring - Joachimsthalerplatz
- 49 Dr.-Karl-Renner-Ring - Hütteldorf
- 58 Burgring - Unter-St.Veit
- 60 Hietzing, U-Bahn, Kennedybrücke - Rodaun
- 62 Kärntner Ring, Oper - Lainz
- 64 Westbahnhof, Mariahilfer Straße - Siebenhirten (über
Meidlinger Hauptstraße)
- 65 Kärntner Ring, Oper - Stefan-Fadinger-Platz
- 66A Reumannplatz U-Bahn - Liesing S
- 67 Reumannplatz U-Bahn - Kurzentrum Oberlaa
- 71 Schwarzenbergplatz - Zentralfriedhof
- 74A Dr.-Karl-Lueger-Platz - St.Marx

(Schluß) roh/bs

NNNN

Grippewelle in Wien

Utl.: Vergangene Woche 18.000 Neuerkrankungen

8 =Wien, 23.12. (RK-LOKAL) Die Zahl der grippeerkrankten Wienerinnen und Wiener steigt: Wie die Gesundheitsbehörden mitteilen, ist die Zahl der Neuerkrankungen an Grippe bzw. an grippalen Infekten in der Vorwoche um weitere 6.000 auf insgesamt rund 18.000 gestiegen. Damit hat die Grippewelle, die zunächst in Graz registriert wurde, nunmehr auch die Bundeshauptstadt erreicht. Nach Meinung der Ärzte des Gesundheitsamtes ist dies allerdings noch nicht die Spitze der Erkrankungsquote und es muß in den nächsten Tagen mit einer weiteren Zunahme gerechnet werden.++++

Zwtl.: Erkrankung schwächt Herz und Kreislauf

Auftretender Schnupfen, Gliederschmerzen und Appetitlosigkeit sollten nach Auskunft der Ärzte unbedingt ernst genommen werden. Gerade bei Kleinkindern und älteren geschwächten Personen kann die echte Virusgrippe zu Komplikationen führen, da sie Herz und Kreislauf enorm schwächt. Nach Meinung der Gesundheitsbehörden kann man einer Grippeerkrankung folgendermaßen vorbeugen: Vermeiden von Massenansammlungen. Durch viel Obst und Gemüse, aber auch Vitamine - und hier vor allem Vitamin C - können die Abwehrkräfte wesentlich gestärkt werden. Darüber hinaus wird auch dazu geraten, sich möglichst viel in frischer Luft zu bewegen. Wenn einem die Grippe bereits "erwischt" hat, sollte man sich möglichst körperlich schonen. (Schluß) zi/bs

Hatzl: ÖVP-Angaben zum Fernwärmetarif sind falsch

9 Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) Energiestadtrat Johann HATZL nahm Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters nochmals zu den Behauptungen von Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS und Stadtrat Wilhelm NEUSSER bezüglich des Fernwärmepreises Stellung. Hatzl sagte, entgegen den Aussagen der ÖVP wurde das Versprechen auf eine deutliche Fernwärmesenkung (minus 10 Prozent beim Arbeitspreis, minus 18 Prozent beim Warmwasser) im vergangenen Herbst selbstverständlich eingehalten. Dieser Tarif sei für das kommende Jahr garantiert. Hatzl stellte weiters einige Aussagen der ÖVP richtig:

- o Abgedrehte Anlagen werden natürlich sofort nach einer entsprechenden Vereinbarung mit dem Konsumenten über die Zahlungsweise wieder eingeschaltet.
- o Bei keiner einzigen Wohnhausanlage gibt es eine Pauschalverrechnung durch die HBW.
- o Aufgrund einer Enquete, bei der auch die ÖVP vertreten war, gibt es für neue Wohnhausanlagen bereits Versuche mit anderen Ablesegeräten als den Verdunsterröhrchen.
- o Völlig falsch ist die Behauptung Neussers, die Heizbetriebe würden ihren Kunden 57,8 Groschen pro Kilowattstunden für den Arbeitspreis verrechnen und dadurch einen Rohgewinn von mehr als 300 Prozent lukrieren. In Wirklichkeit beträgt der Arbeitspreis 35,4 Groschen pro Kilowattstunde und liegt damit in dem von Neusser geforderten Bereich.

Zwtl.: Keine Beauftragung des Rechnungshofes notwendig

Im Stadtsenat wurde Dienstag, wie Hatzl bekanntgab, sein Bericht zum ÖVP-Antrag auf eine Prüfung der letzten Strompreiserhöhungen durch den Rechnungshof mit Stimmenmehrheit zur Kenntnis genommen. Hatzl erklärte, daß der Rechnungshof vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie bereits in der ersten Jahreshälfte 1986 alle vorhandenen Akten einschließlich der Kalkulationsunterlagen der Stadtwerke seit 1976 zur Überprüfung eingeholt habe und sich damit der Antrag der ÖVP erübrige.

Weiters stellte Hatzl fest, daß die Tarife samt den Kalkulationen der Stadtwerke bereits von der Preisbehörde überprüft und genehmigt wurden, der Gemeinderat seine Beschlußfassung auf Grund eines durchgeführten Preisverfahrens vorgenommen habe, den Direktoren und Beamten der Stadtwerke nicht ohne Anlaß so grobe Unkorrektheiten unterstellt werden könnten und die Wiener E-Werke als eine von zwei österreichischen Landesgesellschaften ohnehin einen niedrigeren Preis als 1982 trotz enormer Umweltausgaben haben. (Schluß) roh/bs

Landesregierung fördert Sanierungen im Wert von 281 Millionen
10 Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Landesregierung
beschloß am Dienstag, Wohnhaussanierungen im Wert von über
281 Millionen Schilling zu fördern. Gemäß den Bestimmungen des
Wohnhaussanierungsgesetzes werden Annuitätenzuschüsse gewährt, mit
deren Hilfe bei insgesamt 42 Bauvorhaben Einzelmaßnahmen, Sockel-
und Totalsanierungen oder Erhaltungsarbeiten durchgeführt werden.
Damit steht der Verwirklichung 42 weiterer Sanierungsvorhaben zur
Stadterneuerung praktisch nichts mehr im Wege. (Schluß) ah/rr

NNNN

WIGAST übernimmt den Rathauskeller

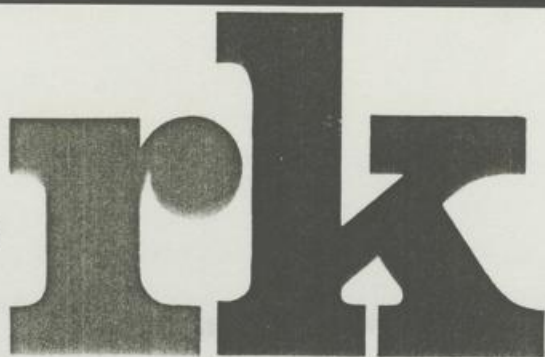
Utl.: Keine Personalentlassungen

11 Wien, 23.12. (RK-KOMMUNAL) Ab 1. Jänner 1987 wird der Wiener Rathauskeller von der WIGAST geführt. Mit dem am Dienstag gefaßten Beschluß des Stadtsenats, den Rathauskeller an die WIGAST zu verpachten, wird gewährleistet, daß der Betrieb dieses renommierten, auch für die touristische Infrastruktur Wiens bedeutenden Lokals ohne Unterbrechung weitergeführt werden kann. Mit der WIGAST wurde ein qualifizierter Pächter gefunden, der unter anderem auch das Walzerschiff "Johann Strauß" und das Cafe Schwarzenberg mit großem Erfolg betreibt. Wie Stadtrat Rudolf EDLINGER dazu betonte, wird es im Zusammenhang mit der Neuübernahme des Rathauskellers zu keinen Kündigungen kommen. Das gesamte, überaus qualifizierte Personal des Rathauskellers wird von der WIGAST übernommen. (Schluß) ger/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 29. Dezember 1986

Blatt 3177

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet: (grau) In den Ferien Freifahrt für Kinder und Schüler
Feiertagsdienst für 20.000 Mitarbeiter der
Stadt Wien

Stadtrat Mrkvicka: USA-Flüge für Dienstreise
10. Familiensonntag 1986
Elisabethspital erhält Langzeitpflege-Abteilung
Semesterschikurs des Landesjugendreferates

Kommunal:
(rosa) 115.000 Besucher bei Familiensonntagen

Lokal:
(orange) Ladenöffnungszeiten zu Silvester
Neue Verkehrsampel in der Rosenhügelstraße
Ausstellungsprogramm 1987 des Wiener Landesarchivs

Nur
über FS: 23.12. Störung von 25 Linien
24.12. Zimmerbrand im 18. Bezirk
Trotz Schneefalls kein Chaos
28.12. Drei Verletzte bei Verkehrsunfall.
Brand im Fitneßcenter
Flächenräumung der MA 48
Brand im "Wiener Walzer"
29.12. Sprung vor die U-Bahn
Christbaumbrand endete tödlich
WIGAST übernimmt den Rathauskeller
Wegen Tauwetters erübrigt sich Flächenschnee-
räumung
Dienstag kein Pressegespräch des Bürgermeisters
Sturm über Wien

Montag, 29. Dezember 1986

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3178

.....
Bereits am 24. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

In den Ferien Freifahrt für Kinder und Schüler

2 Wien, 24.12. (RK-KOMMUNAL) Diese Regelung ist auf der ganzen Welt einmalig: Alle Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr und Schüler bis zum vollendeten 19. Lebensjahr können an allen Sonn- und Feiertagen sowie in den für die Wiener Schulen gesetzlich festgelegten Ferien gratis mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Zum Nachweis des Alters für Kinder bis zum 15. Lebensjahr gilt jeder Ausweis, aus dem das Geburtsdatum hervorgeht, für Schüler bis zum 19. Lebensjahr ein Schülerausweis. Die Schülerfreifahrt gilt für österreichische Schüler (ausgenommen sind die Berufsschüler) auf allen Straßenbahn-, U-Bahn-, Stadtbahn- und Autobuslinien der Wiener Verkehrsbetriebe; außerdem auf den in Tarifgemeinschaft verkehrenden öffentlichen und privaten Autobuslinien (B-Linien) und auf den Strecken der österreichischen Bundesbahnen und der Wiener Lokalbahn in der Kernzone. (Schluß) roh/rr

NNNN

.....
Bereits am 24. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Feiertagsdienst für 20.000 Mitarbeiter der Stadt Wien
3 =Wien, 24.12. (RK-KOMMUNAL) Jeder dritte Mitarbeiter der Stadt
Wien hat zu den Weihnachts- und Neujahrsfeiertagen Dienst.
Bürgermeister Dr. Helmut ZILK dankte in diesem Zusammenhang jenen
rund 20.000 Bediensteten, die dafür sorgen, daß auch während der
Winterferien die städtischen Dienst- und Versorgungseinrichtungen
klaglos funktionieren.++++

Insgesamt wird in 23 Stellen des Magistrats und in allen vier
Teilbereichen der Wiener Stadtwerke an den kommenden Feiertagen
Dienst versehen. Der Bogen reicht von den Krankenanstalten und der
Rettung über Rechenzentrum, Kanalisation und Wasserwerke bis zum
Sozialen Notruf. Zur Illustration ein Beispiel aus den Stadtwerken:
In diesem Bereich arbeiten am 25. Dezember rund 2.400 Personen:
1.980 Bedienstete der Verkehrsbetriebe sorgen für den Betrieb von
U-Bahn, Stadtbahn, Straßenbahn und Bussen, 270 Bedienstete sind bei
den E-Werken, 124 bei den Gaswerken und 20 bei der städtischen
Bestattung im Feiertageinsatz. (Schluß) red/rr

NNNN

Montag, 29. Dezember 1986

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3180

.....
Bereits am 24. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Stadtrat Mrkvicka: USA-Flüge für Dienstreise

4 Wien, 24.12. (RK-KOMMUNAL) In Zusammenhang mit den Meldungen über die auf der Kontrollamtsliste veröffentlichten Freiflüge Wien - Chicago und New York - Wien sagte Kulturstadtrat Franz MRKVICKA, daß es sich bei ihm ausschließlich um eine Dienstreise vom 1. bis 8. Oktober 1984 handelte, für die von der Flughafengesellschaft dem Teileigentümer Stadt Wien die Transatlantik-Flüge zur Verfügung gestellt wurden, während die Kosten für die inneramerikanischen Flüge von der Stadt Wien getragen wurden.

Die wichtigsten Programmpunkte der Reise waren die Teilnahme am "Arts Dialogue" in Washington - einer Veranstaltung mit zahlreichen Persönlichkeiten aus dem amerikanischen und österreichischen Kulturleben -, die Stadtrat Mrkvicka in offizieller Vertretung der Stadt Wien und auch des Bundes wahrnahm, sowie ein Vortrag an der Universität von Virginia zum Thema Altstadterhaltung und Stadterneuerung. (Schluß) gab/gg

NNNN

.....
Bereits am 26. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

10. Familiensonntag 1986

Utl.: Start für das Winterferienspiel

1 Wien, 26.12. (RK-LOKAL) Im Rahmen des 10. Familiensonntags des Landesjugendreferates Wien am 28. Dezember 1986 startet das Winterferienspiel für Familien. Das Ferienspiel, das Familien, die ihre Urlaubstage in Wien verbringen, Sportveranstaltungen, Kreativaktionen und naturbezogene Veranstaltungen bietet, dauert bis 6. Jänner 1987. Schwerpunkte im Programm des 10. Familiensonntags sind:

- o Die Aktion "1, 2, 3... Spielbox herbei" im Rathaus,
- o Computerschnuppern in der Wiener Jugendleiterschule,
- o Freiluftveranstaltungen in den Rodelstraßen im 7., 12. und 15. Bezirk und im Schloßpark Pötzleinsdorf und
- o Bastelaktionen Am Schöpfwerk und im Museum für Volkskunde.

(Schluß) jel/gg

NNNN

Der Gemeinderat beschloß für Gesundheits- und Spitalswesen hat vor Kurzem die Beschaffung der neuen Langzeitabteilung beschlossen. Bis erfordert umfangreiche Bauarbeiten, die ungefähr zweieinhalb Jahre im Anspruch setzen werden. Zu dem Projekt gehört die Einrichtung eines Multizentren Instituts mit Untersuchungs- und Behandlungsräumen, eines Jugend- und Hochleistungs-therapeutische Einrichtungen werden integriert. Dadurch werden die Möglichkeiten zur physikalischen Therapie für das ganze Krankenhaus vergrößert und ausgebaut. Das physikalische Institut wird sich im Untergeschoss und im Erdgeschoss befinden. Die im Krankenhaus für je vier Patienten werden im 1. und 2. Stockwerk liegen. Durch die Überbauung eines Innenhofes werden Flächen erschlossen, die für die Schaffung von Bewegungs- und Erholungsflächen genutzt werden sollen. (Schluß) and/gg

NNNN

.....
Bereits am 27. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Elisabethspital erhält Langzeitpflege-Abteilung

Utl.: Mit Kosten von 32 Millionen zur Entlastung der Akutbetten

1 =Wien, 27.12. (RK-KOMMUNAL) Im Elisabethspital wird nach Auflösung des Internats der Krankenpflegeschule eine interne Krankenabteilung für Langzeitpflege eingerichtet. Das gab Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER bekannt. Stacher erläuterte, daß mit einem Aufwand von 32 Millionen Schilling zwei neue Krankenstationen mit insgesamt 80 Betten geschaffen werden. Dadurch wird es, so Stadtrat Stacher, möglich, Akutpflegestationen zu entlasten und die Wiederherstellung von Patienten zu verbessern. Dies sei ein weiterer Beitrag in dem Bemühen, Personen nach Erkrankungen wieder in die gewohnte Umgebung zu integrieren, aber auch alten Menschen nach einem Krankenhausaufenthalt die Voraussetzungen zu bieten, nach Hause zurückzukehren und hier selbständig zu leben.++++

Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen hat vor kurzem die Schaffung der neuen Langzeitabteilung beschlossen. Sie erfordert umfangreiche Baumaßnahmen, die ungefähr zweieinhalb Jahre in Anspruch nehmen werden. Zu dem Projekt gehört die Einrichtung eines Physikalischen Institutes mit Untersuchungs- und Behandlungsräumen, einem Turnsaal und Nebeneinrichtungen (bestehende Einrichtungen werden integriert). Dadurch werden die Möglichkeiten zur physikalischen Therapie für das ganze Krankenhaus verbessert und ausgebaut. Das Physikalische Institut wird sich im Untergeschoß und im Erdgeschoß befinden. Die 20 Krankenzimmer für je vier Patienten werden im 1. und 2. Stockwerk liegen. Durch die Überbauung eines Innenhofes werden Flächen erschlossen, die für die Schaffung von Bewegungs- und Gemeinschaftsräumen genützt werden sollen. (Schluß)

and/gg

Ladenschließzeiten zu Silvester

3 Wien, 29.12. (RK-LOKAL) Wie für die Weihnachtszeit sieht die Wiener Ladenschließverordnung auch für Silvester (31. Dezember)

Montag, 29. Dezember 1986

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3183

von 7 bis 17 Uhr und Geschäfte, die andere Waren als Lebensmittel

.....

167 Bereits am 28. Dezember 1986 über Fernschreiber ausgesendet

.....

7 bis 19 Uhr möglich. Verkaufsstellen für Silvesterartikel können

Semesterschikurs des Landesjugendreferates

1 Wien, 28.12. (RK-LOKAL) Vom 31. Jänner bis 8. Februar veranstaltet das Wiener Landesjugendreferat einen Semesterschikurs für Buben und Mädchen im Alter von 8 bis 15 Jahren. Der Kurs, für den man sich bis 10. Jänner anmelden sollte, wird am Klippitzthörl in Kärnten abgehalten. Auskünfte erteilt das Landesjugendreferat Wien unter der Telefonnummer 42 800/4137 DW. (Schluß) jel/rr

NNNN

Ladenöffnungszeiten zu Silvester

3 Wien, 29.12. (RK-LOKAL) Wie für die Weihnachtszeit sieht die Wiener Ladenschlußverordnung auch für Silvester (31. Dezember) gesonderte Ladenschlußzeiten vor. So können Lebensmittelgeschäfte von 7 bis 17 Uhr und Geschäfte, die andere Waren als Lebensmittel führen, von 8 bis 15 Uhr geöffnet bleiben. Der Verkauf von Süßwaren ist zwischen 7 und 20 Uhr gestattet. Blumenhandlungen können von 7.30 bis 20 Uhr geöffnet sein, der Straßenhandel mit Blumen ist von 7 bis 19 Uhr möglich. Verkaufsstellen für Silvesterartikel können von 8 bis 20 Uhr geöffnet bleiben.

Für Gastgewerbebetriebe entfällt - mit Ausnahme für die Branntweiner (nur bis 19 Uhr) - in der Nacht von 31. Dezember auf 1. Jänner die Sperrstunde. (Schluß) lei/rr

NNNN

Neue Verkehrsampel in der Rosenhügelstraße

Utl.: Erhöhung der Verkehrssicherheit

4 Wien, 29.12. (RK-LOKAL) Auf der Kreuzung Rosenhügelstraße - Karl-Schwed-Gasse in Liesing wird Dienstag vormittag eine neue Verkehrslichtsignalanlage in Betrieb genommen. Auf dieser Kreuzung kam es immer wieder zu Unfällen - vor allem rechtwinkelige Zusammenstöße -, obwohl in der Karl-Schwed-Gasse Stop-Tafeln standen und auch eine entsprechende Bodenmarkierung angebracht wurde.

Die neue Verkehrsampel wird die Verkehrssicherheit auf dieser Kreuzung wesentlich erhöhen. Für die Fußgänger wurden vier Schutzwege markiert. (Schluß) sc/rr

NNNN

NNNN

Montag, 29. Dezember 1986

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3186

115.000 Besucher bei Familiensonntagen

5 =Wien, 29.12. (RK-KOMMUNAL) Rund 115.000 Besucher verzeichnete das Landesjugendreferat Wien bei den Veranstaltungen im Rahmen der zehn Familiensonntage im Jahr 1986. 1984 nahmen rund 94.000 und 1985 rund 107.000 Kinder und Eltern an den Aktionen teil. Der erste Familiensonntag 1987 findet am 25. Jänner statt.++++

Im Jahr 1986 stellte das Landesjugendreferat, das den Familiensonntag in Zusammenarbeit mit zahlreichen Institutionen organisiert, einen verstärkten Trend zu Kreativaktionen, bei denen Kinder und Eltern aktiv mitmachen können, fest. Besonders beliebt waren bei den Familiensonntags-Teilnehmern auch Veranstaltungen, bei denen kommunale und museale Einrichtungen in Wien vorgestellt wurden. Viele Besucher verzeichneten auch Umwelt- und Sportaktionen sowie Programmschwerpunkte wie Kindertheater und Film. (Schluß) jel/rr

NNNN

Die Ausstellungen sind Montag bis Freitag (Feiertage ausgenommen) von 9 bis 18 Uhr zu sehen.++++

(Schluß) jel/rr

NNNN

Montag, 29. Dezember 1986

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3187

Ausstellungsprogramm 1987 des Wiener Landesarchivs

6 =Wien, 29.12. (RK-LOKAL) Mit einem interessanten Programm setzt das Wiener Stadt- und Landesarchiv 1987 seine Ausstellungstätigkeit fort: Die kleinen Ausstellungen, die Themen der Wiener Stadtgeschichte behandeln, werden im Rathaus - in der Schmidthalle, vor den Archivräumen (Stiege 6, 1. Stock) bzw. im Arkadenhof - gezeigt. Da das Landesarchiv mit den Ausstellungen vor allem volksbildnerische Ziele verfolgt, bietet es zu den einzelnen Expositionen kostenlos kleine Informationshefte, in denen die größeren Zusammenhänge des jeweiligen Themas dargelegt werden. Die Ausstellungen werden später - zum Teil neu adaptiert und durch Exponate aus den Bezirken ergänzt - in Bezirksmuseen zu sehen sein.

Zwtl.: 1987 werden folgende Ausstellungen im Rathaus gezeigt:

- o "Wohnhaft in Wien. Geschichte und Bedeutung des Meldewesens".
Stiege 6, 1. Stock: 12. Jänner bis 31. März.
- o "Theodor Körner. Bürgermeister und Bundespräsident". Schmidthalle:
12. Jänner bis 31. März; Stiege 6, 1. Stock: 6. April bis 30. Juni.
- o "Wiener Straßennamen". Schmidthalle: 6. April bis 30. Juni;
Stiege 6, 1. Stock: 6. Juli bis 30. September.
- o "Italiener in Wien". Schmidthalle: 6. Juli bis 30. September;
Stiege 6, 1. Stock: 5. Oktober bis Ende Dezember.
- o "Industrie und Eisenbahn in Wien". Schmidthalle: 5. Oktober bis
Ende Dezember.
- o "Die Wiener Verleger zur Zeit Beethovens". Arkadenhof: 1. Juni
bis 30. September.

Die Ausstellungen sind Montag bis Freitag (Feiertage
ausgenommen) von 8 bis 18 Uhr zu sehen.++++

(Schluß) am/rr

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 30. Dezember 1986

Blatt 3188

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Jahrbuch österreichischer Städte
(rosa) Zilk: Auf Knallkörper verzichten

Kultur: Biedermeierausstellung: Gestalterteam steht
(gelb) Anfang 1987 fest
Prof. Arnulf Neuwirth feiert 75. Geburtstag
Kulturkalender 1987

Nur
über FS: Sturm über Wien

Dienstag, 30. Dezember 1986

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3189

Biedermeierausstellung: Gestalterteam steht Anfang 1987 fest
Utl.: Terminkollisionen hindern Arch. Hollein, die Ausstellungs-
gestaltung zu übernehmen

2 Wien, 30.12. (RK-KULTUR) Das Gestalterteam der Biedermeier-
ausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien wird Anfang 1987
feststehen. Prof. Hollein, der mit den Arbeiten für die Türken-
ausstellung des Museums und für "Traum und Wirklichkeit" für zwei
große Erfolge des Museums mitverantwortlich zeichnete, kann die
entsprechende Aufgabe für die Biedermeierausstellung wegen zu
erwartender Terminkollisionen mit anderen Projekten nicht wahrnehmen.
(Schluß) gab/rr

NNNN

Jahrbuch österreichischer Städte

3 =Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) Der österreichische Städtebund hat gemeinsam mit dem österreichischen Statistischen Zentralamt das neue "Statistische Jahrbuch österreichischer Städte" herausgegeben. Diese seit 1950 regelmäßig erscheinende Broschüre bietet jedes Jahr ein zahlenmäßiges Bild der Bevölkerung, Wirtschaft, finanziellen Verhältnissen, sozialen Ausstattung, Infrastruktur und des kulturellen Angebotes der größten Gemeinden Österreichs.++++

Die Ausgabe für das Berichtsjahr 1985 wurde erweitert um Daten über Ehescheidungen sowie Berufs- und Schulpendingler, womit ein wesentlicher sozioökonomischer Faktor neu erfaßt ist. Darüber hinaus wird durch die Anzahl und Dichte der Ärzte und Apotheken der Grad der medizinischen Versorgung in den Städten ausgewiesen. Die aktuellen Wahlergebnisse sind ebenfalls enthalten.

Erstmals erscheint auch eine umfangreiche Jahresübersicht über das Wetter in den einzelnen Regionen.

Das "Statistische Jahrbuch österreichischer Städte" ist um 200 Schilling über das Generalsekretariat des österreichischen Städtebundes (Rathaus, 1082 Wien) oder direkt beim Verlag (Carl Ueberreuter, 2100 Korneuburg) erhältlich. (Schluß) roh/rr

NNNN

Zilk: Auf Knallkörper verzichten

4 Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK appellierte angesichts des bevorstehenden Jahreswechsels an die Bevölkerung, auf die Verwendung von Knallkörpern zu verzichten. "Dies wäre nicht nur ein Akt der Rücksichtnahme gegenüber den Mitbürgern, sondern auch der Pietät", erklärte Zilk. Er verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß in vielen Ländern der Erde Krieg herrsche und der Lärm von Explosionen für Millionen von Menschen Leid, Elend und Tod bedeute. Der Bürgermeister erinnerte die Jüngeren unter den Wienerinnen und Wienern daran, daß auch in Österreich der Waffenlärm erst vor etwas mehr als vier Jahrzehnten verstummt sei. "Auch wenn seither Frieden herrscht: Das Krachen der Knallkörper ruft bei vielen älteren Mitbürgern Erinnerungen an die Greuel des Krieges wach. Daher richte ich meine Bitte vor allem an die Jugend, ihrer Freude und Ausgelassenheit zum Jahreswechsel nicht unbedingt mit Knallkörpern Ausdruck zu verleihen", sagte Zilk.

Die Verwendung von pyrotechnischen Gegenständen wird durch das Pyrotechnikgesetz 1974 geregelt. Verstöße werden durch die Polizei rigoros geahndet: Bei Übertretungen drohen Strafen bis zu 30.000 Schilling oder bis zu sechs Wochen Arrest. In Wien sind nach diesem Gesetz nur kleine Feuerwerksartikel der Klasse I erlaubt - und selbst diese dürfen in gewissen Zonen, etwa bei Krankenanstalten, Kirchen oder Kinder-, Pflege- und Erholungsheimen nicht verwendet werden. Die Verwendung pyrotechnischer Gegenstände der Klassen II, III und IV ist im Ortsgebiet verboten, für Feuerwerke der Klassen III und IV ist zudem eine eigene behördliche Bewilligung nötig.
(Schluß) chr/rr

NNNN

Prof. Arnulf Neuwirth feiert 75. Geburtstag

5 Wien, 30.12. (RK-KULTUR) Arnulf Neuwirth wurde am 4. Jänner 1912 in Gablitz geboren, studierte an der Akademie der bildenden Künste und erhielt 1937 den Paris-Preis für Malerei. Danach unternahm er zahlreiche Auslandsreisen.

Neuwirth gilt als der Pionier der Collage in Österreich, und Otto Basil nannte ihn "den Orientalen aus dem Waldviertel". Arnulf Neuwirth arbeitete auch als Film- und Kunstkritiker bei Funk, Fernsehen und Presse, unterrichtete einige Jahre an der Modeschule Hetzendorf und war als Schriftsteller tätig.

1966 erhielt Prof. Neuwirth den Preis der Stadt Wien für Malerei und 1968 den Bildungspreis des Landes Niederösterreich.

1982 wurde er mit der Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold ausgezeichnet. (Schluß) red/rr

NNNN

Dienstag, 30. Dezember 1986

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3193

Geehrte Redaktion!

Utl.: In eigener Sache

6 Wien, 30.12. (RK-KOMMUNAL) Die gedruckte Ausgabe der "RATHAUSKORRESPONDENZ" erscheint mit dem heutigen Tag zum letzten Mal in dieser Form. Durch die Umstellung auf Lichtsatztechnik ist es möglich, unseren Lesern mit Beginn des neuen Jahres eine - wie wir hoffen - noch übersichtlichere und attraktivere RK zu bieten. Wegen der bevorstehenden Feiertage und der Umstellungsvorbereitungen erscheint die nächste gedruckte Ausgabe der "RATHAUSKORRESPONDENZ" am Mittwoch, dem 7. Jänner.

Presse- und Informationsdienst
Referat RK und Medienservice

(Schluß) red/rr

NNNN

Kulturkalender 1987 (1)

8 Wien, 30.12. (RK-KULTUR)

JÄNNER

- o Bis 8. März: "Musik im mittelalterlichen Wien". Ausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien
- o Bis 18. Jänner: "Wohnlust". Ausstellung im Künstlerhaus
- o Bis 25. Jänner: "Spanien in Amerika": Ausstellung im Künstlerhaus.
- o Bis 6. Jänner: "Emilio Vedova - Malerei". Ausstellung in der Secession, Hauptraum
- o Bis 6. Jänner: "Jörg Hartig - Malerei". Ausstellung in der Secession, Galerie
- o Bis 6. Jänner: "Arthur Strasser - Gedächtnisausstellung". Secession, Graphisches Kabinett
- o 15. Jänner bis 15. Februar: "Albert Paris Gütersloh - Bilder, Gobelins, Dokumente". Ausstellung in der Secession, Hauptraum und Graphisches Kabinett
- o 15. Jänner bis 15. Februar: "Österreichische Graphik 1945 - 1970" Ausstellung in der Secession, Galerie

FEBRUAR

- o 24. Februar bis 22. März: "Hermann Nitsch - Raumausmalung". Secession, Hauptraum
- o 24. Februar bis 22. März: "Franz Unzeitig". Ausstellung, Secession, Galerie

MÄRZ

- o 1. bis 10. März: "Internationale Avantgarde". Konzertreihe im Konzerthaus
- o 8. bis 16. März: "Haydn-Tage". Alljährliche Konzertreihe im Musikverein
- o 15. bis 22. März: "Literatur im März". Secession
- o 20. bis 31. März: 4. Festival "Japan in Wien"
- o 19. März bis 10. Mai: "Der Maler Gerhard Frankl". Ausstellung im Historischen Museum der Stadt Wien
- o 23. März bis 2. April: "Viennale". Filmfestival in der Urania
- o 31. März bis 26. April: "Gruppe MAERZ, Linz". Ausstellung in der Secession, Hauptraum und Graphisches Kabinett.
- o 31. März bis 26. April: "Josef Heer / Helmut Stadlmann - Malerei". Ausstellung in der Secession, Galerie.

(Forts.) gab/rr

Kulturkalender 1987 (2)

9 Wien, 30.12. (RK-KULTUR)

APRIL

- o 1. bis 10. April: "Tage der Sakralmusik". In verschiedenen Sälen.
- o 2. April bis 12. Juli: "Zauber der Medusa - Europäische Manierismen. Ausstellung der Wiener Festwochen im Künstlerhaus".
- o 11. April 1987 bis 28. Februar 1988: "Drüber und Drunter" - Damenmode des Fin de Siecle". Ausstellung des Historischen Museums in der Hermesvilla

MAI

- o Mai - Juni: "Otto Dix". Ausstellung im Museum des 20. Jahrhunderts.
- o 7. Mai bis 5. Juli: "Räume - vier Raumgestaltungen durch renommierte Künstler". Secession, Hauptraum.
- o 7. Mai bis 7. Juni: "Werner Wörtinger - Skulptur". Ausstellung in der Secession, Galerie.
- o 7. Mai bis 5. Juli: "Gustav Klimt und Emilie Flöge". Ausstellung in der Secession, Graphisches Kabinett.
- o 9. Mai bis 14. Juli: Wiener Festwochen, Gastspiele und Eigenproduktionen im Theater an der Wien, im Messepalast und im Künstlerhaustheater.
Schwerpunkte: Manierismus und Postmoderne
Schwerpunkt Antike
Hans Neuenfels-Personale
Internationale Theateravantgarde in Wien
Kindertheater-Festival
Internationales Musikfest der Wiener Konzerthausgesellschaft
- o 16. Mai bis 30. Juni: "Deutsche Expressionisten". Ausstellung in der Österreichischen Galerie im Oberen Belvedere.
- o 21. Mai bis 30. August: "Einhundert Jahre Historisches Museum der Stadt Wien". Historisches Museum
- o 21. bis 24. Mai: "8. Österreichisches Blasmusikfest"

JUNI

- o 9. Juni bis 5. Juli: "Oskar Putz, Malerei". Ausstellung in der Secession, Galerie.
- o 27. Juni bis 15. September: "Wiener Musiksommer". Arkadenhof-Konzerte, Schönbrunner Schloßkonzerte, Palaiskonzerte, Festival Orgelkunst, Schrammelmusik, Festliche Konzerte, "Zauberflöte" und "Fledermaus" in der Staatsoper.

(Forts.) gab/rr

Kulturkalender 1987 (3)

10 Wien, 30.12. (RK-KULTUR)

JULI

- o 4. bis 16. Juli: Internationales Jugendmusikfest "Jugend und Musik in Wien"
- o 17. Juli bis 23. August: "Junge Szene Wien 1987 - Bilder, Skulpturen, Objekte". Ausstellung in der Secession, Hauptraum und Galerie.

AUGUST

- o August - September: "Josef Hoffmann. Ausstellung im Museum Moderner Kunst.

SEPTEMBER

- o 1. September bis 4. Oktober: "Zeichnung - umfassender Überblick österreichischer Zeichnung heute". Ausstellung in der Secession.
- o 1. September bis 4. Oktober: Ergebnisse des Römerquelle-Wettbewerbes 1987. Ausstellung in der Secession, Galerie.
- o 9. September bis 1. November: "Der Architekt Joze Plecnik". Ausstellung im Historischen Museum der Stadt Wien.
- o 15. September bis 26. Oktober: "Hans Hollein". Ausstellung im Museum des 20. Jahrhunderts.
- o September - Dezember: Festival der Freien Gruppen im Künstlerhaus.

OKTOBER

- o Oktober - November: "österreich heute" - Musikfest zeitgenössischer Komponisten im Konzerthaus.

NOVEMBER

- o 12. November 1987 bis 21. Februar 1988: "Judentum in Wien - dargestellt mit Objekten aus der Sammlung Max Berger". Ausstellung im Historischen Museum der Stadt Wien.
- o 16. bis 26. November: "Schubert-Tage 1987" veranstaltet von der Gesellschaft der Musikfreunde.
- o November - Dezember: Mozart-Fest im Konzerthaus.
- o 24. November 1987 bis 6. Jänner 1988: "Rudolf Moratti-Skulptur". Ausstellung in der Secession, Galerie.
- o 29. November - 23. Dezember: "Advent in Wien". Konzerte und Lesungen in den Wiener Bezirken.

DEZEMBER

- o 17. Dezember 1987 bis 12. Juni 1988: "Bürgersinn und Aufgehren- Biedermeier und Vormärz in Wien". Ausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien im Künstlerhaus.

(Schluß) gab/rr



60984 81800

